

Bericht 2024

Ost und West. Frei, vereint und unvollkommen.



Der Beauftragte der Bundesregierung
für Ostdeutschland



Vorwort

Für Zusammenhalt und Demokratie

von Carsten Schneider, Staatsminister beim Bundeskanzler und
Beauftragter der Bundesregierung für Ostdeutschland

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

2024 ist das Jahr der großen Jubiläen der Demokratie in Deutschland: Am 9. November jährt sich die Friedliche Revolution zum 35. Mal. Im Jahr 1989 erkämpften mutige Bürgerinnen und Bürger der DDR Freiheit und Demokratie. Sie kamen aus ganz unterschiedlichen Teilen der Gesellschaft und protestierten gewaltlos. Ein Jahr später konnte Deutschland wiedervereinigt werden. Dieses Jubiläum begehen wir im kommenden Jahr.

Die Menschen wollten eine freiheitliche Gesellschaft, wie sie das Grundgesetz garantiert. Es ist ein schöner Zufall, dass auch unsere Verfassung in diesem Jahr Jubiläum feiert: Seit 75 Jahren schon dient sie als bewährter Rahmen für das gesellschaftliche Zusammenleben – seit 1990 im wiedervereinigten Deutschland. Das Grundgesetz hat sich als zuverlässige Verfassung bewährt, die bundesweit, in Ost und West, eine hohe Zustimmung erfährt.

Auch in den anderen Staaten Ostmitteleuropas stand das Jahr 1989 im Zeichen des demokratischen Aufbruchs. In Polen errang die unabhängige Gewerkschaft Solidarność bei den ersten halb freien Wahlen einen Erdrutschsieg. In Ungarn wurden Stacheldraht und Signalanlagen an der Grenze zu

Österreich abgebaut. In der Tschechoslowakei und den heutigen baltischen Staaten gingen von Woche zu Woche mehr Menschen auf die Straße. Diese Erfahrung verbindet die Menschen in allen diesen Ländern bis heute.

Mit der Wiedervereinigung und dem Ende des Kalten Krieges hat sich unser Land verändert. Der Osten, der Westen, ganz Deutschland. Im Innern wie auch in den Beziehungen nach außen musste sich Deutschland gewissermaßen neu erfinden.

Genau darum geht es in diesem *Bericht des Beauftragten der Bundesregierung für Ostdeutschland*, der nunmehr zum zweiten Mal erscheint. 20 Gastautorinnen und -autoren werfen einen individuellen Blick auf Ost- und Westdeutschland und beschäftigen sich mit der Frage, wie die vergangenen 35 Jahre unser Land geprägt haben. Welche Kontinuitäten gibt es? Welche Brüche? Wo haben wir gemeinsam Neuland betreten? Dabei wird deutlich: Beide Landesteile sind längst viel enger miteinander verwoben, als es manchmal scheint.

Zum Beispiel in der Wirtschaft. Ostdeutschland wächst seit zehn Jahren schneller als der Westen. In den vergangenen Jahren haben sich viele internationale Großkonzerne angesiedelt.



Eckturm des Reichstags in Berlin.
Foto: picture alliance / Daniel Kalker

Sie investieren in die grünen Zukunftstechnologien und schaffen moderne Arbeitsplätze. Das stärkt die Wirtschaft in ganz Deutschland.

Oder nehmen wir die Literatur. Dort machen sich immer mehr Autorinnen und Autoren aus Ostdeutschland einen Namen, die sich in ihren Werken mit ihrer Herkunft auseinandersetzen. Sie verkörpern ein neues ostdeutsches Selbstbewusstsein: zukunftsorientiert, weltoffen und avantgardistisch. Sie bestimmen den öffentlichen Diskurs über Deutschland wesentlich mit.

Auch gesellschaftlich hat seit 1989/90 ein enormer Austausch zwischen Ost und West stattgefunden. Mehr als fünf Millionen Menschen zogen bis heute aus Ostdeutschland nach Westdeutschland. Im selben Zeitraum gingen etwa drei Millionen Westdeutsche nach Ostdeutschland. Ehen, Partnerschaften und Freundschaften entstanden über die ehemalige innerdeutsche Grenze hinweg. Viele junge Deutsche aus diesen Familien können und wollen gar nicht mehr sagen, ob sie nun west- oder ostdeutsch sind.

***In kaum einem Bereich
aber hat sich Deutschland
so deutlich verändert wie
in den internationalen
Beziehungen.***

Das wiedervereinte Deutschland war von Beginn an Teil der EU und auch der NATO. Damit genoss Deutschland im Vergleich zu den übrigen Ländern Ostmitteleuropas ein ungeheures Privileg. Deren Bevölkerungen hatten für sich Ende der 1980er-Jahre zwar ebenfalls Freiheit und Demokratie erstritten, mussten anschließend aber wesentlich länger auf die Aufnahme in die westlichen Bündnisstrukturen warten. Vor dem Hintergrund seiner doppelten Erfahrung mit der politischen Teilung

sowie der Ost- und Westgeschichte hat Deutschland sich für die EU-Osterweiterung starkgemacht. Bis heute ist unser Land eine wichtige Brücke zwischen den „alten“ EU-Staaten und den längst nicht mehr neuen Mitgliedsländern im Osten. Davon zeugen unzählige Städtepartnerschaften, ein lebendiger Jugendaustausch und die Präsenz deutscher Stiftungen und Kulturmittler in der ganzen Region.

Ebenso fällt Deutschland in internationalen Krisensituationen heute ein ganz anderes Gewicht zu. Anfang der 1990er-Jahre wurde Deutschlands neu erlangte Souveränität noch misstrauisch beäugt, heute ist unser Land ein unumstritten wichtiger und zuverlässiger sicherheitspolitischer Akteur. Die internationalen Gastautoren in diesem Bericht, der ehemalige polnische Staatspräsident Lech Wałęsa und der litauische Außenminister Gabrielius Landsbergis, ermuntern Deutschland dazu, sich außen- und europapolitisch noch stärker zu engagieren. Dass sie uns dieses Vertrauen entgegenbringen, verstehe ich vor dem Hintergrund unserer Geschichte als eine besondere Auszeichnung.

Diese Beispiele zeigen: Deutschland hat sich als ganzes Land gewandelt. Das bedeutet jedoch nicht, dass wir nun in vollständiger Homogenität leben. Der kürzlich veröffentlichte Gleichwertigkeitsbericht der Bundesregierung vergleicht unter anderem anhand von 42 Indikatoren die Lebensverhältnisse in allen Kreisen und kreisfreien Städten in Deutschland. Es gibt weiterhin Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland. Etwa bei den Durchschnittseinkommen, der Wirtschaftskraft oder auch der Lebenserwartung. Der Osten hat bei dynamischer Entwicklung im Westen in den vergangenen Jahrzehnten zwar erheblich aufgeholt, doch es bleibt noch einiges zu tun, damit gleichwertige Lebensverhältnisse erreicht werden. Ich setze mich deshalb dafür ein, dass mehr Bundesbehörden in Ostdeutschland angesiedelt werden und neue Arbeitsplätze entstehen.

Ein Beispiel: Allein in der Lausitz werden durch das Investitionsgesetz Kohleregionen mehr als 2.000 neue Stellen geschaffen, von denen insbesondere die Bevölkerung vor Ort profitiert. Weitere zentrale Gebiete meiner Arbeit für gleichwertige Lebensverhältnisse werden in diesem Bericht vorgestellt.

Zum ganzen Bild gehört allerdings auch: Bei manchen Indikatoren bleibt der Westen hinter dem Osten zurück. Zum Beispiel bei der Verfügbarkeit von Kinderbetreuung oder wenn es um gleiche Löhne von Männern und Frauen geht. In wieder anderen Bereichen bestehen kaum noch regionale Ungleichheiten, oder sie verlaufen jenseits der Trennlinie von Ost und West, etwa zwischen Stadt und Land.

Das Gesamtbild ist also differenziert. Im Jahr 2024 ist nicht ein Landesteil (Westdeutschland) die Blaupause für den anderen (Ostdeutschland). Stattdessen existiert eine regionale Vielfalt, von deren Kraft das ganze Land profitiert. Weil wir uns ergänzen und voneinander lernen können. Die genannten Jubiläen sind ein guter Anlass, um als Gesellschaft über regionale Unterschiede, Ähnlichkeiten und gemeinsame Herausforderungen ins Gespräch zu kommen.

Zugleich ist 2024 ein wichtiges Wahljahr: Im Juni fanden die Europawahlen sowie Kommunalwahlen in acht Bundesländern statt, im September Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg. Die Wahlbeteiligung war überdurchschnittlich hoch. Das zeigt: Unsere Demokratie ist lebendig. In den Ergebnissen kommen der Unmut vieler Menschen über die Lebensumstände vor Ort zum Ausdruck, ebenso wie große Sorgen um die Zukunft. Hinzu kommt: Auch 35 Jahre nach der Friedlichen Revolution fühlen sich viele Ostdeutsche als Bürger zweiter Klasse. Für die Politik sind die Wahlen ein Auftrag, die Herausforderungen konsequenter anzupacken und Lösungen zu erarbeiten.

Leider waren die Wahlkämpfe teilweise überschattet von populistischen Kampagnen und sogar von politischer Gewalt. Kandidatinnen und Kandidaten wurden beleidigt und körperlich angegangen. Diesen Terror einiger Weniger dürfen wir nicht hinnehmen. Es ist Zeit für den lauten Widerspruch der großen Mehrheit, die eine offene und freiheitliche Gesellschaft will. Diese gesellschaftliche Mitte muss all denjenigen, die Verantwortung übernehmen und sich für das Gemeinwohl einsetzen, weiter den Rücken stärken. Die Demonstrationen gegen Rechtsextremismus Anfang des Jahres, auch in vielen kleineren Orten, sind deshalb ein wichtiges Signal. Doch sie reichen längst nicht aus. Demokratie funktioniert nicht nur über Protest, sondern auch durch das aktive Mitmachen und Gestalten. Bis heute sind viele Ostdeutsche zurückhaltend, in politische Organisationen einzutreten. Doch wer die Zukunft unseres Landes nicht den Extremisten überlassen will, kann und sollte sich zum Beispiel in Parteien, Gewerkschaften oder Vereinen engagieren. Denn genau hier werden die politischen Weichen gestellt und genau hier haben alle die Chance mitzubestimmen.

Wenn die Demokratie unter Druck gerät, ist das auch aus wirtschaftlicher Perspektive ein großes Problem. Denn Deutschland ist auf mutige Investitionen und qualifizierte Arbeitskräfte dringend angewiesen. Doch wo Populisten den Ton der öffentlichen Debatte prägen, werden Menschen von anderswo abgeschreckt. Auch wird kaum ein Investor sein Geld in einer Region lassen, in der unberechenbare Extremisten die Politik mitgestalten. Zudem gelingen bahnbrechende Erfindungen nur selten in einem Klima der Angst und Engstirnigkeit.

Ein Schlüssel zur Stärkung der Demokratie ist gesellschaftlicher Zusammenhalt. Wo der Zusammenhalt als stark wahrgenommen wird, sind die Menschen tendenziell zufriedener mit der Lebensqualität vor Ort, aber auch mit der Demokratie

und staatlichen Institutionen. Zugleich finden extremistische und menschenfeindliche Parolen weniger Widerhall.

Doch wie ist es um den Zusammenhalt und das Wir-Gefühl in Deutschland tatsächlich bestellt? Wie nehmen die Menschen in verschiedenen Regionen den Zusammenhalt wahr? Und welche Vorstellung von einer guten Gesellschaft haben sie? Antworten auf diese und weitere Fragen liefert die von mir geförderte repräsentative Befragung „Deutschland-Monitor“ mit dem diesjährigen Schwerpunkt „In welcher Gesellschaft wollen wir leben?“. Zentrale Ergebnisse stellen die Autorinnen und Autoren der Studie ab Seite 153 dar.

***Demokratie braucht
Zusammenhalt.
Demokratie braucht aber
auch Repräsentation.***

Noch immer fließen ostdeutsche Perspektiven zu selten in die öffentliche Debatte ein. Das liegt auch daran, dass zu wenige Ostdeutsche Führungspositionen innehaben. Ob in Medien, Wirtschaft oder Rechtsprechung – überall sind die Chefetagen weit überdurchschnittlich mit Westdeutschen besetzt. Ostdeutsche machen fast 20 Prozent der deutschen Bevölkerung aus. Der von mir initiierte Elitenmonitor zeigt aber: Nur 8 Prozent der führenden Medienmacher und nur 4 Prozent der Wirtschaftsbosse sind in Ostdeutschland geboren. So verschenkt unser Land viel wertvolles Potenzial. Eine ostdeutsche Herkunft ist kein Makel, sondern ein Qualitätsmerkmal.

Erstmals hat dies eine Bundesregierung nun zum Thema gemacht und ein Konzept beschlossen, mit dem wir den Anteil von Ostdeutschen



Carsten Schneider, Staatsminister beim Bundeskanzler und Beauftragter der Bundesregierung für Ostdeutschland
Foto: Bundesregierung / Steffen Kugler

in Führungspositionen des Bundes maßgeblich erhöhen wollen. Die Ergebnisse der diesjährigen Erhebung sowie neue Erkenntnisse aus dem Elitenmonitor finden sich ab Seite 136.

Eine weitere Grundlage für Zusammenhalt und Demokratie ist das bürgerschaftliche Engagement. Zum Glück sind sehr viele Menschen in Ost wie West bereit, Verantwortung zu übernehmen und sich für das Gemeinwohl und ihre Mitmenschen einzusetzen. Gerade strukturschwächere und ländlichere Regionen leben maßgeblich davon, dass sich Bürgerinnen und Bürger mit Freude und Hingabe in den Freiwilligen Feuerwehren, in Sportclubs, in Kultur- und Heimatinitiativen, in Kleingarten- und Anglervereinen engagieren. Die Entwicklung der Zivilgesellschaft gerade in Ostdeutschland ist in Teilen beachtlich.

Allerdings – und das ist keine Kleinigkeit: Vielerorts im Osten hapert es noch an den strukturellen und monetären Voraussetzungen für reibungsloses ehrenamtliches Engagement. Nicht nur existieren in Ostdeutschland deutlich weniger Stiftungen als im Westen (von 23.000 Stiftungen sitzen lediglich 7 Prozent im Osten). Auch fehlen professionelle Anlaufstellen, Beratungsmöglichkeiten und Unterstützungsstrukturen und -leistungen. Kein Wunder, dass sich viele Ehrenamtliche als Einzelkämpfer fühlen. Dazu passt, dass Vereine im Osten im Durchschnitt kleiner und finanzschwächer sind als im Westen.

Das müssen wir unbedingt ändern und die Bedingungen für ehrenamtliches Engagement gerade im Osten verbessern. Ich bin deshalb sehr stolz auf die neu gegründete Initiative „Zukunftswege Ost“, deren Schirmherr ich bin. Bundesweit tätige private Stiftungen haben sich hier zusammenschlossen, um Initiativen und Vereine speziell im ländlichen Raum in Ostdeutschland zu stärken.

Auch war es ein wichtiges Signal, dass die 2020 von der Bundesregierung gegründete Stiftung für Engagement und Ehrenamt ihren Sitz in Neustrelitz genommen hat und von dort aus ehrenamtliche Projekte in ganz Deutschland berät und fördert. Gemeinsam mit der Stiftung veranstalte ich den Wettbewerb „machen!“. Jährlich zeichne ich dabei 200 ostdeutsche Vereine für ihr Engagement aus. Sie erhalten Preisgelder in Höhe von über 800.000 Euro, um gute Projektideen umzusetzen, die den Zusammenhalt vor Ort stärken. Genau dieses Engagement brauchen wir, um wieder mehr Raum für Begegnungen und Dialog zu schaffen!

Mehr Raum für das Gespräch planen wir gerade auch in Halle. Im Herzen Deutschlands wird das „Zukunftszentrum für Deutsche Einheit und Europäische Transformation“ entstehen. Dort können Bürgerinnen und Bürger in den Austausch und in konstruktiven Streit gehen. Über die Vergangenheit, vor allem aber auch über Zukunftsthemen. Unsere ostmitteleuropäischen Nachbarn werden daran intensiv beteiligt. Es soll darum gehen, Gehör zu finden und zu schenken – und neue Perspektiven zuzulassen.

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat in seiner Rede zum 75. Jahrestag des Grundgesetzes gesagt: „Zusammenhalt heißt nicht, dass alle einer Meinung sind. Zusammenhalt heißt zu wissen, dass wir einander brauchen, auch wenn wir unterschiedlich sind. Dieses Wissen entsteht aus Erfahrung, aus Begegnung – und die müssen wir stärken.“

Um genau dieses vielfältige Deutschland geht es auch im Bericht. Ich danke den Gastautorinnen und -autoren für zahlreiche neue Perspektiven und wünsche Ihnen eine spannende Lektüre!

Mit herzlichen Grüßen



Carsten Schneider

In den nachfolgenden Beiträgen im Teil A werden Schlaglichter gesetzt, wie Friedliche Revolution, Wiedervereinigung, Transformation und die seither vergangenen fast 35 Jahre Deutschland als Ganzes geformt haben. Für einen differenzierten Blick auf den heutigen Osten und auf das vereinte Deutschland stellen die Autorinnen und Autoren ihre individuelle Sicht vor. Die Beiträge und Perspektiven spiegeln dabei nicht die Haltung der Bundesregierung wider.

Zahlreiche im vorliegenden Bericht im Teil B genannte Maßnahmen werden von der Bundesregierung bereits umgesetzt und sind in ihren finanziellen Auswirkungen im geltenden Bundeshaushalt 2024, im Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2025 sowie in dem Finanzplan bis 2028 abgebildet. Alle darüber hinausgehenden Maßnahmen stehen, soweit der Bundeshaushalt betroffen ist, unter dem Vorbehalt der Finanzierung und sind daher nur umsetzbar, soweit sie im jeweiligen Einzelplan beziehungsweise Politikbereich unmittelbar, vollständig und dauerhaft gegenfinanziert werden. Weder die laufenden noch künftige Haushaltsverhandlungen werden durch die Nennung im vorliegenden Bericht präjudiziert. Der von der Verfassung vorgegebenen Zuständigkeit zwischen Bund und Ländern ist Rechnung zu tragen. Auch die Sozialversicherungssysteme werden durch diesen Bericht nicht präjudiziert.

Inhalt

Vorwort	3
Teil A: Deutschland heute	12
Überblicke	
<i>Lech Wałęsa</i> Die Hoffnung der Demokratie: Europa	14
<i>Anke Rehlinger</i> Transformation als politische Herausforderung	18
<i>Gabrielius Landsbergis</i> Litauen und Deutschland: Richtung strategischer Partnerschaft	22
<i>Prof. Dr. Ines Härtel</i> Einheit und Freiheit	26
Schlaglichter auf ein neues Deutschland	
<i>Prof. Dr. Kerstin Brückweh</i> Politische Erzählungen zu zentralen Jahrestagen: 75 Jahre Grundgesetz und Bundesrepublik	34
<i>Prof. Dr. Michael Hüther</i> Der Osten steht auf eigenen Füßen	40
<i>Judith Borowski</i> „Ohne Demokratie gäbe es uns nicht“	44
<i>Dr. Charlotte Bartels und Dr. Theresa Neef</i> Einkommens- und Vermögensunterschiede drei Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung: Die anhaltende wirtschaftliche Teilung zwischen Ost- und Westdeutschland	47
<i>Prof. Dr. Wolfgang Schroeder</i> Sozialpartnerschaft in Ostdeutschland	54
<i>Prof. Dr. Michael Behr</i> Thüringen zieht an!	58
<i>Interview mit Dr. Stephan Keller und Sven Schulze</i> Nach der Parteiendemokratie? Zur Zukunft der Kommunalpolitik am Beispiel der Partnerstädte Chemnitz und Düsseldorf	64
<i>Mika Beuster</i> Medienarbeit in einer polarisierten Öffentlichkeit	70
<i>Dr. Tim Leibert</i> Demografische Trendwende im Wanderungsverhalten in ländlichen Räumen Ostdeutschlands? Ein Blick über den Tellerrand	74
Geschichte und Zukunft	
<i>Anne Hahn</i> Das war ein Land, in dem ich nicht würde leben wollen!	79
<i>Prof. Dr. Jörg Ganzenmüller</i> Zweierlei Erinnerung? Die Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit in Ost- und Westdeutschland	82

<i>Anne Rabe</i> Ein anderes Land	86
<i>Balbina Jagielska</i> Sprache, meine mobile Heimat	90
<i>Frank Willmann</i> Malochende Aliens aus dem Grenzgebiet zu Polen	94
<i>Dr. Juliane Stückrad</i> Mitte und Rand – Eine ethnografische Erkundung entlang der ehemaligen innerdeutschen Grenze	98
<i>Ulrich Kneise</i> Fotografie- und Reisetagebuch „Randgebiete – Geschichten von drüben“ ...	103
Teil B: Ausgewählte Vorhaben der Bundesregierung in der 20. Legislaturperiode mit Bezug zu aktuellen Herausforderungen in Ostdeutschland	120
Gründung und Ausrichtung des Zukunftszentrums für Deutsche Einheit und Europäische Transformation	122
Stärkung der Industrie in Ostdeutschland	124
Strukturstärkung in den ostdeutschen Kohleregionen – Der Ausstieg bietet die Chance zum Aufstieg	128
Fachkräfte: Im Osten zeigen sich die Herausforderungen des Westens	131
Mehr Ostdeutsche in Führungspositionen – Fortschreibung des Bundeskonzeptes	136
Teil C: Elitensurvey 2023 – Die Unterrepräsentation Ostdeutscher in Elitenpositionen aus Sicht deutscher Eliten	144
Teil D: Deutschland-Monitor 2024: Gesellschaftliche und politische Einstellungen: Kurzbericht „In welcher Gesellschaft wollen wir leben?“	153
Einführung	154
In welcher Gesellschaft wollen wir leben?	156
Zentrale Ergebnisse	171
Impressum	175



Teil A:
Deutschland heute

Die Hoffnung der Demokratie: Europa

von Lech Wałęsa

These

Wir müssen die Zeit, in der wir leben, verstehen. Das kommunistische System hatte seine Möglichkeiten ausgeschöpft und damit die Entwicklung Polens, Europas und der Welt gehemmt. Selbst die Kommunisten haben das verstanden. Deshalb musste dieses System geändert werden. Die Änderung dieses Systems brachte eine neue Ära. Es ist nicht mehr die Ebene der Staaten, großer oder kleiner Länder, auf der wir uns befinden – dank der Technologie haben wir das Niveau der Kontinente und der Globalisierung erreicht. Polen, Europa und die Welt befinden sich jetzt in einer Phase der Erkundung: Neue Organisationsformen gibt es noch nicht, und die alten passen nicht mehr.

Viele denken, Verkehrsregeln habe es immer gegeben. Aber auch diese wurden irgendwann vereinbart. Seither gelten sie weltweit. Was wir brauchen, ist eine Art Straßenverkehrsordnung für die Globalisierung.

Krieg und Frieden

Putin hat einen schrecklichen Fehler begangen. Mit seinem Einmarsch in die Ukraine hat er die gesamte entwickelte Welt gegen sich aufgebracht. Deshalb kann er nicht gewinnen. Noch nie in der Geschichte hat es eine solche Mobilisierung gegen ein Land gegeben wie heute gegen Russland. Wir haben jetzt

die beste Chance seit Generationen, Russland und dann China zu verändern. Das Schicksal hat uns eine Chance gegeben. Dafür müssen wir kämpfen. Nicht mit Panzern, sondern mit den Mitteln der Aufklärung. Wir müssen die Russen überzeugen, wir müssen unsere Sicht der Welt über das Internet und das Radio verbreiten. Die Russen glauben heute nicht an die Demokratie. Aber unsere Nationen glauben oft auch nicht daran, oder? Wir stehen erst am Anfang der Demokratie.

Und wir werden sicherer sein, wenn Russland nicht von einem Verbrecher geführt wird.

Russland ist ein schönes, reiches Land!

Wir müssen jetzt zu allem entschlossen sein und die Ukraine militärisch unterstützen, denn Russland hat sein Nachbarland überfallen. Aber versuchen wir auch, die Russen mit davon zu überzeugen, dass wir für sie kämpfen, für ihr Glück, für ihr Leben – und dass sie ein anderes System brauchen.

Geschichte

Bis zum Ende des 20. Jahrhunderts wurden Interessen von Staaten und Ländern definiert. Alle Kriege wurden um einen Staat, um ein Land geführt. Denn die Technologie sagte: Staaten und

Länder reichen aus. Heute jedoch hebt uns die Technologie auf die Ebene der Kontinente und sogar der Globalisierung. Deshalb brechen alle Lösungen zusammen, die einst funktioniert haben, auch in Bezug auf Kriege. Selbst die alten Rivalitäten passen nicht mehr zusammen, aber sie bleiben bestehen.

Heute versuchen Russland und China, ihre Probleme so zu lösen wie im späten 19. Jahrhundert. Russland versucht, sich die Ukraine gewaltsam einzuverleiben mit Panzern, mit Raketen wie in den alten Zeiten.

Unser westliches Konzept ist ein anderes. Wir sagen auf diese Weise Nein, aber wir tun dies demokratisch und freiwillig. Wir haben kollektive demokratische Institutionen aufgebaut wie die Europäische Union, die NATO oder die UNO. Wer auch immer will, kann ihnen beitreten. Welches Konzept wird sich letztendlich durchsetzen, das alte chinesische Konzept, das russische oder das neue? Das ist die Frage.

Richtig gestellt, lautet sie: Wie finden wir Regeln für die Fragen der Globalisierung? Vom Handel bis zur wachsenden sozialen Ungleichheit – auch in unseren Gesellschaften. Wir müssen die Lehren aus der Vergangenheit ziehen zum Wohl der Zukunft.

Deutschland sollte bei der Rettung Europas vorangehen. Die Stärkung der Europäischen Gemeinschaft ist vor allem eine Aufgabe unseres

starken, wiedervereinten Nachbarn. Das Schicksal hat Deutschland die Einheit gebracht. Daraus erwächst auch eine Verantwortung. Wenn Europa auseinanderfielet, weil sich Demagogen und Populisten durchsetzen, dann müsste sich auch Deutschland fragen lassen, ob es genug getan hätte. Ich bitte Deutschland: Beschäftigt euch mit Programmen und Strukturen, um Europa wieder zu vereinigen, auf eine ernsthafte Art und Weise. Es geht um die Erneuerung der EU und darum, die schwer erkämpfte Freiheit nicht zu verlieren.

Ich weiß, dass es viele nicht gerne hören, aber mit Blick auf Deutschland sage ich es noch einmal: Dieses Land muss Führung in Europa übernehmen, gerne mit zwei, drei anderen Ländern gemeinsam, aber Deutschland muss vorangehen. Das ist sein Schicksal im 21. Jahrhundert.

Hoffnung

Die Pandemie hat uns gezeigt, dass gemeinsame Herausforderungen nicht auf nationaler Ebene bewältigt werden können, sondern global bewältigt werden müssen. Interessen werden nicht mehr nur national formuliert. Sie verlagern sich auf die kontinentale und die globale Ebene. Doch wie kann dieser Übergang vollzogen werden? Die Länder befinden sich in unterschiedlichen Entwicklungsstadien, und in ihren Gesellschaften gibt es unterschiedliche Arten von Ungerechtigkeiten. Meiner Ansicht nach ergeben sich daraus drei Hauptprobleme.



Foto: Stiftung Lech Wałęsa Institut

Lech Wałęsa,

geb. 29. September 1943 in Popowo bei Lipno/Polen, polnischer Gewerkschafter und Politiker; 1983 Friedensnobelpreis; 1980–1990 Vorsitzender der Gewerkschaftsorganisation Solidarność; 1990–1995 Staatspräsident; Veröffentlichungen: „Ein Weg der Hoffnung“, „Weg zur Freiheit“, „Weg zur Wahrheit“.

Das erste Problem lautet: Was sollte uns vereinen? Was sollte das Fundament sein, das die europäischen und dann die Länder weltweit eint? Jedes Land hat ein anderes Fundament, und häufig unterscheiden sich auch die Religionen.

Hier gibt es zweierlei Lösungen: Die halbe Welt will auf Freiheit aller Art bauen, Freiheit der politischen Parteien, Freiheit des Einzelnen, den freien Markt. Und das Recht soll diese Werte garantieren. Aber die andere Hälfte sagt: Nein, wir sollten uns zuerst auf die Werte einigen, denen wir folgen wollen, und dann auf den freien Markt und auf das Recht. Keine der beiden Seiten will nachgeben, weder die eine noch die andere. Die einen wollen die Freiheit, die anderen die Werte.

Und das zweite Problem: Welches Wirtschaftssystem soll für die neue Zeit entworfen werden? Es gibt zwei große Wirtschaftssysteme: kommunistisch und kapitalistisch. In der Theorie scheint der Kommunismus besser zu sein. Er spricht von Gleichheit und Gerechtigkeit, also fallen junge Menschen im Westen darauf herein, sie mögen die Slogans. Was sie nicht wissen, ist, dass er nicht umgesetzt werden kann. Wo der Kommunismus umgesetzt wurde, ist er schiefgegangen.

Es bleibt der Kapitalismus. Aber Kapitalismus bedeutet Wettbewerb, und der ist oft unfair. Wer macht Geld mit wem, manchmal auch: Wer betrügt wen? Er war gut für Staaten, für Länder. Wir haben mitgespielt.

Wenn wir die Kontinentalisierung, die Globalisierung machen, dann ist das das Ende des Rattenrennens. Aus dem Kapitalismus behalten wir die freie Marktwirtschaft, und alles andere muss ein bisschen anders gestaltet werden. Dieser Kapitalismus mit diesem Wettlauf hat Massen von Menschen in die Arbeitslosigkeit getrieben. Viele Menschen konnten dieses Tempo nicht halten.

Das dritte Problem ist die Frage, wie man mit der Demagogie, dem Populismus und der Unehrllichkeit bestimmter Politiker in einem überstaatlichen Kontext umgeht. Am Ende des 20. Jahrhunderts hatten wir dagegen Angst vor anderen Dingen. Die Nationen hatten Gott, es gab einen Gott im kollektiven Bewusstsein. Davon haben wir uns entfernt. Wir hatten Angst vor dem Kommunismus, vor der Sowjetunion, das haben wir in den Griff bekommen. Jetzt stellt sich die Frage, wie man Nationen aufrechterhalten kann, wenn sie keine Bremsen haben.

Heute sieht die Welt so aus: Ein System ist zusammengebrochen, und das andere ist nicht entstanden. Mehr noch: Es konnte auch nicht entstehen, denn nach diesen schmutzigen Zeiten glaubt niemand mehr jemandem. Der Aufbau wird erst beginnen, wenn Sie mich zu überzeugen versuchen – und ich Sie.

Wir sind also an einem Punkt, an dem wir uns gegenseitig davon überzeugen müssen, wie die Dinge sein sollten. Es geht um Überzeugungsarbeit. Die Frage ist, ob wir uns einig werden, ob wir das, was klug ist, annehmen und das, was falsch ist, ablehnen.

Union der Nationen

Die Europäische Union ist ein integratives, auf Konsens basierendes Projekt. Ich bin ein großer Befürworter dieses Projekts. Nur fehlt es Europa heute an Führung. Die großen Staaten – Frankreich, Deutschland, Italien – sollten eine Gruppe kluger Leute bilden, die darüber nachdenken, was auf globaler Ebene geregelt werden kann (Klima, COVID, Krieg) – hier sehe ich eine große Rolle für die Vereinigten Staaten – und was auf dem europäischen Kontinent mit entschiedener deutscher Führung geregelt werden kann.

Wir haben es geschafft, im letzten Moment dem sowjetischen Kommunismus zu entkommen. Wenn Polen nicht geflohen wäre, wären weder die Tschechische Republik noch Ungarn in der Europäischen Union. Polen hat dem sowjetischen Bären die Zähne ausgeschlagen, und als er nicht mehr zubeißen konnte, haben wir es geschafft, unsere Freiheit wiederzuerlangen.

Und wenn wir das nicht getan hätten, wissen Sie, was dann heute wäre? Heute würde es keinen Krieg zwischen der Ukraine und Russland geben, nur Polen würde gegen Russland kämpfen. Sie wären in Polen einmarschiert, nicht in der Ukraine. Ich weiß das. Und deshalb bin ich im letzten Moment mit Polen geflohen und habe der Tschechischen Republik und Ungarn neue Chancen eröffnet. Wir sind in die Union und in die NATO geflohen. Und dafür bin ich persönlich verantwortlich.

Testament

Mein Vater ist während des Krieges gestorben. Lebte er heute noch und erführe, dass wir keine Grenze zu Deutschland mehr haben, dass wir sie nicht bewachen, stürbe er wahrscheinlich zum zweiten Mal an einem Herzinfarkt.

In den letzten 40 Jahren haben wir die Grenzen in Europa abgeschafft. Wir haben eine gemeinsame Währung. Wir können arbeiten, reisen, uns entwickeln, lernen, forschen und in Frieden leben – glücklich.

Wir sollten nicht mehr in Nationalstaaten denken, sondern global. Wir sollten denken an ein Europa ohne Grenzen. Wenn wir das nicht tun, werden wir in der Krise bleiben. Es gibt bei den meisten Themen kein Deutschland mehr, kein Polen. Es gibt nur Europa!

Wir haben eine unglaubliche Chance auf Frieden, Wohlstand und harmonische Entwicklung über Generationen hinweg.

Lassen Sie sie uns nicht vergeuden!

Wenn wir es nur wollten, würden wir eine schöne Welt haben!

Transformation als politische Herausforderung

von Anke Rehlinger

Paris ist dem Saarland näher als Berlin. Eine Stunde und 50 Minuten. So lange braucht der Zug vom Saarbrücker Hauptbahnhof bis zum Pariser Gare de l'Est. Der Osten Deutschlands liegt vom Südwesten aus im Vergleich dazu auf den ersten Blick weit weg. Doch einiges verbindet uns an der Saar mit den östlichen Bundesländern mehr als zunächst vermutet. In historischen Fragen, bei aktuellen Herausforderungen und für die Zukunft.

Das erste „neue“ Bundesland im Deutschland der Nachkriegszeit war das Saarland. Am 14. Dezember 1955 beschloss der saarländische Landtag im Einvernehmen mit der französischen Nationalversammlung und dem Deutschen Bundestag den Beitritt zum Geltungsbereich des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland gemäß Artikel 23. Knapp 35 Jahre später nutzte die Volkskammer der DDR bei ihrer Entscheidung zum Beitritt dieselbe Rechtsgrundlage wie 1955 das Saarland, um die Wiedervereinigung der bei-

den deutschen Staaten auf dem schnellsten Wege zu ermöglichen. Durch die „große“ Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 wurde das bedeutsamste Ereignis der neueren saarländischen Geschichte umgetauft: Seitdem nennt man die Rückkehr des Saarlandes zum deutschen Staatsgebiet „die kleine Wiedervereinigung im Westen“.

Für das Saarland endeten damals 200 Jahre, in denen die Menschen an der Saar achtmal ihre Nationalzugehörigkeit und ihren Pass wechselten, ohne einmal ihr Dorf zu verlassen. Die Menschen in der DDR beendeten mit ihrem Ruf nach Freiheit und Demokratie die 45 Jahre währende Trennung einer Nation.

Und doch sind die Beitritte des Saarlandes 1955 und der ehemaligen DDR 1990 nicht zu vergleichen. Das Saarland wechselte weder das politische noch das ökonomische System. Der Beitritt

des Saarlandes erfolgte als gemeinsamer, einvernehmlicher Beitrag zur Aussöhnung Frankreichs und Deutschlands. War das Ende des französischen Protektorats im Saarland eng verbunden mit der Gründung der „Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl“ als Vorläufer und Grundstein unserer heutigen EU, war das Ende der DDR verbunden mit dem Fall des Eisernen Vorhangs, dem Zerfall des sozialistischen Staatsapparats in Osteuropa und dem Zusammenbruch der bipolaren Weltordnung.

Und doch: Auch für die Saarländerinnen und Saarländer war der Beitritt in der Folge mit erheblichen politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Veränderungen verbunden. Und für die Menschen zwischen Ostsee und Erzgebirge brachte der politische und ökonomische Umbruch der Friedlichen Revolution eine erhebliche Veränderung der Lebensbedingungen mit vielen guten Folgen, aber auch manch heftiger Eruption.

Die Erfahrungen des Wandels einen das Saarland und den Osten Deutschlands auch wirtschaftlich. Wir kennen Strukturwandel.

Die 200-jährige Industriegeschichte des Saarlandes ist von Mut zum Wandel geprägt: vom Aufstieg und Ende der eigenen Kohleförderung, von stetig wechselnden Marktzugängen durch politische Veränderungen oder von disruptiven technologischen Entwicklungen – ob beim Einsatz des ersten Thomas-Konverters 1880 in einem

saarländischen Stahlwerk bis hin zum „grünen Stahl“ der Zukunft auf Wasserstoffbasis.

Während sich im Saarland die Transformationen durch den notwendigen Weg zur Klimaneutralität in Stahl- und Automobilindustrie mit der Digitalisierung und der Globalisierung sowie der Energiekrise verschränken, bildet in Ostdeutschland die massive wirtschaftliche Transformation seit dem Ende der Planwirtschaft die Grundlage für die derzeitigen Veränderungen.

Der Osten Deutschlands ist dabei außerordentlich erfolgreich, auch dank massiver Unterstützung der Bundesregierung und der Solidarität der anderen Bundesländer. Ansiedlungen großer Unternehmen wie Tesla in Brandenburg oder TSMC in Dresden sind wichtige Wegmarken. Die wirtschaftliche Landkarte Ostdeutschlands verändert sich derzeit auch durch Zukunftsinvestitionen, mit denen Ostdeutschland Schlüsseltechnologien ansiedelt, zum Beispiel in der Chip-Herstellung – auch hier eine Parallele zum Saarland.

Und doch ist der Blick auf die Transformation im Osten ein anderer als im Saarland. Wohl auch aufgrund der als negativ empfundenen Transformationserfahrung wird der Wandel im Osten mehrheitlich als Bedrohung begriffen. Mit der Wende 1989/1990 kamen für die ehemaligen DDR-Bürgerinnen und -Bürger eben nicht nur Freiheit und Demokratie, sondern durch den Zusammenbruch



Anke Rehlinger,
geb. 1976 in Wadern, Ministerpräsidentin des Saarlandes und stellvertretende Bundesvorsitzende der SPD. Sie übernimmt im November 2024 die Bundesratspräsidentschaft. Das Saarland wird 2025 den Tag der Deutschen Einheit ausrichten.

der Planwirtschaft für viele auch biografische Brüche, weil es den Betrieb nicht mehr gab oder gar ganze Berufsbilder vom Arbeitsmarkt verschwanden. Auch wenn die wirtschaftliche Lage in weiten Teilen Ostdeutschlands heute sehr viel besser ist, prägt diese Erfahrung viele Menschen bis heute – und ist möglicherweise auch einer von vielen Faktoren für den Aufstieg antidemokratischer Kräfte.

Nehmen wir hingegen für das Saarland das Beispiel des Kohleausstiegs: Nach schweren Bergschäden wurde 2008 ein Abbaustopp verfügt, und 2012 war das Aus für die Steinkohleförderung im Saarland endgültig. Arbeiteten Jahrzehnte zuvor fast 60.000 Menschen in den Bergwerken, waren es 2008 keine 4.000 mehr. Dennoch war es ein Erfolg, dass dieser Strukturwandel sozialverträglich gelang. Niemand sollte „ins Bergfreie fallen“ lautete der Grundsatz, und das gelang. Das prägt offenbar bis heute die Einstellung der Saarländerinnen und Saarländer zu Chancen und Bedrohungen des Wandels.

Es ist ein Hoffnungssignal auch für das absehbare Ende der Tagebaue in der Lausitz: Der Wandel kann gelingen, wenn er mutig gestaltet wird.

Es braucht ein Bewusstsein über die Größe der Aufgabe, aber auch das Selbstbewusstsein, dass das gelingen kann.

Die langfristigen Veränderungen – für die Industriestandorte, für Absatzmärkte, für Beschäftigung – bewegen uns im Westen wie im Osten bis

heute. Denn auch ganz ohne die Krisen unserer Zeit hätten wir genug zu tun, die Chancen wahrzunehmen, die sich bieten: hier der Abschied von der Steinkohle, dort von der Braunkohle. Hier wie dort der Abschied von der Massenstahlproduktion hin zu weltweit nachgefragtem Spezialstahl. Hier wie dort der Aufbau neuer Forschungslandschaften und innovativer mittelständischer Unternehmen. Hier wie dort die Gestaltung der Digitalisierung in Gesellschaft und Wirtschaft. Und inzwischen hier wie dort die Neuerfindung von Mobilität, Antriebstechnik und Fahrzeugbau.

Deshalb sind wir gemeinsam gefordert, im Osten wie im Westen. Es geht längst nicht nur um den Vergleich innerhalb Deutschlands. Denn noch mehr als früher kämpfen wir mit einer Weltwirtschaft jenseits von Deutschland und Europa. Dies erhöht nicht nur unsere Absatzchancen für Produkte, sondern vervielfacht auch die Konkurrenz. Die Länder und Weltregionen, die den Anspruch haben, sowohl technologische Spitze als auch Industriestandort der Zukunft zu sein, sind mehr geworden. Umso wichtiger ist es daher für uns, gemeinsam Chancen zu nutzen, sich innerhalb Deutschlands und Europas bestmöglich zu vernetzen und Herausforderungen gemeinsam zu meistern.

Und derer gibt es viele, die das Saarland genauso wie die Bundesländer im Osten betreffen: Fachkräftemangel, Infrastruktur-Defizite, die Frage nach der Gleichheit von Lebensverhältnissen zwischen urbanen Regionen und dem ländlichen Raum, um nur wenige zu nennen.

Die Breite und Tiefe dieser Transformation bleibt nicht ohne gesellschaftspolitische Folgen.

Hier mag es Unterschiede im Härtegrad zwischen dem Saarland und ostdeutschen Regionen geben, aber doch einen allgemeinen Trend, dem wir uns entgegenstellen. Wir im Saarland rühmen uns – auch aufgrund unserer besonderen Geschichte und unserer bescheidenen Größe – ein Land des Zusammenhalts zu sein: mit der bundesweit größten Vereinsdichte, mit vielen, die sich ehrenamtlich engagieren – egal, ob politisch, kulturell oder karitativ. Ohne dieses Engagement würde sich unser Land verändern – zum Negativen. Das können wir nicht wollen. Trends, die spalten, die separieren, die entsolidarisieren, können wir alle uns gerade in einer Zeit verstärkter Transformationsentwicklungen nicht leisten. Im Gegenteil: Solidarität ist das Gebot der Stunde. Mit allen, die hier leben. Egal, woher sie kommen. Zwischen Starken und Schwachen. Gesunden und Kranken. Alten und Jungen. Wer spaltet, löst kein Problem dieser Zeit, sondern vertieft Ängste, Unversöhnlichkeit und partikulare Interessen.

***Ein solidarisches Gemeinwesen
muss das Grundprinzip unseres
Zusammenlebens sein.
Sonst siegt der Egoismus und
mit ihm diejenigen, die mit
Hass und Hetze Politik
und Geschäfte machen.***

Diese Sorge muss uns ungeachtet der Himmelsrichtungen gemeinsam umtreiben. Das Entstehen der neuen Länder im Jahre 1990 war wie die „kleine Wiedervereinigung im Westen“ mit Hoffnungen auf eine bessere Zukunft verbunden. Das müssen wir dieser Tage wieder ins Zentrum unseres gestalterischen Anspruchs rücken. Wir wollen

nicht den Mangel verwalten, sondern die Zukunft gestalten. Wir wollen Dinge neu machen, damit vieles so bleiben kann, wie wir es lieben. Denn wer sich nicht verändert, der wird verändert. Die Kraft des Neuen, die die Menschen vor dem Beitritt des Saarlandes und insbesondere zur Wendezeit entfaltet haben, soll uns dabei Vorbild sein, um mutig den Wandel zu gestalten.

In diesem Sinne freue ich mich, viele Besucherinnen und Besucher aus Sachsen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern am 3. Oktober 2025 zum Tag der Deutschen Einheit in Saarbrücken begrüßen zu dürfen. Eine Stunde und 50 Minuten von Paris entfernt. Aber eben in vielen Belangen auch ganz nah an Ostdeutschland.

Litauen und Deutschland: Richtung strategischer Partnerschaft

von Gabrielius Landsbergis

Über die historischen Beziehungen zwischen Litauen und Deutschland lässt sich viel schreiben: über die erste Erwähnung des Namens Litauen in den Annalen der deutschen Stadt Quedlinburg im Jahr 1009. Über die Union zwischen dem wettinischen Kurfürstentum Sachsen und der Republik der beiden Nationen – der Krone Polens und des litauischen Großfürstentums – im 18. Jahrhundert, welche den Kurfürsten von Sachsen, August II. und August III., auch die Titel der Großfürsten von Litauen verliehen hat. Auch über die nicht zustande gekommenen Versuche Anfang des 20. Jahrhunderts, Wilhelm Karl von Urach, Herzog von Urach, Graf von Württemberg, zum König von Litauen als Mindaugas II. zu ernennen. Aber nicht nur das. Die facettenreiche und langjährige gemeinsame litauisch-deutsche Geschichte wird auch heute fortgesetzt und weitergeschrieben.

Im Jahr 1990 hat sich Deutschland wiedervereignet, und Litauen hat sich von der ein halbes Jahrhundert andauernden sowjetischen Okkupation befreit. Gemeinsam kehrten wir in die demokratische Familie der europäischen Länder zurück. In

diesem Jahr hat Litauen den 20. Jahrestag seiner Mitgliedschaft in der EU und der NATO gefeiert. Beim Schreiben der Geschichte Europas sind und werden wir nun wieder zusammen sein.

Das wiedervereinigte Deutschland ist ein außerordentlich wichtiger Partner Litauens auf der bilateralen Ebene in der Politik, Wirtschaft und Kultur, aber auch in der Europäischen Union und der NATO. Es wird aber auch zum wichtigsten Sicherheitspartner Litauens in Europa. Die gemeinsame Ausrichtung der Außenpolitik Litauens und Deutschlands auf eine regelbasierte Weltordnung ist besonders wichtig, denn in der Zeit der russischen Aggression gegen die Ukraine und der damit verbundenen globalen Instabilität und Polykrisen ist es von entscheidender Bedeutung, die transatlantische Partnerschaft zu stärken und die Bemühungen von gleich gesinnten Demokratien um die Gewährleistung von Gerechtigkeit, Sicherung von Souveränität und territorialer Integrität der Staaten, Ausbau des Raumes der Sicherheit und Stabilität sowie Erweiterung eines globalen Netzwerks von zuverlässigen Partnerschaften zu bündeln.

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat den Schub für den größten Wandel in der deutschen Außenpolitik seit dem Ende des Kalten Krieges mitgegeben. Die Rede von Bundeskanzler Olaf Scholz vor dem Deutschen Bundestag am 27. Februar 2022, nach dem weit ausgreifenden Einmarsch Russlands in die Ukraine, markierte den Beginn der Zeitenwende in der deutschen Politik: In der Energiepolitik hat Deutschland seine Abhängigkeit von russischen Energielieferungen aufgehoben. Im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik hat es sich verpflichtet, die Verteidigungsausgaben deutlich zu erhöhen, und steht heute fest auf Platz zwei nach dem Umfang der für die Ukraine gelieferten militärischen Unterstützungsleistungen. Wir begrüßen diese Entwicklungen der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik und sehen sie als ein Anzeichen der zunehmenden Führungsrolle Deutschlands in Europa und auf der ganzen Welt, die wir in Litauen sehr gerne unterstützen.

Eines der wichtigsten Ergebnisse dieses Wandels für Litauen ist die Entscheidung, eine Brigade der Deutschen Bundeswehr dauerhaft in Litauen zu stationieren. Dadurch wird Deutschland zum wichtigen europäischen Pfeiler der Sicherheit Litauens und der gesamten NATO-Ostflanke. Das ist eine historische Entscheidung, eines der wichtigsten Ereignisse für Litauen neben unserer EU- und NATO-Mitgliedschaft, und eine Entscheidung, die den Weg dafür ebnet, die Beziehungen zwischen Litauen und Deutschland auf eine qua-

litativ neue Ebene zu bringen – die einer strategischen Partnerschaft. Es ist die gemeinsame Aufgabe von Litauen und Deutschland, den Einsatz der deutschen Brigade in Litauen und ihren Beitrag zur Sicherheit der gesamten osteuropäischen Region zu einer Erfolgsgeschichte der Zeitenwende und zu dem Beispiel der Effektivität zu machen.

Die deutsche Brigade in Litauen wird nicht nur die Sicherheit unseres Landes und der Ostflanke der NATO stärken, sondern auch die Sicherheit Deutschlands, da sie eine starke militärische Abschreckung gegen mögliche russische Provokationen darstellt. Sie ist ein praktisches Instrument zur Umsetzung des NATO-Artikels 5, um im Falle einer möglichen Aggression jeden Zentimeter des Bündnisgebietes verteidigen zu können. Die Stationierung der deutschen Brigade in Litauen, genauso wie die aktive Beteiligung Deutschlands an der NATO-Luftraumüberwachung in den baltischen Ländern, ist ein Ausdruck praktischer Solidarität und ein Vorbild für andere. Litauen wird alles dafür tun, dass sich die deutschen Soldatinnen und Soldaten und ihre Familien in unserem Land wohlfühlen und die bestmöglichen Bedingungen vorfinden.

Gleichzeitig möchte ich versichern, dass Litauen nicht nur der Nutznießer von Sicherheit sein wird. Wir sind bereit, die Verteidigungsausgaben weiter zu steigern und in die Stärkung unserer Verteidigungsfähigkeiten zu investieren.



Gabrielius Landsbergis

ist litauischer Politiker und seit 2020 Minister für auswärtige Angelegenheiten der Republik Litauen im Kabinett von Ministerpräsidentin Ingrida Šimonytė. Seit 2015 ist er Vorsitzender der Vaterlandsunion – Litauischer Christdemokraten.

Deutschland ist zusammen mit den Vereinigten Staaten vorrangiger Partner bei der Modernisierung der litauischen Streitkräfte. Wir sind interessiert, unsere Waffen- und Ausrüstungsbeschaffungsprojekte mit Deutschland fortzusetzen und deutsche Investitionen in die litauische Verteidigungsindustrie zu fördern. Unsere Zusammenarbeit im Rahmen internationaler Operationen und militärischer Missionen wollen wir fortsetzen. Ein großes Potenzial sehen wir auch im Ausbau der Zusammenarbeit in den Bereichen Resilienz, Cybersicherheit, Bekämpfung von hybriden und Informationsbedrohungen.

Europa ist heute mit radikalen Herausforderungen konfrontiert. Russlands Krieg in der Ukraine, seine aggressiven Pläne der Militärreform, die russisch-weißrussische militärische Integration und die stark militarisierte Oblast Kaliningrad stellen eine unmittelbare und langfristige Bedrohung für die Ostgrenze der NATO und insbesondere für die Ostküste der Ostsee dar. Man muss begreifen, dass der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine ein Krieg gegen den Westen, gegen unsere demokratischen Werte und gegen die auf dem Völkerrecht basierende Weltordnung ist. Dieser Krieg ist nicht mehr nur eine theoretische Möglichkeit, sondern etwas, was in unseren Ländern tatsächlich geschieht. Das, was wir früher als hybride Angriffe Russlands auf uns bezeichnet haben, ist heute zu offenen Sabotageakten geworden, und Russland scheut sich nicht, auch mit militärischer Gewalt vorzugehen. Die gefährliche Eskalation der Sicherheitslage durch Russland, sein Bestreben, die Staatsgrenzen neu zu ziehen sowie auf die Normen der internationalen Beziehungen, die nach dem Zweiten Weltkrieg jahrzehntelang Frieden und Wohlstand in Europa garantierten, zu verzichten, erfordert heute eine starke und entschlossene Antwort der Verbündeten, eine wirksame Abschreckung und eine effektive Vorwärtsverteidigung.

Die Ukraine und ihre Bevölkerung kämpfen nicht nur für sich, sondern auch für uns, und es ist unsere Pflicht, der Ukraine alle Unterstützung zukommen zu lassen, die sie braucht, um Russland in der Ukraine zu stoppen. Andernfalls werden wir Russland an unseren Grenzen aufhalten müssen. Ich wünsche mir, dass Deutschland dabei die Führungsrolle übernimmt. Wir schätzen Deutschlands Unterstützung für die Ukraine sehr, aber ich bin überzeugt, dass alles noch mehr und noch schneller gehen kann. Dies liegt im Interesse der gesamten demokratischen Welt. Deutschland kann und muss in einer Vorreiterrolle der Demokratien sein.

Litauen ist auch bereit, seinen Teil der Verantwortung zu übernehmen – wir waren unter den Ersten, die der Ukraine schon lange vor 2022 militärische Hilfe geleistet haben. Zurzeit beträgt der Gesamtumfang dieser von Litauen an die Ukraine bereits geleisteten Hilfe 2 Prozent unseres jährlichen Bruttoinlandsprodukts (BIP), und für die nächsten 10 Jahre sind wir entschlossen, überdies jährlich 0,25 Prozent des litauischen BIP für die Verteidigung und Sicherheit der Ukraine bereitzustellen.

Um Russland, das zu einer Kriegswirtschaft geworden ist, zu stoppen, haben wir unseren gemeinsamen politischen Willen weiter zu mobilisieren und die notwendigen Hausaufgaben zu erledigen. Angesichts mangelnder Verteidigungsfähigkeiten muss die Rüstungsindustrie wieder hochgefahren werden, um unsere Verteidigung zu gewährleisten und die Ukraine mit lebenswichtiger Munition und Luftabwehrsystemen zu versorgen. Die Mittel für Verteidigungszwecke müssen weiter aufgestockt werden. Um das jahrzehntelange Defizit bei den Verteidigungsinvestitionen zu beseitigen, dürfen 2 Prozent des BIP nicht mehr nur als Ziel, sondern müssen als Mindestmaß betrachtet werden. Das ist nicht einfach,

aber es ist die Pflicht der Politik, die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, dass Investitionen in Sicherheit und Verteidigung lebenswichtig sind, denn ohne sie werden wir weder Wohlstand noch – was noch wichtiger ist – Freiheit haben.

Die Intensivierung der sicherheitspolitischen Kooperation zwischen Litauen und Deutschland durch die permanente Stationierung der deutschen Brigade in Litauen bietet eine einzigartige Gelegenheit, eine qualitativ neue Etappe der bilateralen Beziehungen in Richtung der strategischen Partnerschaft zwischen Litauen und Deutschland einzuleiten. In den letzten Jahren hat sich die bilaterale Zusammenarbeit in der Politik, Wirtschaft, Kultur und anderen Lebensbereichen zwischen Litauen und Deutschland intensiviert, und wir sind bestrebt, diese positive Dynamik aufrechtzuerhalten und weiterzuentwickeln sowie sie in neue Möglichkeiten für die Menschen und Unternehmen umzuwandeln.

Ein praktisches Beispiel dafür ist die in diesem Jahr unterzeichnete Vereinbarung zwischen dem litauischen Ministerium für Wirtschaft und Innovation und dem deutschen Rüstungskonzern Rheinmetall AG über den Bau eines Munitionswerkes in Litauen. Mit einer Investition von mehr als 180 Mio. Euro wird das die größte Investition im litauischen Sicherheits- und Verteidigungssektor sein.

Litauen richtet sich auf den Kern der Europäischen Union aus und teilt dementsprechend viele gemeinsame Interessen mit Deutschland, dem Motor der europäischen Integration. Berlin und Vilnius schätzen die gemeinsamen Werte Demokratie und Rechtsstaatlichkeit hoch und stehen dafür ein. Sowohl Berlin als auch Vilnius sind sich einig in der Betrachtung der EU-Erweiterung als geopolitischer Notwendigkeit und großer Chance, den Raum der Demokratie, des

Wohlstands und der Sicherheit auf dem europäischen Kontinent zu erweitern. Da Russland noch lange Zeit die essenzielle Bedrohung für die europäische Sicherheit bleiben wird, ist es äußerst wichtig, richtungsweisende Entscheidungen über die EU-Integration der Ukraine, der Republik Moldau und – falls dieses auf den Weg der demokratischen Werte und der europäischen Integration zurückkehrt – von Georgien rechtzeitig zu treffen. Wenn man in der Zukunft wiederholte Aggressionen vermeiden will, gibt es nur eine Möglichkeit: konkrete Schritte vorzusehen, die der Ukraine und anderen danach strebenden Ländern der Region möglichst schnell erlauben würden, der EU beizutreten und die kollektiven Garantien der NATO zu bekommen.

Im Jahr 2002, in dem er auf dem Rathausplatz von Vilnius eine Rede hielt, erklärte der damalige US-Präsident George W. Bush, dass „von nun an jeder Feind Litauens auch als Feind der Vereinigten Staaten betrachtet wird“. Worte, die jeder Litauer auswendig kennt. Heute bin ich zutiefst davon überzeugt, dass das Engagement Deutschlands für die Sicherheit Litauens und für unsere gemeinsame Sicherheit durch die Stationierung der deutschen Brigade in unserem Land dem der Vereinigten Staaten in seiner historischen Bedeutung in nichts nachsteht und sich tief und bedeutsam in den Herzen der Litauerinnen und Litauer verankern wird.

Einheit und Freiheit

von Prof. Dr. Ines Härtel

Dieses Grundgesetz gilt nach Vollendung der Einheit und Freiheit für das gesamte deutsche Volk – damit zieht der Artikel 146 GG (n. F.) die verfassungsrechtliche Konsequenz aus den disparaten historischen Entwicklungen der vergangenen Jahrzehnte, insbesondere von 1989/90. Im historischen Blickwinkel besitzt es mit 75 Jahren Geltungskraft, davon 41 Jahre im geteilten und 34 Jahre im wiedervereinigten Deutschland, die längste Dauer einer deutschen Verfassung. In unserem Land bildet das Grundgesetz das Fundament für das Zusammenleben aller, gleich, ob in Nord oder Süd, West oder Ost. Das ist eine große

Errungenschaft, stellt aber auch eine beständige Anforderung dar. Denn die gesamte Bürgerschaft in Deutschland bildet immer auch – und gerade heute – eine Verantwortungsgemeinschaft für diese Verfassung. Sie ist letztlich für Einhaltung und Pflege zuständig. Bei aller Verschiedenheit der Menschen, der Städte und ländlichen Kommunen, der Regionen und Länder im Bundesgebiet stellt das Grundgesetz ein verbindendes, verbindliches Einheitsband dar. Es legt vor dem Hintergrund der Werteordnung – Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität, Frieden als normativ-regulative Ideen – die Grundrechte, Staatsprinzipien



Prof. Dr. Ines Härtel,
geb. 1972 in Staßfurt/Sachsen-Anhalt; Studium der Rechtswissenschaft an der Georg-August-Universität Göttingen; 2001 Promotion, 2005 Habilitation, 2009–2014 Professorin an der Ruhr-Universität Bochum; seit 2014 Professorin an der Europa-Universität Viadrina Frankfurt/Oder; 2020 als erste Ostdeutsche zur Richterin des Bundesverfassungsgerichts gewählt.

und -ziele, Staatsorganisation, den Rahmen und die Regeln fest. Diesbezüglich braucht das Grundgesetz nicht nur Einsicht als Leistung der moralisch-praktischen Vernunft, sondern auch einen Sitz im konkreten Leben, braucht Annahme und Aufnahme in die Lebenswirklichkeiten unseres Gemeinwesens. Bei allen pluralen Unterschieden – Sichtweisen, Konflikten, Widersprüchen, Interessen auf den unterschiedlichen Ebenen – zeigen sich hier Möglichkeit und Wirksamkeit von Integration durch unsere Verfassung. Dabei hat diese sich den jeweiligen Anforderungen der Zeit gestellt. 67-mal wurde der Verfassungstext bis heute geändert. Als in dieser Weise ‚atmende Verfassung‘ hat sich das Grundgesetz der Europäischen Union (Art. 23 GG) und internationalen Rechtsregeln (Art. 24 und 25 GG) geöffnet und ermöglicht Identität im Mehrebenenbezug. Als Herzstück der freiheitlichen, rechts- und sozialstaatlichen Demokratie verbürgt es die Ordnung des Zusammenlebens. Dadurch gibt das Grundgesetz Orientierung und Halt über den vielfältigen Meinungsstreit, die öffentlichen Kontroversen und die jeweiligen politischen Entscheidungen hinaus. Es bietet zugleich auf der eigenständigen Grundlage von Freiheit und Einheit den Rahmen für eine andere anerkennende, offene, weltläufige Nation. Das gilt es, auch in den aktuellen schwierigen Gemengelagen zu verteidigen.

***Einheit und Freiheit sind
seit dem 19. Jahrhundert
bestimmende Faktoren
der deutschen
Verfassungsentwicklung.***

Als der Parlamentarische Rat am 23. Mai 1949 das Grundgesetz verkündete, war das ein Glücksfall für die Deutschen. Damals als Provisorium empfunden angesichts der politischen Gegebenhei-

ten der Nachkriegszeit, wurde doch das Grundgesetz gewissermaßen als Vollverfassung ausgearbeitet. Dabei bestimmten nicht nur der Einbezug des historischen Konstitutionalismus – insbesondere der Paulskirchenverfassung 1848/49 und der Weimarer Verfassung –, sondern vor allem die unheilvollen, katastrophalen Erfahrungen der vorangegangenen NS-Diktatur und des Weltkrieges die Ausarbeitungen. Grundlage wurde so einerseits der antitotalitäre, antidiktatorische Grundkonsens des Grundgesetzes. Er fand seinen Niederschlag in der Menschenwürde des Art. 1 Abs. 1 GG, den Grundrechten und den Verfassungsprinzipien Rechtsstaat, Sozialstaat, Demokratie und Bundesstaat. Für die Ostdeutschen stand dadurch die stete Präsenz der grundgesetzlichen Freiheitsordnung der SED-Diktatur mit der zunehmend „durchherrschten“ Gesellschaft gegenüber. Andererseits wurde über die Jahrzehnte hinweg – ungeachtet aller Vereinbarungen und Veränderungen im Verhältnis der beiden deutschen Staaten zueinander – grundgesetzlich an der Überwindung der Teilung von Staat und Nation festgehalten, was sich im einheitlichen Staatsbürgerrecht (Art. 116 GG) manifestierte. Im „Westen“ nicht immer zureichend beachtet und gewürdigt, hatte dies für viele Ostdeutsche aber eine herausragende Bedeutung: Als Deutsche fanden sie in Westdeutschland Aufnahme und Hilfe bei all den Fluchtbewegungen. Allein bis zum Mauerbau am 13. August 1961 flohen rund drei Millionen Menschen aus der DDR nach Westdeutschland. Dann kamen die Mauer- und Grenzflüchtlinge, die Freigekauften und anschwellend die Antragsteller und „Ausreiser“ hinzu, fortgesetzt durch den Strom der „Botschaftsbesetzer“. Und nach der – erzwungenen – Maueröffnung waren es die Vielen, die dann täglich zu Tausenden in den Westen gingen. All diese „Rübermacher“ vertrauten auf das Grundgesetz. Auch wenn im neuen Leben manches ungewohnt war: Sie kamen nicht in die Fremde, sondern als Gleiche in das ihnen offen stehende

(West-)Deutschland, wie es das deutsche Staatsbürgerrecht des Grundgesetzes gebot. Die Nation vermittelte dabei nicht nur das Gefühl der Zu- und Zusammengehörigkeit, sondern war auch ein verbindender Deutungsrahmen für Solidarität – und ist es bis heute. Der Zuspruch zum Grundgesetz heute lebt mit – wenn auch unterschwellig – von diesen öffentlich wenig erinnerten Erfahrungen Ostdeutscher. Gleichwohl gehört dies in das gemeinsame kollektive Gedächtnis.

Westdeutschland hatte sich „viele Jahrzehnte lang als imaginärer Sehnsuchtsort in das Gedächtnis vieler Ostdeutscher eingeschrieben“ (Christian Rau) und war für Ostdeutschland eine Art Referenzgesellschaft – in Teilen bis heute bei aller eigenständigen Entwicklung, auch mit entsprechendem großen Erwartungshorizont. Für viele Ostdeutsche in der DDR war sowohl die rechtsstaatliche freiheitliche Demokratie des Grundgesetzes als Gegenpart zur Diktatur als auch dessen Festhalten an der einheitlichen deutschen Nation/Nationalstaat in der Präambel und über das Staatsangehörigkeitsrecht stets im inneren Bewusstsein. So besaß das Grundgesetz in den Zeiten der staatlichen Teilung eine doppelt präformierende Kraft für dessen spätere Annahme und Geltung. Diese Präformation setzte sich in der friedlichen Revolution 1989/90 fort, wobei sich schnell die Freiheits- und Demokratieforderungen mit denen nach Wiedervereinigung gemäß „Deutschland einig Vaterland“ druckvoll wie unentwirrbar mischten. Den tausend kleinen Widerständen im DDR-Alltag standen nun die tausend kleinen Aufbrüche gegenüber, die zugleich schon von „Freiheit und Einheit“ affiziert waren. Die Forderungen auf den großen Demonstrationen und den vielen Versammlungen entsprachen in etwa dem Grundgesetz in den Staatsprinzipien und den Grundrechten – von der Meinungsfreiheit über Versammlungs-, Vereinigungs-, Presse-, Reisefreiheit bis hin zu

freien Wahlen, Demokratie, Rechtsstaat und auch der föderalen (Wieder-)Einrichtung der Länder. Diese dreifache Präformation verborgener wie dann öffentlicher Erfahrung grundierte mit den Weg für den schnellen Einheitsprozess. Mit dem Beitritt der fünf neuen Bundesländer nach Art. 23 GG konnte das Grundgesetz nicht nur staatsrechtlich, sondern auch in Zuspruch und Akzeptanz Fundament für ein nun gemeinsames Deutschland sein. Das trägt Jahrzehnte später auch heute – entgegen mancher aktuellen Kritik.

Die weit überwiegende Mehrheit der Ostdeutschen steht – wie auch die Westdeutschen – zur gemeinsamen Verfassung als der Grundordnung des Zusammenlebens.

Nach Hannah Arendt tritt in einer Freiheitsrevolution ein historischer Neubeginn in Erscheinung, eine neue Ordnung „novus ordo saeculorum“, die beruhend auf der menschlichen Fähigkeit zum Neubeginn, in einem Gründungsakt die Constitutio Libertatis schafft. Die vielen Demonstranten überall in der DDR haben diese Fähigkeit der Befreiung von der Diktatur und den Neubeginn hin zu einer freiheitlichen Demokratie machtvoll unter Beweis gestellt. Allerdings kam es nicht, anders als Entwicklungen in den Ländern Mittel- und Osteuropas, zu einem eigenen Gründungsakt und damit zu einer neuen Verfassung. Dies lag an der einzigartigen Konstellation der geteilten deutschen Staatsnation, die von „Freiheit und Einheit“ zugleich gekennzeichnet war. Mit dem Grundgesetz lag bereits eine Constitutio Libertatis vor. So ging damals der revolutionäre Impetus über in die Forderung nach einer schnellen Anbindung an dieses, wobei der Weg nach Art. 23 GG (a.F.) oder Art. 146 G (a.F.) strittig war. Gleichwohl zeigte sich ein zweites revolutionäres Streben Ende 1989 in der Forderung,

dass angesichts der durchgesetzten Depotenziierung der SED-Herrschaft die Grundlage für DDR-weite (Regierungs-)Entscheidungen auf der Basis einer neuen Verfassung beruhen müsste. Nach Zurückweisung diesbezüglicher Forderung der alten Volkskammer gab folgerichtig der Zentrale Runde Tisch, der SED/PDS, gewandelte Gruppierungen der ehemaligen Nationalen Front und neu-revolutionäre Oppositionsgruppen als neues Steuerungszentrum versammelte, den Auftrag zur Ausarbeitung eines Verfassungsentwurfs an eine Arbeitsgruppe. Dieser Entwurf wurde bis zu den ersten freien Wahlen zur Volkskammer in der DDR nicht fertig. Das überaus deutliche Mehrheitsergebnis dieser freien Wahl wirkte wie eine Art Volksentscheid, ein Plebiszit für schnelle „Freiheit und Einheit“ gleichermaßen. Auf dem anerkannten Legitimitätsgrund mit frei gewählter Volkskammer und Regierung wurde insgesamt der schnelle Beitritt nach Art. 23 GG auf den Weg gebracht, unterstützt von Umfrageergebnissen mit überwältigender Mehrheit dafür. In der Folge gab es eine eigentümliche Gemengelage hinsichtlich des Zieles – reformierte DDR, langsamer Vereinigungsprozess oder schneller Beitritt – und der Verfahren. Der Entwurf der AG des Zentralen Runden Tisches wurde von diesem nicht mehr verabschiedet, zwar später den neuen Abgeordneten zugestellt, aber dann nicht mehr in der Volkskammer beraten. Bündnis 90, PDS und einige Abgeordnete wollten diesen aber durchsetzen; Ministerpräsident Lothar de Maizière wollte die DDR-Verfassung von 1949 wiederbeleben; die SPD wollte mittels „Bausteinverfahren“ verschiedene Gesetze für eine DDR-eigene Verfassung verabschieden mit dem Ziel der staatlichen Einheit; viele der Allianz für Deutschland (CDU, DSU, DA) wollten einen schnellen Beitritt ohne eigene Verfassung. Diese Gemengelage folgte aus den Widersprüchen von „Einheit und Freiheit“ im revolutionären Verlauf. Weder war Zeit für eine Diskussion noch für eine Einigung der divergierenden Vorstellungen, erst

recht nicht angesichts der gesellschaftlichen und ökonomischen Verhältnisse. Deshalb galt nun (kurioserweise) für die Übergangszeit bis zum Beitritt gemäß Art. 23 GG die von Diktaturbezügen bereinigte DDR-Staatsverfassung von 1974. Das Verfassungsgrundsätze-Gesetz der neuen Volkskammer, der Staatsvertrag zur Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion, der Wahl- und der Einigungsvertrag sowie davor der Volkskammerbeschluss zum Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes bildeten dann das gesetzliche und vertragliche Grundgerüst zum Zusammengehen beider deutscher Staaten/uno actu der neuen Bundesländer am 3. Oktober 1990. Deutsche Einheit, das hieß Geltung des Grundgesetzes für alle. Anfang der 90er-Jahre wird gemäß Art. 5 Einigungsvertrag der republikanische Verfassungsimpetus noch einmal aufgenommen. Die Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat erarbeitete unter großer öffentlicher Beteiligung und inhaltlich wie formal kontrovers eine Vorschlagsliste für Verfassungsänderungen, von denen in bewährter Tradition der „living constitution“ eine Reihe grundlegender Änderungen aufgenommen wurde.

Mit der Freiheitsrevolution von den Demonstrationen über den Einigungsprozess bis hin zum Einheitsergebnis haben die Ostdeutschen einen zentralen Beitrag für „Freiheit und Einheit“ geleistet, auf den sie generationenübergreifend immer wieder neu stolz sein können.

Denn auf diese Weise ist das gemeinsame Grundgesetz in spezifischer Weise auch ihr Grundgesetz. Das gilt gerade dann, wenn man den Prozess von 1989/90 auch als gewissermaßen zweiten Gründungsakt des Grundgesetzes, als zweite

Constitutio Libertatis, begreift. Denn anders als damals in Westdeutschland entstand dieser Zugang aus einem eigenständigen, revolutionären freiheits- und einheitsorientierten Geschehen heraus. Dieser erinnerte Bezug daran – wenn er gelingt – ermöglicht heute für die nachwachsenden Generationen weiter zuwachsende Legitimität und Akzeptanz des Grundgesetzes. Eine so begriffene doppelte Verfassungsgründung stellt deshalb einen wichtigen Anker dar für die gegenwärtigen inneren Stabilitätsnotwendigkeiten Deutschlands, aber auch für differenzierte Prozesse zur Einheit von Staatsbürgernation und Kulturnation (also gewissermaßen „Kant“ und „Herder“ zusammen) in offenen Kontexten, für die Lebensverhältnisse in den Regionen und personalen Lebensweisen.

Allerdings haben in den letzten Jahrzehnten westliche wie östliche Skepsis zu politischen Ergebnissen und eine Vertrauenserosion in die Wirksamkeit staatlichen Handelns zugenommen. Deshalb gilt es im Lichte dieser und anderer aktueller Krisen zu prüfen, ob sich annehmende Verfassungsverhältnisse in der politischen Kultur des alltäglichen Lebensvollzugs als subkutane oder öffentliche Routinen, als verinnerlichte „Gewohnheiten des Herzens“ (Robert N. Bellah), weiter ausgebildet haben – oder ob es bei Stagnation hierfür eines erheblichen Mehreinsatzes bedarf. Zumindest muss angesichts manch aktueller problematischer Einlassungen in der Öffentlichkeit daran erinnert werden, dass es eine Differenz von Verfassung und den jeweiligen Politikfeldern gibt. Das Grundgesetz ist die Freiheitsordnung, auf dessen Fundament dann die aktuellen politischen Entscheidungen mitsamt ihren streitigen Auseinandersetzungen erfolgen. Die kritische Diskussion, die Ablehnung von Regierungsentscheidungen oder parteipolitischem Handeln darf nicht verwechselt werden mit der Absage an das Grundgesetz selbst, denn das führt in die rechtliche und politische Selbstzerstörung. Das

Grundgesetz erfordert bei aller Kritik im Einzelnen Anerkennung durch Staat und Bürgergesellschaft gleichermaßen und deren Einsatz gegen aktive Kräfte, die es zerstören wollen. Es besitzt selbst Schutzmechanismen, unter anderem mit Art. 18 GG (Verwirkung von Grundrechten), Art. 19 Abs. 2 GG (kein Antasten des Wesensgehalts eines Grundrechtes) und Art. 79 Abs. 3 GG (Unzulässigkeit von Änderungen der Grundsätze von Art. 1 und 20 GG, sogenannte Ewigkeitsgarantie). Auch das Bundesverfassungsgericht kommt seiner Aufgabe als „Hüter der Verfassung“ stets nach.

Aber Verantwortung liegt auch bei den Beteiligten im politischen Prozess selbst. Die von so manchem heute oft mit Emphase vorgebrachte Forderung: „Es muss sich etwas ändern, dringend“ weist auf Mängel in der Responsivität von Wählern und Gewählten hin. Hier sind Problemwahrnehmungsfähigkeiten, Problemlösungsfindungen und Problembearbeitungskapazitäten im politischen Feld kritisch angesprochen. Dies fordert zu mehr Gespräch und Diskurs auf, zu mehr Erklärungen über Wertentscheidungen und Sachverhalte, zu mehr Beteiligungen und Engagement – das allerdings beiderseitig. Eine Revitalisierung der (parlamentarischen) Demokratie unseres Landes bedeutet, politikerseits mehr Aufnahmebereitschaft für angezeigte Probleme aufzubringen und politische Überzeugungsarbeit für Maßnahmen mit Hartnäckigkeit zu betreiben. Es bedeutet aber auch vermehrte Aufgeschlossenheit und konstruktive Lösungsarbeit seitens einer vielfältigen Bürgerschaft. Da gibt es viel Verbesserungspotenzial, im Osten wie im Westen. Zudem gilt: Gerade in Krisenzeiten wird die Kraft des besseren Arguments dringlich gebraucht. Und ebenso gilt, dass es eine zivilisatorische Errungenschaft ist, verschiedene Sichtweisen und Meinungsdivergenzen nicht in Rücksichtslosigkeit, Beleidigung, Hass oder gar Gewalt münden zu lassen.

Freilich bleibt hier nicht nur politisch, sondern auch verfassungsbezogen ein Risiko. Denn – in Abwandlung des bekannten Böckenförde-Diktums – lebt unser Grundgesetz von Voraussetzungen, die es selbst nicht garantieren kann. Das zeigt sich in der letztlich Nichtverfügbarkeit offener und verborgener Konsense wie Konflikte, von Disparitäten und Ambiguitäten der deutschen Gesellschaft. Wie jede ist gerade auch sie in ihrer historischen Ausprägung von unterschiedlichen kulturellen, sozialen, wirtschaftlichen und politischen Strömungen durchzogen. Diese pluralen heterogenen Lebensstrukturen und die Bandbreite ökonomischer wie soziokultureller Entwicklungen sind auch dem Faktum der Pluralität (Hannah Arendt) und der „ungeselligen Geselligkeit“ (Kant) der Menschennatur geschuldet. Der erheblichen Vielfalt gegenüber steht das Erfordernis von Einheit. Denn für Annahme und Wirksamkeit einer Verfassung braucht es notwendig auch strukturelle Gleichheit und Gleichgesinntheit: soziale Kohäsion, wirtschaftlichen Ausgleich, kulturelle Verbundenheit, politische Gemeinsamkeit. Darauf hat bereits der Weimarer Staatsrechtler Hermann Heller verwiesen, wenn er vom „nichtnormierten Unterbau der Verfassung“ spricht. Dieses notwendige Mindestmaß an Übereinstimmung zeigt sich beispielsweise in der Kulturnation (neben Sprache, Geschichte, Kunst) als Gewohnheiten der Lebenswelt mit ihren vertrauten Codes, Normen, Symbolen und Umgangsformen. Gegenüber diesen eher stillschweigenden Übereinkünften zeigt sich die eher öffentliche Übereinstimmung besonders in dem – in schwierigen Kontexten deutscher Geschichte erzielten – politischen Grundkonsens. Dazu gehören die Geltung der Grundrechte und Grundwerte, von Rechtsstaat, Sozialstaat, Demokratie, darauf bezogener politischer Kultur mit gewaltloser Auseinandersetzung, Kompromissfähigkeit, Tugenden wie Respekt, Toleranz, Anstand und auch eine gewisse zivilisierte Höflichkeit im Umgang miteinander. Der stetige Ausbau und die

materielle Unterfütterung von Rechtsstaat, sozialen Sicherungen und Bereichen der Daseinsvorsorge im Sinne gleichwertiger Lebensverhältnisse (Art. 72 Abs. 2 GG) sind Umsetzungen dieses Grundgedankens.

Das Grundgesetz bedarf sowohl eines Mindestmaßes an soziokultureller Gemeinsamkeit als auch des politischen Grundkonsenses.

Diese Gemeinsamkeit, diese Gleichgesinntheit ist weder in den Werten noch in der eigensinnigen lebensweltlichen Praxis direkt erzwingbar, aber erwartbar, beeinflussbar, bearbeitbar, bildbar, gestaltbar durch Staat, intermediäre Institutionen und Bürgergesellschaft. Gerade in unseren rauer gewordenen Zeitläuften braucht das deutsche Gemeinwesen mehr Verdeutlichung dessen, was der Sinn des politisch-demokratischen Grundkonsenses ist, was dieser für unseren Umgang bedeutet und wie er in der alltäglichen Lebenswelt Bedeutung hat. Dazu gehört auch die Akzeptanz, dass sich neben Gemeinsamkeiten auch Unterschiede in der Entwicklung der politischen Kultur in West und Ost zeigen. In Ostdeutschland formen fast 60 Jahre Leben in der zweifachen Diktatur (von 1933 bis 1989) mehr unterschwellige Skepsis in Institutionen, Prozesse und politisch Handelnde aus, während die eigenständig erkämpfte Freiheitsrevolution wiederum ein Anker für Stolz und Eigensinn ist. Diesen Eigenheiten kann man auch mit mehr Gelassenheit begegnen – bei grundsätzlichem westöstlichem Anerkennungsverhältnis jeweiliger Lebenssituationen. Es gilt ja für den Prozess der inneren Einheit Deutschlands die Regel: Gemeinsamkeit und Angleichung da, wo es notwendig und sinnvoll ist, Unterschiedlichkeit und Eigensinn da, wo es möglich und geboten ist. Trotzdem bleibt der gemeinsame Verfassungskonsens in allen Teilen Deutschlands präsent und wirksam.

Über den politischen Grundkonsens als Stütze der Verfassung hinaus kann auch das vielfältige Gespräch der Gesellschaft gewissermaßen mit sich selbst über Grundlagen, Wertungen, Ziele, Probleme, Gemeinsamkeiten, Differenzen, Erkenntnisse oder Neuerungen mit zur Festigung einer Verfassungskultur „in the long run“ beitragen. Gegenüber Spaltungstendenzen oder häufigerer Bildung von Meinungsblasen gelingt das zumeist dann, wenn unterschiedliche Perspektiven Raum bekommen und in eine Gesprächskultur im Sinne des „audiatur et altera pars“ eingebunden sind. Das ist oft schwer, weil es die Bereitschaft und den Willen wenn nicht zur Verständigung, so doch aber zum Zuhören voraussetzt. Viele zivil- oder bürgergesellschaftliche Organisationen in den verschiedenen Regionen Deutschlands können sich in diesen Gesprächshorizont einbringen, was auch zu einem Abbau von gegenseitigen Vorurteilen und Stereotypen beitragen könnte. Die politikerseits stets eminent unterschätzte politische Bildungsarbeit – die eine erheblich bessere personelle und finanzielle Ausstattung bräuchte – wäre hier besonders gefordert.

Auch das ist ein möglicher Weg der deutschen Einheit: Denn auf diese Weise kann in den vielfältigen Gesprächen, Engagements, Auseinandersetzungs- und Verstehensprozessen, im Gegen- und Miteinander, in den kleinen Gemeinschaften in der liberalen Gesellschaft mit der Zeit eine soziale „Verwurzelung“ (Simone Weil) entstehen. Gelingen die Anstrengungen dafür, bildet sich im Laufe der Zeit ein dichteres Geflecht sozialen Zusammenhalts. Zusammen mit anderen Formen des „nichtnormierten Unterbaus“ würde dies helfen, die Tragfähigkeit für das Grundgesetz und damit für den demokratischen, sozialen Rechtsstaat zu erhöhen. Mit der errungenen und in den letzten Jahrzehnten gemeinsam gelebten „Einheit und Freiheit“ formt sich dann das aus, was in der Gegenwart angelegt ist und die Zukunft braucht: Verfassungsfreundschaft.



Politische Erzählungen zu zentralen Jahrestagen: 75 Jahre Grundgesetz und Bundesrepublik

von Prof. Dr. Kerstin Brückweh

Seit Jahren erforsche ich als Historikerin die Zeit vor, während und nach 1989 und dabei besonders die Frage, wie Menschen diesen Bruch in ihrem Alltag verarbeite(te)n. Aus den Quellen der Vergangenheit und aus gegenwärtigen Gesprächen lässt sich viel darüber lernen, wie Menschen das Ende der DDR erlebt, zum Teil auch mitgestaltet, wie sie den Systemwechsel und die 1990er erfahren haben und wie sie sich heute daran erinnern. Dabei geht es für die Erzählenden – egal, ob sie den Umbruch selbst erlebt haben oder nur aus den Familienerzählungen oder anderen Quellen davon gehört haben – immer auch darum,

die vielschichtigen Aspekte aus der Rückschau in eine stimmige Lebensgeschichte und darüber hinaus in eine plausible kollektive Erzählung zu bringen. Denn das Leben ging und geht weiter – in Ostdeutschland und anderswo.

Mit geschichtswissenschaftlichen Methoden analysiere ich historische Quellen und stelle Unterschiede, aber auch Gemeinsamkeiten zwischen unterschiedlichen historischen Akteuren, geografischen Räumen, sozialen Gruppen etc. fest. Sie sind zum einen geprägt durch die Bedingungen in der DDR und die 1990 getroffenen

Regelungen, zum anderen trotzten sie aber gerade den verschiedenen politischen Systemen. Zugleich beobachte ich hausgemachte Differenzen durch eine aufgesetzte Ost-West-Brille, wenn eigentlich eine Nord-Süd-Differenz oder regionale Unterschiede vorliegen. Und dann gibt es Zeiten, in denen sich staatstragende Erzählungen in die Arbeit einmischen – so im Mai 2024.

„Wir feiern 75 Jahre Grundgesetz“¹

Nicht nur die Bundesregierung selbst gab sich dieses Motto, sondern auch zahlreiche Medien titelten im Mai 2024 ähnlich.² Im Kern stand der Gedanke, mit der Erinnerung an die Verkündung des Grundgesetzes durch den Parlamentarischen Rat am 23. Mai 1949 zugleich die Geburtsstunde der Bundesrepublik zu feiern. Während die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts für unweigerlich mit Deutschland verbundene bzw. initiierte Kriege und menschenverachtende Katastrophen steht, führte die zweite Hälfte in der neu gegründeten westdeutschen Bundesrepublik „zu politischer Stabilität, zu Freiheit und Wohlstand, wie sie nach 1945 völlig unerreichbar schienen“³. Das Grundgesetz selbst wird dabei von vielen auch als ein Beispiel des Lernens aus der Geschichte angesehen, indem Lehren aus der Weimarer Verfassung gezogen wurden. Es ist ein vielfach gelobter, funktionierender Rechtstext. Und es war

im Jahr 1949 ein symbolischer Akt. Die beiden Funktionen einer Verfassung – die instrumentell-rationalistische, d. h. das praktische Funkzionieren als Gesetzestext insbesondere in Verbindung mit dem Bundesverfassungsgericht, und die symbolische, d. h. die Vision vom Zusammenleben einer Gesellschaft – fallen hier zusammen.

Orientierung an Zahlen oder an Inhalten?

In der Geschichtswissenschaft geht es immer auch darum, Zäsuren zu benennen und Zeitabschnitte in sinnvolle inhaltliche Periodisierungen zu bringen. Diese Einteilungen können sich je nach Fragestellung und Themengebiet unterscheiden, aber manche Prozesse und Ereignisbündelungen wirken übergreifend. Selten orientieren sie sich an Dekaden oder an Jubiläen in Fünfer- oder Zehnerschritten. Für den Zweck dieses Textes sei festgehalten, dass sowohl die Bundesregierung als auch unterschiedlichste Medien differenziert über die vergangene und die gegenwärtige Bundesrepublik informieren und diskutieren. Darüber schwebt – vielleicht eher: klebt – jedoch die 75-Jahre-Erzählung, die einen Teil der heutigen Republik und seine Geschichte nicht umfasst: nämlich das auf dem ehemaligen Territorium der DDR gelegene Ostdeutschland und seine Bevölkerung.



Kerstin Brückweh,
geb. 1972 in Hannover, Professorin für Historische Stadt- und Raumforschung an der Europa-Universität Frankfurt (Oder) und Leiterin des Forschungsschwerpunktes „Zeitgeschichte und Archiv“ am Leibniz-Zentrum für Raumbezogene Sozialforschung.

Foto: Europa-Universität Viadrina / Heide Fest

¹ Das kleine Logo mit diesem Satz findet sich auf zahlreichen Seiten, etwa hier:

<https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/75-jahre-grundgesetz/demokratiefest-75-jahre-grundgesetz-2257858>.

² Zum Beispiel: Ein Grund zum Feiern. 75 Jahre Bundesrepublik – die Geburtstagsausgabe der SZ, 18./19./20. Mai 2024.

³ Herbert, Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, S. 15.

Warum aber wird die Geschichte so erzählt? Das ist eine Frage für die Geschichtswissenschaft, wenn es um die genaue Analyse und Rekonstruktion der Geschehnisse um das Epochenjahr 1989/90 aus den historischen Quellen der Zeit und die Erörterung darüber geht, warum es in diesem besonderen „constitutional moment“ nicht zu einer neuen Verfassung kam – und zwar, obwohl das Grundgesetz selbst die Möglichkeit vorsah. Für die heutige Bevölkerung des vereinten Deutschlands stellt sich darüber hinaus eine andere Frage: Wie wollen wir uns an die Entstehung des Grundgesetzes und wie an das Jahr 1990 und damit die Art und Weise der Zusammenführung der beiden deutschen Staaten erinnern? Oder in den Worten von Stephan Detjen zum 60. Jahrestag: „Welche Geschichten der Verfassung erzählen wir uns?“

Das behelfsmäßige Orientieren an Jahrestagen irritiert Historiker und Historikerinnen, weil es keinen inhaltlichen Zusammenhang herstellt. Im Fall des Jubiläums des Grundgesetzes scheint der Blick auf den Jahrestag auch politisch schwierig. Denn was passiert, wenn die Jubiläumsstunde der Demokratie als 75-Jahre-Erzählung daherkommt und damit einen Teil der Bundesrepublik von der Erzählung ausschließt? Als Historikerin interessiert mich zunächst der Faktencheck und somit die Frage, wie genau die verschiedenen Akteure in der konkreten historischen Situation handelten, sodass es 1990 nicht zu einer neuen Verfassung kam.

Die Verfassungsdiskussionen rund um die deutsche Vereinigung

Für den besonderen Moment der Zusammenführung der beiden Teile Deutschlands aus dem Kalten Krieg hatte das Grundgesetz schon 1949 einen

Plan. Im Artikel 146 stand, dass das Grundgesetz seine Gültigkeit an dem Tag verliere, „an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist“⁴. Das war der letzte Artikel des als Provisorium gedachten Grundgesetzes. Wann aber, wenn nicht 1989/90 in diesem besonderen Moment der deutschen Geschichte, wäre der richtige Zeitpunkt gewesen? Die historischen Akteure gingen bekanntermaßen den Weg des Beitritts nach Artikel 23 des Grundgesetzes und wählten damit die zweite Möglichkeit, die im Provisorium von 1949 vorgesehen war.⁵

Für gewöhnlich wird das Wahlergebnis vom 18. März 1990 zur ersten frei gewählten Volkskammer in der DDR als ostdeutscher Wunsch nach Beitritt interpretiert. Das verdeckt verschiedene Initiativen für eine neue Verfassung. Hier darf eine Besonderheit nicht übersehen werden, denn – anders als für viele andere Themen – gab es für die Verfassungsgebung nach dem vollzogenen Beitritt keine unmittelbare Zeitnot. Es hätte auch mit etwas Abstand entschieden werden können, das Grundgesetz auch symbolisch vom Provisorium zur neuen Verfassung werden zu lassen – das gilt im Prinzip bis heute, denn der Artikel 146 findet sich in angepasster Form noch immer im Grundgesetz. Allerdings – und das ist elementar – ist der besondere verfassungsgebende Moment verstrichen. Was also passierte damals?

Es gab vor allem drei große Initiativen, die in eine halbherzige Grundgesetzreform 1994 mündeten. Am 4. April 1990 legten die ostdeutschen Akteure des Zentralen Runden Tisches ihren Verfassungsentwurf für eine erneuerte DDR vor. Am 19. Juni 1991 folgte der Entwurf der deutschen Bürgerinitiative Kuratorium für einen

⁴ Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949, in: Bundesgesetzblatt 1 (1949), Artikel 146: [https://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?start=%2F%2F*\[%40attr_id%3D%27bgbl149001.pdf%27\]#__bgbl_%2F%2F*%5B%40attr_id%3D%27bgbl149001.pdf%27%5D__1719227272014](https://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?start=%2F%2F*[%40attr_id%3D%27bgbl149001.pdf%27]#__bgbl_%2F%2F*%5B%40attr_id%3D%27bgbl149001.pdf%27%5D__1719227272014).

⁵ Ebd., Artikel 23.

demokratisch verfaßten Bund deutscher Länder. Auf der Basis der Artikel 4 und 5 des Einigungsvertrages wurde schließlich am 16. Januar 1992 die Gemeinsame Verfassungskommission durch die Präsidentin des Deutschen Bundestages und den Präsidenten des Bundesrates konstituiert, die ihren Bericht am 5. November 1993 veröffentlichte.

Interessant ist mit Blick auf die erwähnte instrumentell-rationalistische und die symbolische Verfassungsfunktion ein Blick auf die die Texte rahmenden Ideen. Das Grundgesetz bezieht sich zu Beginn seiner aktuellen Fassung auf den Parlamentarischen Rat von 1949 und auf die „Verantwortung vor Gott und den Menschen“. In den anderen beiden Präambeln fehlt der Bezug auf Gott. Das Kuratorium sieht sich durch die vorgeschaltete Paulskirchenerklärung deutlich in einer längeren deutschen Demokratiegeschichte. Die von Christa Wolf formulierte Präambel des Zentralen Runden Tisches verweist allgemeiner auf eine humanistische Tradition. Beide Entwürfe nennen explizit die „revolutionäre Erneuerung“ bzw. „die durch eine demokratische Revolution vollendete deutsche Einheit“. Alle drei betonen die Bedeutung eines geeinten Europas.

Dann geht es in die Details der Diskussionen Anfang der 1990er: Während die einen in diesem historischen Moment die Chance sahen, schon lange diskutierte Themen wie den Umweltschutz, zeitgemäße Familienmodelle oder Kinderrechte in die Verfassung einzubringen, sahen andere keinen Anlass, das schon lange funktionierende Grundgesetz – zumal in Zusammenspiel mit der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes – zu ändern. Zwischen hohem Engagement für neue Verfassungsentwürfe, utopischen Ideen und Bürgerwünschen gingen die Verfassungsdiskussionen letztlich im routinierten

Alltag von Politik und Verwaltung unter (etwa dadurch, dass die Sitzungen der Gemeinsamen Verfassungskommission auf den Donnerstagsabend (!) in den Sitzungswochen des Bundestages gelegt wurde⁶). Oder wie es in der Paulskirchenerklärung vom 16. Juni 1991 heißt: „Die Langsamkeit und Vorsicht, mit der sich unser Denken, Fühlen und Wollen an diese neue Wirklichkeit herantastet, stehen in einem Mißverhältnis zur Geschwindigkeit der revolutionären Veränderungen seit dem Herbst 1989.“ Dass der besondere Moment nicht für eine symbolische Erneuerung genutzt wurde, ist nicht mehr zu ändern. Was aber heißt das für unser Gemeinwesen – was also erzählen wir uns heute über unsere Verfassung?

Geschichtswissenschaft und Politik: Wie könnte die Geschichte auch erzählt werden?

75 Jahre Grundgesetz und Bundesrepublik: Es bringt bei solchen staatstragenden Groß Erzählungen nichts, die Beteiligung und Handlungsmöglichkeiten Ostdeutscher oder die neuen Impulse und Leistungen herauszustellen. Hier bedarf es vielmehr einer grundlegenden Einsicht und dann eines geänderten Selbstverständnisses verschiedener verantwortlicher Akteure aus Politik und Medien, dass es für unser Gemeinwesen kontraproduktiv und unnötig ist, solche exkludierenden Groß Erzählungen zu verbreiten – sei es als Zeitungsausgaben oder als Logos auf den Seiten der Bundesregierung. Zwar ist der Wunsch nach großen Erzählungen vielfach zu beobachten, aber sie entsprechen nicht der Vielfalt der Wirklichkeit in der Gegenwart und sind deshalb für Kritik anfällig. Auf den Seiten der Bundesregierung heißt es: „Durch den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland zum

⁶ Schönberger, Christoph, Routinierte Berufspolitik im historischen Ausnahmement. Die Gemeinsame Verfassungskommission der frühen 1990er-Jahre, in: Brückweh, Die Wiederbelebung eines „Nicht-Ereignisses“, S. 95–111, hier S. 104.

3. Oktober 1990 ist das Grundgesetz gesamtdeutsche Verfassung geworden. Die Beibehaltung der ursprünglichen Bezeichnung ‚Grundgesetz‘ lässt sich auch als Respekt vor der Arbeit des Parlamentarischen Rates deuten.“⁷ Ja, das ist ein wichtiger Punkt. Zugleich würde ich mich freuen, wenn auch den Mitmenschen in meiner Wahlheimat Brandenburg, in Ostdeutschland und darüber hinaus – denn von unterschiedlichen migrantischen Erfahrungen habe ich hier noch gar nicht gesprochen – mit etwas mehr Respekt begegnet würde. Zuhören, Empathie und Fehlertoleranz scheinen mir besonders wichtig für den Umgang miteinander, darauf hoffe ich weiter, und zwar auf allen Seiten.

Quellen

Arbeitsgruppe „Neue Verfassung der DDR“ des Runden Tisches, Entwurf Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1990.

Deutscher Bundestag, Bericht der Gemeinsamen Verfassungskommission gemäß Beschluß des Deutschen Bundestages – Drucksachen 12/1590, 12/1670 – und Beschluß des Bundesrates – Drucksache 741/91, 5.11.1993, Drucksache 12/6000.

Kuratorium für einen demokratisch verfaßten Bund deutscher Länder (Hg.), Denkschrift zum Verfassungsentwurf und Verfassungsentwurf vom 29. Juni 1991 [im Paralleldruck mit dem Grundgesetz von 1949], in: Bernd Guggenberger/Ulrich K. Preuß/Wolfgang Ullmann (Hgg.), Eine Verfassung für Deutschland. Manifest – Text – Plädoyers, München/Wien 1991, 21–299.

Literatur

Brückweh, K. (Hg.), Die Wiederbelebung eines „Nicht-Ereignisses“? Das Grundgesetz und die Verfassungsdebatten von 1989 bis 1994 (Eine Veröffentlichung aus dem Arbeitskreis für Rechtswissenschaften und Zeitgeschichte an der Akademie der Wissenschaften und der Literatur Mainz), Tübingen 2024.

Detjen, S., Abschied vom Grundgesetz?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (2009), S. 3–4.

Herbert, U., Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, München 2023.

⁷ Der Weg zum Grundgesetz, Teil 10: Geburtsstunde der Bundesrepublik, 28.2.2024. <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/erinnern-und-gedenken/weg-zum-grundgesetz-10-1612202>



Der Osten steht auf eigenen Füßen

von Prof. Dr. Michael Hüther

Angesichts der gestiegenen geopolitischen Unsicherheiten, der dafür notwendigen Stärkung ökonomischer und sozialer Reaktionsfähigkeit (heute gemeinhin als Resilienz erfasst) sowie der gebotenen Transformationsanforderungen auf dem Weg zur Klimaneutralität sind eine Förderung des Standorts und eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit unvermeidlich. Dabei kann der Osten als Wirtschaftsstandort von einem neuen „Aufschwung Ost“ profitieren. Dafür müssen wir jedoch unseren Blick auf die östlichen Bundesländer verändern.

Die deutsche Einheit ist ein stetiger Prozess politischer, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Integration, bei dem der Osten immer noch überwiegend als ein Landesteil betrachtet wird, der gegenüber dem Westen aufholen müsse. Tatsächlich gilt, dass die ostdeutschen Flächenländer in vielen Bereichen (wie beim Einkommen

pro Kopf, der Personalintensität im Bereich Forschung und Entwicklung, der Anzahl an Patenten je Einwohner oder der Exportquote) nach wie vor hinter dem Niveau des Westens zurückliegen. Auch hat sich seit den 2000er-Jahren die Annäherung der Wirtschaftskraft zwischen Ost und West verlangsamt. Andere wirtschaftliche Kennzahlen zeigen allerdings, dass sich die ehemals getrennten Landesteile deutlich angenähert haben. Insbesondere die verringerte Arbeitslosenquote im Osten kann als Erfolg bewertet werden. Außerdem wird die deutsche Einheit auch von politischen Maßnahmen vorangetrieben wie die Angleichung der Renten in Ost und West im vergangenen Jahr.

Bei einer Einordnung der deutschen Einheit sollte man jedoch den Blick nicht nur auf die Annäherung von Ost und West richten, sondern den Osten als vielfältige Region mit zum Teil dem

Westen überlegenen Standortindikatoren wahrnehmen. Denn während fast eine Dekade nach der Einheit „ein sich selbst tragender Aufschwung Ost nicht in Sicht“¹ war, zeichnet sich heute ein anderes Bild: Ostdeutschland etabliert sich als vielversprechender Wirtschaftsstandort. Die „Financial Times“ betitelte den Aufschwung Ostdeutschlands mit „The surprising revival of eastern Germany“². Dem Industriestandort Ostdeutschland kann somit eine Strahlkraft über den Atlantik hinaus attestiert werden.

Daher verwundert es nicht, dass die ostdeutschen Bundesländer derzeit erfolgreich Ansiedlungen und Investitionen multinationaler Unternehmen verzeichnen. Im vergangenen Jahr lagen die Zusagen für Neuansiedlungen und Erweiterungen bundesweit mit fast 35 Mrd. Euro auf Rekordniveau. Die sächsische Landeshauptstadt konnte sich mit dem neuen Werk des taiwanischen Halbleiterkonzerns TSMC die höchste Summe aller Einzelinvestitionen sichern. Im Jahr der Eröffnung des Werks von Tesla sind die Unternehmensinvestitionen in Brandenburg um 85 Prozent im Vergleich zum Vorjahr gestiegen – was das größte Wachstum an Unternehmensinvestitionen in einem deutschen Flächenland in den vergangenen zehn Jahren darstellt. In Thüringen und Sachsen sind die Investitionen im selben Zeitraum ebenfalls beachtlich, um ein Viertel, gewachsen. Auch wenn Bayern und Baden-Württemberg in absoluten Zahlen bei den

Unternehmensinvestitionen insgesamt führen, zeigt sich bei genauerem Hinsehen, dass der Osten hierbei in Relation zum Umsatz oder zur Beschäftigtenzahl dominiert.

Die Investitionsentscheidungen zugunsten Ostdeutschlands haben weitreichende Konsequenzen. Während insgesamt die deutsche Wirtschaftskraft stagniert, sind es vor allem zwei ostdeutsche Bundesländer, die mit ihrem Wirtschaftswachstum herausragen: Durch den Nachholeffekt im Tourismus seit dem Ende der Corona-Pandemie und die Ansiedlung des Flüssiggas-Terminals Lubmin konnte Mecklenburg-Vorpommern in den vergangenen beiden Jahren ein Wachstum von mindestens 3 Prozent verzeichnen und ist damit Spitzenreiter unter den deutschen Bundesländern. Auch Brandenburg kann im Bundesvergleich beachtliche Wachstumsraten von über 2 Prozent vorweisen.

Die neuen Niederlassungen multinationaler Unternehmen bescheren den ostdeutschen Bundesländern nicht nur einen wirtschaftlichen Aufschwung, sondern können auch aus industriepolitischer Sicht als wertvoll bewertet werden. Denn die Produktion von Mikrochips und Elektroautos sind digitale und grüne Transformationstechnologien, passen somit also zu der industriepolitischen Strategie der EU und Bundesregierung hinsichtlich einer resilienten und dekarbonisierten Wirtschaft.



Foto: Institut der deutschen Wirtschaft

Prof. Dr. Michael Hüther

ist Direktor und Mitglied des Präsidiums beim Institut der deutschen Wirtschaft. Außerdem ist er Honorarprofessor an der EBS Business School, Aufsichtsratsvorsitzender der TÜV Rheinland AG, Aufsichtsratsmitglied der SRH Holding und im Vorstand der Atlantik-Brücke.

¹ Mummert; Wohlgemuth 1998: 7.

² Chazan; Miller 2022.

Ein entscheidender Faktor für die umfassenden Unternehmensinvestitionen und -ansiedlungen sind die spezifischen ostdeutschen Standortvorteile. Durch die grüne Transformation ist die Verfügbarkeit von erneuerbaren Energien ein maßgebliches Standortkriterium. Hier können die ostdeutschen Bundesländer überzeugen: Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Sachsen-Anhalt sind führend bei installierten Solar- und Windanlagen.

Die Verfügbarkeit von Industrieflächen ist ein weiterer entscheidender Standortvorteil des Ostens. Während in Westdeutschland erschlossene und freie Gewerbeflächen kaum noch zu finden sind, kann der Osten solche Flächen bieten. Auch besticht der Osten durch eine geringere Betreuungslücke von Kindern. Dies bedeutet eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, was wiederum die Verfügbarkeit von (weiblichen) Arbeitskräften stärkt und den Bedarf an Teilzeitarbeit verringert.

Gleichwohl gibt es Faktoren, die potenzielle Risiken für den aufstrebenden Wirtschaftsstandort darstellen könnten und daher nicht außer Acht gelassen werden dürfen: In den ostdeutschen Flächenländern gibt es einen größeren Rückstand bei der Datenbewirtschaftung in Unternehmen, das behindert die Entwicklung digitaler Geschäftsmodelle. Hier kann die Politik durch Infrastrukturentwicklung, Netzwerkbildung und wissenschaftliche Kapazitäten einen wichtigen Beitrag leisten. Außerdem stellt der demografische Wandel eine größere Belastung für die Wirtschaft im Osten als im Westen dar. Denn während die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in Westdeutschland dank hoher Zuwanderung bis 2070 auf einem konstanten Niveau gehalten werden könnte, wird sie in Ostdeutschland im Vergleich zu 2022 beachtlich sinken. Der strukturelle Effekt der forcierten Alterung greift folglich in den neuen Ländern stärker; messbar am hohen

Anteil von Beschäftigten mit MINT-Qualifikationen, die 55 Jahre und älter sind.

Um dem demografischen Profil entgegenzuarbeiten, bedarf es neben anderen Arbeitszeiten – zum Beispiel wie in der Schweiz (Jahresarbeitsvolumen) – einer forcierten Zuwanderung. Die Attraktivität der ostdeutschen Bundesländer für Erwerbsmigration erweist sich vor dem Hintergrund des Erstarkens von Rechtsextremisten und Rechtspopulisten als zunehmend schwierig. Bereits heute führt dieser Aufstieg auf betrieblicher Ebene zu Problemen, dort Fachkräfte aus dem Ausland zu gewinnen. Das kann zu einem ausgeprägten Standortnachteil werden.

Die kollektive Unzufriedenheit, die sich an der Wahlurne entsprechend niederschlägt, passt mit den ökonomischen Erfolgen auf den ersten Blick nicht unbedingt zusammen. Die aktuelle Unsicherheit und Besorgnis der Menschen in Regionen, die von der Transformation betroffen sind, tragen bundesweit zur Unterstützung der AfD bei. Besonders stark ist dieses Phänomen in den Transformationsregionen Ostdeutschlands ausgeprägt. Daher wäre es wichtig, dass die öffentlich geförderten Investitionen, die derzeit vorrangig auf die Städte ausgerichtet sind, auch eine positive Wirkung auf das Umland entfalten und durch infrastrukturelle Anstrengungen (ÖPNV, Zugang zur Daseinsvorsorge) systematisch sowie verlässlich ergänzt wird.

Insgesamt wird deutlich, dass der Osten aus wirtschaftlicher Perspektive seit der deutschen Einheit eine eindruckliche Entwicklung durchlaufen hat. In Anbetracht der Vorteile sollten wir die ostdeutschen Bundesländer als Wirtschaftsstandort in der Transformation ernst nehmen. Es ist an der Zeit, die Errungenschaften Ostdeutschlands anzuerkennen und seine Zukunftspotenziale voll auszuschöpfen. Eine störende Rolle spielt dabei wohl immer noch, wie Westdeutsche nach

der Wende in den neuen Ländern aufgetreten sind, wie sehr klargemacht wurde, dass der Zusammenbruch des kommunistischen Regimes unweigerlich auch alle gemachten Erfahrungen und alle erlernten Kompetenzen infrage stellen müsse. So wichtig es ist, die Verwundungen zu sehen und deren Verarbeitung zu würdigen, so sehr muss aber auch erkannt werden, dass diese nicht mehr kompensierbar sind.

Wenn man glaubt, dass der im Rückspiegel plausibel erscheinende Befund, der Osten sei eine westdeutsche Erfindung, heute Orientierung geben kann, dann irrt man kategorial. Man verkennt die Differenzierungen der Regionen, man übersieht die Potenziale, und man ignoriert die Ansätze der Besserung, die mal stetig, mal disruptiv erfolgen. Die Tesla-Investition in Grünheide bringt Berliner und Brandenburger zusammen wie kaum zuvor; von den derzeit 12.000 Beschäftigten kommen die allermeisten aus Berlin.

Erkennbar wird daran, worauf die Politik vor allem achten muss: auf die regionalen Spezialisierungen und deren gegenseitige Stärkung sowie Anregung. Die Handlungsfähigkeit der Kommunen ist zu sichern, vor allem fiskalisch. Hier erfahren die Bundesländer eine besondere Verantwortung. Denn im Stadt-Land-Zusammenhang wirken alle Veränderungsprozesse – mit dem Risiko hoher sozialer Sprengkraft, wenn wir die Überforderungspotenziale nicht erkennen. Altersstruktur und Sozialstruktur, Mobilitätswende und Wärmewende können Gegensätze zwischen urbanen Zentralen und ländlichen Räumen vertiefen. Darauf muss gesamtdeutsch geachtet werden, die Menschen in den ostdeutschen Flächenländern haben den Vorteil umfangreicher Transformationserfahrungen. Man muss dies nur als Potenzial erkennen.

Literatur

- Chazan, G.; Miller, J. (2023): The surprising revival of eastern Germany, <https://www.ft.com/content/f1d0e732-d523-40db-b753-ae404498dc7a> [27.06.2024].
- Mummert, U.; Wohlgemuth, M. (1998): Aufschwung Ost im Reformstau West. *Contributions Jenenses* Bd. 6, Max-Planck-Institut zur Erforschung von Wirtschaftssystemen. Nomos: Baden-Baden.

„Ohne Demokratie gäbe es uns nicht“

von Judith Borowski

NOMOS fertigt in Glashütte gute mechanische Uhren. Geschäftsführerin Judith Borowski über den Wert der Demokratie – auch und gerade im ländlichen Raum Ostdeutschlands.

Eine Kleinstadt, versteckt zwischen den Hügeln des Osterzgebirges, südlich von Dresden: Hier, in Glashütte, bauen wir unter anderem eine mechanische Armbanduhr, die unsere Verfassung feiert. „Ludwig 75 Jahre Grundgesetz“ heißt unser Sondermodell, das am Handgelenk nicht nur präzise die Zeit nennt, sondern für den Träger oder die Trägerin auch eine Visitenkarte sein soll, ein kleines Plädoyer für Recht und Freiheit und Demokratie.

Eine Uhr zum Grundgesetz – warum gehört das für uns zusammen?

Seit fast 180 Jahren werden in Glashütte mechanische Uhren gebaut, also seit vielen Generationen. In Kriegs- und DDR-Jahren haben der Ort und seine Industrie zwar gelitten, doch das Wissen,

die Expertise haben überlebt – und konnten nach dem Fall der Mauer zu neuer Blüte kommen: Handwerkliche Kompetenz und Unternehmergeist trafen damals zusammen, und die neu gewonnene Demokratie lieferte die Voraussetzungen für neue Uhren aus Glashütte. Kurz nachdem im November 1989 die Mauer fiel, war NOMOS Glashütte gleich der erste der neu gegründeten Uhrenhersteller am Ort. Der Düsseldorfer Roland Schwertner, unser Gründer, war ohne Geld, doch mit einer guten Portion Abenteuergeist über die nun offene Grenze gekommen, um mit den ersten Uhrmacherinnen und Uhrmachern vor Ort Nomos zu starten.

Klar, die Jahre der Transformation aus der Plan- in die Marktwirtschaft waren auch in Glashütte nicht nur leicht. Doch es half uns auch damals

schon Diversität: Auch dank völlig unterschiedlicher Kompetenzen und Problemlösungsstrategien unserer Mitarbeitenden aus Ost und West und bald einem echten Glashütter als CEO – meinem Kollegen Uwe Ahrendt, selbst unter anderem ein gelernter Werkzeugmacher – gelang die Vereinigung im Kleinen. Und außerdem zum in Stückzahlen größten Hersteller mechanischer Uhren ganz Deutschlands zu werden.

Seit 2022 Berlin die Glashütte-Verordnung verabschiedet hat, ist „Glashütte“ bekannter denn je und die am strengsten geschützte Herkunftsbezeichnung für ein technisches Produkt in Deutschland. Insgesamt zehn Uhrenhersteller gibt es hier heute. Und für jeden, der an diesem Leuchtturm-Ort der ostdeutschen Wirtschaft Uhren bauen will, liegt die Latte extrem hoch: Nichts hier kann man einfach in der Nachbarschaft dazukaufen, alle relevanten Teile muss man hier selbst fertigen, um eine Uhr als „Glashütter Uhr“ bezeichnen zu dürfen.

Der Kenner, die Kennerin weiß, woran sich Glashütte und damit Langlebigkeit und beste Qualität ablesen lässt: nur zum Beispiel die besonders stabile Dreiviertelplatine, Schliffe wie der Glashütter Streifen oder temperaturgebläute Schrauben.

Bei uns kommt stets noch die Gestaltung hinzu – beruhend auf Schulen wie Bauhaus und Deutschem Werkbund, sind Nomos-Uhren nicht nur hoch ästhetisch, sondern transportieren mit ihrem Design auch Offenheit und Toleranz. Unser Anliegen war nie der ostentative Luxus. Wir wollten und wollen mit klaren, zeitlos schlichten und erschwinglichen Instrumenten möglichst vielen Menschen eine Freude zu machen.

Unterm Strich also war von Anfang an für uns immer alles wichtig: höchste Qualitäten in Materialien, Technik und Design – und eben auch Freiheit und Demokratie, wie sie für unsere Arbeit unabdingbar sind.

Denn wir brauchen Rechtssicherheit, brauchen Weltoffenheit für den Verkauf unserer Uhren weltweit, brauchen Vielfalt, um gemeinsam zu besten Ergebnissen zu kommen.

Vielerorts, auch im Osterzgebirge, sehen wir diese Ideale derzeit bedroht. Damit wird auch Haltung mehr und mehr zur Standortfrage: Es ist wichtig, dass wir unseren Kundinnen und Kunden in aller

Welt signalisieren, dass Nomos für andere Werte steht. Es ist zwingend, dass die Region für Fachkräfte von außerhalb anziehend bleibt. Denn derzeit, zum Glück, spüren wir den Fachkräftemangel bei uns noch kaum; Arbeitsplätze „in der Uhr“ sind begehrt. Der demografische Wandel wird jedoch auch vor dem Osterzgebirge und der Uhrenindustrie nicht haltmachen.

Auch deshalb also mischen wir uns ein in öffentliche Debatten in den Medien, in Bundes- wie Regional- und Lokalpolitik. Mein Kollege Uwe Ahrendt setzt sich etwa als Stadtrat ein für Supermärkte, Kindertagesstätten, den Nahverkehr. Wir haben intern flache Hierarchien, üben uns an Demokratie im Kleinen. Wir freuen uns über die ruhige Konzentriertheit unserer Uhrmacher in Glashütte wie über die fröhliche Extrovertiertheit unserer Marketingexperten oder Verkäuferinnen in Berlin.

Unsere Mitarbeitenden genießen viel Eigenverantwortung. Und es hilft, Teil etwa der Initiative BC4D zu sein: In Trainings des *Business Council for Democracy* der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung lernen wir gutes Argumentieren oder Fake News und Verschwörungserzählungen zu erkennen.

***Ich glaube:
Es gibt viele Möglichkeiten,
Demokratie zu leben,
Tag für Tag.***

Unsere Uhren jedenfalls sind aus meiner Sicht ohne sie nicht denkbar. Und natürlich und erst recht: Das Grundgesetz, das gerade 75 Jahre alt wurde, würde es ohne sie nicht geben. Deshalb feiern wir das Jubiläum mit der eingangs genannten Uhr „Ludwig Grundgesetz“ und mit ihr ein bisschen jede Stunde, jeden Tag.



Judith Borowski

ist seit 2004 Gesellschafterin und Co-Geschäftsführerin von NOMOS Glashütte. 2020 wurde sie als „Frau des Jahres“ ausgezeichnet – dies insbesondere auch wegen ihrer klaren Stellungnahme für Toleranz, Weltoffenheit und Vielfalt in der Wirtschaft.

Einkommens- und Vermögensunterschiede drei Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung: Die anhaltende wirtschaftliche Teilung zwischen Ost- und Westdeutschland

von Dr. Charlotte Bartels und Dr. Theresa Neef

Mehr als 30 Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung sind die wirtschaftlichen Ressourcen der Bewohnerinnen und Bewohner Ostdeutschlands weiterhin deutlich geringer als in Westdeutschland. Ostdeutsche Löhne liegen immer noch knapp 30 Prozent unter den westdeutschen Löhnen.¹ Das durchschnittliche Vermögen der ostdeutschen Haushalte beträgt weniger als 50 Prozent des westdeutschen Durchschnitts.² Im Folgenden beleuchten wir Unterschiede und Gemeinsamkeiten der Einkommens- und Vermögensverteilung in Ost- und Westdeutschland und diskutieren Gründe für das anhaltende ökonomische Gefälle.

Das Durchschnittseinkommen der einkommensschwächeren Hälfte der Bevölkerung und des einkommensstärksten einen Prozents ist in

Abbildung 1 (vgl. S. 49) – für die Bevölkerung Westdeutschlands auf der linken Seite und für die Bevölkerung Ostdeutschlands auf der rechten – abgebildet. Die Daten basieren auf einer zusätzlichen Auswertung einer eigenen, 2023 vorgenommenen Analyse der Einkommensverteilung in Deutschland.^{3,4} Das durchschnittliche Markteinkommen, also das Einkommen der Bürgerinnen und Bürger aus Arbeit und Kapitalbesitz vor Steuern und Transfers, der ostdeutschen einkommensschwächeren Hälfte liegt mit knapp 14.000 Euro im Jahr 2016 ca. 25 Prozent unter dem Niveau der entsprechenden westdeutschen Einkommensgruppe. In Ost und West stammen drei Viertel des Einkommens aus Arbeit. Die Einkommensschere vergrößert sich jedoch vor allem am oberen Ende der Verteilung,

¹ Brüll/Gathmann, 2020.

² Albers et al., 2022.

³ Bach/Bartels/Neef, 2023.

⁴ In der Analyse wenden wir die von Thomas Piketty, Emmanuel Saez und Gabriel Zucman (2018) etablierte Distributional-National-Accounts-Methode an, die individuelle Einkommensteuer- und Befragungsdaten mit den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen kombiniert und harmonisiert.

wo Unternehmens- und Vermögenseinkommen dominieren. Zum Beispiel verdienten die westdeutschen Spitzenverdiener – die Top 1 Prozent – im Jahr 2016 durchschnittlich etwa 650.000 Euro, während die ostdeutschen Spitzenverdiener circa 325.000 Euro verdienten – also rund die Hälfte. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die in Ostdeutschland lebende Bevölkerung deutlich weniger Unternehmenseinkommen erhält.

Die niedrigeren Unternehmenseinkommen liegen aber nicht an einer geringeren Häufigkeit von ostdeutschen Unternehmerinnen und Unternehmern: Laut Sozio-ökonomischem Panel (SOEP) stieg der Anteil der Selbstständigen in Ostdeutschland von 8 Prozent in den 1990ern auf ca. 10 Prozent um das Jahr 2010. Er hat damit das westdeutsche Niveau erreicht. Auch der Anteil von Haushalten mit Unternehmenseigentum ist in Ostdeutschland mit ca. 8 Prozent im Jahr 2017 ähnlich hoch wie in Westdeutschland. Das niedrigere durchschnittliche Unternehmenseinkommen der ostdeutschen Bevölkerung deutet

also darauf hin, dass Unternehmen ostdeutscher Eigentümerinnen und Eigentümer im Schnitt geringere Gewinne erwirtschaften. Die Mehrheit der durch die Treuhandanstalt (THA) privatisierten Firmen wurde von westdeutschen Investorinnen und Investoren erworben, während der Anteil der Restitution an frühere Eigentümerinnen und Eigentümer und der Anteil der Verkäufe an ausländische Investorinnen und Investoren gering blieb.⁵ Die Vertragsdaten der THA zeigen, dass Unternehmen mit einer höheren Ausgangsproduktivität früher privatisiert und häufiger von westdeutschen Investorinnen und Investoren übernommen wurden.⁶ Folglich machen neu gegründete Unternehmen den Großteil des Unternehmensbesitzes der ostdeutschen Bevölkerung aus. Diese neu gegründeten ostdeutschen Unternehmen waren im Durchschnitt kleiner. Ein hoher Anteil davon entfiel auf Branchen wie Einzelhandel, Gastgewerbe und Catering, die sich durch niedrige Eintrittsbarrieren in Bezug auf finanzielle Ressourcen und erforderliche Qualifikationen auszeichnen.⁷



1

Dr. Charlotte Bartels

ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Sozio-ökonomischen Panel (SOEP) am DIW Berlin und forscht zur langfristigen Entwicklung der Einkommens- und Vermögensverteilung. 2021/2022 war sie Kennedy Memorial Fellow am Center for European Studies an der Harvard University.



2

Dr. Theresa Neef

ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung in Halle (IWH) und am World Inequality Lab an der Paris School of Economics. Sie forscht zu Einkommensungleichheit und wie Institutionen und Politikmaßnahmen Ungleichheiten beeinflussen.

Foto 1: Minda de Gunzburg Center for European Studies, Harvard University; Foto 2: EU Tax Observatory

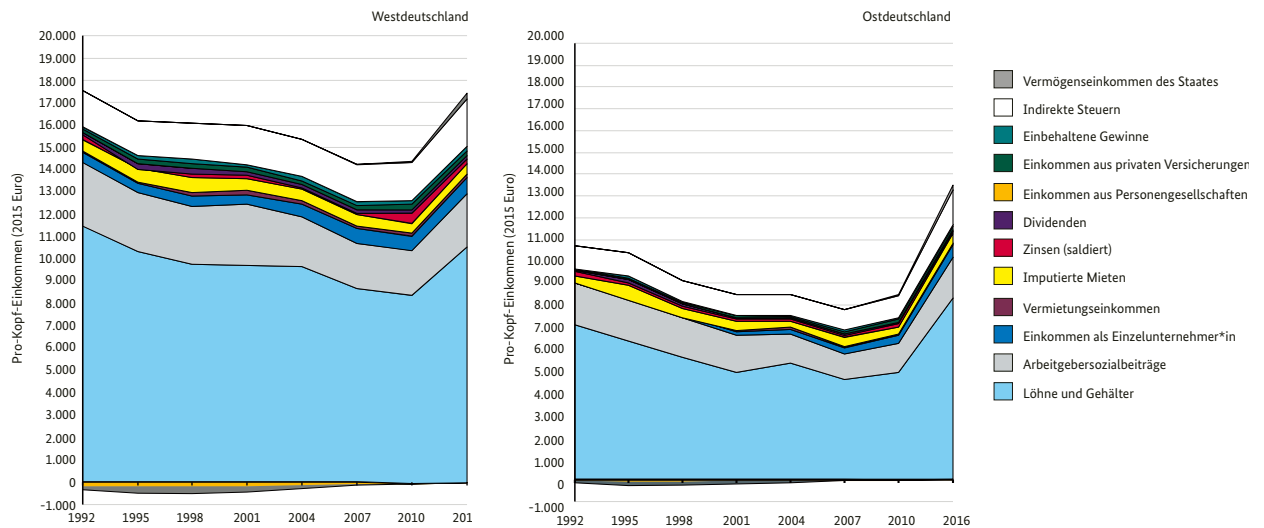
⁵ Dornbusch et al., 1992; Windolf, 1996; Priewe, 1993

⁶ Mergele et al., 2020

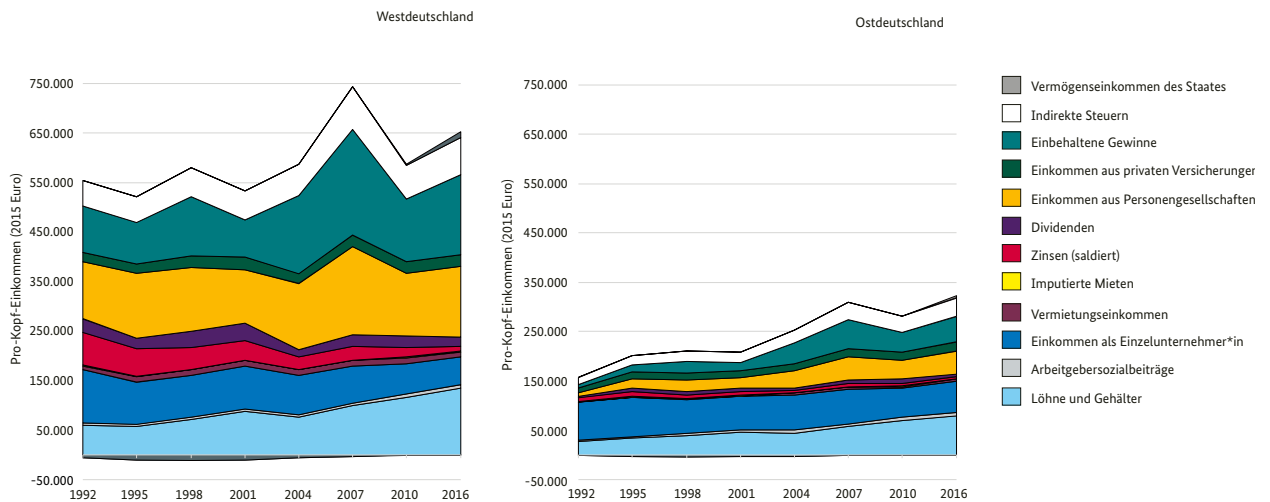
⁷ Brixly/Grotz, 2004; Fritsch, 2004; Fritsch et al., 2014; IWH, 2010

Markteinkommen der Bevölkerung in West- und Ostdeutschland (Abb. 1)

a) Einkommenschwächere Hälfte (untere 50 %)

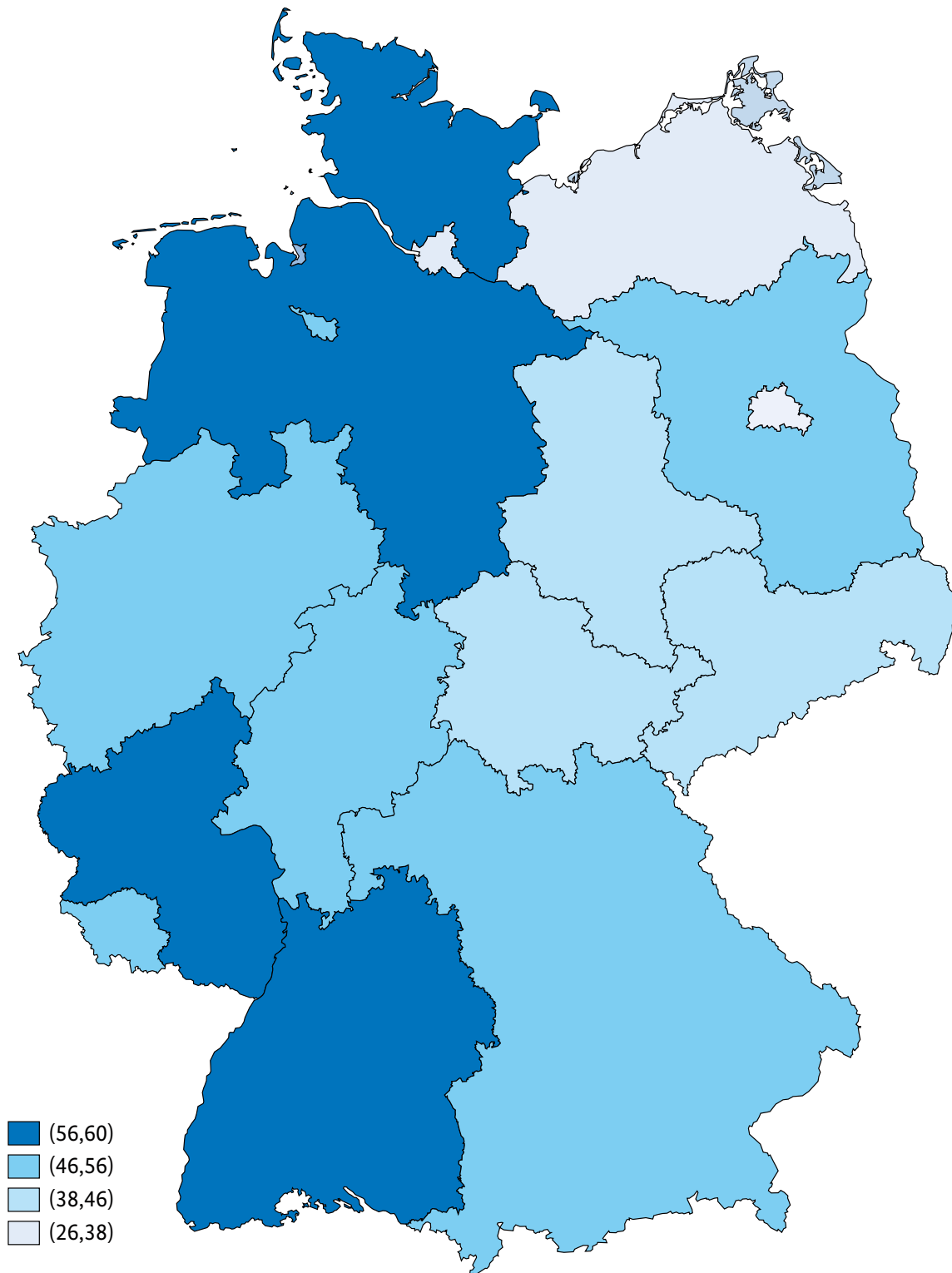


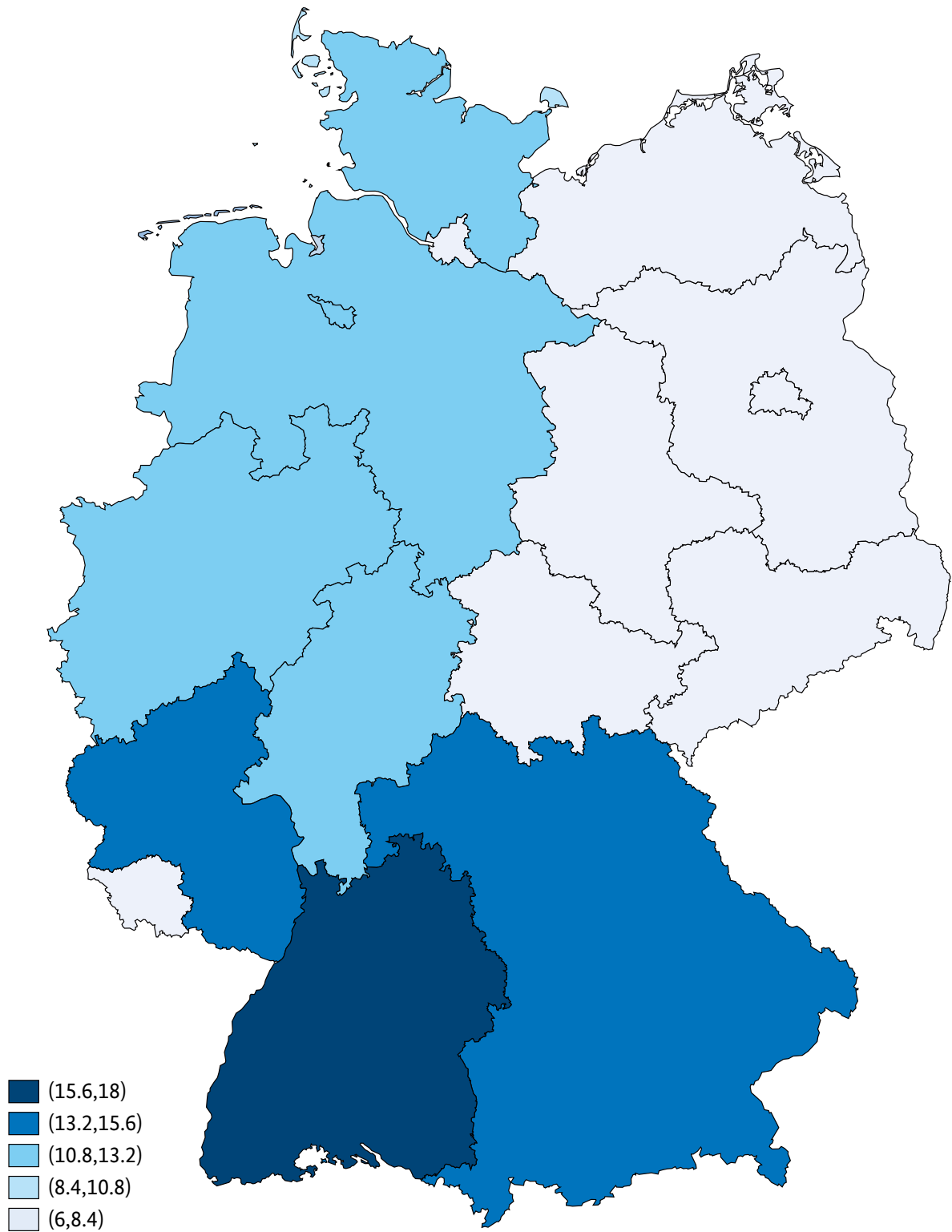
b) Spitzenverdiener (obere 1 %)



Anmerkungen: Durchschnittliches Markteinkommen der jeweiligen Gruppe in der Einkommensverteilung (untere 50 % und oberste 1 %) der regionalen Bevölkerung (West- oder Ostdeutschland) in Preisen von 2015. Quelle: Besondere Auswertung, basierend auf Berechnungen von Bach/Bartels/Neef (2023).

Wohneigentümer und Vermieter nach Bundesland, 2017 (%) (Abb. 2)





Quelle: Bartels/Schröder (2020), basierend auf SOEP. Linke Abbildung: Anteil der Haushalte mit Immobilieneigentum (negatives und positives Nettoimmobilienvermögen) in Prozent. Rechte Abbildung: Anteil der Haushalte mit Einkommen aus Vermietung und Verpachtung (positiv) in Prozent.

Darüber hinaus bestehen jedoch nicht nur Unterschiede im Unternehmenseinkommen und -vermögen, die die Spitze der Einkommens- und Vermögensverteilung bestimmen, sondern auch im Immobilienvermögen, das die größte Komponente des Vermögens der Mittelschicht bildet.

Zur Wiedervereinigung besaßen rund 25 Prozent der ostdeutschen Bevölkerung ein Haus; Wohnungen waren in staatlicher Hand.⁸ Auch wenn die Eigentümerquote in den ostdeutschen Bundesländern gestiegen ist, besitzen ostdeutsche Haushalte immer noch deutlich seltener Immobilien. In Westdeutschland liegt die Eigentümerquote bei 50 Prozent, während sie in Ostdeutschland weniger als 40 Prozent beträgt (siehe Abbildung 2).

Das durchschnittliche Nettoimmobilienvermögen von Eigentümerinnen und Eigentümern in Westdeutschland ist deutlich höher als das in Ostdeutschland. Am höchsten ist das Immobilienvermögen in Bayern und Hamburg mit durchschnittlich mehr als 350.000 Euro. Es folgen Baden-Württemberg, Hessen, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen mit Durchschnittswerten zwischen 250.000 und 350.000 Euro. In den ostdeutschen Bundesländern liegt das durchschnittliche Nettoimmobilienvermögen zwischen 100.000 und 150.000 Euro.⁹

Wie die rechte Seite von Abbildung 2 zeigt, erhalten bundesweit zwischen 5 Prozent und 17 Prozent der Haushalte Einkommen aus Vermietung und Verpachtung. In den westdeutschen Bundesländern, insbesondere in Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, erzielen mehr als 15 Prozent der Haushalte solche Einkommen, während weniger als 9 Prozent der ostdeutschen Haushalte Vermieter sind.

Fazit

Über drei Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung bestehen weiterhin markante Unterschiede in den Markteinkommen und Vermögen zwischen Ost- und Westdeutschland. Die Einkommens- und Vermögensschere klafft jedoch vor allem am oberen Ende der Verteilungen auseinander, wo Unternehmenseinkommen und -vermögen dominieren.

Ein Grund für die anhaltend geringeren Unternehmenseinkommen der ostdeutschen Bevölkerung sind strukturelle Merkmale der von Ostdeutschen gehaltenen Betriebe. Dazu gehören etwa die kleinere Größe der Unternehmen, der höhere Anteil an Einzelunternehmen statt Personen- oder Kapitalgesellschaften und eine geringere Einbettung in Firmennetzwerke mit mehreren Betriebsstätten. Diese systematischen Unterschiede haben sich in den vergangenen drei Jahrzehnten kaum verändert und werden wahrscheinlich auch in Zukunft die Angleichung der Unternehmens- und Spitzeneinkommen zwischen Ost- und Westdeutschland hemmen.

⁸ Deutscher Bundestag, 1995

⁹ Bartels/Schröder, 2020

Literatur

- Albers, T.; Bartels, C. und Schularick, M. (2022). Wealth and its distribution in Germany, 1895–2018, CESifo Working Paper No. 9739.
- Bach, S.; Bartels, C. und Neef, T. (2023). Distributional National Accounts (DINA) for Germany, 1992–2016, SSRN Working Paper, <https://ssrn.com/abstract=4487665>.
- Bartels, C. und Schröder, C. (2020). Die Bedeutung von Mietekommen und Immobilien für die Ungleichheit in Deutschland, *Wirtschaftsdienst* 10, 741–746.
- Brixy, U. und Grotz, R. (2004). Differences of the Economic Performance of Newly Founded Firms in West and East Germany. In Dowling, M.; Schmude, J. und zu Knyphause-Aufsess, D. (Eds.), *Advances in Interdisciplinary European Entrepreneurship Research*, pp. 143–152. LIT Verlag, Münster.
- Brüll, E. und Gathmann, C. (2020). Evolution of the East German Wage Structure. ZEW Discussion Paper No. 20-081.
- Burda, M.; Severgnini, C. und B. (2018). Total Factor Productivity Convergence in German States since Reunification: Evidence and Explanations. *Journal of Comparative Economics* 46 (1), 192–211.
- Deutscher Bundestag (1995). Unterrichtung durch die Bundesregierung: Materialien zur Deutschen Einheit und zum Aufbau in den neuen Bundesländern, Drucksache 13/2280.
- Dornbusch, R.; Wolf, H. und Alexander, L. (1992). Economic Transition in Eastern Germany. *Brookings Papers on Economic Activity* 1992 (1), 235–272.
- Fritsch, M. (2004). Entrepreneurship, Entry and Performance of New Business Compared in Two Growth Regimes: East and West Germany. *Journal of Evolutionary Economics* 14 (5), 525–542.
- IWH (2010). Ostdeutschlands Transformation seit 1990 im Spiegel wirtschaftlicher und sozialer Indikatoren. 2. aktualisierte und verbesserte Auflage. IWH-Sonderheft 1/2009, Institut für Wirtschaftsforschung Halle.
- Mergele, L.; Hennicke, M. und Lubczyk, M. (2020). The Big Sell: Privatizing East Germany's Economy. CESifo Working Paper 8566.
- Mertens, M. und Mueller, S. (2022). The East-West German Gap in Revenue Productivity: Just a Tale of Output Prices? *Journal of Comparative Economics* 50 (3), 815–831.
- Piketty, T.; Saez, E. und Zucman, G. (2018). Distributional National Accounts: methods and estimates for the United States. *The Quarterly Journal of Economics* 133(2), 553–609.
- Priewe, J. (1993). Privatisation of the Industrial Sector: The Function and Activities of the „Treuhandaanstalt“. *Cambridge Journal of Economics* 17 (3), 333–348.
- Windolf, P. (1996). Die Transformation der ostdeutschen Betriebe. *Berliner Journal für Soziologie* 4, 467–488.

Sozialpartnerschaft in Ostdeutschland

von Prof. Dr. Wolfgang Schroeder

Einleitung

Die Sozialpartnerschaft in Deutschland ist eine historisch gewachsene organisatorische Beziehung zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, die sich durch eine konstruktive Konfliktpartnerschaft auszeichnet. Im Rahmen der sogenannten Tarifautonomie¹ verhandeln die Sozialpartner zu zentralen Fragen der Arbeitspolitik – beispielsweise Lohn, Arbeitszeiten, Urlaubsanspruch – verbindliche vertragliche Regelungen. Dies kann auf betrieblicher Ebene zwischen Betriebsräten und Geschäftsführung oder im Rahmen der Tarifautonomie auf überbetrieblicher Ebene zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden – meist für ganze Branchen – erfolgen, wobei es in der Regel ein konstruktives Zusammenspiel zwischen den betrieblichen und überbetrieblichen Akteuren gibt.

Die Voraussetzung für eine erfolgreiche Bearbeitung der großen Herausforderungen im Rahmen der Arbeitsbeziehungen (durch Dekarbonisierung, Digitalisierung und demografischen Wandel) stellen organisationsstarke, durchsetzungs-

und verpflichtungsfähige Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände dar. Diese Voraussetzungen bestehen in vielen Bereichen nicht mehr. Vielmehr können wir seit den 1990er-Jahren einen Rückzug der deutschen Sozialpartnerschaft (Mitgliederrückgänge und Akzeptanzverlust der Tarifautonomie) sowie einen Trend der „Verbetrieblichung“ der Arbeitsbeziehungen beobachten, der im Osten weiter vorangeschritten ist als im Westen.² Deshalb sind die Sozialpartner nicht nur herausgefordert, Lösungen für die gegenwärtigen Megatrends zu suchen, sondern auch ihre organisationspolitischen Probleme zu bewältigen, um die Funktionsfähigkeit der Arbeitsbeziehungen zu revitalisieren.

Entwicklung der Sozialpartnerschaft

In Westdeutschland gründeten sich 1945 auf Branchenebene parteipolitisch unabhängige Einheitsgewerkschaften, die seit 1949 Mitglieder des Deutschen Gewerkschaftsbundes sind. Als Branchengewerkschaften haben sie den Anspruch, alle

¹ Tarifautonomie: Im Grundgesetz wird den Gewerkschaften und Arbeitgebern das ausschließliche Recht, frei von staatlichen Eingriffen, zugestanden, Vereinbarungen über die Arbeitsbedingungen zu schließen.

² Die „Verbetrieblichung“ der Tarifautonomie bezeichnet die Verlagerung von vormals kollektivvertraglich zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden verhandelten Themen auf die Betriebsräte und Geschäftsführungen, die auf betrieblicher Ebene agieren.

Beschäftigten einer Branche zu organisieren. Auch die Gründung einer Angestelltengewerkschaft, des Christlichen Gewerkschaftsbundes, des Beamtenbundes und weiterer änderten nichts an der Dominanz des einheitsgewerkschaftlichen Organisationsmodells. Obwohl die Gewerkschaften keinen direkten Zugang in die Betriebe besitzen, gelang ihnen eine relativ robuste Beziehung zu den betrieblichen Interessenvertretern (Betriebs- und Personalräten), die zu etwa 70–80 Prozent zugleich Gewerkschaftsmitglieder sind. Dennoch lag auch zu Hochzeiten der gewerkschaftliche Organisationsgrad (der Anteil der Gewerkschaftsmitglieder an allen abhängig Beschäftigten) höchstens bei 35 Prozent.

Dagegen bestand in der DDR mit dem FDGB (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund) eine parteipolitisch geprägte Staatsgewerkschaft. Diese basierte auf dem Prinzip der Zwangsmemberschaft und war mehr für die Kontrolle der Beschäftigten zuständig als für deren Emanzipation. Sie streikte nie, war aber in vielfältiger Weise in die kulturellen und reproduktiven Belange der Kombinate und Betriebe eingebunden. 1990 löste sich der FDGB auf, und die DGB-Gewerkschaften transferierten ihre Strukturen in die fünf neuen Länder (Institutionentransfer).

Es lassen sich drei Phasen der ostdeutschen Sozialpartnerschaft identifizieren: Erstens die Startphase der Arbeitsbeziehungen im Osten, in der die westdeutschen Gewerkschaften und Arbeitge-

berverbände mit einer stabilitätsorientierten Strategie versuchten, die materielle Angleichung voranzutreiben, um den Schock der Transformation abzupuffern sowie Massenabwanderung nach Westdeutschland und die Etablierung Ostdeutschlands als Niedriglohnland zu verhindern.

Die zweite Phase begann mit der Kündigung des Stufentarifvertrages in der Metallindustrie 1993, dem anschließenden Streik und dem Ende der Treuhand-Zeit 1994. Diese Phase ist durch eine sehr hohe Arbeitslosigkeit geprägt, einen stetigen Rückgang der Mitgliederzahlen in Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden und zeichnet sich durch eine blockierte Anpassung aus.

Die dritte Phase seit etwa 2010 ist dadurch gekennzeichnet, dass die Massenarbeitslosigkeit sukzessive durch das Großthema des Fachkräftemangels abgelöst wird. Da die Sozialpartner ihre organisatorische Basis nicht verbessern konnten, wurde die schwache Sozialpartnerschaft zunehmend durch zentralstaatliche und länderspezifische Flankierungen unterstützt, etwa die Einführung der Vergabe öffentlicher Aufträge an tariftreue Unternehmen, der Mindestlohn sowie die Möglichkeit, einen Tarifvertrag einfacher allgemeinverbindlich zu erklären. Hinzu kamen die Bemühungen ostdeutscher Landesregierungen, durch gemeinsame Erklärungen mit den Sozialpartnern für die Stärkung ihrer Organisationsgrade sowie für den Ausbau betrieblicher Interessenvertretungen zu werben.



Foto: David Ausserhofer

Wolfgang Schroeder

ist Professor an der Universität Kassel und Fellow am Wissenschaftszentrum Berlin. Er befasst sich in seinen Forschungsarbeiten mit dem Strukturwandel der politischen Akteurskonstellation in der Bundesrepublik Deutschland sowie mit sozialstaatlichen und arbeitsweltbezogenen Politikprozessen. Mit seinen Arbeiten sucht er eine Brücke zwischen empirisch basierter Grundlagen- und Anwendungsforschung zu bauen.

Stand der Sozialpartnerschaft

Ein Vierteljahrhundert nach der Wiedervereinigung bestehen Lohnunterschiede zwischen Ost und West fort. So betrug der Bruttodurchschnittslohn pro Beschäftigtem im Jahr 2020 in Westdeutschland 3.320 Euro, in Ostdeutschland hingegen 2.850 Euro.³ Diese Lohnunterschiede sind teilweise auch durch den Rückgang der Tarifbindung, der Zahl der Betriebsräte und des gewerkschaftlichen Organisationsgrades zu erklären. So fallen Tariflöhne in der Regel höher aus. Somit führt die rückläufige Tarifbindung auch zu einem Anstieg der sozialen Ungleichheit. Daher haben die Einführung und die jüngste außerordentliche Erhöhung des Mindestlohns insbesondere in Ostdeutschland positiv gewirkt, weil sie dort für anteilig deutlich mehr Menschen eine direkte Lohnerhöhung bedeutet hat.

Die Tarifbindung ist sowohl in West- als auch in Ostdeutschland in den letzten Jahren und Jahrzehnten stark zurückgegangen. So sank der Anteil der Beschäftigten in einem tarifgebundenen Unternehmen von 1996 bis 2022 in Westdeutschland um 26 Prozentpunkte auf 52 Prozent, in Ostdeutschland um 23 Prozentpunkte auf 45 Prozent (Deutschland: 25 Prozent der Betriebe und 51 Prozent der Beschäftigten). Allerdings scheint sich der Anteil in Ostdeutschland in den letzten Jahren zu stabilisieren, und es ist kein weiterer Rückgang zu verzeichnen. Unterschiede zeigen sich auch in der Art der Tarifverträge: So arbeiten in Westdeutschland 43 Prozent der Beschäftigten in einem Unternehmen mit Branchen- und 9 Prozent in einem Betrieb mit Haustarifvertrag. In Ostdeutschland hingegen arbeiten 33 Prozent der Beschäftigten in einem Unternehmen mit Branchen- und 12 Prozent in einem Betrieb mit Haustarifvertrag.

Auch der Anteil der Beschäftigten, die in einem Betrieb mit Betriebsrat arbeiten, ist über die letzten zwei Jahrzehnte insgesamt gesunken, wobei in Ostdeutschland zuletzt eine Stabilisierung und sogar eine leichte Steigerung zu verzeichnen war. 2022 waren demnach 43 Prozent der Beschäftigten in West- und 41 Prozent der Beschäftigten in Ostdeutschland in einem solchen Betrieb beschäftigt.

Die Entwicklung des Organisationsgrades der Gewerkschaften zeigt ebenfalls Unterschiede zwischen Ost und West. War dieser in Ostdeutschland 1990 mehr als doppelt so hoch wie in Westdeutschland (aufgrund der Zwangsmitgliedschaft in der DDR), sank der Organisationsgrad im Osten in den 1990er-Jahren rapide ab, glich sich dem westdeutschen an und fiel dann sogar unter diesen. So waren im Jahr 2021 12,4 Prozent der Westdeutschen und 10,5 Prozent der Ostdeutschen Mitglied einer Gewerkschaft.⁴

Erklärung für die besondere ostdeutsche Entwicklungsdynamik

Für den unterschiedlichen Zustand der Sozialpartnerschaft und allgemeiner der Arbeitsbeziehungen zwischen Ost und West können im Wesentlichen drei Gründe identifiziert werden.

Erstens wurde der DDR-Wirtschaft im Zuge der Wiedervereinigung quasi über Nacht das westdeutsche Modell des Kapitalismus übergestülpt, obwohl die politisch-kulturellen Voraussetzungen dafür nicht gegeben waren. Diese „Schocktherapie“ führte zum Niedergang der ostdeutschen Industrie, die durch die Währungsreform von heute auf morgen unrentabel wurde. Die Konsequenz aus Schocktherapie und übereiltem Institutionentransfer war eine nachhaltig geschwächte Tarifautonomie. Massive Mitgliederverluste aufseiten der

³ BMWK 2021.

⁴ Daten aus dem ALLBUS.

Gewerkschaften bei gleichzeitiger Einführung der OT-Mitgliedschaften⁵ aufseiten der Arbeitgeberverbände führte zu einer Asymmetrie der Verhandlungsmacht zugunsten Letzteren.

Zweitens unterscheidet sich die Struktur der Betriebe in Ostdeutschland von denen im Westen. So finden sich dort als Folge der Zerschlagung der Großbetriebe und Kombinate viele junge Unternehmen sowie Klein- und Kleinstbetriebe, die von Natur aus seltener Mitglied in einem Arbeitgeberverband sind und/oder einen Betriebsrat haben und sich zudem weniger leicht regulieren lassen. Überdies finden sich heute so gut wie keine Firmenzentralen größerer Unternehmen im Osten; er fungierte bisher als „verlängerte Werkbank“ mit niedrigerem Lohnniveau von westdeutsch dominierten Unternehmen und Wertschöpfungsketten.

Drittens wurde und wird Ostdeutschland als Konsequenz aus den zuvor beschriebenen Faktoren häufig als Laboratorium für neue Formen der Arbeitsbeziehungen gesehen. Durch ein zugunsten der Arbeitgeber verschobenes Kräfteverhältnis konnten sie hier viele Dinge ausprobieren, die sie später auch im Westen durchsetzten. Ein Beispiel hierfür sind die OT-Mitgliedschaften⁵, die in Ostdeutschland deutlich schneller verbreitet waren als im Westen.

Perspektive

Die Schwäche der Tarifparteien hat dazu geführt, dass sich der Staat durch Mindestlohn, Vergabegesetze und Reformen der Allgemeinverbindlichkeit verstärkt in die Normierung der Arbeitsbedingungen eingeschaltet hat. Die ostdeutschen Beschäftigten haben davon enorm profitiert. Zudem sorgt der Staat durch

Bezugnahmeklauseln dafür, dass Tarifverträge der Orientierungspunkt bleiben und damit weiterhin die wichtigste Währung bilden.

Offen ist allerdings, ob die staatliche Flankierung ausreichen kann. Wenn das Ziel sein soll, die Tarifbindung zu stärken, dann müssen in der globalisierten Wirtschaft auch die Motive der Unternehmen stärker adressiert werden, um die Tarifbindung als Vorteil zu verankern. Klassische Gründe der Kalkulationsgrundlage, Transaktionskosten oder der Sicherung der Wertschöpfungskette können gerade in unsicheren Zeiten ein Vorteil sein. Zudem können Fachkräfte durch Tariflöhne angelockt werden. Außerdem müssen sowohl Gewerkschaften als auch Arbeitgeberverbände ihre Organisationsgrade erhöhen, um die Sozialpartnerschaft zu stärken. Gewerkschaften sind dabei gefragt, ihre Attraktivität für Beschäftigte zu erhöhen, etwa durch gute Tarifabschlüsse oder exklusive Rechte in Tarifverträgen nur für Gewerkschaftsmitglieder.

Literatur

BMWK (2021): Höhe des Bruttodurchschnittslohns je Beschäftigten in Ost- und Westdeutschland von 1996 bis 2020. Statista, [online] <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/36305/umfrage/bruttodurchschnittslohn-in-ostdeutschland-und-westdeutschland/> [abgerufen 26.06.2024].

Hohendanner, C.; Kohaut, S. (2023): Tarifbindung und Mitbestimmung: Keine Trendumkehr in Westdeutschland, Stabilisierung in Ostdeutschland, Website IAB-Forum, [online] <https://www.iab-forum.de/tarifbindung-und-mitbestimmung-keine-trendumkehr-in-sicht/> [abgerufen am 26.06.2024].

⁵ Als OT-Mitgliedschaft wird die Mitgliedschaft eines Unternehmens im Arbeitgeberverband ohne gleichzeitige Bindung an dessen mit den Gewerkschaften verhandelten Tarifverträgen bezeichnet.

Thüringen zieht an!

Wie die erfolgreiche Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt eine stärkere Zuwanderung aus dem Ausland ermöglicht und was Harry Potter, hochwertige Reinigungsmittel sowie Weichenheizungen für Sibirien mit Thüringen zu tun haben.

von Prof. Dr. Michael Behr

Kennengelernt haben wir uns im Rahmen einer Veranstaltung zum sogenannten Job-Turbo des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales zur besseren Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten, die im März 2024 in Erfurt stattfand. Die Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit Sachsen-Anhalt/Thüringen, das Arbeits- und Sozialministerium des Freistaats und die Thüringer Agentur für Fachkräftegewinnung (ThAFF) hatten dazu eingeladen.

Dr. Tobias Limburg, Diplom-Chemiker, F&E- und stellvertretender Betriebsleiter, und Frau Bozena Seyfarth, Personalleiterin der Firma Dr. Miele Cosmed domal GmbH in Stadtilm, berichteten dort über ihre lange Erfahrung mit ausländischen Beschäftigten am Standort. Ihnen ist es leichtgefallen, bereits unmittelbar nach Ausbruch des Krieges in Kooperation mit der Arbeitsagentur Ukrainer und Ukrainerinnen einzustellen und sie sozial und sprachlich zu integrieren. Die Firma, die verschiedene Reinigungs- und Waschmittel herstellt, hat 90 Mitarbeiter, davon kommen 24 aus dem Ausland. Die

größte Gruppe sind 13 Ukrainer. Weitere ausländische Beschäftigte kommen aus Polen und aus Russland, aus der Slowakei, aus Albanien und aus Nigeria. Zusätzlich stammen 10 Mitarbeiter aus einem Stellenpool des Stammhauses aus Polen. Das Unternehmen hat insgesamt 550 Mitarbeiter und stellt neben Reinigungsmitteln auch zahlreiche Kosmetikprodukte her.

Der Firmeninhaber Dr. Andreas Miele, ein Deutscher mit polnischen Wurzeln, hat die in Insolvenz geratene Firma am Standort in Stadtilm 2014 gekauft. Das Unternehmen hat eine für Thüringen typische Altersstruktur. Rund 40 Prozent der Mitarbeiter sind älter als 50 Jahre und gehen nach und nach in Rente; die meisten nach 45 Versicherungsjahren schon etwas früher.

Nachfolger vom deutschen Arbeitsmarkt zu rekrutieren ist schwer. Durch die deutsch-polnische DNA des Unternehmens ist es aber offenbar recht leicht, Menschen aus anderen Nationen wie z. B. Ukrainer zu integrieren; die im Unternehmen beschäftigten Russen denken ähnlich über

Putins Krieg, sodass es keine Konflikte gibt. „Tatsächlich konnten wir die Renteneintritte der vergangenen Jahre nicht nur ausgleichen, sondern Neueinstellungen vornehmen“, sagt die Personalchefin, eine gebürtige Polin, die viele Jahre schon die deutsche Staatsangehörigkeit hat, nicht ohne Stolz. „Nach 2015 haben wir dann in Kooperation mit dem Jobcenter auch Beschäftigte aus den Asylländern in Nahost und Afrika aufgenommen. Inzwischen haben wir ein gewisses Maß an interkultureller Kompetenz.“

Auf der gleichen Veranstaltung in Erfurt stellten der Geschäftsführer Andreas Fischer und Anja Müller, Personalleiterin der Vulcanic Triatherm in Sonneberg, ihre Firma und die kreativen Ansätze bei der Gewinnung von Personal vor. Die Firma hat, nachdem sie nach der Wende mit 30 Mitarbeitern angefangen hat, inzwischen 250 Beschäftigte und befindet sich weiter auf Wachstumskurs. Sie stellt alles her, was mit Heizen zu tun hat; dazu gehören Backautomaten für große Bäckereien, Pumpen für Photovoltaikanlagen und Weichenheizungen – zu DDR-Zeiten u. a. für die Eisenbahn in Sibirien. Man braucht ständig neues Personal: Metallberufe, Konstrukteure, Elektrotechniker, Instandhalter und Leute, die löten und schweißen können. Die gibt der deutsche Markt kaum noch her. Zum Glück hat die Firma früh auf ausländische Arbeitskräfte gesetzt: In den 90er-Jahren stellte man Spätaussiedler ein, nach der EU-Osterweiterung dann Kollegen aus

Mittel- und Osteuropa. Nach 2015 kamen Kollegen aus den Asyl-Hauptherkunftsländern hinzu und seit 2022 Ukrainer. Inzwischen stammen 62 Prozent der Beschäftigten aus dem Ausland, insgesamt aus 21 Nationen.

„Bei der Gewinnung und Integration von Menschen aus dem Ausland ist es wichtig, dass man früh einen persönlichen Kontakt herstellt. Gerade die Geflüchteten haben ja einiges durchgemacht. Sie müssen das Gefühl haben, dass sie sich als Mensch angenommen und willkommen fühlen. Sicherheit und persönliche Ansprache sind das Wichtigste“, sagt Frau Müller, die rührige Personalleiterin. „Als die Geflüchteten aus der Ukraine kamen, haben wir sofort Wohnraum organisiert. Wir verfügen über ein Netzwerk von Vermietern von Ferienwohnungen. Man hat den Menschen schnell und unbürokratisch helfen können. Die Menschen aus dem Ausland sind oft dankbarer als die Einheimischen, für die vieles schon so lange selbstverständlich ist“, so Frau Müller.

Der Landkreis Sonneberg mit seinen 56.000 Einwohnern, bekannt für seine lange Tradition in der Herstellung von Spielzeugen, erlangte zuletzt deutschlandweites Interesse, als 2023 dort der erste AfD-Landrat der Republik gewählt wurde. Ein Grundprinzip in der Firma ist, dass die Politik draußen bleibt und Intoleranz oder Fremdenfeindlichkeit auf der Arbeit keinen Platz haben.



Foto: Privat

Prof. Dr. Michael Behr,

geboren 1960 in Düsseldorf, lebt seit 28 Jahren in Thüringen. Er leitet seit 2010 die Abteilung für Arbeit und Qualifizierung (zunächst im Wirtschafts-, dann im Arbeits- und Sozialministerium des Freistaats Thüringen). Zuvor hat er nach Studium der Soziologie, Philosophie und Politischen Wissenschaften in Freiburg und Bielefeld und Promotion in Erlangen seit 1996 an der Universität Jena und der Technischen Universität Chemnitz gelehrt und geforscht. Er ist seit 2008 Honorarprofessor an der Westsächsischen Hochschule Zwickau.

Es gibt ein gutes Miteinander zwischen den deutschen Stammbeschaften und den neu hinzugekommenen Kollegen aus dem Ausland. Auch den deutschen Mitarbeitern ist klar, dass man in dieser Vollbeschäftigungsregion die Personaldecke nur halten kann, wenn man breit rekrutiert. Insbesondere tragen die internationalen Arbeitskräfte zur Verjüngung der Firma bei. Viele Stammbeschäftigte sind schließlich im rentennahen Alter.

Ein weiteres Beispiel für integrationsoffene Unternehmen finden wir in Pößneck, einem kleinen Städtchen mit 12.000 Einwohnern. Hier hat der Bertelsmann-Konzern schon im Oktober 1990 von der Treuhand den ehemaligen Kombinatbetrieb GGP übernommen und ein wettbewerbsfähiges Unternehmen geschaffen, das im wesentlichen Buch-Cover in der Sparte Belletristik produziert. Aktuell beschäftigt sich das Unternehmen sehr stark mit Farbschnitt als zusätzlicher Form der Buchveredelung. Unter anderem wurde bei GGP Media die „Harry Potter“-Reihe gedruckt. Insgesamt produziert die Firma in Pößneck mit 750 Beschäftigten an einem Tag in der Hochsaison bis zu 700.000 ästhetisch ansprechende Bücher.

„Wir haben hier eine ausgeprägte Betriebsloyalität und eine hohe Leistungsbereitschaft. Aber inzwischen sind 50 Prozent unserer Mitarbeiter 50 Jahre und älter; das sind ca. 370 überwiegend qualifizierte Leute. Wir haben permanent Renteneintritte, die ausgeglichen werden müssen“, sagt Sven Isecke, Geschäftsführer und studierter Maschinenbauingenieur. Seit 2018/2019 sei es richtig schwer geworden, neues Personal auf dem heimischen Markt zu finden. „Ohne die Mitarbeiter aus dem Ausland wären wir aufgeschmissen.“

Inzwischen gibt es 60 ausländische Mitarbeiter aus 17 Nationen. Die größte Gruppe sind Ukrainer.

„Mit denen machen wir sehr gute Erfahrungen. Die hauen richtig rein. Die machen die Arbeit gut und ausdauernd und sind richtig dankbar, hier integriert zu sein“, sagt Personalchefin Julia Elschner.

Als der Krieg ausbrach und man vom Schicksal der Geflüchteten hörte, die sich an der Grenze zu Polen aufhielten, reagierte das Unternehmen schnell, und die Firmenleitung charterte einen Bus. Julia Elschner: „Wir wollten einfach nur helfen und wussten, dass wir Unterkünfte organisieren können. Wir haben zunächst gar nicht daran gedacht, Arbeitskräfte zu gewinnen.“ Hintergrund der Initiative, hinter der die ganze Belegschaft, aber auch die Bevölkerung in Pößneck stand, war die gute Erfahrung, die man bereits Jahre vor dem Kriegsausbruch im Betrieb mit ukrainischen Werkstudenten gemacht hatte.

Es waren dann 45 Personen, die man nach Pößneck brachte, Frauen, Männer und Kinder. „Wir organisierten Hilfe, vor allem Übernachtungsmöglichkeiten. Dabei arbeiteten wir intensiv mit der Stadt sowie der Volkssolidarität und den Euro-Schulen zusammen, die in Pößneck ein großes Institut unterhalten. Auf unseren Spendenaufruf an die Belegschaft und die Bevölkerung sind in kürzester Zeit beachtliche Mengen an Geld und Sachspenden zusammengekommen.“ Aus der schnellen Hilfe entwickelten sich Arbeitsverhältnisse. So profitiert die Firma am Ende von einem „humanistischen Impuls“. Denn auch hier sorgt Mundpropaganda dafür, dass sich immer wieder Beschäftigte aus der Ukraine und anderen Ländern bewerben.

Der Geschäftsführer und die beiden engagierten Betriebsräte André Hintze, der gelernte Buchbinder, und Andreas Schein, gelernter Offsetdrucker, sprechen im großen Konsens über die Perspektiven, die das Unternehmen mit den Geflüchteten hat. „Kann sein, dass bald zehn Prozent unserer

Belegschaft keine deutsche Staatsangehörigkeit haben. Seit ein paar Jahren haben wir auch zwei Auszubildende aus Vietnam, diese lernen die Praxis sehr gut, auch wenn es sprachliche Herausforderungen gibt.“

Von der Politik erwarten meine Gesprächspartner Klarheit und Sicherheit, was den Aufenthaltsstatus der Geflüchteten anlangt. „Wir alle investieren viel in die Integration der Geflüchteten: Wir qualifizieren, kümmern uns auch um Belange des täglichen Bedarfs, unterstützen bei Wohnraum usw. Es wäre äußerst fatal, wenn diese Integrationsinvestitionen sich nicht rentieren und die Menschen dann wieder gehen müssten, wo sie doch schon Teil unserer Leistungsgemeinschaft geworden sind. Müssen sie wieder gehen, wäre nicht nur die Motivation beschädigt, sie würden auch große Lücken in der Personaldecke reißen.“

Insbesondere, so der Wunsch von Geschäftsleitung und Betriebsräten bei GGP, müssen diejenigen Geflüchteten, die schnell in Arbeit gehen und dann auch Steuern zahlen, berufsbegleitend mit Sprachkursen (digital oder analog) mehr unterstützt werden, um am Ende die notwendigen Abschlüsse zu erlangen.

Diese drei Unternehmensbeispiele stehen für eine erfreuliche nachholende Internationalisierung des thüringischen Arbeitsmarktes. Zugleich stehen sie für eine gut aufgestellte Unternehmenslandschaft. Thüringen hat die höchste Industriebetriebsdichte Deutschlands und – bezogen auf die Größe des kleinen Flächenlandes – vielleicht sogar den breitesten Branchenmix. Das Spektrum reicht von der Nahrungsmittelindustrie mit Schwerpunkt in Nordthüringen über die metallverarbeitende und Fahrzeugteilezulieferindustrie mit Schwerpunkt im Südwesten über die Kunststoff- und Textilindustrie

in Ostthüringen bis zur avancierten optoelektronischen Industrie in Jena. Es steckt alles drin, was Deutschland im internationalen Wettbewerb stark macht.

Viele Mittelständler haben sich so gut etabliert, sodass sie weiter wachsen können.

Tatsächlich hat sich das Bundesland nach den schweren Strukturbrüchen der 90er-Jahre zu einem erfolgreichen Mitspieler im internationalen Wettbewerb gemausert. Der zentrale Erfolgsfaktor waren qualifizierte, betriebsloyale, engagierte Beschäftigte und Qualität zu günstigen Preisen.

Die Arbeitslosigkeit ist inzwischen geringer als in einigen westdeutschen Bundesländern, und der Fachkräftebedarf wächst zunehmend – gerade wegen der starken Renteneintritte. Das erklärt auch, warum die Löhne und Gehälter in den letzten Jahren weit überdurchschnittlich gestiegen sind. Seit dem Jahr 2000 nimmt das Erwerbstätigenpotenzial in Thüringen kontinuierlich ab. Bis 2021 sank es um 430.000 Menschen. Das entspricht der Einwohnerzahl der drei größten Städte Thüringens – Erfurt, Jena und Gera. Trotzdem ist es gelungen, die Zahl der Erwerbstätigen bei etwas mehr als einer Million stabil zu halten.

Gelungen ist dies in Thüringen durch die Integration von Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt, durch den starken Anstieg der Beschäftigung bei den älteren Arbeitnehmern und durch die überdurchschnittlich hohe Beschäftigungsquote bei Männern und bei Frauen. Die Beschäftigungsquote der Frauen in Thüringen liegt hinter Sachsen und Brandenburg auf Platz 3 und vor dem Europameister bei der weiblichen Beschäftigungsquote: Schweden. Allerdings sind die sogee-

nannten endogenen Potenziale auf dem Arbeitsmarkt weitgehend erschöpft. Seit 2017 geht die Zahl der deutschen Erwerbstätigen kontinuierlich zurück. Thüringen ist neben Sachsen-Anhalt das einzige Bundesland, bei dem dies so ist.

Dieser Rückgang muss ausgeglichen werden. Erfreulicherweise ist die Zahl der internationalen Arbeitskräfte in Thüringen in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Im Jahr 2010 gab es in ganz Thüringen gerade einmal 10.000 sozialversicherungspflichtig beschäftigte ausländische Arbeitnehmer. Jetzt sind es bereits 72.000, mehr als jeder zwölfte. Bei den Auszubildenden ist es inzwischen jeder zehnte. Der Aufwuchs an sozialversicherungspflichtig Beschäftigten aus dem Ausland konnte den Rückgang bei Beschäftigten mit deutscher Staatsangehörigkeit sogar leicht überkompensieren.

Thüringen steht nicht vor der Grundsatzfrage, ob „man“ Zuwanderung will oder nicht. Sie findet bereits statt – sehr erfolgreich, wie die Zahlen belegen und die Beispiele beleuchten.

Und sie hilft dem Bundesland, seine technische, soziale und touristische Infrastruktur aufrechtzuerhalten. Denn auch der Bevölkerungsschwund wurde durch den positiven Wanderungssaldo mit dem Ausland zumindest ein wenig gedämpft. Lebten in Thüringen im Jahr 2010 gerade einmal 35.220 Ausländer, waren es 2018 bereits 108.785. Inzwischen leben in Thüringen nach Zahlen des Landesamtes für Statistik 180.850 Menschen, die keine deutsche Staatsangehörigkeit haben. Dabei kommt eine große Gruppe aus den Staaten der EU-Osterweiterung, aus Polen, Rumänien, Bulgarien, Ungarn und der Slowakei sowie aus Nicht-EU-Staaten wie der Ukraine, Syrien, Afghanistan und der Türkei.

Übrigens: Die Beschäftigungsquote (Beschäftigte/Bevölkerung) ist in Thüringen bei den Ausländern günstiger als bei den Deutschen. Menschen aus dem Ausland tragen zur Verjüngung der Bevölkerung bei und helfen, Institutionen mit Leben zu erfüllen und den Wohnungsleerstand zu verringern. Dies konterkariert den ansonsten unvermeidbaren Rückbau an Infrastruktur (Einkaufsmöglichkeiten, Gaststätten, Schulen, Kitas, Apotheken usw.).

Mit Blick auf die Erkenntnis, dass Arbeitsplätze wegfallen, wenn sie nicht besetzt werden, kann man heute sagen: Jeder, der nach Thüringen kommt, erhält einen Arbeitsplatz. Denn ohne eine stärkere Zuwanderung könnte – einer aktuellen Studie des Arbeitsministeriums in Thüringen zufolge – die Zahl der Arbeitsplätze bis 2035 um 140.000 zurückgehen. Thüringen hätte dann nicht mehr eine Million Erwerbstätige, sondern nur noch 860.000, und die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten würde von 800.000 auf 700.000 zurückgehen.

Die politischen Auswirkungen einer das Wahlverhalten stark prägenden, zunehmend asylkritischen und zuwanderungsskeptischen öffentlichen Meinung sind freilich nicht zu unterschätzen. Insofern laufen gegenwärtig zwei Dinge in gegenläufige Richtungen: auf der einen Seite die durchaus erfolgreiche Integration von Menschen aus dem Ausland in die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt und auf der anderen die ideologisch motivierte, feindselige Debatte um Feindbilder von „Asylanten und Migranten“. Diese ist übrigens bedauerlicherweise in den Landesteilen Thüringens am ausgeprägtesten, wo der objektive Zuwanderungsbedarf am größten ist.

Seitens der Landesregierung gibt es eine klare Haltung zur Zuwanderung. „Thüringen ist ökonomisch stärker als demografisch!“ So steht es in der Ettersburger Erklärung der Landesregierung

aus dem Mai des vergangenen Jahres, in der ein klares Bekenntnis zu einer zuwanderungsfreundlichen Politik abgelegt wird. Der Freistaat unterstützt über verschiedene Landesprogramme und den Europäischen Sozialfonds die Gewinnung von Fachkräften und Auszubildenden aus anderen Ländern und verbessert seine Beratungsdienstleistungen für Unternehmen, Geflüchtete und Träger von Integrationsprojekten ständig.

Die Zahlen und Beispiele zeigen: Real genießen wir – bei allen Problemen, die wir gegenwärtig mit der Unterbringung, Betreuung und Integration von Menschen aus der Ukraine und aus den Asylherkunftsländern haben – gerade die demografisch positiv wirkende Rendite einer erfolgreichen Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik in Thüringen. Während der Arbeitsmarkt in den neuen Bundesländern zwei Jahrzehnte nach der Maueröffnung als Zuwanderungsbarriere wirkte, erleben wir nun – mit erheblicher zeitlicher Verzögerung – jenen Prozess der Internationalisierung des Arbeitsmarktes, der in Westdeutschland bereits seit den 1960er-Jahren eingesetzt hat. Das arbeitsmarktpolitisch motivierte Werben um Zuwanderung seit den 60er-Jahren kompensierte die chronische Fertilitätsschwäche nach den „Boomerjahren“, sodass wir heute – trotz geringer Geburtenzahlen – mehr Einwohner und mehr Beschäftigte in Deutschland haben als je zuvor. Den gesellschaftskritisch motivierten Satz von Max Frisch: „Wir riefen Arbeitskräfte, und es kamen Menschen“, kann man heute mit den Worten ergänzen: Zum Glück!

Nach der Parteiendemokratie?

Zur Zukunft der Kommunalpolitik am Beispiel der Partnerstädte Chemnitz und Düsseldorf

Interview mit Dr. Stephan Keller und Sven Schulze

Befragungen zur Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie und zum Vertrauen in die gewählten Politiker zeigen, dass die Kommunen die höchste Zustimmung bekommen. Sie sind den Bürgerinnen und Bürgern nicht nur am nächsten. Es hat auch den Anschein, dass ihre demokratischen Institutionen schneller die Veränderungen in der Gesellschaft abbilden, als dies bei Bund und Ländern geschieht. So nimmt etwa die Anzahl der Parteien in den kommunalen Vertretungen zu. Immer mehr Kandidaten ohne Parteimitgliedschaft werden gewählt. Was bedeutet das für die kommunalpolitischen Gestaltungsmöglichkeiten? Gibt es Unterschiede zwischen Ost und West? Dazu äußern sich die Oberbürgermeister der Städte Chemnitz und Düsseldorf, Sven Schulze (SPD) und Dr. Stephan Keller (CDU), deren Städte seit 1988 durch eine deutsch-deutsche Städtepartnerschaft verbunden sind.

Im Stadtrat von Chemnitz gibt es aktuell neun Parteien, in Düsseldorf sogar elf. Welche Auswirkungen sind damit verbunden?

Dr. Stephan Keller: Wir sehen schon, dass die Zersplitterung in den Stadträten die Arbeitsfähigkeit beeinträchtigt. Gerade die kleineren Parteien nehmen ihre Minderheitenrechte sehr intensiv in Anspruch, manchmal auch bis an die Grenze des Missbräuchlichen, insbesondere durch Antragsrechte. Wir werden zum Beispiel von einer Gruppe, die noch nicht einmal Fraktionsstärke hat, in jeder Ratssitzung mit einer Fülle von Anfragen bombardiert, welche die Verwaltung sehr intensiv beschäftigen. Ich gehe noch nicht so weit zu sagen, dass so etwas die Arbeitsfähigkeit eines Rates tatsächlich verhindert. Wir haben jedoch eine Beeinträchtigung, weil die Verwaltung über Gebühr beschäftigt wird mit der Beantwortung von teilweise unsinnigen Anfragen.

In meiner Zeit beim Deutschen Städtetag habe ich die Abschaffung der Fünf-Prozent-Klausel im Kommunalwahlrecht verfolgt. Wir haben da seinerzeit das Ende des Abendlandes befürchtet. Das ist nicht eingetreten. Man kann nicht be-

haupten, dass das Entfallen einer Sperrklausel mit einer Zersplitterung der Räte wirklich zu einem Ende der lokalen Demokratie führt. In Düsseldorf haben wir seit 1999, also seit dem Wechsel unseres kommunalrechtlichen Systems, sogar immer sehr stabile Mehrheiten – eigentlich immer Zwei-Parteien-Koalitionen bis auf die letzte Wahlperiode – gehabt.

Daher sind wir weiter arbeitsfähig und teilen nicht das Schicksal manch anderer Kommune in NRW, wo kaum noch stabile Koalitionen oder Kooperationen gebildet werden können, weil man immer mehrere Partner dafür braucht. Aber wir beobachten das auch mit Sorge, und ich gehe davon aus, dass wir es nach der nächsten Wahl nicht mehr so leicht haben werden, wieder eine Zweier-Koalition zu bilden.

Sven Schulze: Die Situation in Chemnitz ist anders. Wir haben schon seit 2019 keine stabile Rathausmehrheit mehr. Dennoch: Unabhängig davon werden 75 Prozent aller Vorlagen im Rat mit einer großen, übergreifenden Mehrheit beschlossen. Da geht es nicht um eine Brandmauer,

sondern um konkrete Sachpolitik vor Ort, z. B. die Sanierung einer Straße, Mittel für den Ausbau einer Schule, Bebauungspläne usw. Nur 25 Prozent der Vorlagen sind umstritten. Diese werden mitunter heftig diskutiert und dann natürlich auch medial wahrgenommen. Aber es ist nicht so, dass eine Zersplitterung im Stadtrat dazu führt, dass man nichts mehr entscheiden kann. Die zentralen Projekte im Rat, wie zum Beispiel Haushalte oder große strategische Vorhaben, bedürfen natürlich einer größeren Mehrheit und bekommen sie auch übergreifend im demokratischen Spektrum. Die Diskussion dauert schon einmal länger, weil viel mehr Partikularinteressen eine Rolle spielen.

Was bedeutet diese zunehmende Vielfalt kommunalpolitisch für die Parteien?

Dr. Stephan Keller: Die Parteien müssen eine größere Kooperationsbereitschaft untereinander aufbringen und sich immer stärker davon verabschieden, ihre eigene Programmatik ohne Abstriche durchsetzen zu können. In unserer Koalition gibt es viele innerhalb der CDU, die sagen,



Dr. Stephan Keller

ist seit November 2020 Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf. Der promovierte Jurist ist in verschiedenen Aufsichtsräten großer Düsseldorfer Unternehmen tätig. Ehrenamtlich unterstützt er den Förderverein des Interdisziplinären Zentrums für Palliativmedizin an der Uniklinik Düsseldorf und die Benefizregatta „Rudern gegen Krebs“.



Sven Schulze,

Jahrgang 1971, ist seit dem 25. November 2020 Oberbürgermeister von Chemnitz. Zuvor war er fünf Jahre Finanz- und Personalbürgermeister der Stadt. Vor seiner kommunalpolitischen Tätigkeit war er 18 Jahre bei einem Energieversorger. Schulze ist seit 1990 Mitglied der SPD.

Foto 1: Landeshauptstadt Düsseldorf; Foto 2: Kristin Schmidt

ihr macht viel zu viel grüne Politik, und bei den Grünen heißt es, ihr setzt nicht genug Grün pur durch. Das führt bei denen auch zu Unzufriedenheit. Darunter leiden beide Parteien auch in Form von rückläufigen Wahlergebnissen. Das ist ein Phänomen, das man auf Bundesebene in der großen Koalition beobachten konnte: Von dieser Zusammenarbeit hat demoskopisch und dann auch bei den Wahlen keiner der beiden Partner profitiert. Es ist die große Herausforderung für die Parteien, dass sie mit einem Profil antreten, das sie aber dann anschließend, weil sie sich mit mehreren Kräften abstimmen müssen, nicht durchgesetzt bekommen und dann Erklärungsprobleme gegenüber der eigenen Klientel haben.

Sven Schulze: Das sehe ich ähnlich. Das ist unser Spagat zwischen Profilierung und der Fähigkeit, notwendige Kompromisse für praktische Politik zu machen. Am Ende kommt es jedoch genau darauf an. Entscheidend ist, dass auch die handelnden Personen offen und fair miteinander umgehen, auch bei allen unvermeidlichen politischen Diskussionen. Wenn das gewährleistet ist, dann kriegen sie auch ihre Parteien mit auf Kurs, und dann werden Entscheidungen im Sinne der Stadt getroffen. Wenn das auf der persönlichen Ebene nicht funktioniert, wird es ungleich schwieriger.

Stichwort Personen: Wie wichtig ist im Spagat zwischen Kompromissfindung und Profilierung die Direktwahl der Oberbürgermeister?

Dr. Stephan Keller: Die Direktwahl stärkt die Rolle des Oberbürgermeisters ganz massiv. Das ist auch wichtig in einer politischen Landschaft, die diverser und pluraler wird. Da der Oberbürgermeister mit einem eigenen Mandat ausgestattet ist, kann er damit auch ein großes Gewicht in die Waagschale werfen. Auch im politischen Diskurs ist das viel effektiver, wenn er im Gesamtprozess einer städtischen Governance auf ein eigenes Mandat verweisen kann, als wenn er nur der

Kandidat der größten Fraktion im Stadtrat gewesen ist. Ich persönlich kann mir kaum vorstellen, wie man anders diese Rolle ausüben könnte, und finde es deshalb auch richtig, dass wir auch die Amtsperioden entkoppelt haben. Es ist nicht nur eine Machtposition, sondern auch ein gewisser Auftrag in der Verantwortung, die dann in diesem Amt liegt, zugleich auch über den Fraktionen der Parteien zu agieren, weil der OB als Chef der Verwaltung sich darum kümmern muss, dass es eine Mehrheit für gewisse Vorschläge gibt, damit es in der Stadt vorangeht.

Wenn mehr Kandidaten ohne Parteibindung antreten, droht dann vielleicht ein Ende der Parteiendemokratie? Gibt es da Ost-West-Unterschiede, weil die Anzahl der Mitglieder in den Parteien in Ostdeutschland geringer ist?

Sven Schulze: Der Befund ist richtig, dass zunehmend mehr Kandidaten ohne Bindung an Parteien oder auch an Gruppierungen antreten. Vielleicht ist das noch mehr ein Phänomen des ländlichen Raumes als der größeren Städte. In Sachsen nehme ich wahr, dass die Parteien im ländlichen Raum viel weniger Bedeutung haben als in den Städten. Da sehe ich schon einen Ost-West-Unterschied, weil der Osten ländlicher geprägt ist. Der Westen hat mit den Parteien auch 40 Jahre Vorsprung für ein Vertrautsein bis hinein die Familien und viele Karrieren, die in Parteien stattgefunden haben.

Im Osten ist es eher ein Qualitätsmerkmal, kein Mitglied einer Partei zu sein. Da wirken natürlich 40 Jahre SED nach. Mit der geringeren Bindung ist aber auch die politische Einordnung von Grundpositionen – also wer mit wem kann – weniger fixiert. Das ergibt zwar einerseits mehr Flexibilität als im Westen. Auf der anderen Seite führt das aber dazu, dass es an den Rändern des politischen Spektrums zu mehr Verfärbung kommt.

Dr. Stephan Keller: Der Befund, dass parteilose Kandidaten bei Bürgermeister- und Oberbürgermeisterwahlen stärker werden und größere Chancen haben, ist absolut richtig, auch für Nordrhein-Westfalen. Zahlenmäßig ist es wohl so, dass tatsächlich ungefähr ein Drittel aller Hauptverwaltungsbeamten in NRW keiner Partei angehören. Es ist allerdings ein Phänomen der kleineren Städte. Es gibt meines Wissens in NRW eigentlich nur eine große Stadt, die eine parteilose Oberbürgermeisterin hat, und das ist Köln. Aber auch da ist die Oberbürgermeisterin von einem Parteienbündnis unterstützt worden. Das ist etwas anderes, als wenn jemand völlig ohne Parteienbindung antritt.

Die Stimmung, „parteilos ist ein Qualitätsmerkmal“, wird auch hier stärker. Parteizugehörigkeit wird oft mit Parteiengizänk und Parteiinteresse identifiziert, und allein der Begriff der Parteipolitik ist schon negativ besetzt, so als ginge es dabei nicht um die Sache. Trotzdem ist es für Düsseldorf und NRW immer noch schwer vorstellbar, dass hier ein Kandidat ohne Parteibindung bei der Oberbürgermeisterwahl erfolgreich sein könnte. Schon allein aufgrund der Logistik, die von vielen Ehrenamtlern abhängt, haben es unabhängige Kandidaten extrem schwer ohne Parteiapparat. Das mag ein weiterer Ost-West-Unterschied bei der Parteibasis sein.

Sie sagten, die große Mehrheit der Vorlagen in der Ratsarbeit werde am Ende mit großer Mehrheit beschlossen. Wie gehen Sie jedoch mit destruktiven Vorstößen um?

Sven Schulze: Da ist es wichtig, Haltung zu zeigen und nicht über jedes Stöckchen zu springen, nicht jede Provokation mitzumachen. Diese Entscheidung muss ich innerhalb von Sekunden treffen. Insofern ist es immer eine Intuition: Wo sage ich mal was, und wo lasse ich das versanden? Wir hatten schon die Forderung aus

dem rechten Spektrum, dass wir die Europäische Kulturhauptstadt zurückgeben. Da gab es einen Schulterchluss mit Argumenten von verschiedenen Parteivertretern des Spektrums von der Linken bis zur CDU. Das verlief ganz sachlich. Nicht, weil die Forderung von der Partei A oder B kommt! Das wurde eine sehr sachliche, konstruktive, rhetorisch gute Debatte.

Dr. Stephan Keller: So ein Beispiel für einen wirklich destruktiven Vorschlag kann ich aus Düsseldorf gar nicht liefern. Vielleicht hat es etwas damit zu tun, dass bei uns im Rat zwar die Ränder vertreten sind, diese aber in meiner Wahrnehmung nicht krass destruktiv sind. Manchmal kommen natürlich politisch sehr pointierte Vorschläge wie zum Beispiel von einer Klimaschutzpartei, die vorschlägt, man möge den Flughafen Düsseldorf für Privatflugzeuge sperren. Das ist aber für mich noch nicht krass destruktiv, sondern politisch sehr weitreichend oder auch provokant. Da findet eigentlich der Rat immer eine vernünftige Lösung, damit umzugehen.

Haben Sie in Ihren Städten Erfahrung mit Bürgerräten, Bürgerparlamenten, Bürgerhaushalten oder anderen Formen der Bürgerbeteiligung?

Sven Schulze: Wir haben bei uns ein Element, das nennt sich Bürgerplattformen. Da sind einige Stadtbezirke zusammengefasst; und dort wird zivilgesellschaftliches Engagement gefördert. Gibt es eine bürgerschaftliche Struktur, dann bekommt die jeweilige Bürgerplattform einen Zuschuss, den man mit dem Bürgerhaushalt vergleichen könnte. Aber es ist dezentral. Und es sind ganz konkret 1,61 Euro je Einwohner. Es wird von diesen Strukturen entschieden, was dann vor Ort an Projekten und Anschaffungen gemacht wird. Das machen wir seit fast fünf Jahren.

Dr. Stephan Keller: Bürgerhaushalt oder Bürgerparlament machen wir nicht. Aber wir haben insbesondere im Bereich der Stadtentwicklung und der städtischen Großprojekte eine sehr intensive Form der Bürgerbeteiligung entwickelt, die von Projekt zu Projekt anders gestaltet wird. Ein prominentes Beispiel ist der Prozess für ein neues Opernhaus. Wir wollen in Düsseldorf unser altes Opernhaus ersetzen durch einen Neubau. Da gibt es jetzt seit zwei Jahren wirklich einen sehr intensiven Beteiligungsprozess. Dabei wurde auch ein Bürgerrat mit zufällig ausgewählten Menschen aus der Stadt beteiligt, die in drei Workshops Antworten auf bestimmte Fragen entwickelt haben, die dann in den Entscheidungsprozess eingegangen sind.

Wir haben zudem in einem Stadtteil ein Kinderparlament gegründet, um die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen noch mal mit einem besonderen Element zu erproben. Damit sammeln wir gerade Erfahrungen.

Diese gewachsene Pluralität kann man auch als Ausdruck von Freiheit und mehr Individualität verstehen. Wie sehen Sie Chancen und Risiken?

Dr. Stephan Keller: Grundsätzlich ist Pluralität zu begrüßen. Auch die Freiheit für individuelle Lebensentwürfe ist uns sehr wichtig. Wir versuchen, Diversität, Pluralität, Vielfalt, Weltoffenheit zu leben und Düsseldorf auch als eine Stadt zu positionieren, in der jeder im Prinzip nach seiner Façon glücklich werden kann. Umgekehrt betrachte ich die Kehrseite schon mit einer gewissen Sorge. Dass die Gesellschaft immer heterogener wird und damit die Fliehkräfte in der Gesellschaft einfach stärker werden, dass es immer schwerer wird, Mehrheiten für Themen zu generieren, und vor allem dass es immer schwerer fällt, gesellschaftlichen Konsens herzustellen,

das ist meines Erachtens eher das Thema. Es geht eben nicht nur um die Mehrheit für den Bau eines Opernhauses, sondern auch um bestimmte Haltungsfragen.

Das ist sehr deutlich geworden an den großen krisenhaften Entwicklungen der letzten Jahre: Corona oder die Angriffe auf die Ukraine und auf Israel sowie deren Folgen. Und da stellt man doch fest, dass die Heterogenität der Gesellschaft schon auch Dinge schwerer macht. Es droht die Kraft verloren zu gehen, die eine Gesellschaft voranbringen kann. Wenn alle in unterschiedliche Richtungen zerran, gibt es kein Vorwärts mehr.

Sven Schulze: Es ist ja Grundprinzip unserer Demokratie, dass am Ende ein gemeinschaftliches Interesse über möglichen Einzelinteressen stehen muss. Das ist das, was wir als Oberbürgermeister bei unseren Entscheidungen im Blick haben müssen.

Bei den vielfältigen Stadträten gibt es schon hier und da mal Anzeichen, dass sich eine negative Mehrheit bildet, die dagegen ist, was immer vorgeschlagen wird. Wenn es für eine Vorlage drei Beschlussvorschläge gibt, aber am Ende wird nichts beschlossen, weil es für keinen Vorschlag eine Mehrheit gab, haben Sie eine negative Mehrheit.

Zudem sehe ich mit Sorge, dass Respekt und Toleranz vor Meinungen von anderen abnehmen. Es geht ja gar nicht darum, die Position des anderen zu übernehmen. Sie sollte aber zumindest respektiert und angehört werden, es sollte zudem eine politisch-inhaltliche Auseinandersetzung darum geben. Das hat im politischen Diskurs aus meiner Sicht leider abgenommen, und das wünsche ich mir für die Zukunft, dass wir das wieder schaffen. Dass wir auch jemanden anhören, der nicht unserer Meinung ist. Dass wir versuchen, eine andere Mehrheit zu bekommen, ist das eine.

Das aber nicht ins Persönliche oder ins sehr Aggressive greifen zu lassen gehört auch zu einer zivilisierten politischen Diskussion.

Dr. Stephan Keller: Das würde ich wirklich gerne auch noch mal unterstreichen wollen. Der Ton in der gesellschaftlichen Debatte ist rauer geworden. Die einzelnen Positionen stehen sich unversöhnlicher gegenüber. Viele sind in der Politik immer weniger bereit, tatsächlich einander zuzuhören und dabei auch irgendwo die Legitimität der Position des jeweils anderen anzuerkennen. Dazu gehört auch, dass Kritik an Entscheidungen, und seien sie auch noch so unbedeutend oder marginal, immer häufiger mit einer Ablehnung des Systems verknüpft ist. Wir bauen z. B. in einer Straße Parkplätze ab, weil wir da Bäume pflanzen wollen. Das finden die einen gut, weil sie sagen: Wir brauchen mehr Grün in der Stadt. Die anderen finden das schlecht, weil sie sagen: Wo kann ich dann abends noch mein Auto abstellen? Eigentlich eine ganz klassische Frage, die von Politik entschieden werden muss, bei der es widerstreitende Interessen gibt. Ich erlebe dabei immer häufiger, dass dann derjenige, der z. B. gerne an den Parkplätzen festhalten möchte, sagt: Was seid ihr eigentlich alles für Versager? Das ist ja eine völlig bescheuerte Entscheidung! Ihr dürft euch nicht wundern, wenn wir demnächst alle radikal werden.

In dem Fall, in dem man das eigene Interesse nicht durchsetzt, schlägt es oft um in eine sehr fundamentale Kritik am politischen System. Das finde ich bedenklich.

Wir werden es als Entscheider, die Oberbürgermeister nun einmal auch sind, nie allen recht machen können. Das erhöht den Begründungsaufwand für die Entscheidungen, die wir treffen. Man muss zudem immer noch viel mehr kommunizie-

ren und den Menschen erklären, warum man so entschieden hat. Aber es hilft auch nicht immer.

Was wünschen Sie sich für die Zukunft?

Sven Schulze: Weil Bürgermeisterinnen und Bürgermeister heute unter einem hohen Druck stehen und der Ton so rau wird, wird es immer unattraktiver, ein politisches Amt zu übernehmen. Das führt aber am Ende dazu, dass die Auswahl unserer politischen Entscheidungsträger nicht unbedingt von bester Qualität ist, weil gute Leute sich das nicht antun wollen, lieber andere Aufgaben suchen und gar nicht erst antreten. Deshalb wäre mein Wunsch, dass wir die Entwicklung, dass viele Politik an sich oder unser System insgesamt negativ bewerten, umkehren können.

Dr. Stephan Keller: Das kann ich voll unterstützen. Ich wünsche mir zudem, dass durch das Erstarken der politischen Ränder keine Spaltung entsteht, auch keine zwischen Ost und West, die unsere über Jahre gewachsene Verbundenheit beschädigt.

Medienarbeit in einer polarisierten Öffentlichkeit

von *Mika Beuster*

Pressefeindlichkeit ist vor allem ein ostdeutsches Phänomen. Die kollektive Erinnerung und die Diktaturerfahrung der DDR-Zeit, in der Medien als staatliches Machtinstrument missbraucht wurden, sind die Hauptgründe für diese Entwicklung. Ein grundlegendes Misstrauen gegenüber Institutionen und Medien ist typisch für Ostdeutschland. Im Westen gibt es zwar auch Kritik an der Presse, aber das ist gesund in einer Demokratie und nicht grundlegend.

So oder so ähnlich hört man es oft, wenn es um Erklärungen für das vermeintlich wachsende Medienmisstrauen geht, besonders von Kollegen

im Westen. Es ist eine Art Selbstvergewisserung: „Drüben“ ist es problematisch, aber hier, „bei uns“, sind die Fundamente noch in Ordnung. Es gibt ohnehin genug Krisen, um die man sich sorgen muss: erodierende Erlösmodelle von Verlagen, künstliche Intelligenz, Plattformkonzerne mit medialen Allmachtsfantasien, den Klimawandel. Kein Handlungsbedarf also, es handelt sich um ein Phänomen, das mit zeitlichem Abstand zur Existenz der DDR und der Erinnerung daran abschmilzt.

Stimmte dies, wäre das sicher beruhigend. Zumindest aus Westperspektive. Doch entspricht



Foto: Frank Sonnenberg

Mika Beuster, Chef-Themenreporter bei VRM Wetzlar, wurde auf dem Verbandstag im November 2023 zum Bundesvorsitzenden des Deutschen Journalisten-Verbands (DJV) gewählt. Davor gehörte er dem DJV-Bundesvorstand bereits seit vier Jahren an, seit 2021 als stellvertretender Bundesvorsitzender. Die Tätigkeiten im siebenköpfigen DJV-Bundesvorstand sind Ehrenämter.

eine solche Analyse den Tatsachen? Ein oberflächlicher Blick scheint diese Sichtweise zunächst zu bestätigen. Zahlen der Langzeit-Medienvertrauensstudie der Uni Mainz etwa belegen, dass das Vertrauen der Befragten aus den ostdeutschen Bundesländern stets knapp unter dem Mittelwert lag. Gleichzeitig wiesen westdeutsche Befragte durchgängig ein höheres Medienvertrauen auf. Prima, Weltbild bestätigt. Befund: Der Osten ist das Problem.

Aber die Wirklichkeit ist komplexer. Die Forscher betonen, dass die „Unterschiede äußerst gering und für die einzelnen Stichproben nicht signifikant“ seien. Ja, aber wenn es nicht an der Geografie liegt, woran dann? „Zunächst fällt ins Auge, dass Befragte, die eine vergleichsweise hohe Zufriedenheit mit ihrer wirtschaftlichen Situation angaben, insgesamt ein höheres Medienvertrauen aufwiesen.“ Lautet die Antwort auf die Frage am Ende wieder: „It’s the economy, stupid“, wie Bill Clintons Wahlkampfstrategie James Carville einst treffend analysierte?

Wer das Phänomen Medienfeindlichkeit durch die Brille der ökonomischen Gegebenheiten betrachtet, erblickt ein differenzierteres Bild, als es die Ost-West-Dichotomie darstellt. Auf einmal scheint das Medienvertrauen dort höher zu sein, wo die Menschen relativen Wohlstand genießen. Das lässt sich nicht mehr auf einer Ost-West-Landkarte abtragen. Auch die Erwartung an die wirtschaftliche Entwicklung spielt eine Rolle. Die ist im Osten meist pessimistischer.

Nicht ganz zu Unrecht, wie jüngst die Debatte um zu streichende Fernverbindungen der Bahn zeigte, die vor allem in Ostdeutschland Halte streichen will. Aber auch im Westen fühlen sich etliche Regionen abgehängt, auch dort gibt es Orte, an denen Vertrauen in Institutionen und Medien erodiert. Ökonomie als entscheidender

Faktor zur Erklärung von Pressefeindlichkeit aber scheint nicht auszureichen.

Mit dem Aufkommen der Pegida-Demonstrationen in Ostdeutschland bekam eine latente Pressefeindlichkeit eine neue, quasi-institutionelle Plattform.

Diese Entwicklung wurde zunächst von vielen Kollegen nicht wahrgenommen oder ignoriert, später oft als regionale, ostdeutsche Besonderheit abgetan. Bedrohung, Angriffe auf Lokaljournalisten? Für viele Kollegen in ländlichen Bereichen westdeutscher Bundesländer war das kein realistisches Lagebild.

Dann kam Corona, und vieles änderte sich. Eine wirkmächtige Plattform für Verschwörungsgläubige, Querdenken, hatte ihren Ursprung gerade nicht in Ostdeutschland, sondern in Baden-Württemberg. Dem Wohlstandsbundesland, wo der „German Dream“ aus einem Versprechen des stetigen Wohlstands unter der Bedingung des fortdauernden Fleißes besteht – „Schaffe, schaffe, Häusle baue“. Doch wie wurde das Freilichtmuseum des gehobenen Mittelstands zu jenem Biotop, in dem Verschwörungsgläubige eine Bewegung gründeten, die sich neben der Wahrheit vor allem die Presse als Feind aussuchte? Niemand käme hier auf die Idee zu sagen: Schwaben und Badener sind halt so.

Nun, egal, wo es herkommt, das Problem ist nun da. Es ist gekommen, um zu bleiben. Denn auch wenn Querdenken als Bewegung kaum noch eine Rolle spielt, das Erbe dauert fort. „Lügenpresse“-Rufe sind bundesweit so salonfähig geworden, dass empörte Aufschreie ob dieser Dämlichkeit mittlerweile regelmäßig ausbleiben.

Das Europäische Zentrum für Presse- und Medienfreiheit (ECPMF) hat darauf hingewiesen, dass

Lokaljournalisten wegen ihrer fehlenden Anonymität stärker von Angriffen betroffen sind. Das ist doppelt brisant. Einerseits für die Kollegen. Andererseits sorgt dies für weiteren Druck auf den Lokaljournalismus, der sowieso unter Druck steht. Rückgang der Print-Abos, sinkende Erlöse, aber keine flächig tragfähigen Modelle der Monetarisierung digitaler Angebote und nun auch noch Hass, Hetze, Häme gegen Lokaljournalisten?

Weißer Flecken auf der Landkarte bei professionellen lokalen Medienangeboten führen, wie wir aus Studien wissen, zu geringerer Partizipation, geringerer Wahlbeteiligung, aber höheren öffentlichen Ausgaben und Korruption. Journalismus ist kein Selbstzweck, sondern eine Dienstleistung für demokratische Gesellschaften, eine tragende Säule der Demokratie. Fällt sie weg, ändert das die Gesellschaft. Wieder einmal ist es der Osten, in dem solche weißen Flecken in Deutschland zuerst auftauchen.

Doch mehr: Rechtsextreme Akteure, ob in den Parlamenten oder außerhalb, feuern ein aggressives Klima gegenüber Medienschaffenden an. Mittendrin die AfD, die „etablierte“ und „Mainstream-Medien“ nicht nur zu ihren Lieblingsfeinden zählt, sondern diese auch als Projektionsfläche benötigt, um eigene Verschwörungsnarrative an den Wähler zu bringen.

Und schon wieder der Osten: Im „Superwahljahr“ dreht die AfD weiter auf. Vor Landtags- und Kommunalwahlen im Osten steigt die Zustimmung für die in einigen Bundesländern vom Verfassungsschutz als gesichert rechtsextrem eingestufte Partei, die Europawahl zeigt eine zweigeteilte Landkarte, der Osten färbt sich AfD-blau, der Westen CDU-schwarz. Aber auch die Medienfeindlichkeit spitzt sich derweil zu.

„Was wäre, wenn“, ist ein oft gehörter Spruch derzeit an jenen Orten, die sich über Medien und ihre Zukunft Gedanken machen; was wäre, wenn die AfD in einem Bundesland in der Regierung säße? Was wäre, wenn ein Ministerpräsident den Medienstaatsvertrag kündigte – was in einigen Ländern tatsächlich ohne Kabinettsbeschluss möglich ist? Was, wenn die AfD die Kompetenz der Länder für die Medienpolitik schamlos ausnutzte? Was, wenn zumindest medienkritische Kräfte wie das BSW, die gerade im Osten wohl relevante Rollen einnehmen werden, nicht im Traum daran denken werden, sich gegen die Anti-Medienpolitik der AfD zu stemmen, weil sie die Fundamentalopposition zu „etablierten“ Medien teilen? Kräfte an den Rändern des politischen Spektrums faseln etwas von „verengten Debattenräumen“, meinen damit aber eigentlich, dass ihre eigene Meinung, oft genug auch Desinformation und Propaganda, nicht die allein den medialen Raum dominierende ist – was für ein verqueres Verständnis von Pressefreiheit!

Da ist er wieder, der Sorgen-Osten, auf den nun alle blicken. Ist der Osten am Ende ein Problem-Seismograf für ganz Deutschland? Vielleicht ist auch dieser Blickwinkel wieder unterkomplex. Denn: All diese Entwicklungen gibt es auch an anderen Orten in Deutschland – nur (noch) nicht so stark ausgeprägt wie jenseits der Elbe. Die AfD, so zeigen die jüngsten Wahlen, ist eben keine ostdeutsche Regionalpartei. Ein blau gefärbter Osten täuscht darüber hinweg, dass sich diese Partei sehr wohl auch im Westen als starke politische Kraft gezeigt hat.

Die Gretchenfrage ist nun: Was tun? Für jene, die in den Medien arbeiten, eine komplizierte Frage. Sie stellt sich in jeder Redaktionskonferenz. Wie behandelt man medial jene, die Medien (und Demokratie, wie wir sie kennen) infrage stellen?

Es ist wie das von Karl Popper beschriebene Toleranz-Paradoxon, auf die Medien übertragen: Müssen Medien tolerant gegenüber jenen sein, die sich einem rationalen Diskurs verweigern, und sie dann auch zu Wort kommen lassen, ihnen eine Bühne bieten? Oder einfach ausgedrückt: Müssen wir Journalistinnen und Journalisten den Kakao, durch den wir gezogen werden, auch noch austrinken?

Das Beispiel des Rededuells eines CDU-Landespolitikers mit dem Chef seines nachgewiesen rechtsextremen AfD-Landesverbands im Fernsehen ist ein Beispiel für diese Frage. Oder ist dies der Weg in die „False Balance“, die das Publikum dazu verleiten könnte zu glauben, zwei Ansichten seien gleichwertig, obwohl eine davon nachweislich Quatsch oder gar böswillige Manipulation ist?

Fragen, aber wenig Antworten. Der Deutsche Journalisten-Verband (DJV) hatte sich bereits im Vorfeld zur Europawahl positioniert. Sollte der Verfassungsschutz zu der Erkenntnis kommen, dass die AfD gesichert rechtsextrem sei, so müssten Journalisten vor Aussagen, die sie wiedergeben, eine Art „Warnzettel“ wie auf Zigarettenspackungen schreiben.

Es ist eine Form der Einordnung, die Journalisten in der Corona-Zeit gelernt haben: Desinformation nicht einfach wiedergeben, sondern kontextualisieren, im „Truth Sandwich“ etwa, schmackhaft eingepackt für die Leserin oder den Leser in eine Einordnung und nicht einfach wiedergegeben. Ein Rezept immerhin, um die Debatte wieder auf Kurs zu bringen und Vertrauen zu schaffen. Und es gibt eine Nachricht aus der Forschung, die einen Hebel bietet für die Zukunft: Je mehr Menschen Journalismus nutzen, umso mehr vertrauen sie ihm auch.

Nachrichten- und Medienkompetenz also sind es, die wir fördern müssen. Den Mehrwert betonen, den Journalistinnen und Journalisten leisten für eine demokratische Gesellschaft. Voraussetzung aber ist, dass es künftig auch flächendeckend Angebote von Qualitätsjournalismus gibt. Aber wie gewinnen wir Nachwuchs für diese wichtige Arbeit, wenn Anfeindungen zum Berufsbild gehören? Und wie finanzieren wir ihn, wenn Rundfunkgebühren infrage gestellt und Erlösmodelle privater Medienhäuser durch Big-Tech-Vorhaben in Gefahr geraten? Wir müssen darüber reden. Nicht in Ost oder West. Eine Aufgabe in ganz Deutschland.

Demografische Trendwende im Wanderungsverhalten in ländlichen Räumen Ostdeutschlands? Ein Blick über den Tellerrand

von Dr. Tim Leibert

Die wirtschaftlichen Verwerfungen nach der Wiedervereinigung, die hohe Arbeitslosigkeit und das niedrige Lohnniveau führten insbesondere in den 1990er- und 2000er-Jahren zu einer sehr stark ausgeprägten Ost-West-Wanderung. Besonders intensiv war die Abwanderung aus ländlichen Räumen und den früheren industriellen Zentren der DDR. Großstädte wie Leipzig oder Potsdam wurden dagegen schon nach der Jahrtausendwende zu Zielgebieten der West-Ost-Wanderung.¹

Seit 2017 ziehen mehr Menschen von West nach Ost als in die Gegenrichtung. Dabei ist die Zahl der Personen, die aus den alten in die neuen

Bundesländer wandern, im Zeitverlauf bemerkenswert stabil. Die aktuellen Binnenwanderungsgewinne Ostdeutschlands sind also die Folge einer rückläufigen Abwanderung nach Westdeutschland.² Für eine „Rückwanderungswelle“, wie sie oft in der Presse thematisiert wird, liefern die verfügbaren statistischen Daten jedoch keine Belege.³

Die Abwanderung aus ländlichen Räumen Ostdeutschlands war hochgradig alters- und geschlechtsselektiv.⁴ Unter den Abwanderern waren junge Menschen und insbesondere junge Frauen überproportional vertreten. Dies führte zu einem ausgeprägten und fast flächendeckenden „Frauenmangel“ in den Altersgruppen zwischen

¹ Rosenbaum-Feldbrügge, M., Stawarz, N., Sander, N. (2022): 30 Years of East-West Migration in Germany: A Synthesis of the Literature and Potential Directions for Future Research. In: Comparative Population Studies – Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 47 (2022): 185-210.

² <https://www.bpb.de/themen/migration-integration/laenderprofile/deutschland/548245/binnenmigration-in-deutschland-1991-2022/>, letzter Abruf am 25.06.2024.

³ Leibert, T. (2020): Wanderungen und Regionalentwicklung. Ostdeutschland vor der Trendwende? In: Regionalentwicklung in Ostdeutschland: Dynamiken, Perspektiven und der Beitrag der Humangeographie: 199–210.

⁴ Leibert, T. (2016): She leaves, he stays? Sex-selective migration in rural East Germany. In: Journal of rural studies 43: 267–279.



Foto: Astrid Nerlich

Dr. Tim Leibert

ist Senior Researcher in der Forschungsgruppe „Mobilitäten und Migration“ am Leibniz-Institut für Länderkunde (IfL) in Leipzig. Seine Forschungsschwerpunkte sind demografischer Wandel, Regionalentwicklung und Migration.

Anfang 20 und Mitte 30, der in dieser Form in Europa einzigartig war.⁵ In den letzten Jahren hat sich die Situation in Ostdeutschland entspannt, während sie sich im Westen verschärft hat. Die einst vorrangig ostdeutsche Herausforderung hat sich somit zu einer gesamtdeutschen entwickelt.⁶

Die genannten Rahmenbedingungen haben zur Alterung der Bevölkerung und zur Herausbildung ungünstiger Bevölkerungsstrukturen geführt. In ländlichen Räumen Ostdeutschlands ist der Anteil der über 65-Jährigen in den letzten Jahren stark gestiegen⁷, gleichzeitig ist der Anteil der jungen Erwachsenen besonders niedrig. Man kann also von einer Überlagerung von „Überalterung“ und „Unterjüngung“ sprechen.⁸ Lange Zeit waren insbesondere dünn besiedelte Landkreise in Nordost- und Mitteldeutschland in besonderem Maße von Abwanderung betroffen. In den letzten Jahren lässt sich jedoch eine Trendwende beobachten, die zu einer Annäherung an Kreise mit vergleichbarer Bevölkerungsstruktur im Westen und Nordwesten führt (vgl. Abbildung).

Die Entwicklung einer „Abwanderungskultur“

Diese Trendwende ist insbesondere vor dem Hintergrund bemerkenswert, dass sich im ländlichen Ostdeutschland in den späten 1990er-/ frühen 2000er-Jahren eine Abwanderungskultur entwickelt hatte, die sich darin äußerte, dass ein Fortzug nach dem Schulabschluss von den Jugendlichen und ihrem sozialen Umfeld als unhinterfragte Notwendigkeit wahrgenommen und akzeptiert wurde. Die Möglichkeiten des lokalen Arbeitsmarkts wurden nicht mehr wahrgenommen, weil ein Verbleib in der Heimatregion nicht in Erwägung gezogen wurde. Bleiben war eng mit der Befürchtung verknüpft, dauerhaft vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen zu sein.⁹ Eine zentrale Rolle bei der Entstehung der Abwanderungskultur spielten die Eltern, wie das folgende Zitat einer arbeitssuchenden Mutter aus einer ländlichen Gemeinde in Sachsen-Anhalt zeigt:

„Meine Tochter ist elf, wo man sich eigentlich noch keine Gedanken machen müsste, aber ich

⁵ Leibert, T. (2016).

⁶ Leibert, T., Friedrich, K. (2023): Sind Geschlechterdisproportionen unter jungen Erwachsenen noch ein relevantes raumplanerisches und demographisches Thema? In: Stadtforschung und Statistik: Zeitschrift des Verbandes Deutscher Städtestatistiker 36.2 (2023): 63–70.

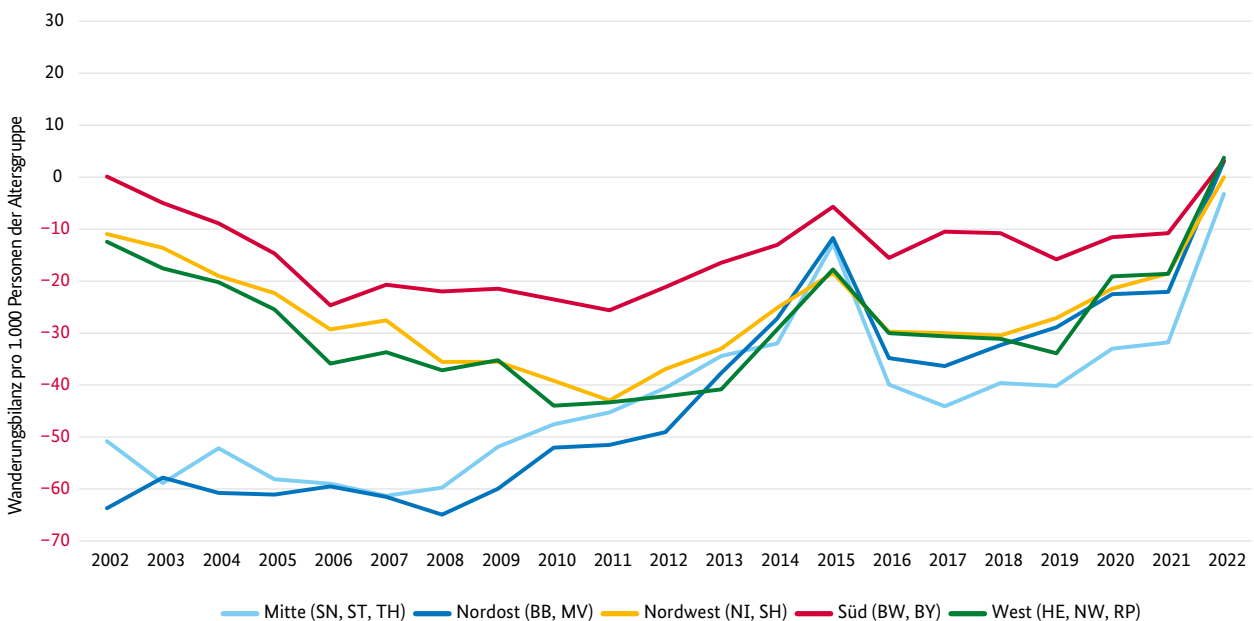
⁷ Friedrich, K. (2021): Sozialgeographie des Alterns. Stuttgart: Franz Steiner.

⁸ Leibert, T. (2023): Wo leben die jungen Erwachsenen? In: Nationalatlas aktuell 17 (01.2023) 1 [11.01.2023]. Leipzig: Leibniz-Institut für Länderkunde (IfL). URL: Jugendliche_1_01-2023-0.html.

⁹ Meyer, F., Leibert, T. (2021): On the role of cultures of (out-)migration in the migration decisions of young people in shrinking regions of Central Germany. In: Geographica Helvetica 76.3: 335–345; Leibert, Tim (2015): Abwanderung Jugendlicher aus postsozialistischen ländlichen Räumen. In: Geographische Rundschau 67.9: 34–41.

Wanderungsbilanz der 18- bis 25-Jährigen in Landkreisen mit einer Bevölkerungsdichte von weniger als 150 Einwohnern pro Quadratkilometer 2002 bis 2022 nach Geschlecht und Makroregionen.¹⁰ (Abb. 1)

Frauen



sag als Mutter zu ihr, du wirst nicht hierbleiben. Du musst irgendwann weggehen. [...] Und sie findet sich damit auch ab. [...] Ich möchte das auch nicht, dass sie hierbleibt“.¹¹

Als Hauptursachen für die Abwanderungspläne der Jugendlichen wurden vor allem unbefriedigende Berufsaussichten, fehlende Karrieremöglichkeiten sowie das niedrige Gehaltsniveau genannt. Auch Mängel in der Infrastrukturausstattung, insbesondere im Freizeit- und Verkehrsbereich, wurden oft kritisiert.¹²

Die aktuellen Zahlen zu den altersspezifischen Wanderungsraten legen nahe, dass diese beschriebene

„Abwanderungskultur“ nicht mehr fortbesteht (siehe Abbildung). Ein Hauptgrund dürfte die verbesserte Lage auf dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt sein. Dadurch, dass auf der Sachebene „Arbeitsplatzsituation“ positive Veränderungen erreicht wurden, haben sich eine veränderte Wahrnehmung und Bewertung und schließlich ein Kulturwandel entwickelt.

Der Blick über den Tellerrand

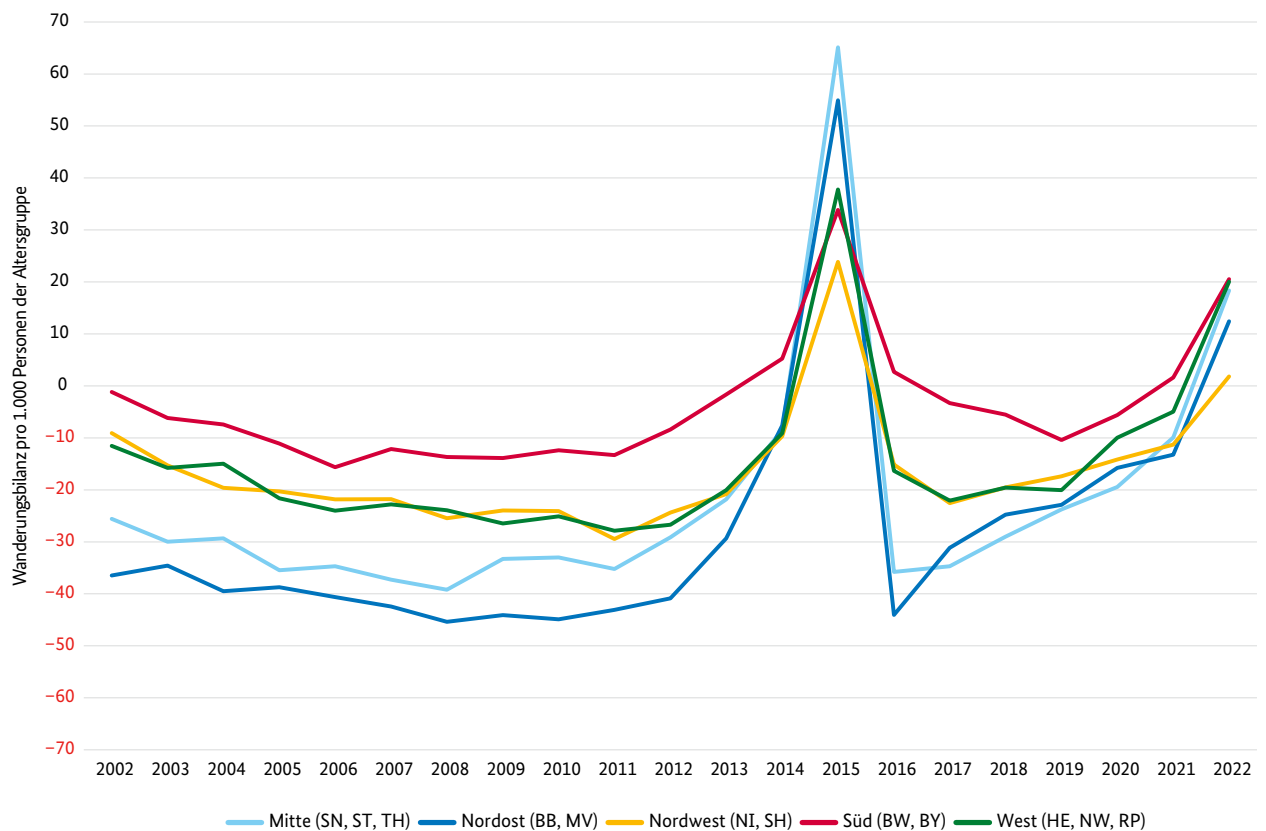
Die beschriebenen Entwicklungen waren keine ostdeutsche Besonderheit. Auch die mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedsstaaten sahen sich mit der Herausforderung konfrontiert, das sozialistische in

¹⁰ Leibert, T., Friedrich, K. (2023).

¹¹ Leibert, T. (2015).

¹² Leibert, T. (2015).

Männer



ein kapitalistisches Wirtschaftssystem umzubauen. Wie in Ostdeutschland war diese Transformation mit einem schmerzhaften wirtschaftlichen Strukturwandel, hoher Arbeitslosigkeit und Zukunftsängsten verbunden – aber auch mit der neuen Freiheit, sein Glück in Regionen mit besseren Jobaussichten oder höheren Löhnen zu suchen. Von Tschechien, Slowenien und Ungarn abgesehen, leben aktuell mehr als 5 Prozent der Bevölkerung der mittel- und osteuropäischen EU-Mitglieder in einem anderen EU-Land. Besonders hoch ist der Anteil in Kroatien (14 Prozent), Litauen (16 Prozent) und Rumänien (18 Prozent).¹³ Auf der Suche nach besseren wirtschaftlichen Perspektiven die Heimat zu verlassen ist also ein

Charakteristikum vieler postsozialistischer Gesellschaften, nicht nur der ostdeutschen.

Die Suche nach besseren wirtschaftlichen Perspektiven wirkt sich besonders stark auf ländliche Räume aus. Die ländlichen Räume Mittel- und Osteuropas gehören zu den strukturschwächsten Regionen der EU.¹⁴ Die wirtschaftlichen Stadt-Land-Gegensätze beeinflussen die Wanderungsmuster junger Erwachsener. Eine aktuelle Studie zu Lebensplänen und Zukunftserwartungen junger Menschen in peripheren Regionen in Polen, Rumänien, der Slowakei, Tschechien und Ungarn zeigt, dass die Jugendlichen auf die lokalen sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen mit

¹³ Dorn, D., Zweimüller, J. (2021): Migration and labor market integration in Europe. In: Journal of Economic Perspectives 35.2: 49–76.

¹⁴ Lang, T. Haunstein, S. (2017): Wachsende regionale Polarisierung in Europa. In: Nationalatlas aktuell 11 (09.2017) 8 [27.09.2017]. Leipzig: Leibniz-Institut für Länderkunde (IfL). URL: http://aktuell.nationalatlas.de/Polarisierung_in_Europa.8_09-2017.0.html.

Abwanderungserwartungen reagieren.¹⁵ Wenn die Heimat als Raum „ohne Zukunft“ angesehen wird, der jungen Menschen nur wenige Chancen bietet,¹⁶ ist Abwanderung die logische Folge. Diese „Abstimmung mit den Füßen“ findet vielerorts statt. Besonders ausgeprägt ist die Abwanderung junger Frauen und Männer in strukturschwachen Regionen Bulgariens, Kroatiens und der baltischen Staaten, aber auch in Polen.

Fazit: Die Trendwende

Die Auswirkungen der starken und selektiven Abwanderung der Vergangenheit werden die Bevölkerungsentwicklung Ostdeutschlands auch in den kommenden Jahrzehnten maßgeblich beeinflussen. Die Ursache hierfür liegt in

erster Linie in der ungünstigen Altersstruktur. Denn der frühere Fortzug junger Menschen, insbesondere junger Frauen, hat zu einer dynamischen Alterung der Bevölkerung geführt. Die Abgewanderten haben andernorts eine Familie gegründet und Kinder bekommen. Die Trendwende in ländlichen Räumen Ostdeutschlands im Wanderungsverhalten ist jedoch geschafft. Sie wird von Rückwanderung, vor allem aber von der Zuwanderung aus dem Ausland getragen. Die Ergebnisse der Raumordnungsprognose 2024 zeigen deshalb ein Nebeneinander von Wachstum und Schrumpfung, ländliche Räume sind keine einheitliche Raumkategorie: Zuwachs dort, wo die wirtschaftlichen Aussichten gut sind, Schrumpfung dort, wo dies nicht der Fall ist.¹⁷

¹⁵ Pates, R. (2023): *Peripheral Futurities. Emigration Plans and Sense of Belonging among East Central European Youth*. In: *EU Citizenship Beyond Urban Centres* (2023): 25–41.

¹⁶ Pates, R. (2023); Meyer, F. (2018); Leibert, T. (2016).

¹⁷ Maretzke et al. (2024).

Das war ein Land, in dem ich nicht würde leben wollen!

von Anne Hahn

Die Zeitzeugin Anne Hahn¹ reist seit 15 Jahren durch Deutschland, um Schülerinnen und Schülern aus ihrer Jugend zu erzählen. Als 14-Jährige wurde sie nicht zur Erweiterten Oberschule (der Schulform, über die man in der DDR das Abitur direkt erwerben konnte) zugelassen und fing an, das Land, in dem sie lebte, zu hinterfragen und sich zu belesen. Dieser Weg führte sie 18-jährig zu den Punks ihrer Heimatstadt Magdeburg, die wie alle Subkulturen erheblichen Repressalien ausgesetzt waren.

Anne Hahn lernte Krankenschwester, holte ihr Abitur an der Abendschule nach und bewarb sich für ein Studium der Kulturwissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin. Sie erhielt einen Studienplatz und organisierte im Vorfeld als Mitarbeiterin des Kulturkabinetts Magdeburgs fünf Punkkonzerte in verschiedenen Clubs der Stadt, verlor daraufhin ihren Arbeits- und Studienplatz und unternahm im Frühjahr 1989 einen Fluchtversuch. Sie wollte mit einem Freund von Aserbaidshan aus in den Iran fliehen, um von dort in die Türkei und schließlich nach Westdeutschland zu gelangen. Sie wurden erwischt, zurücktransportiert und saßen ein halbes Jahr im Gefängnis. Anne Hahn erlebte den Mauerfall im Frauen-Strafvollzug Hohenleuben. Entlassen wurde sie am 17. November 1989.

Das alles, wie es in ihrem Leben weiterging und wie sie ihre Erfahrungen in einem Roman² verarbeitete, erzählt sie Kindern und Jugendlichen in den Zeitzeugengesprächen. Wie erlebte sie diese Gespräche im Laufe der letzten Jahre?

Eines meiner ersten Gespräche hatte ich in Eberswalde an einer Gesamtschule. Die Lehrerin war unwillig, scharrte mit dem Stuhl, seufzte laut, störte mehr als die Neuntklässler. Als ich im Gespräch erzählte, dass wir als Schüler im Sportunterricht schießen übten, rief sie: „Daran kann ich mich nicht erinnern. Wir hatten nur Weitwurf mit solchen Stäben, so Handgranaten

aus Holz!“ – „Sehen Sie“, antwortete ich, ohne nachzudenken, „Sie erinnern sich an die Handgranaten-Attrappen und ich mich ans Schießen. Was eben jeder so für Vorlieben hatte.“ Da lachten die Kinder, und die Lehrerin störte nicht mehr. Das Lachen löste die Spannung, und ich behielt es bei, eher humorvoll mit meiner Story umzugehen.

¹ <https://www.literaturport.de/lexikon/anne-hahn/>.

² „Gegenüber von China“ von Anne Hahn.

Im Anschluss an die Gespräche werden mir Fragen gestellt, bis heute ist die meistgestellte: „Was haben Ihre Eltern dazu gesagt?“ An zweiter Stelle: „Haben Sie Ihre Flucht jemals bereut?“ Drittens: „Sind Sie noch befreundet mit Ihrem Fluchtkumpel und den Punks von damals?“ (Besonders der Fakt, dass ich noch drei enge Freunde aus der Zeit meiner Jugend habe, mit denen ich oft zu Fußballspielen meines Heimatvereins gehe, freut die Jugendlichen.)

Im Laufe der Jahre wächst die Distanz, staunen die Kinder und Jugendlichen immer mehr, wenn sie meine Geschichte erfahren. Dass es die DDR gab, weiß die überwiegende Mehrheit, wie der Alltag aussah, nicht. In einer Förderschule (neue Bundesländer) fragten Kinder mich, ob es in der DDR auch Weihnachten gegeben habe, in einer anderen (alte Bundesländer), ob das alles echt sei, was ich da erzähle. Auf meine Antwort, „Ja, das habe ich so erlebt“, rief der Junge „Dschüsch!“³, ein anderer fragte nach dem Katastrophenwinter 1978/79, ob ich den auch erlebt hätte. Ich erinnerte mich zu seiner Freude an viel Schnee.

Es gab bisher in jeder besuchten Klasse mindestens eine Person mit DDR-Wurzeln, das Wissen um die Repressalien unter der Diktatur wird dennoch kaum weitergegeben, ist schambesetzt. In den neuen Bundesländern erlebe ich (abnehmend mit den Jahren) mir gegenüber oft eine kritische, misstrauische Haltung bei den Lehrkräften und eine abwartende, distanzierte bei den Jugendlichen, die sich meist im Laufe des Gespräches lockert oder löst. (Inzwischen ist eine Generation von Lehrkräften nachgewachsen, die mir offen und freundlich begegnet, oft sehr empathisch). Bei den Jugendlichen gelingt es meist, mit Fragen nach ihren musikalischen Vorlieben oder eigenen Bands das Eis zu brechen.

Das schlimmste Gespräch erlebte ich vor zehn Jahren an einer Gesamtschule in Gera, außerhalb des Stadtzentrums in einem Neubaugebiet. Die zehnte Klasse wurde von einem hinten sitzenden Seitenscheitel-Träger dominiert, drei Schüler und Schülerinnen mit zaghaft bunt gefärbten Haaren kauerten in der ersten Reihe und strahlten mich an. Ich erzählte von Punk, Konzerten und Raumsuche, Verfolgung durch Polizisten in meiner Heimatstadt – da rief der junge Mann von hinten: „Und heute lassen Sie sich vom Staat zu Demos fahren, oder was? Schön multikulti als Motto?“ Ich war verblüfft und fragte, was es mit dem Zur-Demo-Fahren auf sich hätte? Der Lehrer, der zusammengesunken auf einem Stuhl unter dem Fenster hockte, flüsterte, dass Die Linke regelmäßig Demonstranten in Bussen zur Legida-Gegen-Demo nach Leipzig fahren würde. Ich fragte den Lehrer, ob er mich bitte unterstützen würde, wenn ich hier versuchte zu erklären, wie es mir in der Diktatur erging, aber der blieb sitzen und verstummte ganz. Ich brachte das Gespräch recht und schlecht hinter mich, die drei in der ersten Reihe litten mit und meldeten sich als Erste stürmisch, als ich zum Schluss fragte, wer von ihnen alles weggehen wolle aus Gera. Seitenscheitel wollte bleiben.

Ein überraschendes Ende nahm ein Termin vor drei Jahren in Strausberg. Am dortigen OSZ stellte einer der sprachgewandtesten Schüler der zehnten Klasse fest: „Ich wurde vorher gewarnt, Sie würden die DDR schlechtreden, aber nach dem Gespräch muss ich sagen, dass ich das alles noch mal überdenken werde. Das war ein Land, in dem ich nicht würde leben wollen!“ Auch bei Schülern und Schülerinnen eines Gymnasiums in Berlin-Schöneberg überwog die mir nach Gesprächen schriftlich mitgeteilte Empfindung: „Dankbarkeit, nicht in der DDR gelebt zu haben“.

³ „Çüş“ (türkisch) = „Übertreib nicht!“

Insgesamt sind junge Menschen in den alten Bundesländern vorurteilsfreier, aber weiter entfernt von meiner Geschichte – eine 22-jährige Berufsschülerin schrieb mir vor einem halben Jahr: „Vor der Reise nach Berlin waren meine Freundinnen und ich ehrlich nicht so begeistert. Viele von uns, mich eingeschlossen, haben Eltern aus dem Osten, und das ganze DDR-Thema wirkte nicht so spannend. Vieles Fachliche und Politische ist es auch nach der Reise noch nicht, aber die persönliche Geschichte hat mich sehr beeindruckt. Allein deine Flucht und das Gefängnis müssen unglaublich schwer gewesen sein. Es macht mich traurig, dass die Stasi in der Lage war, all diese schlimmen Dinge zu tun.“



Foto: Alesch Mühlbauer

Anne Hahn,

1966 in Magdeburg geboren, lebt in Berlin. Schriftstellerin (vier Romane) und Autorin von Sachbüchern, die sich subkulturellen Strömungen der DDR und der Fußballkultur widmen. Zuletzt erschien bei Voland & Quist 2023 ihr Fußball-Roman „Anne Hahn träumt Christian Beck“.

Zweierlei Erinnerung? Die Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit in Ost- und Westdeutschland

von Prof. Dr. Jörg Ganzenmüller

Im Jahr 1990 waren die Sorgen im In- und Ausland groß, die anstehende deutsche Einheit könnte ein Wiederaufleben des Nationalismus in Deutschland befördern. Damit verbunden war die Befürchtung, die Deutschen würden sich nun endgültig ihrer nationalsozialistischen Vergangenheit entledigen. Tatsächlich ist das Gegenteil passiert: Die Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit erlebte in den 1990er-Jahren einen Boom, der die deutsche Geschichtskultur nachhaltig verändert hat. Dabei hätten die Ausgangspunkte in Ost- und Westdeutschland kaum unterschiedlicher sein können. Nicht zuletzt deshalb stellt sich vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Wahlergebnisse in Ost und West heute die Frage, inwieweit die geschichtskulturellen Prägungen vor 1989 auch 35 Jahre nach der Friedlichen Revolution noch eine Rolle im vereinten Deutschland spielen.

In der Bundesrepublik war der Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit zunächst von Verdrängung und Exkulpation geprägt. Die überwiegende Mehrheit der Westdeutschen zog

eine scharfe Trennlinie zwischen Regime und Bevölkerung und betrachtete sich selbst als von Hitler „verführt“ und als Opfer des Krieges. Es waren insbesondere die Überlebenden der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, welche die Aufarbeitung gegen alle Widerstände anmahnten und beförderten. In einer unabhängigen Justiz fanden sich ebenfalls Akteure, die eine strafrechtliche Verfolgung der Täter vorantrieben, wenn sie dabei auch auf erhebliche Widerstände stießen. Auch die Medien spielten eine wichtige Rolle bei der Konfrontation der Deutschen mit den weithin verdrängten Seiten der NS-Vergangenheit. So erreichte die amerikanische TV-Serie „Holocaust“ 1979 ein großes Publikum, das sich mitunter erstmals mit dem Thema auseinandersetzte. Zudem führte ein Generationenwechsel in Schulen, Hochschulen und Einrichtungen der politischen Bildung zu einer stärkeren Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in der bundesdeutschen Bildungsarbeit. Schließlich engagierten sich unterschiedliche gesellschaftliche Akteure zunehmend, die historischen Orte der nationalsozialistischen Verbrechen zu sichern und als Lernorte zu nutzen.

Ganz anders war die Entwicklung in der DDR. Der staatlich verordnete Antifaschismus führte dazu, dass an den Orten der ehemaligen Konzentrationslager noch in den 1950er-Jahren staatliche Mahn- und Gedenkstätten entstanden. Diese sicherten die historischen Orte, überformten sie aber zugleich stark mit einer Infrastruktur für staatliche Gedenkrituale. Gleichzeitig zog der Gründungsmythos der DDR eine direkte Linie vom kommunistischen Widerstand in den Konzentrationslagern zum staatlichen Antifaschismus. Dies war eine andere Form der Exkulpation, da personelle und mentale Kontinuitäten zum Nationalsozialismus als rein bundesdeutsches Problem gesehen und damit externalisiert wurden. Zugleich betrachtete die SED den Faschismus als ein Problem der Vergangenheit, da allein die Verwirklichung einer sozialistischen Gesellschaft dessen Wiederkehr verhindere.

In beiden deutschen Staaten gab es somit das gleiche Kommunikationsbedürfnis: Beide Nachkriegsgesellschaften wollten möglichst wenig mit der nationalsozialistischen Vergangenheit zu tun haben. Allerdings kam man diesem Bedürfnis in beiden deutschen Staaten auf ganz unterschiedliche Weise nach. Während die westdeutsche Gesellschaft mit der Rede von der „Stunde null“ einen „Schlussstrich“ zwischen der Zeit vor und nach 1945 zu ziehen versuchte, verlagerte die ostdeutsche Gesellschaft die Kontinuitätsfrage territorial in die Bundesrepublik, indem man diese als alleinigen Nachfolgestaat des Deutschen

Reiches ansah. Die drängende Frage nach der gesellschaftlichen Beteiligung an den nationalsozialistischen Verbrechen wurde somit weder in West- noch in Ostdeutschland aufgearbeitet, wobei das westdeutsche Kommunikationsbedürfnis einem Wandel unterworfen war, der auf eine unabhängige Justiz, eine demokratische Öffentlichkeit und einen schrittweisen Elitenwandel zurückzuführen ist.

Mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten am 3. Oktober 1990 trafen zwei unterschiedlich verfasste Geschichtskulturen und zweierlei gesellschaftliche Selbstbilder aufeinander.

Dies stellte beide Seiten vor große Herausforderungen. Die Westdeutschen wurden mit einem ritualisierten Erinnern an den Nationalsozialismus konfrontiert, das man im vereinten Deutschland nicht fortsetzen wollte, aber auch nicht vollständig zurückweisen konnte. Insbesondere für die Nationalen Mahn- und Gedenkstätten musste ein neuer Weg gefunden werden, was letztlich dazu führte, dass die Bundesrepublik nun endlich auch die Verantwortung für die KZ-Gedenkstätten in Westdeutschland übernahm, die bis dahin stark von gesellschaftlichem Engagement getragen worden waren. Dies mündete 1999 in der ersten Gedenkstättenkonzeption



Foto: Universität Jena

Prof. Dr. Jörg Ganzenmüller

ist Vorstandsvorsitzender der Stiftung Ettersberg in Weimar, die sich mit der Aufarbeitung von Diktaturen in Europa beschäftigt, und zugleich Inhaber der Professur für Europäischen Diktaturenvergleich an der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

des Bundes, die im Jahr 2008 fortgeschrieben wurde. Mit Blick auf die Gedenkstättenlandschaften wirkte die deutsche Einheit somit als ein Katalysator, der zur Anerkennung einer gesamtstaatlichen Verantwortung für die historischen Orte der nationalsozialistischen Diktatur führte.

Die Konfrontation der Ostdeutschen mit der im Westen gewachsenen Geschichtskultur verlief sehr viel schmerzhafter.

Die Exkulpation der ostdeutschen Gesellschaft im Zeichen des Antifaschismus wurde durch die Frage nach der gesellschaftlichen Beteiligung an den Verbrechen des Nationalsozialismus zunehmend herausgefordert. Die Wehrmachtsausstellung von 1995 sowie die Thesen von Daniel Goldhagen aus dem Jahr 1996 lösten noch einmal hitzige Debatten über die Mittäterschaft der deutschen Gesellschaft aus und beförderten zugleich ein öffentliches Bewusstsein, hinter das künftige Diskussionen nicht mehr zurückfallen konnten. Zusätzlich kam eine breite historische Forschung in Gang, welche das Wissen über den Nationalsozialismus und seine Verbrechen auf eine ganz neue empirische Grundlage stellte. Einen symbolischen Abschluss fand diese Anerkennung der deutschen Verantwortung für die Verbrechen des Nationalsozialismus im Jahr 2005 mit dem Denkmal für die ermordeten Juden Europas im Herzen Berlins, der weitere Denkmalsetzungen folgten und vermutlich noch folgen werden.

Diese neuen Sichtweisen und Erkenntnisse trafen die ostdeutsche Gesellschaft in den 1990er-Jahren unvermittelter als die westdeutsche. Die alte Bundesrepublik hatte gewissermaßen einen Vorlauf, da sich hier seit den 1970er-Jahren zunehmend Menschen fanden, welche die Beteiligung

an der Ausgrenzung, Beraubung und Ermordung der Juden in der Öffentlichkeit und in der Bildungsarbeit thematisierten und damit das Fundament für einen Wandel in der deutschen Geschichtskultur legten. In der DDR blieben hingegen diejenigen, die dem staatlich orchestrierten Geschichtsnarrativ widersprachen, Einzelkämpfer mit eng begrenzten Wirkungsmöglichkeiten. Erschwerend kam hinzu, dass eine Diskussion über das Verhalten der Menschen in der nationalsozialistischen Diktatur unausgesprochen die Rolle des Einzelnen in der SED-Diktatur mitverhandelte. Die Renaissance der Totalitarismustheorie in den 1990er-Jahren rührt nicht zuletzt aus dem Bedürfnis, die Verantwortung des Einzelnen in Diktaturen insgesamt zurückzuweisen.

Symptomatisch für die Konfrontation unterschiedlicher Sichtweisen auf den Nationalsozialismus war die Speziallagerdebatte. In der DDR war es ein offenes Geheimnis, dass die sowjetische Besatzungsmacht unter anderem ehemalige Konzentrationslager als Speziallager nutzte. Mit dem Ende der DDR brach dieses Tabu auf, und es begann eine zum Teil hitzig geführte Debatte darüber, inwieweit die ehemaligen Speziallagerhäftlinge Opfer des Stalinismus oder vielmehr nationalsozialistische Täter waren. Hier stießen nicht nur Überlebende der Konzentrationslager auf ehemalige Speziallagerinsassen, sondern wieder zwei Selbstbilder aufeinander: die Vorstellung von der ostdeutschen Gesellschaft als reinem Opfer zweier Diktaturen traf auf das Eingeständnis einer zutiefst mit dem Nationalsozialismus verstrickten deutschen Gesellschaft. Diese Debatte fiel in eine Zeit, in der viele Ostdeutsche im Zuge der Transformation bereits zahlreiche Entwertungserfahrungen gemacht hatten, sodass diese Konfrontation mit einer im Westen langsam gewachsenen Geschichtskultur auch als „Entwertung der eigenen Geschichte“ wahrgenommen wurde. Diese Konfrontation zweier Geschichtskulturen blieb nicht auf die

Speziallager begrenzt, sondern fand im Lokalen häufig ganz spezifische Ausprägungen. Ein Beispiel von vielen ist die Debatte um den Jenaer Kinderarzt Jussuf Ibrahim. Er war ein hoch angesehener, vielfach ausgezeichnete Mediziner, an den sich noch viele Jenaerinnen und Jenaer erinnern konnten, da er ihnen einst selbst geholfen hatte. Als im Jahr 2000 öffentlich bekannt wurde, dass er während des Nationalsozialismus kranke Kinder zur Ermordung in die Thüringische Landesheilanstalt Stadtroda überstellt hatte, entspann sich eine hitzige Debatte, ob die nach ihm benannte Straße weiterhin seinen Namen tragen könne. Schnell stand der Vorwurf im Raum, „westdeutsche Historiker“ würden mit ihrer Sichtweise „die Ostdeutschen“ bevormunden, auch wenn die Konfliktlinie nicht so einfach zu ziehen war.

Es hat im Zuge der deutschen Einheit keine Übernahme einer westdeutschen Geschichtskultur in Ostdeutschland gegeben.

Vielmehr hat sich die deutsche Einheit als ein Katalysator erwiesen, der den Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit in Ost und West verändert hat. Dabei haben sich die Unterschiede zwischen den beiden Geschichtskulturen zunehmend eingeebnet. Und doch stellt sich die Frage, inwieweit es einen Zusammenhang zwischen der Aufarbeitung der NS-Vergangenheit und einer Bereitschaft, rechtsextreme Parteien zu wählen, gibt. Sicherlich haben die Ostdeutschen keine größere Affinität zum Nationalsozialismus als die Westdeutschen. Es sind allerdings ideologische Versatzstücke, wie die Sehnsucht nach einer Volksgemeinschaft, die in Ostdeutschland anschlussfähiger zu sein scheinen. Dies hat zum einen mit populären Formen der Vergemeinschaftung in der DDR zu tun, zum

anderen aber auch mit fehlendem Wissen über die nationalsozialistische Volksgemeinschaft, für die eine gesellschaftliche Ausgrenzung von „Gemeinschaftsfremden“ stets konstitutiv war und sich bis zum Völkermord radikalisierte. Gerade deshalb ist es wichtig, sich weiterhin mit der gesellschaftlichen Basis von Diktaturen und autoritären Vorstellungen von Gesellschaft auseinanderzusetzen.

Ein anderes Land

von Anne Rabe

„Nein, das stimmt nicht“, sagte die zierliche Frau in das Mikrofon „man kann jeden Tag etwas tun.“ Sie widersprach damit Erich Kästner, den sie aus dem Gedächtnis zitierte. Er hätte im Rückblick auf die Machtergreifung der Nazis konstatiert, dass man sie 1933 nicht mehr hat aufhalten können. Man hätte das spätestens 1928 tun müssen. Ich schlage das Kästner-Zitat nach. „Man darf nicht warten, bis der Freiheitskampf Landesverrat genannt wird. Man darf nicht warten, bis aus dem Schneeball eine Lawine geworden ist.“

Die Frau, sie ist in meinem Alter, hatte mich eingeladen, in einem kleinen Ort in Sachsen-Anhalt zu lesen. Sie leitet ein Erinnerungsprojekt, das es sich zur Aufgabe gemacht hat, die Verbindung des kleinen Ortes zur Todesfabrik Auschwitz aufzuarbeiten. Mein Buch, begründete sie die Einladung vor dem Publikum, passe gut, denn es widme sich auch der Aufarbeitung.

Es erzählt die Geschichte einer Nomenklaturfamilie in der DDR. Die Handlung erstreckt sich über einhundert Jahre und zieht damit Verbindungen von der Weimarer Republik über die Zeit des Nationalsozialismus, die Zeit des stalinistischen Terrors in der DDR, die Erziehungsdiktatur im Sozialismus, die sogenannten Baseballschlägerjahre bis hinein in die Gegenwart. Woher kommt die Gewalt, in der viele Menschen, die wie ich Wendekinder waren, aufgewachsen sind?

Das war meine Leitfrage.

Dreißig Leute waren zu der Lesung in den liebevoll gepflegten Kirchhof gekommen. Es war der Tag des Achtelfinales der Europameisterschaft, Deutschland gegen Dänemark, und die Sonne schien so erbarmungslos, dass jede Bewegung, und sei es nur die, um die Sitzposition zu verändern, zu Schweißausbrüchen führte. Nachdem ich aus meinem Buch gelesen hatte, kamen wir miteinander ins Gespräch. Es dauert immer ein bisschen, bis sich einer oder eine aus dem Publikum traut, den Anfang zu machen, aber dann wird es schnell sehr persönlich. In den Gewalterfahrungen der 90er- und 00er-Jahre, von denen die Erzählerin in dem Buch berichtet – auf den Straßen, in der Schule und in der Familie – erkennen viele Leserinnen und Leser ihre eigenen Erfahrungen wieder. Und es ist zu spüren, wie schwer es ihnen noch immer fällt, darüber zu sprechen.

Seit über einem Jahr bin ich nun mit meinem Buch in ganz Deutschland unterwegs, und bald schon werde ich die hundertste Veranstaltung bestreiten.

Ich habe mit vielen Menschen gesprochen. Mit Westdeutschen in Westdeutschland und Ostdeutschen in Ostdeutschland. Mit Menschen, die noch nie drüben waren. Menschen, die nie mehr zurückwollen. Mit Ostdeutschen, die im Westen waren und es bereuen, zurückgekehrt zu sein. Westdeutschen, die überlegen zurückzugehen. Und mit denen, die bleiben wollen oder müssen. Die kämpfen.

„Man kann jeden Tag etwas tun“, sagte die Frau, die jeden Tag etwas tut, und in diesem Satz schwang die Ahnung ebenso mit, dass der Schneeball längst kein Schneeball mehr ist, wie die Hoffnung, dass man die Lawine noch aufhalten könnte.

Als mein Roman im Frühjahr 2023 erschien, tobte eine neue Ostdeutschland-Debatte, mit der wohl niemand gerechnet hatte. Es ging um die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland, die Ungleichheit der Vermögensverhältnisse und der Machtstrukturen. Dirk Oschmann, Jahrgang 1967, ein Literaturprofessor aus Leipzig, hatte eine Wutschrift verfasst und damit einen Nerv getroffen. Dieser Osten, so schien es, wollte sich vom Westen nun nicht mehr erklären lassen, was richtig und was falsch ist. Vielmehr sollte dieser Westen endlich zugeben, dass er sich den Osten unter den Nagel gerissen hatte.

Zur gleichen Zeit erschien das Buch der Historikerin Katja Hoyer, geboren 1985, eine Geschichte der DDR, die vor allem das Alltagsleben erzählen wollte. Das richtige Leben im falschen. Beide Bücher wurden Bestseller. Genau wie meins.

Währenddessen stieg die AfD in bundesweiten Umfragen auf über 20 Prozent und rüttelte damit am bundesdeutschen Selbstverständnis. Im Osten, wo 2024 in Brandenburg, Sachsen und Thüringen neue Landtage gewählt werden, rückte die dort vom Verfassungsschutz als gesichert

oder zumindest in Teilen rechtsextrem eingestufte Partei auf Platz 1 vor. Ein Wahlsieg der AfD schien nun nicht mehr undenkbar. War das noch ein Schneeball?

Ich fuhr kreuz und quer durch die Republik und traf mich mit Menschen, die im Westen versuchten zu begreifen, was da passierte. Denen plötzlich bewusst wurde, dass sie sich in den letzten Jahrzehnten vielleicht tatsächlich zu wenig für den Osten interessiert haben. Als ginge es sie nichts an. Ganz so, als hätten Wahlen im Osten keine Auswirkungen auf ihr eigenes Leben. Als wäre das ein anderes Land.

Der erste Schreck kam mit den Landtagswahlen im Herbst 2023. Auch in Bayern und Hessen erreichte die AfD zweistellige Ergebnisse. Die Normalisierung von rechtspopulistischen Positionen in den parlamentarischen Betrieben des Bundes und der Länder in den letzten Jahren hatte Folgen.

Aber in Ostdeutschland waren diese Folgen gravierender. Mit Robert Sesselmann war bereits im Juni 2023 ein AfD-Politiker in Thüringen zum ersten Mal Landrat geworden. Einige Monate später würde Sesselmanns Landesvorsitzender Björn Höcke mehrfach von Gerichten wegen der Verwendung einer verbotenen SA-Losung verurteilt werden. Das Grollen der Lawine war kaum noch zu überhören.



Foto: Annette Hausschild

Anne Rabe,
geb. 1986 in Wismar, ist Schriftstellerin. Ihr Roman „Die Möglichkeit von Glück“ war auf der Shortlist für den Deutschen Buchpreis 2023. Darüber hinaus veröffentlicht sie regelmäßig Essays (u. a. für „Die Zeit“, „Süddeutsche Zeitung“, „taz“).

Im Osten hingegen traf ich häufig auf Menschen, für die dieses Grollen längst zum Alltag gehörte. Großartige, mutige Menschen, die oft seit Jahrzehnten gegen das ankämpfen, worüber lange lieber geschwiegen wurde – die immer breiter werdende Akzeptanz des Rechtsextremismus im ländlichen Raum. Vierzig Prozent der Stimmen im Ort für die AfD? Das haben Gemeinden in Sachsen und auch Brandenburg schon 2019 erlebt. Und das bedeutet etwas in ihrem Alltag, selbst wenn im Landtag noch eine Koalition ohne sie gebildet werden konnte. Während die Debatten im Feuilleton und Politikteil noch darum kreisten, ob der rechte Osten ein Klischee sei, während Politiker*innen daran erinnerten, dass eine Mehrheit ja immer noch anders wählen würde, währenddessen merkten diese Menschen, dass der Kampf für Demokratie und Freiheit zunehmend zur Gefahr für ihre physische und psychische Gesundheit wurde.

Was mir Hoffnung machte? Es gab diese Menschen. Diese Menschen, die sich trotz der Gefahr offen und laut bekannten. Eine queere Szene, die begann, auch in kleinen Orten mit Christopher Street Days für eine offene und tolerante Gesellschaft einzustehen. Lehrer*innen die das Schweigen über Rechtsextremismus in ihrer Schülerschaft brachen.

Und hätte ich diesen Text zu Beginn des Jahres geschrieben, dann hätte ich vielleicht mit dieser Hoffnung geendet. Denn nachdem Correctiv in Recherchen aufgedeckt hatte, dass es unter rechtsextremen Vordenkern bereits geheime Pläne zur Ausweisung von Millionen von Menschen aus Deutschland aufgrund ihrer Herkunft oder ihrer politischen Einstellung gab, gingen plötzlich im ganzen Land Hunderttausende auf die Straße. Im Osten und im Westen. In Hamburg und in Bautzen. Der AfD-Bundestagsabgeordnete René Springer twitterte daraufhin: „Das ist kein Geheimplan. Das ist ein Versprechen.“

Wo steht der Osten 2024? Wo steht das Land 2024? Darauf hätte ich geantwortet, dieses Land steht auf, und mit dieser breiten Mobilisierung können wir es schaffen, auch eine Lawine aufzuhalten.

Aber ich schreibe diesen Text nicht im Februar. Ich schreibe ihn nach einer niederschmetternden Europawahl. Ich schreibe ihn nach einem Wahlkampf voller tätlicher Übergriffe auf Ehrenamtliche und Kandidat*innen. Nachdem rechts-extreme Jugendliche Matthias Ecke das Jochbein gebrochen haben, als er Plakate aufhängte. Verfolgt man ihre Spur in den sozialen Medien, erkennt man, dass es längst schon wieder Neonazizellen in ganz Deutschland gibt, die an die Kameradschaften der 90er-Jahre erinnern.

Ich schreibe nach einer Kommunalwahl, nach der in immer mehr Gemeinden im Osten die AfD die stärkste Fraktion stellt. Einer Kommunalwahl, in der auch die Reichsbürgerpartei „Freie Sachsen“ zahlreiche Mandate erringen konnte. Ich schreibe, nachdem ein Video von feiernden Rich Kids auf Sylt die Runde machte, die ohne jede Hemmung „Deutschland den Deutschen, Ausländer raus“ zu poppigen Beats sangen.

Und ich schreibe, nachdem mit dem Bündnis Sahara Wagenknecht eine neue populistische Kraft bei der Europawahl aus dem Stand zweistellige Ergebnisse einfahren konnte. In Umfragen zu den Landtagswahlen erreichen AfD und BSW zusammen eine Zustimmung von 40 bis 50 Prozent.

Hören wir das Grollen der Lawine noch? Oder ist es schon zum Hintergrundrauschen geworden, das wir gelernt haben zu ignorieren?

Ich schreibe den Text in der Ahnung, dass dieses Land im Herbst ein anderes sein wird.

Ich habe Angst um meine Freunde in Sachsen. Um all diejenigen, die für einen anderen Osten

kämpfen. Ich habe Angst um alle, die für Rechts-extreme nicht dazugehören. Um migrantisch gelesene Menschen, um Lesben, um Schwule, Transpersonen und andere Queers. Ich habe Angst um Menschen mit Behinderung und auch um obdachlose Menschen. Ich habe Angst um die, die noch laut sind, und Angst um die, die sich nur noch zu schweigen trauen. Ich habe Angst um Frauen und Kinder, die in einer patriarchal und autoritär geprägten Welt noch häufiger Opfer von Gewalt werden.

Wir wissen das. Wir haben das alles schon erlebt. Dem Erfolg bei den Wahlen folgt das Selbstbewusstsein auf der Straße, in Vereinen und auch in öffentlichen Institutionen.

Doch nicht nur der Osten könnte im Herbst ein anderes Land sein. Glaubt denn ernsthaft jemand, dass es die CDU im Westen nicht zerreißen wird, wenn sie nur noch die Wahl zwischen einer Koalition mit der AfD und dem BSW hat? Dass die Grundfesten dieser Republik nicht erschüttert würden?

Zu Beginn meiner Lesereise habe ich viel über die Chancen der Aufarbeitung gesprochen. Ich habe dafür plädiert, dass wir miteinander reden müssen, uns unsere Geschichten erzählen. Dass wir in die Archive gehen und die Mythen, mit denen wir aufgewachsen sind, infrage stellen. Wir müssen begreifen, wo wir herkommen, um zu verstehen, wer wir sind, und zu bestimmen, wer wir sein wollen.

Zu Anfang meiner Lesereise ging es darum, das Schweigen zu durchbrechen. Das war nicht immer einfach, aber fast immer ist es gelungen. Es war bereichernd und befreiend. Oft wurden viel mehr Gemeinsamkeiten zwischen ost- und westdeutschen Biografien sichtbar.

Jetzt aber geht es viel häufiger um die Angst vor dem, was kommen könnte. Viele Menschen fragen mich nach Anfeindungen, die ich erlebe. Sie

machen sich Sorgen, denn sie erleben selbst, dass die Angriffe auch auf sie häufiger und oft auch brutaler werden. Manchmal ist es leichter, sich Sorgen um andere zu machen.

Dabei wird deutlich, dass die 90er-Jahre nicht zurück sind. Der Osten der Gegenwart ist ein ganz anderes Land. Er ist keine Landschaft des Niedergangs, keine Gesellschaft der Abgehängten. Wer heute zwischen Ostsee und Erzgebirge aufwächst, braucht keine Angst davor zu haben, vielleicht keine Lehrstelle zu bekommen und von der Schule direkt in die Arbeitslosigkeit zu wechseln. Im Gegenteil. Gerade der Osten könnte von der Transformation zur klimagerechten Wirtschaft profitieren.

Die Gewalt auf den Straßen, die Gewalt gegen das System, die Ablehnung der bundesrepublikanischen Demokratie sind keine Reaktionen auf eine Welt ohne Zukunft.

Sie sind eine Verweigerung und eine bewusste Entscheidung. Immer mehr Menschen wollen wirklich, dass wir ein anderes Land werden. Das lässt sich nicht mit Geld und Wohlstand verändern. Das fordert eine gesellschaftliche Auseinandersetzung, die sich der Tatsache bewusst ist, dass es sich hier nicht um zwei Lager handelt, die miteinander einen Kompromiss finden müssen.

Nein, der Rechtsextremismus ist kein harmloser Schneeball mehr. Er bedroht das Fortbestehen unserer freien Gesellschaft.

Wir müssen jeden Tag etwas dagegen tun.

Sprache, meine mobile Heimat

von *Balbina Jagielska*

Die deutsch-deutsche Debatte um Identität ist längst nicht mehr nur deutsch. Unser Deutschland ist auch Heimat von Menschen geworden, die aus anderen Ländern zugezogen sind. Besonders die Verbindungen zu Mitteleuropa sind eng, nicht erst seit der EU-Osterweiterung vor 20 Jahren. Welche Perspektive kann sich daraus auf Heimat ergeben?

Im Duden steht:
Heimat, die

Bedeutungen (2)

- Land, Landesteil oder Ort, in dem man [geboren und] aufgewachsen ist oder sich durch ständigen Aufenthalt zu Hause fühlt (oft als gefühlsbetonter Ausdruck enger Verbundenheit gegenüber einer bestimmten Gegend)
- Ursprungs-, Herkunftsland eines Tiers, einer Pflanze, eines Erzeugnisses, einer Technik o. ä.

Fragt man mich im Alltag nach meiner geographischen Heimat, entgegne ich meist: „Berlin!“ Ich wurde 1983 in Warschau geboren und bin mit zweieinhalb Jahren in die Bundesrepublik übersiedelt. Meine Muttersprache ist Polnisch, meine Denksprache Deutsch. Die Wende habe ich als kleines Mädchen bewusst miterlebt, denn ich habe

frühe, intensive Erinnerungen an anstrengende Transits von West nach Ost und andersrum. Unsere Polenreisen waren damals geprägt von Grenz-Angst: der Beklemmung, wenn Zollbeamte Identität abfragten und Taschen durchsuchten, um etwas zu finden, das negative Konsequenzen auslöst. Schmuggelware, fehlende Ausweisdokumente oder Ähnliches. Raus oder rein - jeder Transit war verbunden mit Besorgnis, ich lernte früh, dass Identität auch fremde Interpretation war und nicht nur individuelle Verortung.

Ich wuchs in Gropiusstadt auf, West-Berlin, im sozialen Brennpunkt. Plattenbau, Arbeiterklasse, Migrationsfamilien. Viele Sprachen, Religionen, wenig Ressourcen. Die ersten Worte Deutsch lernte ich zeitgleich mit den ersten Worten in Türkisch, weil mein Kindergarten in Moabit zweisprachig war. Den Eltern meiner ersten Kindergarten-Freundin Manolya gehörte der gleichnamige Elektro Einzelhandel, sie schenkten uns

Kindern pastellgelbe Jogginganzüge mit ihrer Firmenaufschrift. Solch einen Jogginganzug besaß keine meiner Freundinnen in Polen, sie beneideten mich um dieses Statussymbol mit den Buchstaben des Werbelogos. Wenn ich in Polen war, brachte ich Snickers, Panini-Sticker und meine Barbies mit. Insbesondere aber: die neue Sprache. „Wie sagt man ‚Ich heiße Weronika‘ auf Deutsch?“, fragte mich meine kleine Freundin auf Polnisch. Ich übersetzte am laufenden Band: Spielzeugnamen, Fragen, Lieblingsfarben, Hobbys und Fahrzeuge. Verbotene Schimpfwörter auch manchmal. Denn ich lernte gerade spielend zwei Sprachen, die mir Zugang zu völlig verschiedenen Realitäten gaben. Heutzutage empfinde ich dieses kindliche Interesse am fremden Wort als starken Wunsch, unbekannte Welten zu erkunden. Durch sprachliche Kommunikation das Tor zu einer anderen Gemeinschaft zu öffnen, um zu sehen, wie deren Wirklichkeit sich darstellt. Wie eine virtuelle Reise an einen Ort, den man analog nicht erreichen kann.

In Berlin lebend, war ich selbst die Fragende und Lernende. Mit sechs Jahren schulte man mich ein, merkte aber schnell, dass meine Deutschkenntnisse im Kontrast zu den deutschen Mitschülern ausbildungsbedürftiger waren. So wurde der Förderunterricht neben der Grundschule zur Pflicht. Ich erinnere mich bruchstückchenweise, wie bestimmte neue Wörter mich nach-

haltig beeindruckten. Das Wort „rennen“ zum Beispiel. Meine Freundin Meike erklärte mir damals mit Handbewegungen, dass „rennen“ was völlig anderes ist als „gehen“ oder „laufen“. Rennen involvierte viel höheres Tempo und diese Auf- und Ab-Bewegungen mit den Armen, es sah anstrengend aus, und man schwitzte. Rennen war das, was wir taten, wenn wir uns auf dem Spielplatz jagten. Rennen war auch das, was ich später einmal tat, als mir Jugendliche am Sandkasten drohten, mein Gesicht mit Glasscherben zu verletzen. Und ich um mein Leben nach Hause rannte. Damals, als die Tür hinter mir zufiel und Mutter mich in die Arme nahm, war ich in Sicherheit. Sie beruhigte mich auf Polnisch.

In den ersten Klassen merkte ich, dass man besser vorwärtskam, wenn man sich gut zu artikulieren wusste.

Überzeugungskraft durch die Macht der Worte. Argumentationen, die Vorteile schufen. Geschichten, die Eindruck machten und Vorurteile bewältigten. Genaue Beobachtungen und deren treffende Beschreibung brachten bessere Noten als Lernen durch Reproduktion. Unzulänglichkeiten wurden eloquent vertuscht, Notlügen hatten keine kurzen Beine, sondern schufen



Foto: Jan Rasmus Voss

Balbina Jagielska,

1983 in Warschau geboren, lebt in Berlin. Sie erhielt als Liedermacherin den Deutschen Musikautorenpreis 2018. Als Songtexterin schreibt sie u. a. für Herbert Grönemeyer. Bisher hat sie vier Alben und zwei EPs veröffentlicht. Ihre Konzerte spielt sie meist mit dem Deutschen Filmorchester Babelsberg.

Chancengleichheit. Ein gefälliger Wortschatz zu einem Thema machte Eindruck beim Lehrer. Ich bildete mich aus in Richtung Sprache, nicht im akademischen Sinne, sondern im pragmatischen. Bestimmte Sätze fielen immer in ähnlichen Zusammenhängen. Deren Aussprache schien der Beweis ihrer Wahrhaftigkeit. Traf ich auf Deutschpolen der älteren Generation, mischte ich bilinguale Sätze mit slawischen Akzenten. Drückte ich die Schulbank, war der Konjunktiv – ein Fremdwort hier und da – eine Chiffre dafür, dass ich eine von denen bin, die es vielleicht besser wissen. Mit Eltern von Freunden aus der Arbeiterklasse berlinerte ich mit Vorliebe. Lauter Vorteile durch den Einsatz passender Kommunikation, die Augenhöhe verschafft. Überall dort, wo ich mich fremd fühlte, suchte ich nach Zugängen zur Sprachart der Gruppe.

***Fand ich den Zugang
durch Worte, fühlte ich mich
an neuen Orten heimisch.***

In Warnemünde zum Beispiel lernte ich meine Freundin Simone kennen, wir unterhielten uns gerne und viel. Wir hatten einen sprachlichen Draht zueinander. Nach Galerien, Theatern und Kino wurde aus stundenlangen Diskursen eine Freundschaft. Ihre Art, die Welt zu umschreiben, schien mir vertraut. Ein Wort stieß beim Gegenüber das nächste an, Geschichten am Fließband. Ihr Zuhause wurde zur Heimat, in welcher viele meiner Musikwerke entstanden. Am abgelegenen Hundestrand schrieb ich viele vertrauliche Lieder mit einer Leichtigkeit, die sich nur einstellt, wenn man daheim ist. Weil man die richtigen Worte besser findet, wenn man das Gefühl hat, dass die eigenen Worte im Umfeld auf Verständnis treffen.

Eine funktionierende Kommunikation als Werkzeug für gemeinsam erlebte Realität schafft Räume, die ortsunabhängig sind. Der dadurch mögliche Austausch von Perspektiven baut durch Empathie einen gemeinsamen Grund, auf welchem man wohnen kann. Sprache ist eine Art mobile Heimat, die ich bei mir trage. Wohin ich auch weiterreise, tue ich dies in der Hoffnung auf Begegnungen, die Verbindung schaffen. Für mich ist Heimat der Ort, an dem ich verstehe, was jemand mir mitteilen möchte, und ich das Gefühl habe, auch ich werde verstanden. Pässe ermöglichen den Transit, ankommen kann man jedoch nur, wenn man Kontakt zum Umfeld schafft.



Malochende Aliens aus dem Grenzgebiet zu Polen

von Frank Willmann

Als der FC Energie Cottbus am 19. Mai 2024 gegen 15 Uhr den Aufstieg in die 3. Bundesliga geschafft hatte, lagen sich Spieler und Fans im Berliner Jahnsporthaus beseelt in den Armen. 9.000 Menschen waren Energie in die Hauptstadt gefolgt, um im Prenzlauer Berg die letzte Etappe auf dem Weg ins Glück zu bewältigen. Für die Menschen aus der Lausitz ist der Cottbusser Wiederaufstieg eine große Sache. Sie sind Stehaufmännchen und Stehaufweibchen von beeindruckender Resilienz. Energie ist ein Aushängeschild in der Region, die nicht unbedingt für schöner wohnen, Marke Bullerbü, steht.

Nicht erst seit der Stilllegung des Braunkohletagebau Cottbus-Nord haben die Menschen der Niederlausitz zu kämpfen. Die Wende brachte, wie überall in Ostdeutschland, neben der Freiheit vielen den Verlust des Arbeitsplatzes und forderte zu einer beruflichen Neuorientierung heraus. Alles, was im Sommer 1989 gesellschaftlich, beruflich und privat als richtig galt, musste blitzartig neu bewertet werden. In der Lausitz zu leben, bedeutet nicht nur, geografisch am Rand Deutschlands verortet zu sein. Hier weht der Wind ein wenig rauer als in München. Hier schmeckt der Caffé Latte nach Milchkaffee.

Wenn der Wind günstig steht und die Lutken (in der Erde wohnende Zwerge aus der Lausitzer Sagenwelt) es gut mit uns meinen, spürt man sogar ein leichtes Braunkohlearoma im Milchkaffee.

In Cottbus steht nicht die Kunst des schönen Spiels im Vordergrund. In Cottbus heißt es gegenhalten, standhaft bleiben, auf die eigene Kraft vertrauen, dem besser aufgestellten Gegner mit List begegnen, immer alles geben und noch viel mehr.

Gerade deshalb sind populäre Fußballvereine wie der FC Energie Cottbus wichtig, weil sie Identität stiften und ein Zuhause bieten. Lausitzerinnen und Lausitzer strömen in Scharen zu den Spielen. In der Regionalliga Nordost zog Cottbus die meisten Zuschauer an. Der Verein steht auch im Bundesdurchschnitt auf Platz zwei aller Regionalligisten. Leben heißt kämpfen, dieser Spruch trifft auf Region wie Fußballverein gleichermaßen zu.

Namen und Charakter des Clubs passen zusammen. Kein Wunder, Energie bekam bei einem Leserwettbewerb der „Lausitzer Rundschau“ 1966 diesen Namen verpasst. Die damalige DDR-Berzirkshauptstadt galt mit mehreren Kraftwerken und Braunkohletagebauen als Energieproduzent.

Frank Willmann,

geboren am 20.09.1963 in Weimar, reiste am 15.02.1984 aus der DDR nach West-Berlin aus. Er lebt als freier Schriftsteller in Berlin, zuletzt erschienen 2023 „Der Pate von Neuruppin“ (Tropen/Klett-Cotta) und 2024 „Streifzüge durch den wilden Ostfußball“ (Ventil). Er veröffentlicht in diversen Zeitschriften und Zeitungen Texte zum Fußball und zur Literatur.

450 Leserinnen und Leser stimmten für den Namen Energie, ein erstaunlich demokratischer Prozess.

Um ganz nach oben zu gelangen, brauchte der FC Energie Cottbus den richtigen Trainer, der die nötigen 11 Prozent über dem Durchschnitt aus den Spielern holte. Claus-Dieter Wollitz, genannt Pele, ein aus Brakel, Ostwestfalen, gebürtiger ehemaliger Fußballer, ist u. a. laut, fordernd, polterig, herausfordernd, ein für seine Herde positiv besetzter Prolet, etwa wie der junge Manfred Krug in „Spur der Steine“, ein Erlöser, ein unkaputtbarer Optimist. Er versteht es, an den unsichtbaren Schraubchen zu drehen, hier ein wenig Öl ins Feuer, dort das Zuckerbrot geteilt. In seinem Wesen erinnert der borstige Ostwestfale so gar nicht an den legendären brasilianischen Fußballer Pelé, dessen Spitznamen er trägt und den als Spieler eine gewisse Eleganz ausgezeichnet haben soll. Als Kicker mittelmäßig begabt, zog es Pele Wollitz im Westen Deutschlands von Verein zu Verein. Seine frühen Trainerstationen waren Krefeld und Osnabrück, erst 2009 landete er im tiefen Osten, in Cottbus, als Energies Gastspiele in der Ersten Bundesliga bereits Vergangenheit waren. Es wuchs zusammen, was zusammenpasste. Neue Energie entstand.

Die Energie-Fußballer aus der strukturschwachen Lausitz spielten tatsächlich von 2000 bis 2003 und von 2006 bis 2009 in der Ersten Bundesliga. Ein starkes Stück Fußball, das seinerzeit nicht in allen Leitmedien der BRD positiv wahrgenommen wurde. Energie Cottbus hatte mit Vorurteilen zu kämpfen, einige Punkte wurden zu Recht erwähnt (rechte und gewaltaffine Klientel im Publikum, DDR-Fahnen im Block, Stasi-Verwicklungen des Trainers Ede Geyer, sture Gurkenbauernwagnburgmentalität). Cottbus erfuhr wenig Zuspruch außerhalb von Brandenburg. Daraus zog der Verein lange Kraft, frei nach dem Motto: „Wenn du meinst, wir sind Aliens aus dem Grenzgebiet zu Polen, dann sind wir das jetzt!“, bis er 2014 aus der Zweiten Bundesliga verschwand.

Beim Trainer Wollitz ahnt man: Er braucht den Humus der Lausitz, wo er jeden Regenwurm auf allen Misthaufen kannte und trittfest mit einem Tuch vor den Augen die ewigen Gurkenfelder und Sumpfwiesen des Spreewalds durchmaß. Wollitz wurde ein Gefühlslausitzer, der sich mit seinen feinen Antennen einen Weg in die misstrauischen Herzen der Menschen baute.

Im Mai 2021 trat Wollitz zum dritten Mal das Cottbusser Traineramt an. Sofort danach schaltete er in den Kampfmodus. Schlieft er nachts nur mit Maulkorb, um keine Anwesenden im Schlaf zu verletzen? Es hatte den Anschein, als betrachtete er das Gebiet außerhalb der Stadtgrenzen von Cottbus als Feindesland, dem es wehrhaft zu begegnen galt. Wollitz brauchte, wie seine Mannschaft und ihre Fans, direkte Kontrahenten, an denen er sich abreagieren konnte. Der SV Babelsberg durfte lange die Position des lokalen Konkurrenten übernehmen. In den letzten Jahren wuchs der BFC Dynamo in diese Rolle. Wollitz zog Kraft aus der Konfrontation mit gegnerischen Mannschaften, Fans und geografischen Gegebenheiten. Seine Fans erkannten im leidenschaftlichen Diskurs ihres Trainers mit mutmaßlichen und wirklichen Ungerechtigkeiten dessen wahre Leidenschaft und schmiedeten ein noch engeres Band. Die Lausitzer lieben ihren Pele, weil sie wissen, in seinen Adern fließen Fußbälle, und sein Herz hat längst die Form des Clubblems angenommen. Er entwickelte sich zum lokalen Markenzeichen, dem vielleicht in späteren Jahren ein Denkmal errichtet werden muss. Und nicht mal besonders böse Zungen würden behaupten, dass hier mal wieder ein Westdeutscher eine Führungsposition im Osten usurpierte.

Dabei sah es zum Ende der Halbserie noch zapenduster für Cottbus aus. Fiese zwölf Punkte trennten sie vom damaligen Tabellenführer. Wollitz mobilisierte die Sparstrümpfe der alten Cottbusser Mütterchen und stellte mit seinem Präsidenten alles auf den Kopf. Und die Euros flossen ihm zu, und er erstand nebst den Galoschen des Glücks ein knappes Dutzend spielstarker Recken, die Energie letztlich aus der Hölle Vierte Liga in die Vorhölle des Profi-Fußballs, die Dritte Liga, chippte.

Was für ein wundervolles Bild! Alle Sagenestalten der Lausitz sind ihm hold, und auch die zweite Mannschaft von Hertha BSC erwies sich als perfekter Gastgeber. Nach dem Sieg gab es kein Halten mehr, und der Champagner floss verdienstermaßen in die Wollitzkehle. In einem ostdeutschen Fußballmärchen wirken ganz besondere Mächte.

Stark genug gegen eingefahrene Strukturen sind sie jedoch nicht. Schon längst spendet im Osten der deutschen Fußballwelt der Satz, dass Geld keine Tore schießt, keinen Trost mehr. Tut es doch! Auf die Dauer hilft selbst das Zusammenwirken von fußballerischen Malochern aus einer siechen Braunkohleegend am Rande Polens und dem östlichen Westfalen nicht gegen materielle Schwäche. Im nächsten Jahr hat Ostdeutschland keinen Direktaufstiegsplatz in die Dritte Liga. Fans in ganz Deutschland fordern: Meister müssen aufsteigen. Wenn es zu Abstimmungen im DFB kommt, gerät der zahnlose NOFV (Nordostdeutsche Fußballverband) regelmäßig auf die Verliererstraße. Vielleicht wäre die Einführung einer Vierte Liga mit vier Direktaufsteigern die Lösung? In England ist das seit Jahrzehnten ein erfolgreiches Rezept, um abgehängten Traditionsvereinen eine Chance zur Rückkehr in den Profi-Fußball zu bieten. Um eine Idee durchzusetzen, bedarf es solidarischen Vorgehens aller Fußballclubs.

35 Jahre nach der politischen Wende gibt der ostdeutsche Fußball kein strahlendes Bild ab. Der heutige Fußballosten knüpft längst nicht mehr an die Vergangenheit der verflossenen DDR-Oberliga an. Daran erinnern sich nur noch wenige Fußballfans wehmütig. Heute, im Zeitalter des Systemfußballs mit Gegenpressing und Fußballakademien, leiden sie am Mangel. Die

Zuschauerzahlen einiger Traditionsclubs zeigen aber deutlich, wie sehr sich die Menschen im Osten Fußball-Deutschlands nach Bundesliga-Fußball sehnen.

Zurück in die Lausitz. Neuling Energie Cottbus wird es in der Dritten Bundesliga schwer haben trotz der vereinten Willensleistung der Fußballmalocher aus dem tiefen Osten. Trotzdem: Auch wenn der Glaube im Fußball keine Geldberge versetzt, gelingt ihnen vielleicht ein ähnliches Husarenstück wie Preußen Münster und dem SSV Ulm, die als Aufsteiger in dieser Drittliga-Saison den direkten Durchmarsch in die Zweite Liga hinlegten. Wer weiß?

Mitte und Rand – Eine ethnografische Erkundung entlang der ehemaligen innerdeutschen Grenze

von Dr. Juliane Stückrad

Der folgende Text entstand auf der Grundlage einer fotografisch-ethnografischen Dokumentation des Grenzlands zwischen Thüringen, Niedersachsen, Hessen und Bayern. Sie begann nach der Corona-Pandemie und endete im Herbst 2023. Der Fotograf Ulrich Kneise schuf Bildreportagen, die von meinen ethnografischen Daten und ethnologischen Überlegungen begleitet wurden. Die Ergebnisse präsentierten wir von Dezember 2023 bis April 2024 in der Fotoausstellung „Randgebiete – Geschichten von drüben“ in der Erfurter Gedenkstätte Andreasstraße. Dazu erschien ein umfassender Begleitband.¹

Es gibt bereits zahlreiche Reisebeschreibungen, die von Begegnungen entlang des Grünen Bandes berichten. Wir entschieden uns daher, vom Verlauf des damaligen Grenzsauns abzuweichen und Orte aufzusuchen, die außerhalb des früheren Sperrgebiets liegen und dennoch als grenznah wahrgenommen werden. Die Ausdehnung des Randgebiets ist nicht eindeutig zu bestimmen.

„Grenzen markieren die Linie, den Punkt, die Stelle, wo eines aufhört und ein anderes beginnt. Insofern bilden sie einen Rand, eine Schnittstelle oder einen Übergang, einen Anschluss, eine Umgrenzung, einen Abschluss oder eine Öffnung. Das Weichbild der Grenze scheint weit.“² Um uns in der Weite dieses Feldes nicht zu verlieren, strukturierten wir es thematisch in die lebensweltlichen Bereiche Arbeit, Festkultur, Vereine, Kulturlandschaften, Politik, öffentliche Grenzgänge und Kunst. Wir fragten nach dem heutigen Umgang mit Erfahrungen der Teilung Deutschlands.

Darüber hinausgehend geben die ethnografischen Daten Einblicke in Prozesse der Selbstverortungen und Identitätsfindung. Der langen Geschichte von Ein-, Ab- und Ausgrenzungen fügte das SED-Regime mit der Abriegelung der innerdeutschen Grenze ein besonders dramatisches Kapitel hinzu. Die Sperranlagen sollten „Alltagskontakte unterbinden, die gegnerische Ideologie abwehren, Mobilität regulieren und schließlich

¹ Kneise, U./ Stückrad, J.: Randgebiete. Geschichten von drüben – erzählt entlang der thüringischen Grenze zu Niedersachsen, Hessen und Bayern. Hrsg von: Stiftung Ettersberg. Weimar, Halle/Saale 2024.

² Kurbacher, F. A.: Die Grenze der Grenze, in: Kleinschmidt, C. / Hewel, C. (Hg.): Topographien der Grenze. Verortungen einer kulturellen, politischen und ästhetischen Kategorie. Würzburg 2011, S. 25–37, hier S. 26.



Foto: Susanne Schleyer

Juliane Stückrad

wurde 1975 in Eisenach geboren, wo sie mit Familie lebt. Sie studierte Ethnologie in Leipzig, wurde in Volkskunde/Empirische Kulturwissenschaft an der Friedrich-Schiller-Universität Jena promoviert und arbeitet bei der Volkskundlichen Beratungs- und Dokumentationsstelle für Thüringen.

die Abwanderung vollständig verhindern“.³ Dennoch hatten sich die DDR-Machthaber mit der grundlegenden Widersprüchlichkeit von Grenzen, die gleichermaßen trennen und verbinden, auseinanderzusetzen. „Grenzregionen haben prinzipiell diese Ambivalenz: wie die Funktion des Riegels, so die der Pforte, wie die des Gegeninanders, so die des Mit- und Füreinander.“⁴ Das Randgebiet blieb trotz hochgerüsteter Mauern und Zäune ein Übergangsraum voller Botschaften, die von beiden Seiten ausgingen. Blicke, Rufe, Gerüche und Lichtsignale trugen dazu bei, dass das Grenzgebiet nicht nur ein Raum der strikten Trennung war, sondern auch der Grenzüberwindung und der gesteigerten Aufmerksamkeit füreinander.

Der Soziologe Georg Simmel beschreibt Grenzen als Resultat menschlichen Sozialverhaltens: „Die Grenze ist nicht eine räumliche Tatsache mit soziologischen Wirkungen, sondern eine soziologische Tatsache, die sich räumlich formt.“⁵ Die innerdeutsche Grenze wirkt als Erfahrungshorizont nach. Wir lernten Menschen kennen, die sich noch immer als Bewohner eines Randgebiets wahrnehmen, auch wenn sie sich geografisch in der Mitte verorten. Carl-August Heinz,

Unternehmer aus Kleintettau, stellte fest: „Allerdings haben wir uns mehr erhofft, weil, wir waren ja wieder Mitte Deutschlands ... aber da sind wir doch in gewisser Weise enttäuscht worden ... Bei uns ist dann die Grenzlandförderung weggefallen, wir sind dann sogar auf bayerischer Seite ein Stück zurückgefallen.“⁶ Den Mangel an Eigenständigkeit im Randgebiet kritisierte Karl Graf von Stauffenberg, der im bayerischen Grabfeld lebt, wenn er bemerkte: „Wir gefallen uns gegenseitig in der Opferrolle.“⁷ Aussagen wie diese verdeutlichen, dass es an der Zeit ist, die Folgen der Wiedervereinigung auch für die westliche Bundesrepublik intensiver zu betrachten. Von den Randgebieten gehen dafür wesentliche Impulse aus, weil sich hier die „Ko-Transformation“ von Ost- und Westdeutschland“ und „die Rückwirkung der Transformationsprozesse in den neuen Bundesländern auf die alten“⁸ verstärkt zeigen.

Andere Gesprächspartner nahmen die Verortung am Rand nicht widerspruchslos hin. „Wir sind hier doch nicht am Rand!“, erklärte empört ein Mitglied der Hirschberger Schalmeienkapelle, als ich ihm unser Forschungsanliegen beschrieb. Er erläuterte, wie schnell man in Berlin, München und Frankfurt ist: „Ich sage immer, besser

³ Eckert, A. M.: Zonenrand. Westdeutschland und der Eiserner Vorhang, Berlin 2022, S. 14.

⁴ Faber, R.: Grenzen(losigkeit) gestern und heute, in: Faber, R. / Naumann, B. (Hg.): Literatur der Grenze. Theorie der Grenze. Würzburg 1995, S. 9–20, hier S. 12.

⁵ Simmel, G.: Der Raum und die räumliche Ordnung der Gesellschaft, in: Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung. Band 2, hrsg. von Rammstedt, Otthein; Frankfurt/M. 1992, S. 687–790, hier S. 697.

⁶ Telefoninterview mit Heinz, C.-A. 10.8.2023.

⁷ Gespräch mit Graf von Stauffenberg, K. 16.6.2023.

⁸ Eckert: Zonenrand 2022, S. 345.

kann man kaum gelegen sein.“⁹ Als Randgebietsbewohner wahrgenommen zu werden, scheint wenig reizvoll, weil damit oft Randständigkeit assoziiert wird. Während die Mitte für Sicherheit, Ordnung und einen soliden sozialen Status steht, treibt die Bewohner des Randes die Angst um, abzustürzen, abgewertet und in ihrem Elend übersehen zu werden. Hier offenbart sich eine weitere Erfahrung mit Grenzen, sie „beschränken und schützen nicht nur, sondern machen auch Unterschiede sichtbar; schließlich dienen sie als Ort der Vermittlung wie der Zerstörung“.¹⁰ Es sind die unterschiedlichen Lebenswelterfahrungen, die bereits mit der Ziehung der Demarkationslinie 1945 entstanden waren, an der Grenze besonders erlebbar wurden und bis heute das Miteinander beeinflussen. Der Eisernen Vorhang folgte dabei älteren Grenzziehungen, überlagerte „historische Wohlstands- und Kulturgrenzen“ und bildete nun eine „Systemgrenze“.¹¹

Unterschiede in den Zugehörigkeitsgefühlen, wie sie durch die Teilungsgeschichte Deutschlands entstanden sind, werden auch noch 35 Jahre nach dem Mauerfall leidenschaftlich diskutiert. In vielen unserer Begegnungen wurde Grenzenlosigkeit zwischen Ost und West als Ziel formuliert, das aber noch nicht vollständig erreicht sei. Selbst jüngere Gesprächspartnerinnen und -partner erklärten uns, was sie als typisch für „den Westen“ und typisch für „den Osten“ erachten. Diese Form der Grenzziehung ist nicht zwingend problematisch, solange sie die Gleichwertigkeit beider Seiten anerkennt, Vielfalt der Erfahrungen schätzt und vor einer

„falschen Einheitlichkeit“ schützen will.¹² Das betonte auch der ehemalige Eichsfelder Landrat Dr. Werner Henning: „Es geht auch gar nicht darum, alle Trennungen zu überwinden. Es sollen auch Unterschiede bleiben, als markante Dinge, die uns doch ausmachen, als Eigenart.“¹³

Die Grenze schuf nicht nur räumliche, sondern auch zeitliche Erfahrungen, denn Raum und Zeit sind soziale, miteinander verknüpfte Kategorien.¹⁴ Das zeigt sich in Formulierungen wie „vor der Wende“ oder „nach der Grenzöffnung“, die vor allem die Zeitwahrnehmung in Ostdeutschland, aber auch vieler Bewohner des einstigen „Zonenrandgebiets“ markieren. Ausgehend von meinen Felddaten, teile ich dieses anhaltende Zwischenstadium des deutschen Vereinigungsprozesses in drei Stufen ein: Die erste Stufe umfasst den Fall des Eisernen Vorhangs bis Ende 1989, gefolgt von der zweiten Stufe bis zur Wiedervereinigung und der dritten – die anschließenden Jahre. Wie lange diese dritte Stufe insgesamt andauert, wird individuell unterschiedlich bewertet. Für einige ist sie längst abgeschlossen, für andere befinden wir uns noch immer darin. Die sogenannte Transformation verlief nicht so simpel, wie es vielleicht erhofft wurde. Die ehemalige DDR legte ihre alte Form nicht einfach ab und nahm die der Bundesrepublik an, denn die Bundesrepublik wandelte sich selbst, und eine klare Zielform konnte es nicht geben. Die dritte Stufe endet vielleicht erst dann, wenn beide historisch verschieden geprägten Teile ihre unfertigen Erscheinungen als Ergebnis der gemeinsamen Transformation anerkennen.

⁹ Begegnung mit Mitgliedern der Schalmeienkapelle in Hirschberg, 10.6.2023.

¹⁰ Anselm, S.: Grenzen trennen, Grenzen verbinden, in: Faber, R. / Naumann, B. (Hg.): Literatur der Grenze. Theorie der Grenze. Würzburg 1995, S. 197–209, hier S. 197.

¹¹ Komlosy, A.: Zwischen Sichtbarkeit und Verschleierung. Politische Grenzen in Europa im historischen Wandel, in: Kleinschmidt, C. / Hewel, C. (Hg.): Topographien der Grenze. Verortungen einer kulturellen, politischen und ästhetischen Kategorie. Würzburg 2011, S. 87–104, hier S. 101.

¹² Guldin, R.: Ineinandergreifende graue Zonen, in: Kleinschmidt, C. / Hewel, C. (Hg.): Topographien der Grenze. Verortungen einer kulturellen, politischen und ästhetischen Kategorie. Würzburg 2011, S. 39–48, hier S. 48.

¹³ Gespräch mit Landrat Dr. Henning, W. 4.11.2022.

¹⁴ Borman, R.: Raum, Zeit, Identität. Sozialtheoretische Verortung kultureller Prozesse. Opladen 2001, S. 165.

Die innerdeutsche Grenze schuf mitten in Deutschland Regionen, die sich bis heute mit den Folgen ihrer einstigen Randlagen auseinandersetzen. Wie bedeutsam das ist, vermitteln zahlreiche Grenzgedenkstätten mit ihren Inszenierungen der Teilungs- und Wiedervereinigungsgeschichte. Auf der „Ostseite“ finden sich vorwiegend die Bauten und Gerätschaften des Grenzterrors, während auf der „Westseite“ mehr oder weniger überzeugende Kunstwerke die Betroffenheit der Orte und Landschaften vor Augen führen sollen. Die Inszenierungen zeugen vom deutsch-deutschen Ringen um Deutungshoheit, wie beispielhaft anhand eines Denkmals für Helmut Kohl in Mödlareuth nachvollzogen werden kann. Es gab Anlass zur Errichtung des „Gedenksteins der Wegbereiter“, der, wie in einem Flyer erklärt wird, „auf privatem Boden“ an die Verdienste „Zehntausende[r] namenlose[r] Helden der Friedlichen Revolution“ erinnert. Neutralere und vorbildlich in die Zukunft weisend ist die Botschaft des Grünen Bandes. Angesichts der globalen Umweltzerstörung bräuchten wir zahllose Grüne Bänder, die Menschen in der gemeinsamen Sorge um die Schöpfung verbinden, anstatt neue Mauern entlang der Wohlstandsgrenzen¹⁵ zu errichten.

Während der Erkundung der Randgebiete trafen wir beeindruckende Menschen, die sich für den Naturschutz und ihre Gemeinschaften engagieren und in der Mitte der Gesellschaft stehen. Sie leben in einem hybriden Raum, der durch die Teilung Deutschlands entstanden ist und trennende wie verbindende Identitätsressourcen bereithält. Diese ermöglichen es, dass je nach Situation

Verschiedenheiten hervorgehoben oder Gemeinsamkeiten beschworen werden können. Häufig wird gefragt, warum die Ost-West-Debatte so langlebig ist. Auf unserer Reise stellten wir aber fest, dass es lohnenswert ist zu fragen, wozu diese Debatte dient und in welchem Kontext auf die Grenzerfahrung als Identitätsressource zurückgegriffen wird.

¹⁵ Mau, Steffen: Sortiermaschinen. Die Neuerfindung der Grenze im 21. Jahrhundert. Bonn 2022, S. 63.



Beobachtungsbunker, Grenzabschnitt Wartha bei Eisenach (TH), 1990

Fotografie- und Reisetagebuch „Randgebiete – Geschichten von drüben“

von Ulrich Kneise

Im Buch- und Ausstellungsprojekt¹ „Randgebiete – Geschichten von drüben“ erkundeten der Fotograf Ulrich Kneise und die Ethnologin Juliane Stückrad Kulturlandschaften und Lebenswelten entlang der Grenze zwischen Thüringen, Bayern, Hessen und Niedersachsen, die einst als deutsch-deutsche Staatengrenze das Land teilte.

Auf ihrer Reise verließen sie mitunter die direkten Grenzräume und fanden Geschichten von Teilung und Verbundenheit auch außerhalb des ehemals abgeschotteten Sperrgebiets, denn die gesicherte Grenze zwischen der Bundesrepublik Deutschland (BRD) und der Deutschen Demokratischen Republik

(DDR) hatte ihren Schatten hüben wie drüben weit auf das Land geworfen.

Um sich in der Weite des „Feldes“ nicht zu verlieren, orientierten sich der Fotograf und die Autorin an Themen aus dem Alltag. Sie begegneten den Menschen auf unterschiedliche Weise – durch gezielte Ansprache, Empfehlungen und mithilfe des Zufalls.

Der nachfolgende Beitrag zeigt einen Auszug der fotografischen Erkundungsreise nebst den Tagebucheinträgen von Ulrich Kneise, die Einblicke in den Stand der deutschen Einheit geben wollen.²



Foto: Ulrich Kneise

Ulrich Kneise

arbeitet seit den 1980er-Jahren als freiberuflicher Fotograf, ab 1990 mit bundesweiten Aufträgen, Projekten und Ausstellungen. Eigene Galerie für internationale Fotografie in Eisenach von 1990 bis 2010. Als Kurator sicherte er fotografische Lebenswerke von Kollegen. 2022 erwarb die Bundesstiftung Aufarbeitung sein Bildarchiv.

¹ Das Projekt wurde durch den Beauftragten der Bundesregierung für Ostdeutschland gefördert und in Erfurt durch die Stiftung Ettersberg ausgestellt.

² Alle Fotografien in diesem Beitrag: © Ulrich Kneise.



Dr. René F. Wilfer im PIKO Flagship Store, Sonneberg (TH), 2023

PIKO Sonneberg: Die Treuhand schätzt den Betrieb als nicht sanierungsfähig ein. Dr. Wilfer sieht das bei aller Vorsicht anders. Am 1. Mai 1992 beginnt er die Produktion mit 80 Mitarbeitern: „Zu dieser Zeit waren die Banken noch investitionsbereit. Ich wollte schon immer einen eigenen Produktionsbetrieb. Mein Mitarbeiterstamm hatte ausgeprägte Werksbindung, eine hervorragende Ausbildung und viel praktische Erfahrung.“ Die Verunsicherung der Anfangsjahre weicht Verbundenheit. In Verwaltung, Management und Konstruktion hat eine neue Generation nachgezogen. Die Branche lebt und erweist sich als stabil. Weniger optimistisch sind die Prognosen Dr. Wilfers zum Standort Deutschland. Dem Arbeitskräftemangel setzt er intensive Lehrausbildung entgegen, zurzeit hat man zwölf Lehrlinge. Ein größeres Problem sieht er in überbordender Bürokratie. Ich fotografiere ihn im neuen PIKO Flagship Store. Dr. Wilfers hemdsärmeliger Auftritt sagt viel über seinen Führungsstil: Die Wege zum Chef bei PIKO sind kurz.



Carl-August Heinz, Unternehmer im Unruhestand, Kleintettau (BY), 2023

Von Kleintettau (BY) in die Welt! Die Heinz-Glas GmbH & Co. KGaA produziert heute weltweit mit 4.000 Mitarbeitern 800 Millionen Flakons im Jahr. „Wir machen alles aus Glas, was nicht möglich ist!“ Die Zukunft des Standorts Deutschland betrachtet Carl-August Heinz nüchtern. Gefahr sieht er in einer unüberlegten Akademisierung. Deutschland war einmal führend in der dualen Berufsausbildung, und alle angelsächsischen Länder hätten uns darum beneidet. Die Erwartungshaltung der Gesellschaft gegenüber sei groß, vielleicht käme es doch auch auf einen selber an: „In meiner Volksschulzeit lernten drei Klassen in einem Raum. Von den neun Jungs in meiner Klasse haben alle eine Lehre abgeschlossen. Drei wurden Meister in ihrem Beruf, einer davon später Ingenieur, zwei gründeten Unternehmen, und nur zwei studierten. Alle haben heute 50 Erwerbsjahre in ihrer Biografie. Bleibt die Frage, was in Zukunft unsere Gesellschaft tragen wird.“



Sina Martin, Unternehmerin, Sonneberg (TH), 2023

Wer die Kollektion der Martin Bären GmbH in Sonneberg (TH) betrachtet, ist versucht, in jedem plüschigen Geschöpf etwas von Chefin Sina Martin (geb. 1989) wiedererkennen zu wollen. Sie führt seit 2013 in fünfter Generation das 1924 von Spielzeug-Martin gegründete Unternehmen. Ich fotografiere die Chefin vor dem größten Teddybären

der Welt. So jedenfalls weiß es das Guinness-Buch der Rekorde. Da steht auch, dass es ebenfalls einen kleinsten geben muss; würde ihn gern vergrößern, konnte ihn aber bisher auf dem Negativ nicht entdecken.



Pierre Illsley, Oberfeldwebel, Aufklärer, Werratalkaserne Bad Salzungen (TH), 2023

So hätten wir uns eine reformierte NVA vorgestellt! Nach damaligem Standard ist die Kaserne luxuriös ausgestattet. Ich beobachte aufmerksam den Umgang der Dienstgrade untereinander und horche auf den Umgangston. Tatsächlich kommt man ohne jede Attitüde deutschen Militarismus aus. Man bewegt sich in einem Arbeitsverhältnis.

In der Ausbildung geht es kurz, bündig und direkt zu, immer aber von Respekt getragen. Ich treffe auf Oberfeldwebel Pierre Illsley während der Schießausbildung. Ost und West sind für ihn kein Kriterium bei der Standortwahl und Normalität wie das Verhältnis von Männern und Frauen in der Bundeswehr.



Manuela Spittel, Geschäftsführerin eines Töpferhofs, Römhild (TH), 2022

Eigentlich ist der Töpferhof Gramann, wie er heute noch steht, ein Gesamtkunstwerk. Nach der Wiedervereinigung gehen alle Wettbewerbsvorteile des Billiglohnlandes DDR verloren. Der volkseigene Betrieb wird an Familie Gramann rückübertragen. Manuela Spittel führt mit ihren acht Beschäftigten die Keramiktradition, allen Schwierigkeiten zum Trotz, fort.

Als ich 1993 Aufnahmen vom legendären Hungerstreik der Bergleute machte, war er noch nicht geboren. Zwei Jahre später fotografierte ich die traurige Kulisse des abgewickelten Kalischachtes. Im Bergbaumuseum des Kalivereins Thomas Müntzer stellen sich Gerhard Jüttemann, Helmut Senger und Wigbert Mühe meiner Kamera. Auf der Heimfahrt höre ich eine führende Bundespolitikerin im Radio: „Einige Ostdeutsche sind auch mehr als 30 Jahre nach der Wende nicht in

der Demokratie angekommen und irgendwo in der Diktaturverherrlichung hängen geblieben.“ Ich muss an Gerhard Jüttemann denken und krame meine Aufzeichnungen über ihn hervor: Vertrauensmann, Betriebsrat, Aufsichtsrat bei K+S, Sitz im Kreistag, aktiv in Vereinen. „Nach der Wahl zum Mitglied des Deutschen Bundestages habe ich mit dem Schweißbrenner meinen Arbeitsplatz demontiert.“ Da scheint mir einer in der Demokratie hängen geblieben zu sein.



Gerhard Jüttemann, Helmut Senger und Wigbert Mühe (v.l.n.r.), Rentner, aktiv im Ehrenamt, Bischofferode (TH), 2023



Juchhöh bei Mödlareuth (TH), 2022



Struth, Eichsfeld (TH), 2022

Was für ein Dorado für Schwarz-Weiß-Fotografen! Das große Vortragekreuz wiegt 90 kg und wird von sieben Männern getragen – und das nur mit weißen Handschuhen. Palmsonntag in Heiligenstadt (TH): Teilnehmen, nicht gaffen, ist die Devise. Am Ende steht eine Predigt, die beeindruckend schlicht und tagesaktuell ist, ohne sich in Plattitüden zu verlieren. Der Bischof spricht seinen Segen. Man könnte meinen, es gäbe sie noch, die Volksfrömmigkeit. Der Schmerzensmann scheint gelassen. Er hat schon manchen falschen Propheten kommen und gehen sehen.

Palmsonntagsprozession, Heiligenstadt (TH), 2023





Großdemonstration, Tag der Deutschen Einheit, Marktplatz Eisenach (TH), 2022

Gute Straße – böse Straße! Eigentlich hielt ich seit 1989 die Zeit des Betroffenseins beim Fotografieren für vorbei. Zunehmend werden Widersprüche in unserer Gesellschaft öffentlich ausgetragen, und ich bemühe mich, gerecht zu sein. Ich arbeite im direkten Augenkontakt und habe das Gefühl, dass man gesehen und auch fotografiert werden will. Bei der Großdemonstration zum Tag der Deutschen Einheit auf dem Eisenacher Marktplatz 2022 erkenne ich Handwerker und Gewerbetreibende aus der Stadt, übersehe aber auch die wenigen Extremisten nicht. Wenn ich mich umschaue, hat die überwiegende Zahl der Demonstranten Wendeerfahrung. Ich fühle mich als Zeitzeuge. Das ist nicht die Zeit für pauschale Urteile.

Hirschberg (TH) feiert die 50. Narrische Sitzung! 43 Vereine sind angereist, viele mit Beiträgen zum Programm. Der riesige Saal ist überfüllt. Die Stimmung steigt mit jeder Programmrakete. Die Tanzeinlagen sind spektakulär, und auch die Herren zeigen mehr als wabernde Bäuche im „Schwanensee“-Takt.

Ganz ohne Bastrock jedoch geht die Chose nicht, und auch die Butt ist so frech, wie man es am Faschingstag erwarten darf. Zum siedenden Hohpunkt fährt dank modernster Bühnentechnik der diesjährige Karneval in sein Grab. Da werden manchem Jecken die Augen feucht, vielleicht auch vor Lachen mit Blick auf die nächste Saison.



Auftritt der Nachwuchsgarde aus Topen (BY) beim Fasching in Hirschberg (TH), 2023

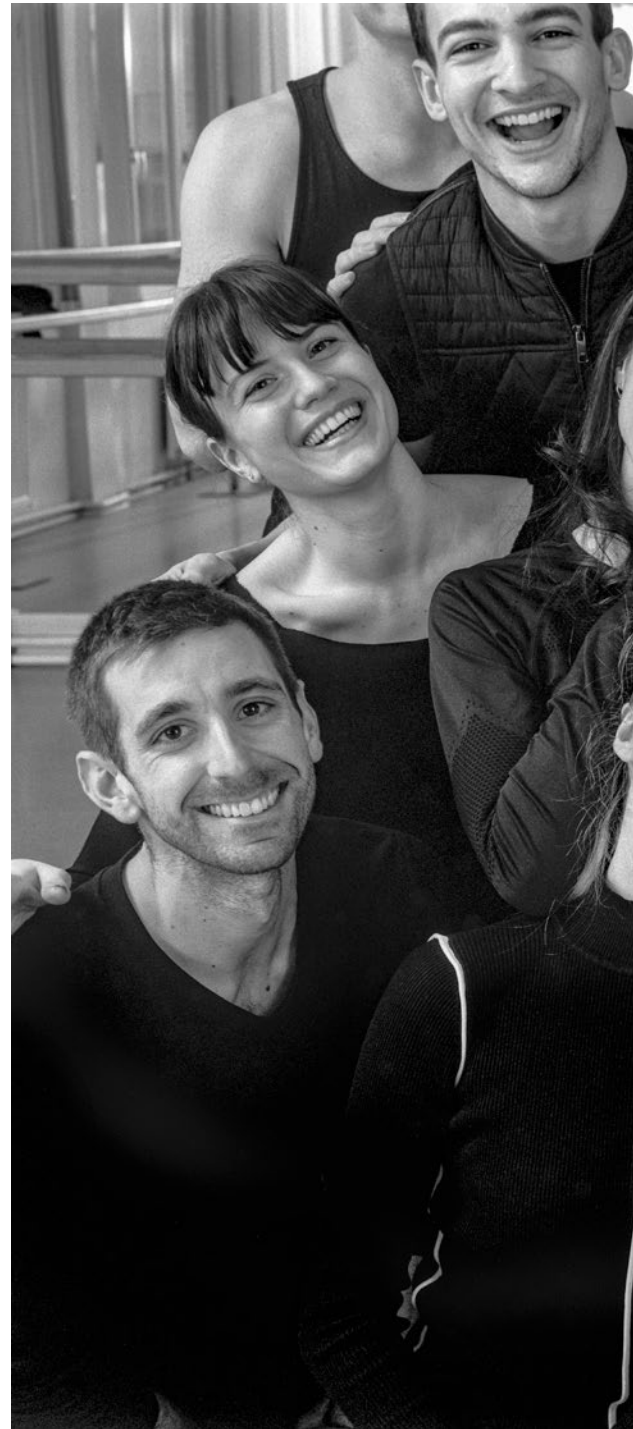


„Offene Kirche“, Ellrich (TH), 2023

Der Kirchenbauverein Ellrich (TH) lädt zum Tag der offenen Tür. Der Ort galt einmal als „Davos des Ostens“. Dann geriet er durch Konzentrationslager und DDR-Grenzregime ins Abseits. Jetzt beginnt man, die 1962 abgetragenen Türme der Marktkirche St. Johannis wieder aufzubauen. Mehr als ein Zeichen! Das Mädchen mit den Minnie-Mouse-Ohren wird es mir nachsehen: Es gibt ein ähnliches Foto der amerikanischen Fotografin Mary Ellen Mark. Die Johanniskirche scheint mir ein guter Ort, seine Heiligen zu ehren, und wenn es mit einem kleinen Plagiat ist!

Was für ein Theater – 1879 mit Eisenacher Bürgerstolz gegründet, 1945 mit Lessings „Nathan“ wiedereröffnet. Für mich als Jugendlichen eine Insel der Wahrhaftigkeit und der Zwischentöne in der DDR. Nachdem ich die Eisenacher Ballett-Company bei Proben fotografierte, heute ein Porträt mit Ballettdirektor Andris Plucis. Diese Truppe hat, was mir in meiner Heimatstadt oft fehlt: Hier geht es um Qualität, nicht um den kleinsten gemeinsamen Nenner.

Andris Plucis, als Engländer am Royal Ballet in London ausgebildet, ist mit anderen Grenzerfahrungen aufgewachsen als ich. Wir sprechen über Standes- und Klassenschränken, die sich schon in der englischen Muttersprache manifestieren. Ich glaube, mein Bild macht deutlich, was ihm in seiner Arbeit heute am wichtigsten ist. Mit einer Einschränkung: Sein Fußballclub heißt Colchester United. For ever!





Andris Plucis, Ballettdirektor mit Company, Eisenach (TH), 2022

1985 führt die Werra Frühjahrshochwasser. Ihr Salzgehalt ist bis zu dreimal höher als in der Nordsee. Wellen brechen sich an den Pfeilern der 1225 errichteten Bogenbrücke von Creuzburg. Bis 1973 lag die Stadt im Fünfkilometerstreifen des Grenzgebiets. Ein Freund aus Ludwigshafen ist da. Wir lehnen Schulter an Schulter über der Brüstung und beobachten das Auf und Ab der Strömung. Über die Stoßstange seiner „Ente“ (Citroën 2CV) sind abgelatschte Turnschuhe gezogen, und eine Kiste

Rheingönheimer Weizenbier klappert auf der Rückbank. Rheingönheim liegt am Rhein. Es sei Sitte, sich vor jedem Zug aus der Flasche gen Westen zu verneigen. Ein schöner Brauch, finde ich. Prost! Oliver Berger ist der Cousin meiner ersten Frau. Wir verstehen uns prächtig, aber nicht wortlos. Er liebt die Fahrten nach Eisenach und schätzt Gespräche, die im Westen niemand führt. Die Fahrt ist ihm nie zu weit, der Zwangsumtausch schreckt ihn nicht ab. Wir sind gleichen Alters.



„Glück auf“, Erlebnisbergwerk, Kalischacht Merkers (TH), 2022

Gerade werden Mittelstreckenraketen aufgestellt. Unsere Hauptsorge gilt der Kriegsgefahr. Die „Asche“ habe ich hinter mir, etwas, was er umgehen konnte. Der Begriff ist ihm fremd: Ehren-dienst, Wehrdienst, Friedensdienst, so kann man es auch nennen. Der Irrsinn der Welt wird körperlich spürbar. Er hat Kassetten mitgebracht und die neueste Scheibe von BAP, „Zwesche Salzgebäck un Bier“. Die Kölner stehen bei mir hoch im Kurs: Der Song „Deshalv spill mer he“ hat dafür gesorgt, dass die Band 1984 ihre geplante Tournee durch 13 Städte der DDR absagte. Starker Tobak für die Genossen, denke ich beim Hören und inhaliere tief und kräftig:

„Wie oft schon haben sie euch und uns damit belogen, die Angst geschürt in Bundeswehr und Volksarmee, uns, wo’s nur ging, um jede Gemeinsamkeit betrogen? Damit das anfängt aufzuhören, spielen wir hier. Hey, du da und du, wann ist es hier so weit, dass man den Mund aufmachen darf, wenn man was sagen will? Wird höchste Zeit ...“

Für mich hat eine neue Zeitrechnung begonnen. „Bin wieder hier, in meinem Revier“, weg von Volontariat und Redaktionsarbeit in Berlin. Den seltenen Studienplatz für Bildjournalistik habe ich geschmissen. „Schlägt die hervorragende Perspektive, sozialistischer Journalist zu werden, aus, um sich in kleinbürgerliche Verhältnisse zurück-zuziehen“, protokolliert der Chefredakteur im Kadergespräch. Kurz zuvor habe ich für die Titelseite einen Leitartikel zum sozialistischen Wettbewerb zu schreiben. Über wenige Zeilen kommt mein Text nicht hinaus, am Ende gebe ich mich der Realität geschlagen, und das Gewissen triumphiert.

Unterdessen widme ich mich fotografisch meiner Heimatstadt, baue am verfallenden Elternhaus herum oder fahre durch die Republik, um Reportagen für verschiedene Illustrierten aufzunehmen. Niemand fragt mich je nach einem Diplom. Mit offenem Verdeck knattern wir in der „Ente“ die Werra entlang. Oliver legt sich waghalsig in die Kurven: „Wer eine umkippt, bekommt ab Werk eine neue!“ – „Und mein Trabant ist 15 Jahre, hat fünf Vorbesitzer und die dritte Lackierung!“, entgegne ich. In Frankenroda ist Endstation. Hier beginnt das Grenzgebiet. Der Citroën ist aufgerüstet und liefert satten Sound von der Kasette: „My Hometown“ von Bruce Springsteen läuft wieder und wieder. Oliver übersetzt:

„Wir haben übers Weggehen gesprochen. Alles packen und nach Süden ziehen, vielleicht. Bin jetzt fünfunddreißig und habe selber ‘nen Jungen. Letzte Nacht hab ich ihn ins Auto gesetzt, auf meinem Schoß, hinters Steuer. Und ich hab ihm gesagt: Schau dich gut um, Sohn. Das hier ist dein Zuhause.“

Aus „Randgebiete“, Text von Ulrich Kneise: „Ein besoffenes Schwein begeht Republikflucht“



Teil B:

*Ausgewählte Vorhaben
der Bundesregierung in
der 20. Legislaturperiode
mit Bezug zu aktuellen
Herausforderungen in
Ostdeutschland*

Gründung und Ausrichtung des Zukunftszentrums für Deutsche Einheit und Europäische Transformation

Das Zukunftszentrum für Deutsche Einheit und Europäische Transformation war eine Kernempfehlung der Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“ 2020. Erste Umsetzungsüberlegungen wurden im Rahmen einer hochrangigen Arbeitsgruppe mit Vertretern aus Politik, Wissenschaft und zeitgeschichtlicher Erfahrung vorgenommen und werden jetzt im Rahmen der Realisierung des Zentrums weiterentwickelt. Das Zukunftszentrum ist Teil der Koalitionsvereinbarung der die Bundesregierung tragenden Parteien und wurde durch Beschlüsse des Bundeskabinetts und des Deutschen Bundestages als eines der zentralen Projekte dieser Legislaturperiode für die deutsche Einheit bestätigt. Im Zentrum wird es darum gehen, die Erfahrungen der deutschen Einheit und des Umbruchs in den 1990er-Jahren in Ostdeutschland und in Mittel- und Osteuropa für Gegenwart und Zukunft fruchtbar zu machen. Nicht nur Ostdeutschland, auch Mittel- und Osteuropa haben in den Jahren 1989/90 einen grundlegenden Systemumbruch durchlebt. Was dieser Systemwechsel damals bedeutet hat und was er für heute, aber auch für morgen bedeutet, soll einen gewichtigen Teil dessen einnehmen, wofür das Zukunftszentrum steht.

Das Zentrum ist gegliedert in die drei Bereiche Wissenschaft, Dialog und Kultur. Das Zukunftszentrum soll ein europäisches Kraftzentrum werden und die Verortung Deutschlands in einem sich gerade dramatisch ändernden Europa behandeln. Deutschland schafft mit dem Zukunftszentrum eine Dialogplattform, einen Diskursraum, der national und international funktionieren soll. Das Zentrum wird dazu beitragen, die Chancen einzulösen, die in Veränderungen liegen, indem es Wissen generiert, Öffentlichkeit schafft und Diskussionen anstößt. Das Zukunftszentrum ist ein Angebot an ganz Deutschland und die osteuropäischen Staaten als eine glaubwürdige und schwellenfreie Diskurs- und Dialogplattform, auf der sich Debatten auf Augenhöhe mit allen Beteiligten bündeln lassen. Es soll kein Ort der musealen Rückschau werden, sondern Gegenwart und Zukunft in den Mittelpunkt stellen. Zukünftige Herausforderungen wie Klimaschutz, Energie, Gerechtigkeit und soziale Aspekte sollen aus den unterschiedlichsten persönlichen und historischen Erfahrungen der Umbruchsjahre heraus thematisiert werden. Das Zukunftszentrum ist ein generationenübergreifendes Projekt. Eine der wichtigsten Zielgruppen sind junge Menschen.

Von Juli 2022 bis Februar 2023 fand ein vom Bundeskanzleramt ausgelobter Wettbewerb um den Standort des Zentrums statt. Beteiligt hatten sich die Städte Frankfurt (Oder), Leipzig gemeinsam mit Plauen, Halle (Saale), Eisenach, Jena, Mühlhausen, Sonneberg. Aus diesen sieben Bewerbungen wurde von einer hochrangig besetzten und unabhängigen Jury von Fachleuten die Stadt Halle (Saale) als zukünftiger Standort für das Zukunftszentrum ausgewählt. Mit der Standortauswahl hat die Realisierung des Zukunftszentrums an Fahrt aufgenommen und wurde seither zielstrebig vorangetrieben.

Im April 2024 hat der für den Bau verantwortliche Bauherr, das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen, den internationalen Architekturwettbewerb für das in Halle (Saale) zu errichtende Gebäude ausgelobt. Durchgeführt wird der Gestaltungswettbewerb vom Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR). Ein Ergebnis wird im Frühjahr 2025 erwartet. Die Baudurchführung erfolgt durch die Staatliche Bauverwaltung Bundesbau des Landes Sachsen-Anhalt mit geplanter Fertigstellung in 2030. Geplant ist eine Nutzfläche von 14.000 Quadratmetern. Dafür will der Bund 200 Mio. Euro bereitstellen (Preisstand 2022). Nach Vorliegen eines überzeugenden architektonischen Entwurfs werden die Kosten konkretisiert. Angestrebt wird eine herausragende Architektur, die dem Zentrum auch international Aufmerksamkeit verleiht. Es soll ein innovativer, effizienter und zukunftsfähiger Neubau des Bundes unter Transformation der städtebaulichen Einbindung in Mitteldeutschland entstehen.

Parallel dazu wurde die Gründung des Trägers weiter vorbereitet. Als eigenständige Institution soll das Zukunftszentrum 2024 gegründet und die Arbeitsfähigkeit der Trägerinstitution hergestellt werden. Die Implementierung der Arbeit des Zukunftszentrums beginnt unmittelbar nach

der Gesellschaftsgründung. Die Aufbauphase bis zum Vollbetrieb erstreckt sich über mindestens vier Jahre bis zur Eröffnung des zu errichtenden Gebäudes. Bereits vor der Eröffnung des Gebäudes wird das Zentrum mit einem öffentlich zugänglichen Showroom und mit eigenem Programm vor Ort aktiv. Es werden Jugendbegegnungen und Ausstellungen vorbereitet, Dialoge und Diskussionen geführt und Netzwerke, insbesondere auch zu Partnerinstitutionen in Mittel- und Osteuropa, aufgebaut.

Das Zukunftszentrum soll aus der Reflexion und Vermittlung von Wissen und Erfahrungen entstehen. Dies bildet sich in der Raumkonzeption des laufenden, international offenen Architekturwettbewerbs ab. Aufgabenstellung ist es, ein offenes Haus zu konzipieren und die Aufenthaltsqualitäten des öffentlichen Raumes unter städtebaulicher Transformation des Standorts Riebeckplatz in Zusammenarbeit des Bundes mit der Kommune und dem Land Sachsen-Anhalt deutlich zu erhöhen. Gleichzeitig soll die Einrichtung des Zukunftszentrums vor Ort bis zur Eröffnung des Neubaus ein offener Prozess sein, der mit Fragen, Probestüben, Neugier, Dialog und ersten Projekten die inhaltliche Konzeption, den Anspruch einer permanenten Aktualität und damit die Frage nach Relevanz und Attraktion weiterentwickelt.

Stärkung der Industrie in Ostdeutschland

Der Standort Ostdeutschland gilt zunehmend als wettbewerbsfähiger und dynamischer Standort mit einem hohen wirtschaftlichen Potenzial in Zeiten der Transformation.

Industrieansiedlungen

Die gestiegene Standort-Attraktivität Ostdeutschlands zeigt sich in den großen Investitionsvorhaben vor allem im Bereich der Industrie. Es gibt aktuell mehr als 20 avisierte Großinvestitionen in Ostdeutschland mit einem geplanten Investitionsvolumen von insgesamt mehr als 50 Mrd. Euro. Die Zahlen beziehen sich auf Industrie-Großprojekte, bei denen jeweils mehr als 100 Mio. Euro investiert werden sollen. Ein Teil wird mit staatlichen Fördermitteln unterstützt, andere werden mit rein privaten Investitionen aufgesetzt.

Die Pläne der Unternehmen zeigen: Die Unternehmen wollen investieren und werden Wertschöpfung und Arbeitsplätze schaffen. Mit der Unterstützung der Bundesregierung schaffen die Unternehmen ein vielfältiges Biotop, das über die einzelnen Projekte und Unternehmen hinauswirkt und unter anderem die Bereiche Mikroelektronik-Wertschöpfungskette, Wasserstoffherzeugung und -infrastruktur, Batteriezellfertigung und die Bioökonomie umfasst.

Hiervon profitieren ganze Regionen, Zulieferbetriebe und kleine und mittlere Unternehmen auch aus anderen Branchen. Rund 11.000 Menschen arbeiten derzeit bei Tesla in Brandenburg. Das Arbeitsamt Frankfurt an der Oder hat dort eigenen Angaben zufolge rund 1.500 Arbeitslose in unbefristete Jobs gebracht. Tesla hat in seine Fabrik in Grünheide geschätzte 5,8 Mrd. Euro investiert und baut dort seit März 2022 Elektroautos.

Intel beabsichtigt, in Magdeburg hochmoderne Chips zu produzieren. Der 2027 geplante Start der Produktion wurde vom Unternehmen jüngst um voraussichtlich zwei Jahre vorbehaltlich der erwarteten Marktentwicklung zurückgestellt. Der Bund will nach bisherigen Planungen die rd. 30 Mrd. Euro umfassende Investition vorbehaltlich der beihilferechtlichen Genehmigung durch die Europäische Kommission mit 9,9 Mrd. Euro fördern.

Der taiwanische Chip-Konzern TSMC plant gemeinsam mit Bosch, Infineon und NXP in Dresden den Bau einer neuen Halbleiter-Fabrik. 5 Mrd. Euro staatliche Förderung sind vorbehaltlich der beihilferechtlichen Genehmigung durch die Europäische Kommission für das Werk vorgesehen. Auch hier soll ab 2027 produziert werden. Infineon will mit Investitionen von rund 3,7 Mrd. Euro Kapazitäten am Standort Dresden ausbauen.

Zudem fließen von Bund und Ländern Fördermittel in laufende Important Projects of Common European Interest (IPCEI) in Ostdeutschland. Im Falle des IPCEI Mikroelektronik und Kommunikationstechnologien fließen z. B. ca. 364 Mio. Euro Fördermittel an Projekte an 14 Standorten in den Ländern Sachsen, Thüringen und Brandenburg. 70 Prozent dieser Mittel sind vom Bund, 30 Prozent steuern die jeweiligen Länder dazu bei. Für die Produktion von innovativem Kathodenmaterial, u. a. auch am Standort Schwarzheide in Brandenburg, erhält BASF eine Förderung im Rahmen des ersten Batterie-IPCEI in Höhe von insgesamt rund 175 Mio. Euro.

Automobilindustrie

Die deutschen Produzenten bzw. Zulieferer von Originalteilen (Original Equipment Manufacturer, OEM) sind in Ostdeutschland mit zwölf Produktionsstätten vertreten, in denen entweder Motoren oder Fahrzeugkomponenten hergestellt oder Fahrzeuge endmontiert werden. Es lässt sich in den vergangenen Jahren eine Ausrichtung der ostdeutschen Produktionsstandorte hin zur Elektromobilität feststellen. Rund 8 Prozent der Beschäftigten in der Automobilindustrie sind in Ostdeutschland tätig (65.000). Laut Angabe des Verbands der Automobilindustrie (VDA) wurden 2023 mehr als die Hälfte der in Deutschland produzierten E-Autos in Ostdeutschland gefertigt.

Die Bundesregierung unterstützt die Transformation der Automobil- und Zulieferindustrie in den ostdeutschen Bundesländern mit verschiedenen Förderprogrammen, insbesondere die Förderung regionaler Transformationsnetzwerke, die die Transformation der regionalen Fahrzeugindustrie durch Wissenstransfer und Vernetzung vorantreiben sollen. In den neuen Bundesländern sind derzeit fünf vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) geförderte regionale Transformationsnetzwerke aktiv.

Digitale Transformation

Eine zentrale Maßnahme für die digitale Transformation der Industrie ist Manufacturing-X. Das Gesamtprojekt verfolgt die Entwicklung eines offenen und interoperablen Datenökosystems für den unternehmensübergreifenden Datenaustausch in der Fertigungsindustrie. Aktuell sind daran sieben Zuwendungsempfänger aus Ostdeutschland beteiligt, darunter vier Unternehmen. Die Gesamtförderung durch den Bund aus DARP-Mitteln beträgt 3,5 Mio. Euro. Zudem stellt die Bundesregierung im Rahmen des IPCEI Next Generation Cloud Infrastructure and Services (IPCEI-CIS) ca. 3 Mio. Euro aus dem DARP für die Förderung eines Projektes in Sachsen bereit, welches fortschrittliche Cloud- und Edge-Technologien für die Industrie im Blick hat.

Dekarbonisierungsexpertise

Mit dem Kompetenzzentrum Klimaschutz in energieintensiven Industrien (KEI) in Cottbus unterstützt die Bundesregierung gezielt den Aufbau von Dekarbonisierungswissen in der Lausitz. Das KEI ist auch als Projektträger für das Programm „Dekarbonisierung in der Industrie“ tätig, welches 29 Dekarbonisierungsprojekte bundesweit gefördert hat, davon vier in Ostdeutschland.

Dekarbonisierungsinvestitionen

Das größte Einzelvorhaben des Förderprogramms „Dekarbonisierung in der Industrie“ liegt in Brandenburg: Mit 285 Mio. Euro unterstützt das BMWK die künftige „grüne“ Stahlproduktion von ArcelorMittal in Eisenhüttenstadt. Dieses ist Teil des mit insgesamt 1,3 Mrd. Euro auch über IPCEI Wasserstoff geförderten Projektes DRIBE2, zu dem eine DRI-Anlage und ein Elektrolichtbogenofen in Bremen sowie zwei Elektrolichtbogenöfen in Eisenhüttenstadt gehören.

Leichtbaumaßnahmen

Als branchenübergreifende Querschnittstechnologie für Klimaschutz und Ressourceneffizienz nimmt der Leichtbau eine wichtige Rolle bei der Entwicklung des ostdeutschen Wirtschaftsstandortes ein. Schon heute hängen rund 75.000 Arbeitsplätze allein in Sachsen direkt mit dem Leichtbau zusammen.¹

Mit dem Technologietransfer-Programm Leichtbau (TTP LB) fördert das BMWK seit April 2020 und noch bis 2027 marktnahe Forschungs- und Entwicklungsprojekte im Leichtbau. Im TTP LB werden rund 200 Akteure aus Ostdeutschland mit einem Zuwendungsvolumen von etwa 60 Mio. Euro gefördert, wovon 54 Prozent kleine und mittlere Unternehmen (KMU) ausmachen.

¹ Quelle: <https://leichtbau-allianz-sachsen.de/masterplan-exzellenz-im-leichtbau/>; (zuletzt abgerufen am 27. Juli 2023).



Strukturstärkung in den ostdeutschen Kohleregionen – Der Ausstieg bietet die Chance zum Aufstieg

Der Kohleausstieg in Deutschland ist ein historisches Projekt, das sowohl ökonomische, ökologische als auch soziale Herausforderungen mit sich bringt. Betroffen sind unter anderem die Braunkohleregionen in Ostdeutschland, deren wirtschaftliche Struktur tief in der Kohleverstromung verwurzelt ist. Dazu gehören das Lausitzer Revier in Brandenburg und Sachsen und das Mitteldeutsche Revier in Sachsen und Sachsen-Anhalt¹. Die Bundesregierung hat sich das Ziel gesetzt, diese Regionen in der sozialökologischen Transformation zu unterstützen und wirtschaftlich zukunftsfest zu machen, indem sie bei der Bewältigung des Strukturwandels bis 2038 mit bis zu 25,3 Mrd. Euro² unterstützt werden. Die Details und rechtlichen Rahmenbedingungen dieser Unterstützung sind im Investitionsgesetz Kohleregionen geregelt. Der Bund setzt damit die Empfehlungen der Kohlekommission³ Schritt für Schritt um. Diese hatte in ihrem Abschlussbericht 2019 einen Plan für die schrittweise Reduzierung

und Beendigung der Kohleverstromung in Deutschland erstellt und konkrete Vorschläge für Wachstum und Beschäftigung in den betroffenen Regionen unterbreitet.

Mit den Mitteln des Bundes werden nicht nur die Folgen des Ausstiegs aus der Kohleverstromung abgemildert. Die Kohleregionen sollen vielmehr eine echte Chance erhalten, nach dem Kohleausstieg besser dazustehen als zuvor. Schon jetzt zeichnet sich ab: Der Kohleausstieg im Osten bietet die Chance zum Aufstieg. Wir sehen auch, dass die Beschäftigungsentwicklung in den Revieren in den letzten Jahren trotz des Beschäftigungsrückgangs im Braunkohlektor überwiegend positiv war⁴.

Eine Besonderheit des Investitionsgesetzes Kohleregionen ist, dass es eine ganze Reihe verschiedener Maßnahmen fördert – angefangen bei der Errichtung und Ertüchtigung von wirtschaftsna-

¹ Außerdem erhalten die Länder Thüringen sowie Mecklenburg-Vorpommern Strukturhilfen für strukturschwache Standorte von Steinkohlekraftwerken.

² Davon 17,2 Mrd. Euro für das Lausitzer Revier, 8 Mrd. Euro für das Mitteldeutsche Revier (davon 90 Mio. Euro für den Landkreis Altenburg in Thüringen), zudem 52,5 Mio. Euro für die Stadt Rostock und den Landkreis Rostock.

³ Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“.

⁴ Mit Ausnahme der Landkreise Bautzen, Görlitz und der Stadt Leipzig sind die Arbeitslosenquoten im Juni 2024 gegenüber Juni 2020 in allen Landkreisen des Lausitzer und Mitteldeutschen Reviers gesunken.

hen Infrastrukturen über den Ausbau von Verkehrsverbindungen bis zur Stärkung von regionalen (Weiter-)Bildungsangeboten, Ausbau von Forschung und Entwicklung.

Durch das *Bundesprogramm Stärkung der Transformationsdynamiken und Aufbruch in den Revieren und an den Kohlekraftwerkstandorten (STARK)* werden Projekte von privaten und öffentlichen Antragstellern zur Unterstützung der ökonomisch, ökologisch und sozial nachhaltigen Transformation der Kohleregionen gefördert. Stand August 2024 wurden fast 260 Anträge bewilligt, davon mehr als die Hälfte in Ostdeutschland. Das Bundesprogramm hat ein Volumen von rd. 2,8 Mrd. Euro, davon rund 1,3 Mrd. Euro für die ostdeutschen Reviere.

Die Förderung von Forschung und Entwicklung in den betroffenen Regionen ist ein wichtiger Aspekt der Strukturstärkung. In Städten wie Leipzig, Cottbus und Senftenberg werden Forschungszentren die Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit der Regionen stärken. Weiterhin werden zwei neue Großforschungszentren den Wissenschafts- und Innovationsstandort Deutschland stärken und zur Entwicklung der sächsischen Lausitz und des Mitteldeutschen Reviers zu attraktiven Zukunftsregionen beitragen:

- *Das Center for the Transformation of Chemistry (CTC)* im Mitteldeutschen Revier soll die Transformation der Chemieindustrie hin zu einer nachhaltigen und ressourceneffizienten Kreislaufwirtschaft unterstützen.
- Mit dem *Deutschen Zentrum für Astrophysik (DZA)* in der sächsischen Lausitz soll Astrophysik auf höchstem Niveau betrieben werden. Hierzu sollen Forschung und Entwicklung in der Informationstechnik, Sensortechnik und Materialforschung kombiniert und vorangetrieben werden.

Auch im Bereich der *Energieforschung und der Entwicklung nachhaltiger Technologien* konnten erste Projekte beschlossen und umgesetzt werden. In den ostdeutschen Kohleregionen soll damit die Basis für eine zukunftsfähige Wirtschaft gelegt werden. Die Forschungsinitiative „Reallabore der Energiewende“ wurde dafür beispielsweise um ein Sonderelement zum Strukturwandel in den Kohleregionen aufgestockt. Reallabore der Energiewende verbinden großformatige Innovationsprojekte mit einem industriepolitischen Anspruch. Sie erproben neue Zukunftstechnologien und leisten so einen wichtigen Beitrag zum Strukturwandel in den ehemaligen Kohleregionen, von denen die ersten beiden bereits beschlossen sind:

- Im *Reallabor Energiepark Bad Lauchstädt* im mitteldeutschen Chemiedreieck wird Strom aus einem Windpark über ein Elektrolyse-Verfahren in Wasserstoff umgewandelt. Hierfür errichten die Projektpartner eine systemrelevante Anlage mit 30 Megawatt. Nach der Elektrolyse wird der Wasserstoff über eine umgerüstete ehemalige Erdgasleitung an den Chemiepark Leuna geliefert und dort stofflich für chemische Prozesse genutzt.
- Im *Reallabor Referenzkraftwerk Lausitz* will das Konsortium Wasserstoff als chemischen Speicher in der Praxis erproben und eine CO₂-neutrale, sektorübergreifende Energieversorgung der Region vorantreiben. Mit einem Speicherkraftwerk, das mit grünem Wasserstoff betrieben wird, sollen Strom und Wärme für alle Sektoren bereitgestellt werden.

Neben wirtschafts- und forschungsorientierten Maßnahmen werden auch verschiedene *Projekte zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts* umgesetzt. Kulturelle Initiativen und Bildungsprogramme fördern die gesellschaftliche Teilhabe und das Gemeinschaftsgefühl und steigern letz-

endlich auch die Attraktivität der Regionen. Zudem werden kulturelle Leuchttürme, aber auch Erinnerungs- und Gedenkstätten als Arbeitgeber, Orte des Tourismus und der regionalen Identifikation zukunftsicher aufgestellt und damit in ihrer Strahlkraft für die Regionen und darüber hinaus gestärkt. Mit der ausgebauten Sportförderung werden Projekte und Standorte des Spitzensports in der Region weiter gestärkt und attraktive Trainings- und Wettkampfbedingungen für den Spitzensport geschaffen.

Eine zentrale Herausforderung bleibt die langfristige Sicherung und Stabilität der Beschäftigung. Es gilt, Strukturen für nachhaltige Arbeitsplätze zu schaffen, die den Anforderungen des zukünftigen Arbeitsmarktes entsprechen. Auch die Bundesregierung leistet mit der gezielten Ansiedlung von Behörden und Einrichtungen in den Braunkohleregionen einen konkreten strukturpolitischen Beitrag. Bis Ende des Jahres 2028 sollen insgesamt 5.000 neue, zusätzliche Arbeitsplätze in Behörden und sonstigen Einrichtungen des Bundes in den Kohleregionen geschaffen werden. Seit dem 1. Januar 2019 wurden in den Revieren insgesamt **bereits 4.250 zusätzliche Arbeitsplätze** in Behörden und Einrichtungen des Bundes besetzt.

Der eingeschlagene Weg weist in die richtige Richtung, denn die Beschäftigungsquoten in den ostdeutschen Kohlerevieren steigen. Zugleich stellt die Verfügbarkeit von Facharbeitskräften eine zunehmende Herausforderung dar. Dieser Situation soll mit einem stärkeren Fokus auf **Fachkräftegewinnung und -sicherung in den Revieren** begegnet werden.

Als zentrale Maßnahme zur Förderung des Strukturwandels in den Kohleregionen haben Bund und Kohleländer bislang 21 Schieneninfrastruktur- und fünf Straßenbauprojekte in Ostdeutschland mit einem Volumen von rd. 4,1 Mrd.

Euro beschlossen. Der Bundesregierung ist es wichtig, dass die Realisierung der beschlossenen Infrastrukturprojekte bis spätestens 2038 erfolgt.

Um die Erfahrungen für die weitere Umsetzung zu berücksichtigen, wurde am 13. Juni 2024 ein Paket zur besseren Unterstützung der Kohleregionen beschlossen. Ziel ist es, den Strukturwandel in den Kohleregionen zu verbessern und Investitionen zu fördern. Der Einsatz der Mittel soll flexibilisiert werden – sowohl in den Kohleregionen im Westen als auch im Osten. Durch das Paket sollen in den Braunkohleregionen Investitionen unter anderem in innovative Transformationstechnologien angestoßen werden, die ohne das Paket ausbleiben würden. Zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur in den Kohlerevieren wird zudem mit den konkreten Planungen von acht bereits beschlossenen Schienenvorhaben in Ostdeutschland begonnen. Diese sind beispielsweise Berlin–Cottbus–Weißwasser–Görlitz im Lausitzer Revier und Naumburg–Halle im Mitteldeutschen Revier.

Die Transformation der ehemaligen Kohlerevire in Ost- und Westdeutschland ist ein komplexes und langfristiges Projekt, das bereits Erfolge verzeichnet, aber auch kontinuierliche Anstrengungen erfordert. Die Bundesregierung und die betroffenen Länder sind entschlossen, den Wandel durch gezielte Maßnahmen und auf die Bedürfnisse der Regionen angepasste Strategien weiter voranzutreiben. Ein enges Monitoring der verschiedenen Maßnahmen und ihrer (Wechsel-) Wirkungen ist notwendig und wird von Bund und Ländern gemeinsam durchgeführt. Dabei steht die nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung der Regionen ebenso im Fokus wie die soziale Gerechtigkeit und der Umwelt- und Klimaschutz. Insgesamt bietet die Transformation große Chancen für die ostdeutschen Kohleregionen, ihre erfolgreiche Geschichte als Energieregionen fortzuschreiben.

Fachkräfte: Im Osten zeigen sich die Herausforderungen des Westens

Für mehr als die Hälfte der ostdeutschen Betriebe zählen Fachkräfteengpässe mittlerweile zu den drei größten betriebswirtschaftlichen Herausforderungen. Dieses zentrale Ergebnis einer vom Beauftragten der Bundesregierung für Ostdeutschland veranlassten repräsentativen Befragung¹ deckt sich mit weiteren Ergebnissen. So sind ostdeutsche Unternehmen nicht nur deutlich stärker von Fachkräfteknappheit betroffen als Betriebe in den westdeutschen Bundesländern – der Abstand hat sich in den letzten Jahren sogar noch vergrößert.² Dafür sind vor allem zwei Effekte verantwortlich. Einerseits führen die stärkere Konjunktur und die Ansiedlungen von Zukunftsindustrien in Ostdeutschland zu einer höheren Nachfrage nach Fachkräften und vor allem auch nach Fachkräften mit Qualifikationen der Zukunftsbranchen. Andererseits geht das Arbeitsangebot in Ostdeutschland schneller zurück als in anderen Regionen Deutschlands. So wird die Bevölkerung im Erwerbsalter von 20 bis 64 Jahren in Ostdeutschland in den nächsten 20 Jahren um voraussichtlich 0,8 Mio. Personen (– 11 Prozent) zurückgehen. In Westdeutschland beläuft sich der erwartete Rückgang auf – 2,7 Mio.

Personen (– 7 Prozent).³ Aufgrund der jahrzehntelangen Abwanderung seit Beginn der 1990er-Jahre weisen die ostdeutschen Flächenländer zudem bereits heute einen Altenquotienten auf, der in Westdeutschland voraussichtlich erst Anfang der 2030er-Jahre erreicht wird. Kurzum: Der demografische Wandel trifft den Osten Deutschlands in großen Teilen härter und früher. Ostdeutschland kommt dadurch eine Vorreiterrolle bei der Bewältigung der fachkräftepolitischen Herausforderungen zu. Die Bundesregierung hat deshalb gemeinsam mit den ostdeutschen Bundesländern einen Dialogprozess zur Fachkräftesicherung in Ostdeutschland gestartet. Auf Basis der Fachkräftestrategie der Bundesregierung werden die spezifischen regionalen Bedarfe und passgenaue Handlungsoptionen ausgelotet. Ein Schwerpunkt liegt dabei insbesondere auf der Gewinnung und Integration ausländischer Fachkräfte.

Dabei sind die gewachsenen Herausforderungen für die Fachkräftesicherung und den Arbeitsmarkt nicht auf Ostdeutschland beschränkt: Digitalisierung, demografischer Wandel und

¹ Der Beauftragte der Bundesregierung für Ostdeutschland (Hg.): Arbeitskräftebedarf und Migration. Eine Befragung ostdeutscher Unternehmen, Juni 2023.

² Konjunkturumfrage Ifo Institut (1. Quartal 2024): 42 Prozent der ostdeutschen Betriebe gaben an, dass ihre Geschäfte durch fehlendes Personal beeinträchtigt sind – im Vergleich zu 36 Prozent deutschlandweit.

³ Destatis, Berechnungen aufgrund der 15. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung.

Dekarbonisierung verändern mit zunehmender Dynamik den gesamten Wirtschaftsstandort Deutschland. Das damit einhergehende Fachkräfteparadox, d. h. die zunehmende Gleichzeitigkeit von Fachkräfteengpässen in einigen Branchen und Regionen und Arbeitsplatzabbau in anderen Branchen und Regionen, wird in Zukunft weiter zunehmen. In Ostdeutschland, aber zunehmend auch in peripher-ländlichen Arbeitsmarktregionen Westdeutschlands ist dies heute schon deutlich spürbar. Hinzu kommen nach wie vor die wirtschaftlichen Folgen des Krieges in der Ukraine sowie die zunehmend notwendiger werdenden Anpassungen an den fortschreitenden Klimawandel.

Zudem ist der Arbeitsmarkt in Deutschland geprägt von regionalen Besonderheiten. Zwischen ost- und westdeutschen Ländern bestehen ebenso wie zwischen strukturstarken und -schwachen Ländern deutliche Unterschiede hinsichtlich des Lohnniveaus, der Betriebsstruktur, des Arbeitsvolumens und der demografischen Entwicklung einschließlich Zuwanderung. So ist beispielsweise der Anteil ausländischer Staatsangehöriger in den ostdeutschen Ländern mit 7 Prozent deutlich geringer als in den westdeutschen Ländern (16 Prozent).⁴ Auch bilden in den ostdeutschen Ländern weniger Betriebe junge Menschen aus, und dort, wo Ausbildungsplätze angeboten werden, sind die Nichtbesetzungsquoten in Ostdeutschland mit 53,4 Prozent höher als im Westen (49,5 Prozent). Während in Westdeutschland ein Mangel an geeigneten Bewerbenden den Hauptgrund für die Nichtbesetzung darstellt, ist in Ostdeutschland bereits ein allgemeiner Mangel an Bewerbenden dafür am ausschlaggebendsten.⁵

Die Betriebe und Unternehmen in Ost und West haben die Bedeutung der Fachkräftesicherung erkannt und ihre Bemühungen im Bereich der Aus- und Weiterbildung, aber auch der Arbeitsbedingungen und Löhne verstärkt.

Die Bundesregierung unterstützt mit den gesetzlichen und untergesetzlichen Maßnahmen ihrer *Fachkräftestrategie* diese betrieblichen Anstrengungen zur Gewinnung und Sicherung von Fachkräften. Dabei sind fünf Handlungsfelder zentral: 1. Zeitgemäße Ausbildung, 2. Gezielte Weiterbildung, 3. Erwerbspotenziale (besser) nutzen, 4. Arbeitsbedingungen verbessern und 5. Einwanderung modernisieren und Abwanderung reduzieren.

Handlungsfelder 1 und 2:

Das im Sommer 2023 verabschiedete Gesetz zur Stärkung der Aus- und Weiterbildungsförderung beinhaltet unter anderem die Schaffung einer Ausbildungsgarantie mit verschiedenen Beratungs- und Unterstützungsangeboten für junge Menschen (von der beruflichen Orientierung bis hin zu Hilfen für den erfolgreichen Abschluss einer Berufsausbildung) sowie die Verbesserung der Förderung von beruflicher Weiterbildung (u. a. unterstützt das neue Qualifizierungsgeld Betriebe, die besonders vom Strukturwandel betroffen sind, ihre Beschäftigten mittels Weiterbildung im Betrieb zu halten).

Unter dem Dach der Exzellenzinitiative Berufliche Bildung stärkt die Bundesregierung mit gezielten Maßnahmen, von der Gesetzgebung über Förderprogramme bis zu Verbesserungen bei der individuellen Unterstützung, das gesamte System der beruflichen Bildung.

Ziel des Förderprogramms „Ausbildungscluster 4.0 in den Braunkohleregionen“ ist es, für ein attraktives Ausbildungsplatzangebot in zukunftsgerichteten Berufen zu sorgen. Sie tragen dazu bei, dass Betriebe und Jugendliche in für den Strukturwandel notwendigen Ausbildungsberufen sowie in Engpassberufen zueinanderfinden und die betriebliche Ausbildung in den ehemaligen Braunkohlerevieren digitaler und nachhaltiger ausgerichtet wird.

⁴ Destatis, Pressemitteilung Nr. N052 vom 29.09.2023.

⁵ Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Forschungsbericht 15/2023.

Um die berufliche Weiterbildung im Erwerbsverlauf zu stärken und auch um Fachkräfteengpässe vorzubeugen, setzt die Bundesregierung gemeinsam mit den Ländern, der Bundesagentur für Arbeit (BA) sowie den Sozial- und Wirtschaftsverbänden die Nationale Weiterbildungsstrategie (NWS) fort und entwickelt sie weiter.

Handlungsfeld 3:

Mit dem zum 1. Januar 2023 in Kraft getretenen Bürgergeld-Gesetz wurde ein stärkerer Fokus auf nachhaltige Integrationen in Beschäftigungen u. a. durch Weiterbildungen gelegt, z. B. durch die Einführung eines Weiterbildungsgeldes (150 Euro monatlich für abschlussorientierte Weiterbildungen) sowie die Möglichkeit zur Förderung von Grundkompetenzen.

Im Rahmen der Wachstumsinitiative plant die Bundesregierung, eine Anschubfinanzierung einzuführen, die die Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung für Langzeitarbeitslose in Form einer Prämie begünstigen soll.

Der Job-Turbo hat das Ziel, die Integrationsverläufe für Geflüchtete zu beschleunigen. Dies geht nur im Schulterschluss von Bundesregierung mit Ländern, Kommunen, Arbeitgebern und Zivilgesellschaft.

Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels werden auch ältere Arbeitskräfte zunehmend wichtiger; gerade in Ostdeutschland. Daher hat die Bundesregierung unter Beteiligung der Sozialpartner den Dialogprozess Arbeit & Rente durchgeführt, um einen freiwilligen längeren Verbleib im Erwerbsleben zu fördern. Viele der im Dialogprozess diskutierten Vorschläge sind in die Wachstumsinitiative der Bundesregierung eingeflossen. Dabei sind gleich mehrere Maßnahmen enthalten, die die Arbeitsanreize bei Älteren stärken sollen. Durch die geplante Ab-

schaffung des Vorbeschäftigungsverbots für eine sachgrundlose Befristung oberhalb der Regelaltersgrenze soll es leichter werden, befristete Verträge zu schließen. Künftig sollen außerdem die Beiträge der Arbeitgeber zu Arbeitslosen- und Rentenversicherung nach Erreichen der Regelaltersgrenze an die Arbeitnehmer ausgezahlt werden, um so die Fortführung der Beschäftigung finanziell zu begünstigen. Zusätzlich sollen Arbeitnehmende, die den Renteneintritt aufschieben, sich für eine Rentenaufschubprämie entscheiden können. Dies ist eine Einmalzahlung in Höhe der entgangenen Rentenzahlung zuzüglich des seitens der Rentenversicherung eingesparten Beitrags zur Krankenversicherung. Zuletzt sollen Hinzuverdienstgrenzen in der Hinterbliebenenrente durch Sockelbeträge erhöht werden.

Das Startchancen-Programm ist das bislang größte Bildungsprogramm in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland: Ab dem Schuljahr 2024/2025 investieren Bund und Länder über zehn Jahre 20 Milliarden Euro für etwa 4.000 Schulen mit einem hohen Anteil sozial benachteiligter Schülerinnen und Schüler. Mit dem Programm soll auch die Ausbildungsreife von Schülerinnen und Schülern abgesichert werden.

Die Bildungsfinanzierung des Bundes fördert die Fachkräfte von morgen auf ihrem Bildungsweg. Mit den BAföG-Reformen 2022 und 2024 wurden strukturelle Anpassungen vorgenommen und die Einkommensgrenzen, Förderhöhe und Altersgrenze für den BAföG-Bezug deutlich angehoben. Davon profitieren auch diejenigen, die für ihre berufliche Fortbildung mit einem Unterhaltsbeitrag nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) gefördert werden, sowie Stipendiatinnen und Stipendiaten der Begabtenförderung.

Das Programm „Passgenaue Besetzung und Willkommenslotsen“ fördert bundesweit den Einsatz von Beratungskräften an Kammern und Wirtschaftsorganisationen, welche Unternehmen für die Nutzung unterschiedlicher Bewerberpotenziale zur Sicherung ihres Fachkräftebedarfes sensibilisieren und bei der Besetzung von Ausbildungsplätzen mit Jugendlichen (Modul „Passgenaue Besetzung“) sowie bei der Integration von Geflüchteten in Ausbildung und Arbeit und der Ausbildungsstellenbesetzung mit Jugendlichen aus Drittstaaten (Modul „Willkommenslotsen“) unterstützen.

Das Kompetenzzentrum Fachkräftesicherung (KOFA) ist ein wichtiges Instrument zur Unterstützung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) bei der Fachkräftesicherung. Anders als große Unternehmen verfügen KMU oftmals nicht über die notwendigen personellen und finanziellen Ressourcen, um eine vorausschauende und strategische Fachkräftesicherung zu betreiben. Das KOFA soll KMU unter dem Leitgedanken „Hilfe zur Selbsthilfe“ dabei unterstützen, Fachkräfte zu finden, zu binden und weiterzuqualifizieren.

Handlungsfeld 4:

Der Koalitionsvertrag für den Bund sieht verschiedene Maßnahmen zur Stärkung der Tarifbindung vor, u. a. ein Bundestarifreugesetz. Die Stärkung der Tarifbindung ist in Ostdeutschland zur Schaffung attraktiver Arbeitsbedingungen und Löhne zentral. Nach Daten des IAB-Betriebspanels für das Jahr 2023 arbeiten lediglich 45 Prozent der Beschäftigten in Ostdeutschland in tarifgebundenen Betrieben (Westdeutschland: 51 Prozent)⁶.

Handlungsfeld 5:


Aufgrund der demografischen Entwicklung ist Ostdeutschland besonders auf Zuwanderung angewiesen. Das weiterentwickelte Fachkräfteeinwanderungsrecht, mit dem die Bundesregierung die Gewinnung von ausländischen Fachkräften vereinfacht und beschleunigt, wird deshalb gerade auch dort seine Wirkung entfalten. Mit dem neuen Fachkräfteeinwanderungsrecht, das 2023/24 schrittweise in Kraft getreten ist, werden zum Beispiel Berufserfahrung stärker gewichtet, die neue Anerkennungspartnerschaft geschaffen und eine Chancenkarte zur Jobsuche eingeführt.

Deutschland – Ost wie West – muss schließlich auch als Wirtschaftsstandort für Fachkräfte aus dem Ausland attraktiv sein. Die Bundesregierung bekennt sich klar dazu, „Deutschland für Fachkräfte attraktiv [zu] machen – egal, woher sie stammen. Hierzu gehört eine zielgerichtete Diversitäts- und Antidiskriminierungspolitik“⁷. Attraktive Bedingungen für ausländische Fachkräfte lassen sich jedoch nicht alleine durch Gesetzgebungen herstellen, sie beruhen auch auf gesellschaftlichen Faktoren.

Deshalb sind neben dem weiterentwickelten Fachkräfteeinwanderungsrecht Angebote von Vorintegrationsmaßnahmen entscheidend. So können Fachkräfte in ausgewählten Herkunftsländern mit Beratung, Sprach- und Orientierungskursen und einer guten Begleitung besser auf das Leben und die Arbeit in Deutschland vorbereitet werden.

⁶ <https://www.iab-forum.de/75-jahre-tarifvertragsgesetz-sind-branchentarife-und-betriebliche-mitbestimmung-ein-auslaufmodell/>.

⁷ „Gemeinsam für Demokratie und gegen Extremismus“, Strategie der Bundesregierung für eine starke, wehrhafte Demokratie und eine offene und vielfältige Gesellschaft, S. 14, abrufbar unter: <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2024/05/strategie-gegen-extremismus-pm.html>.



Das Dachportal der Bundesregierung „Make it in Germany“ stellt sowohl einwanderungsinteressierten Fachkräften aus Drittstaaten als auch in Deutschland ansässigen Unternehmen alle relevanten Informationen zum Thema Einwanderung von qualifizierten Fachkräften zur Verfügung. Das Portal bietet nicht nur Informationen über die Website oder in Webinaren an, sondern bietet auch in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und der BA eine Hotline „Arbeiten und Leben in Deutschland“ sowie in Kooperation mit der BA eine Jobbörse.

Mehr Ostdeutsche in Führungspositionen – Fortschreibung des Bundeskonzeptes

I. Fortschreibung Bundeskonzept

Mit dem Ziel, die Repräsentation von Ostdeutschen¹ in Führungspositionen der Bundesverwaltung zu steigern, setzt die Bundesregierung ihr Engagement fort. Die gezielte Förderung ostdeutscher Talente und ihre angemessene Vertretung in leitenden Positionen ist ein weiterer Schritt für eine vielfältige und ausgewogene Führungsebene, die die gesellschaftliche Vielfalt unseres Landes widerspiegelt. Angesichts der Dynamik des gesellschaftlichen Wandels und der Transformationen in Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung ist eine diverse Führungsebene, die die Erfahrungen und Perspektiven aller Bevölkerungsgruppen angemessen abbildet, von entscheidender Bedeutung für die Zukunftsgestaltung Deutschlands.

Dieser Bericht stellt die Fortschreibung des „Bundeskonzeptes zur Steigerung des Anteils von Ostdeutschen in Führungspositionen der Bundesverwaltung“² vor und gibt einen Überblick über die erreichten Zwischenergebnisse sowie die Maßnahmen, die zur Realisierung einer ausgewogenen Führungsebene ergriffen wurden.

II. Fortschreibung der Daten

In der zweiten Folgerhebung zum Stichtag 30. Juni 2024 wurden die im Rahmen des Bundeskonzeptes erhobenen Daten vom 1. September 2022 und dem 30. Juni 2023 erneut ausgewertet. An der diesjährigen Erhebung haben sich alle 24 obersten Bundesbehörden (Vorjahr: 23 Behörden, 2022: 22 Behörden), 90 obere Bundesbehörden³ und die Verwaltungen der Bundesgerichte sowie die Richterschaft an den fünf obersten Bundesgerichten beteiligt. Hierbei wurden Daten zur Herkunft von 10.647 Führungskräften und 333 Richterinnen und Richtern ausgewertet. Die Referentinnen- und Referentenebene wurde nach 2023 zum zweiten Mal in die Erhebung einbezogen.

Insgesamt ist bei den Anteilen aller ostdeutschen Führungskräfte im Zeitverlauf ein leichter Anstieg zu erkennen. Im Jahr 2024 sind 15 Prozent der Führungskräfte in obersten Bundesbehörden gebürtige Ostdeutsche (mit Berlin). 2022 lag dieser Wert noch bei knapp unter 14 Prozent, 2023 bereits bei 14,3 Prozent. Betrachtet man Ostdeutschland ohne Berlin, so liegt der Anteil bei

¹ Die Definition „Ostdeutsche“ findet sich im Bundeskonzept zur Steigerung des Anteils von Ostdeutschen in Führungspositionen der Bundesverwaltung auf S. 12 ff.

² <https://www.ostbeauftragter.de/ostb-de/aktuelles/anteil-ostdeutscher-in-fuehrungspositionen-auf-dem-richtigen-weg-2224380>.

³ Die abweichende Anzahl der oberen Bundesbehörden im Vergleich zu den Vorjahresberichten resultiert aus zusätzlichen Meldungen aus dem Geschäftsbereich des BMVg.

Herkunft der Führungskräfte in obersten Bundesbehörden zu den Stichtagen 30.06.2024, 30.06.2023 und 01.09.2022⁴ (Tabelle 1)

Oberste Bundesbehörden		Führungskräfte mit Geburtsort in... (Anteile in Prozent)				
Funktionsebene	Führungskräfte gesamt (absolut)	Ausland	Westdeutschland (ohne Berlin)	Ostdeutschland (mit Berlin)	Ostdeutschland (ohne Berlin)	
2022	44	2,3	90,9	6,8	4,5	
2023	Leitung⁵	60	3,3	88,3	8,3	5,0
2024		57	3,5	87,7	7,0	5,3
2022		184	3,8	87,5	8,7	2,7
2023	Abteilungsleitung	184	4,9	86,4	8,7	2,7
2024		217	5,1	85,7	9,2	2,8
2022		375	0,8	89,6	9,6	5,6
2023	Unterabteilungs- leitung	436	3,4	86,2	10,3	6,4
2024		527	3,2	86,5	10,2	5,1
2022		2.391	2,8	82,1	15,1	8,2
2023	Referatsleitung	2.442	3,8	80,7	15,5	7,8
2024		2.937	3,8	79,7	16,5	8,7
2022		2.994	2,2	83,5	13,9	7,5
2023	alle Führungskräfte	3.122	3,8	81,9	14,3	7,3
2024		3.738	3,8	81,2	15,0	7,8
2023	Referentinnen und Referenten	8.827	6,2	70,2	23,6	12,0
2024		10.647	6,1	70,1	23,8	13,0

Quelle: Arbeitsstab des Beauftragten der BReg für Ostdeutschland; Daten auf Basis der Meldungen durch die Behörden.

nur 7,8 Prozent. In den höheren Führungsebenen ist die Unterrepräsentation nach wie vor besonders stark ausgeprägt, wenngleich auch hier eine leichte Verbesserung zu erkennen ist. Von 2022 bis 2023 ist der Anteil Ostdeutscher zusammen mit den gebürtigen Berlinerinnen und Berlinern auf der Leitungsebene zunächst von 6,8 auf 8,3 Prozent leicht angestiegen (ohne Berlin von 4,5 auf 5,0 Prozent), von 2023 bis 2024 dann allerdings wieder rückläufig auf 7 Prozent. Bei den Abteilungsleitungen liegt der Anteil Ostdeutscher (einschließlich Berlin) inzwischen bei 9,2 Prozent,

bei den Unterabteilungsleitungen sind 10,2 Prozent gebürtige Ostdeutsche einschließlich der in Berlin Geborenen, bei den Referatsleitungen liegt dieser Anteil bei 16,5 Prozent. Auf der Ebene der Referentinnen und Referenten liegt der Anteil gebürtiger Ostdeutscher (einschließlich Berlin) mit 23,8 Prozent bereits deutlich über ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung von etwa 20 Prozent. Werden nur die fünf ostdeutschen Flächenländer betrachtet, wird aber auch auf dieser Ebene noch eine Unterrepräsentation sichtbar.

⁴ Abweichungen im Vergleich zu den Vorjahresergebnissen sind darauf zurückzuführen, dass einige Positionen, die in den Vorjahren noch vakant waren, mittlerweile nachbesetzt werden konnten. Umgekehrt gab es aber auch einige Abgänge, bei denen derzeit noch keine vollständige Nachwahl bzw. Nachbesetzung erfolgt ist. Insgesamt sind die schwankenden Zahlen Ausdruck davon, dass diese stichtagsbezogen erhoben werden und es von Stichtag zu Stichtag personelle Veränderungen geben kann. Dies gilt ebenso für die oberen Bundesbehörden sowie für die Richterschaft.

⁵ Beamtete Staatssekretärinnen und Staatssekretäre sowie vergleichbare Funktionen.

In den oberen Bundesbehörden setzt sich der Trend eines leichten Anstiegs ostdeutscher Führungskräfte im Vergleich zu den Vorjahren fort. So ist der Anteil dieser Führungskräfte in der aktuellen Erhebung (ohne Berlin) im Vergleich zum Stichtag 01.09.2022 von 6,0 auf 8,6 Prozent gestiegen. Diese Steigerung zeigt sich jedoch nicht auf allen Ebenen. Auf der Ebene der Behördenleitungen ist der Anteil gebürtiger Ostdeutscher in den ostdeutschen Flächenländern aktuell sogar rückläufig. Auf der Ebene der Abteilungsleitungen setzt sich hingegen der Trend einer leichten Steigerung über alle drei Erhebungszeitpunkte fort (2022: 6,9 Prozent; 2023: 8,7 Prozent; 2024: 9,9 Prozent). Dennoch liegen die Anteile ostdeutscher Führungskräfte nach wie vor deutlich unter ihrem Bevölkerungsanteil von etwa 20 Prozent.⁶

In der Richterschaft ist im Vergleich zur ersten Erhebung (Stichtag 01.09.2022) ein Anstieg der Personen mit Geburtsort in einem der ostdeutschen Flächenländer (ohne Berlin) um 2,2 Prozentpunkte auf 7,3 Prozent festzustellen. Bei Berücksichtigung der Zugehörigkeit zu einer ostdeutschen Landsmannschaft⁷ (ohne Berlin) zeigt sich eine Steigerung um 1,5 Prozentpunkte auf 14 Prozent.

Bei den Vorsitzenden Richterinnen und Richtern sind gebürtige Ostdeutsche nach wie vor stark unterrepräsentiert. Der Anteil ist im Vergleich zu den beiden vorangegangenen Auswertungen leicht auf 1,9 Prozent zurückgegangen. Wird die Zugehörigkeit zu einer Landsmannschaft zugrunde gelegt, zeigt sich jedoch ein Anstieg um

Herkunft der Führungskräfte in den oberen Bundesbehörden zu den Stichtagen 30.06.2024, 30.06.2023 und 01.09.2022 (Tabelle 2)

Obere Bundesbehörden		Führungskräfte mit Geburtsort in... (Anteile in Prozent)				
	Funktionsebene	Führungskräfte gesamt (absolut)	Ausland	Westdeutschland (ohne Berlin)	Ostdeutschland (mit Berlin)	Ostdeutschland (ohne Berlin)
2022	Behördenleitung	74	2,7	93,2	4,1	2,7
2023		74	2,7	91,9	5,4	4,1
2024		90	3,3	93,3	3,3	3,3
2022	Stellvertretende Behördenleitung	77	2,6	89,6	7,8	3,9
2023		67	3,0	89,6	7,5	3,0
2024		81	1,2	91,4	7,4	4,9
2022	Abteilungsleitung	494	2,8	84,2	13,0	6,9
2023		471	2,8	82,4	14,0	8,7
2024		564	3,4	82,5	14,2	9,9
2022	alle Führungskräfte	645	2,8	85,9	11,3	6,0
2023		612	2,8	84,3	12,3	7,5
2024		735	3,1	84,9	12,0	8,6

Quelle: Arbeitsstab des Beauftragten der BReg für Ostdeutschland; Daten auf Basis der Meldungen durch die Behörden.

⁶ Ausführliche Erläuterungen zum Referenzrahmen finden sich im Bundeskonzept auf Seite 19.

⁷ Bei den Bundesrichterinnen und -richtern wird neben dem Geburtsort auch die sogenannte „landsmannschaftliche Zugehörigkeit“ betrachtet. Bundesrichterinnen und -richter sind vor ihrer Wahl – in der Regel über einen langen Zeitraum hinweg – in der Justiz eines Bundeslandes tätig gewesen und haben sich dort bewährt und empfohlen. Die daraus abgeleitete Landsmannschaft gibt Auskunft über die Verbundenheit einer Person zu einem Bundesland.

Landsmannschaftliche Zugehörigkeit und Geburtsort der Richterschaft in den obersten Bundesgerichten zu den Stichtagen 30.06.2024, 30.06.2023 und 01.09.2022 (Tabelle 3)

Bundesrichterschaft		Richterinnen und Richter mit landsmannschaftlicher Zugehörigkeit zu... (Anteile in Prozent)			Richterinnen und Richter mit Geburtsort in... (Anteile in Prozent)			
		Westdeutschland (ohne Berlin)	Ostdeutschland (mit Berlin)	Ostdeutschland (ohne Berlin)	Ausland	Westdeutschland (ohne Berlin)	Ostdeutschland (mit Berlin)	Ostdeutschland (ohne Berlin)
2022	Vorsitzende Richterinnen und Richter	80,0	20,0	11,1	0,0	95,6	4,4	2,2
2023		79,6	20,4	12,2	0,0	95,9	4,1	2,0
2024		78,8	21,2	17,3	0,0	98,1	1,9	1,9
2022	Richterinnen und Richter	80,4	19,6	12,7	1,0	91,4	7,6	5,5
2023		79,9	20,1	14,4	1,1	89,8	9,2	6,3
2024		81,0	19,0	13,4	1,0	88,6	10,3	8,3
2022	alle Richterinnen und Richter	80,4	19,6	12,5	0,9	92,0	7,1	5,1
2023		79,9	20,1	14,1	0,9	90,7	8,4	5,7
2024		80,7	19,3	14,0	0,9	90,1	9,1	7,3

Quelle: Arbeitsstab des Beauftragten der BReg für Ostdeutschland; Daten auf Basis der Meldungen durch BMJ/BMAS.

6,2 Prozentpunkte auf 17,3 Prozent (Ostdeutschland ohne Berlin); mit Berlin liegt der Anteil sogar bei 21,2 Prozent. Die Diskrepanz zwischen Zugehörigkeit zu einer Landsmannschaft und Erfassung nach Geburtsort zeigt sich hier besonders deutlich.

Eine positive Entwicklung ist bei den Richterinnen und Richtern zu beobachten. Gebürtige Ostdeutsche kommen zum Stichtag 30.06.2024 auf einen Anteil von 8,3 Prozent, was einem Plus von 2,8 Prozentpunkten entspricht. Mit Einbezug von Berlin liegt der Wert bei 10,3 Prozent, was einem Plus von 2,7 Prozentpunkten entspricht. Auch die Auswertung nach der Landsmannschaft (Ostdeutschland ohne Berlin) zeigt eine leicht positive Entwicklung: Der Anteil steigt von 12,7 Prozent seit der ersten Erhebung auf 13,4 Prozent in diesem Jahr.

Zusammenfassung:

Die Datenauswertungen zeigen eine leichte Steigerung der Anteile von ostdeutschen Führungskräften, dennoch bleibt die Unterrepräsentation in nahezu allen Bundesbehörden weiterhin sichtbar. Ein wesentlicher Grund dafür, dass Ostdeutsche in oberen Bundesbehörden selten Leitungspositionen innehaben, könnte darin begründet sein, dass der Hauptsitz dieser Behörden größtenteils in Westdeutschland liegt. Dadurch erfolgten die Personalrekrutierung und Karriereförderung über viele Jahre hinweg überwiegend dort. Eine positive Entwicklung über den gesamten Auswertungszeitraum ist bei den Richterinnen und Richtern zu beobachten. Auf der Ebene der Nachwuchskräfte sind bereits heute Ostdeutsche (mit Berlin) entsprechend ihres Bevölkerungsanteils angemessen vertreten.

III. Stand der Umsetzung der Maßnahmen zur Steigerung des Anteils von Ostdeutschen in Führungspositionen

A. Übergeordnete Maßnahmen

1. Ganzheitliche Diversitätsstrategie

Die Bundesregierung arbeitet derzeit an einer ganzheitlichen Diversitätsstrategie für die Bundesverwaltung. Die Vielfaltsdimension „regionale Herkunft“ wird vor dem Hintergrund der Unterrepräsentation Ostdeutscher in Führungspositionen der Bundesverwaltung in der Strategie ebenfalls mitumfasst.

2. Erkenntnisse aus zentraler Beschäftigtenbefragung generieren

Mit dem „Diversität und Chancengleichheit Survey“ von 2019 wurde die erste Beschäftigtenbefragung zur kulturellen Vielfalt in der Bundesverwaltung durchgeführt. Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration und zugleich Beauftragte der Bundesregierung für Antirassismus hat in Kooperation mit dem Bundesministerium des Innern und für Heimat sowie dem Beauftragten der Bundesregierung für Ostdeutschland eine Neuauflage des Surveys für 2024 beauftragt. Dieser befasst sich erstmals auch mit den Perspektiven und Karrierewegen von Ostdeutschen in der Bundesverwaltung. Die Befragung ist abgeschlossen. Die Ergebnisse sollen im Frühjahr 2025 vorliegen.

3. Arbeitgeber-Dachmarke Bund

Die Bundesregierung hat im Mai 2023 eine sogenannte Arbeitgeber-Dachmarke für die Bundesverwaltung unter dem Slogan: „Deutschland. Läuft nur mit dir.“ eingeführt. Zweck dieser Arbeitgebermarke ist es, die Behörden der Bundesverwaltung bei der Gewinnung von

qualifiziertem Personal zu unterstützen. Die Marke wird begleitet von einer neuen Karriere-Website sowie einer crossmedialen bundesweiten Kampagne, die potenzielle Interessenten in Ost- und Westdeutschland gleichermaßen adressiert.

4. Zusammenarbeit mit den ostdeutschen Ländern

Mit der Riemser Erklärung vom 13. Juni 2022 haben die Regierungschefinnen und Regierungschefs der ostdeutschen Länder gemeinsam mit dem Bundeskanzler im Rahmen der Ministerpräsidentenkonferenz Ost (MPK-Ost) die Grundlage für ihr Engagement zur Erhöhung des Anteils von Ostdeutschen in Führungspositionen gelegt. Sowohl auf der MPK-Ost am 22. Juni 2023 als auch am 18. Juni 2024 wurde die Notwendigkeit einer stärkeren Repräsentation von Ostdeutschen betont.

Die ostdeutschen Länder haben inzwischen erste Maßnahmen erarbeitet. Der Personalaustausch zwischen den Landesregierungen und Bundesministerien im Rahmen von Hospitationen und Abordnungen soll intensiviert werden. Auf diese Weise sollen regionale Erfahrungen und Sichtweisen in die Arbeit der Bundesregierung eingebracht und bundespolitische Entscheidungen in den Landesministerien transparenter vermittelt werden. Einzelne Landesministerien haben bereits konkrete Schritte eingeleitet. Das Bundeskanzleramt und der Beauftragte der Bundesregierung für Ostdeutschland fungieren als Bindeglied zu den Bundesressorts und werden die Maßnahmen konstruktiv begleiten und unterstützen.

B. Maßnahmen/Best-Practice-Beispiele

Die Bundesregierung hat sich im Bundeskonzept von 26. Januar 2022 dazu verpflichtet, den Anteil von Ostdeutschen in Führungspositionen zu erhöhen. Sie erkennt dabei an, dass die Unterreprä-

sensation von Ostdeutschen in Führungspositionen der Bundesverwaltung nur in der Gesamtschau auf andere unterrepräsentierte Gruppen langfristig behoben werden kann. Daher sind die Maßnahmen Teil einer umfassenden Gesamtstrategie, die darauf abzielt, die Bundesverwaltung insgesamt vielfältiger aufzustellen.

Die Initiierung und Umsetzung von Einzelmaßnahmen zur Steigerung des Anteils von Ostdeutschen in Führungspositionen liegt in der Zuständigkeit der Ressorts. Beispiele hierfür sind:

Sensibilisierung

Die Ressorts haben in eigenen Leitbildern, Leitlinien oder einer Diversitätsstrategie ihr Engagement für mehr Vielfalt in der Bundesverwaltung verankert. Auf Inhouse-Veranstaltungen wurde das Bundeskonzept in einigen Ressorts vorgestellt und mit der Leitung diskutiert. Zudem wurden die Ergebnisse aus dem Forschungsvorhaben „Elitenmonitor“ im Intranet eingestellt.

Personalwesen

In Auswahlverfahren spielen sowohl die Diversitätskompetenz der Bewerbenden als auch der Auswahlkommission eine wichtige Rolle. Auswahlkommissionen werden in zahlreichen Bundesbehörden möglichst vielfältig besetzt, auch über die jetzt schon bestehenden gesetzlichen Vorgaben hinaus. Bei weiteren Maßnahmen im Bereich des Personalwesens handelt es sich beispielsweise um:

- Kontinuierliche Überprüfung aller Maßnahmen der Personalgewinnung und des internen Beurteilungssystems unter Berücksichtigung der Vorgaben des Bundeskonzeptes.

- Durchführung von Schulungen für Mitglieder in Auswahlkommissionen und Beurteilerschulungen vor Einstellungsverfahren und vor jeder Beurteilungsrunde.
- Prüfung der Möglichkeiten zur praxisnahen und aktivierenden Schulung von Führungskräften zu Themen wie „unbewusste Verzerrungen“ (Unconscious Bias) und „Die Psychologie der Mitarbeiterbeurteilung“.
- In Stellenausschreibungen betonen alle Ressorts die Offenheit gegenüber Menschen aller Diversitätsdimensionen sowie die Wertschätzung vielfältiger Teams.
- Einige Ressorts haben Maßnahmen zur gezielten Ansprache und Einladung von Ostdeutschen in Stellenausschreibungen des höheren Dienstes aufgenommen bzw. weisen darin auf die regionale Herkunft als eine Vielfaltsdimension hin.

Ressortübergreifende Netzwerktreffen

- Für den Austausch über Karrierewege, zur Stärkung der Selbstwirksamkeit und um den Dialog zwischen allen Beschäftigten in den Ressorts zu fördern, haben sich interne sowie ressortübergreifende Ost-Netzwerke etabliert.

Öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen des Ostbeauftragten

Die Bundesregierung will mit dem Bundeskonzept eine Vorreiterrolle einnehmen und damit eine breite gesellschaftliche Diskussion über das Verständnis von Chancengleichheit und Teilhabe Ostdeutscher auch in den Führungspositionen von Wirtschaft und Wissenschaft, Medien und Gesellschaft anstoßen.

Dazu hat der Beauftragte der Bundesregierung für Ostdeutschland verschiedene Gesprächsformate initiiert. Hervorzuheben sind:

- 19. April 2023: Austausch mit Dax-Personalvorständen im Bundeskanzleramt
- 12. Juni 2023: Ostdeutsches Wirtschaftsforum in Bad Saarow: Panel zum Thema „Ostdeutsche Eliten: Statusbestimmung und Perspektiven – welche Wege führen zu einer stärkeren Repräsentanz?“
- 12. September 2023: Diskussion von ersten Ergebnissen aus dem „Elitenmonitor“ mit Expertinnen und Experten aus verschiedenen Bereichen der Gesellschaft
- 14. September 2023: Pressegespräch zu den Ergebnissen des „Elitenmonitors“
- 17. Oktober 2023: DeZIM Lunch Discussion „Wer ist hier ostdeutsch, und wenn ja, wie viele?“
- 16. September 2024: Vorstellung der Ergebnisse des „Elitenurvey 2023“ im Expertenkreis und anschließendes Pressegespräch.

Ausblick

Mit dem Bundeskonzept und der jährlichen Fortschreibung wurden erste Schritte zur Steigerung des Anteils ostdeutscher Führungskräfte in der Bundesverwaltung unternommen. Die Daten zeigen, dass noch viel zu tun ist, um die Vielfalt unserer Gesellschaft in den Führungsebenen angemessen abzubilden. Dies ist essenziell, um eine gleichberechtigte Teilhabe aller gesellschaftlichen Gruppen an der politischen Willens- und Meinungsbildung zu erreichen.





Teil C:

*Elitensurvey 2023 –
Die Unterrepräsentation
Ostdeutscher in Eliten-
positionen aus Sicht
deutscher Eliten*

„Elitensurvey 2023“ – Die Unterrepräsentation Ostdeutscher in Elitenpositionen aus Sicht deutscher Eliten

von Lars Vogel, Volker Brandy, Justus Junkermann, Marion Reiser

Mehr als drei Jahrzehnte nach der deutschen Wiedervereinigung sind Ostdeutsche in den wichtigsten Führungspositionen in Deutschland, mit Ausnahme der Politik, weiterhin unterrepräsentiert.¹ Die personelle Unterrepräsentation sozialer Gruppen in den wichtigsten Gestaltungs- und Entscheidungspositionen einer Gesellschaft (Eliten) kann den Einfluss und die Interessenvertretung der unterrepräsentierten Gruppen vermindern und das Gefühl von kollektiver Benachteiligung in diesen Gruppen verstärken. Vor dem Hintergrund dieser und weiterer sozioökonomischer und politischer Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland wird die Unterrepräsentation Ostdeutscher in Elitenpositionen zunehmend in Politik und Gesellschaft als problematisch angesehen. Bisher ist jedoch weitgehend unbekannt, ob die Eliten selbst diese Unterrepräsentation wahrnehmen und, falls ja, wie sie diese bewerten, welche Gründe sie dafür sehen und ob sie diese abbauen wollen. Die Sicht der Eliten ist besonders relevant: So können sie die Ursachen für Unterrepräsentation als Expertinnen und Experten für den Aufstieg in Elitenpositionen beschreiben.

Zugleich beeinflussen sie durch ihre Stellung die Rahmenbedingungen für Aufstiegskarrieren und konkrete Stellenbesetzungen. Um die Sichtweise der Eliten auf die Unterrepräsentation der Ostdeutschen zu erfassen, wurde im Rahmen des von den Universitäten Leipzig und Jena sowie der Hochschule Zittau/Görlitz durchgeführten und durch den Beauftragten der Bundesregierung für Ostdeutschland geförderten Forschungsprojektes „Elitenmonitor“² der „Elitensurvey 2023“ durchgeführt. Eliten sind die Inhaberinnen und Inhaber der höchsten Führungspositionen in den wichtigsten Organisationen und Institutionen einer Gesellschaft, die regelmäßig und substantiell gesellschaftliche Entscheidungen beeinflussen und treffen. 2022/2023 hatten nach diesem Verständnis insgesamt 2.788 Personen in zwölf Sektoren (Politik, Wirtschaft und Arbeitgeber-/Berufsverbände, Gewerkschaften/Arbeitnehmerverbände, Religion, Justiz, Militär, Sicherheit, Zivilgesellschaft, Verwaltung, Wissenschaft, Kultur und Medien) eine Elitenposition inne.³ Von diesen nahmen 685 Elitenangehörige (24,5 Prozent) an der Befragung im Rahmen des Elitensurveys teil.⁴

¹ Siehe hierzu auch den Beitrag des Elitenmonitors im Bericht der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit 2023 (<https://www.publikationen-bundesregierung.de/pp-de/publikationssuche/deutsche-einheit-2023-2226088>).

² <https://research.uni-leipzig.de/elitenmonitor/>.

³ Vgl. dazu <https://research.uni-leipzig.de/elitenmonitor/ergebnisse/>.

⁴ Die Teilnahme variierte leicht zwischen den Sektoren, sodass eine Gewichtung vorgenommen wurde. Damit entspricht die sektorale Verteilung im „Elitensurvey“ jener der Leipziger Elitendatenbank. Die Teilnahme war im Vergleich zu früheren Elitenbefragungen sehr hoch.

In der Befragung wurden die Eliten unter anderem zu Aufstiegsfaktoren und Hindernissen auf den Karrierewegen befragt. Weitere Themen waren das wahrgenommene Ausmaß der Unterrepräsentation Ostdeutscher, ihre Bewertung, wahrgenommene Ursachen und mögliche Gegenmaßnahmen. In den Eliten, die am „Elitensurvey 2023“ teilnahmen, spiegelte sich mit 13,1 Prozent nahezu das gleiche Ausmaß an Unterrepräsentation Ostdeutscher⁵ wider, das bereits in der Leipziger Elitendatenbank für die Gesamtheit aller bundesdeutschen Eliten festgestellt wurde (12,3 Prozent im Vergleich zu ca. 19 Prozent in der Bevölkerung).

Wahrnehmung der Unterrepräsentation gesellschaftlicher Gruppen

Die Befragten sollten zunächst in einer offenen Frage spontan angeben, welche gesellschaftlichen Gruppen in ihrem Sektor unterrepräsentiert sind. Mit 47,5 Prozent gaben knapp die Hälfte der Eliten mindestens eine Gruppe als unterrepräsentiert an, während 52,5 Prozent keine Gruppe als unterrepräsentiert ansahen oder keine Angabe machen konnten. 10,1 Prozent der befragten Eliten führten Ostdeutsche als unterrepräsentierte Gruppe an, womit sie deutlich seltener als Menschen mit Migrationshintergrund oder Frauen genannt wurden. Die Wahrnehmung einer Unterrepräsentation Ostdeutscher ist bei den westdeutschen Eliten mit 8,4 Prozent deutlich niedriger als bei den ostdeutschen Eliten mit 21,7 Prozent.

Benachteiligung in der eigenen Karriere

Die Eliten wurden gefragt, ob sie in ihrer eigenen Karriere Benachteiligungen erfahren haben, wobei explizit nicht nach einer Benachteiligung als Ostdeutsche gefragt wurde. 49,4 Prozent der

westdeutschen Eliten haben nach eigenen Angaben überhaupt keine Benachteiligungen, weitere 38,5 Prozent eher keine Benachteiligung erfahren. Bei den ostdeutschen Eliten geben demgegenüber nur 26,7 Prozent überhaupt keine und 55,8 Prozent eher keine Benachteiligung an. Gleichzeitig äußern 14 Prozent der ostdeutschen Eliten, dass sie eher benachteiligt wurden, und weitere 3,6 Prozent, dass sie sehr benachteiligt wurden. Bei den westdeutschen Eliten waren dies 10,8 bzw. 1,3 Prozent. Direkt nach der Rolle ihrer ostdeutschen Herkunft gefragt, gaben 42,9 Prozent an, dass diese keinen Einfluss auf ihre Karriere hatte. Für 17,7 Prozent war die eigene Herkunft eher bzw. sehr stark nachteilig, wohingegen 39,3 Prozent ihre ostdeutsche Herkunft als Vorteil bzw. als sehr starken Vorteil für ihre Karriere sehen. Zu beachten ist, dass es sich hierbei um die Perspektive jener Ostdeutschen handelt, die erfolgreich eine Elitenposition erreicht haben.

Wahrnehmung und Ursachen der Unterrepräsentation von Ostdeutschen

Die Eliten wurden weiterhin gebeten, den Anteil von Ostdeutschen an den Eliten in ihrem Sektor zu schätzen. Sie beziffern ihn – bei Unterschieden zwischen den Sektoren – im Durchschnitt auf 12,2 Prozent und nehmen damit eine Unterrepräsentation wahr, die fast exakt dem tatsächlichen Anteil von 12,3 Prozent entspricht. Nach den Ursachen für diese Unterrepräsentation gefragt, sehen sowohl ost- als auch westdeutsche Eliten den Elitentransfer von West- nach Ostdeutschland im Zuge der deutschen Wiedervereinigung als bedeutendsten Faktor an (Abb. 1).⁶ Das wiederholte Nachrücken von Westdeutschen auf Führungspositionen wird am zweithäufigsten als Faktor

⁵ D. h. auf dem heutigen Gebiet der ostdeutschen Bundesländer geboren oder – falls Geburtsort unbekannt – bis zum Alter von 14 Jahren dort gelebt. Ost- oder West-Berlin vor 1990 wurde entsprechend Ost- bzw. Westdeutschland zugeordnet. Eine Berliner Herkunft nach 1990 wurde keinem der Landesteile zugeordnet und als fehlende Angabe behandelt.

⁶ Die vollständigen Frageformulierungen können auf der Website <https://research.uni-leipzig.de/elitenmonitor/> eingesehen werden.

genannt, wobei hier signifikant weniger Westdeutsche zustimmen. Auffällig ist weiterhin, dass die ostdeutschen Eliten die Unterrepräsentation sehr häufig auf habituelle Unterschiede sowie konkrete Benachteiligung zurückführen, während diese Aussagen bei den westdeutschen Eliten auf weniger Zustimmung stoßen. Fehlende Qualifikation oder ein Mangel an Motivation werden hingegen von Ost- wie Westdeutschen selten als Ursache für die Unterrepräsentation angesehen.

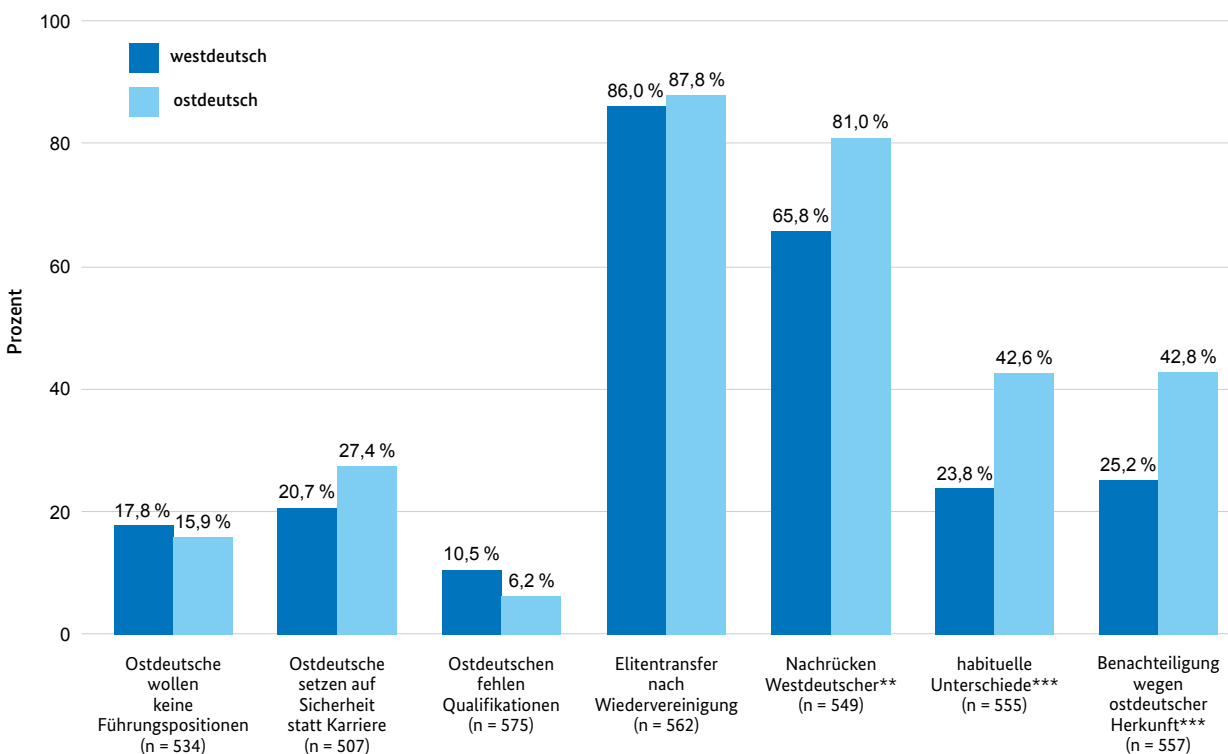
Bewertung der Unterrepräsentation Ostdeutscher

Die Unterrepräsentation Ostdeutscher sehen die Eliten selbst mehrheitlich als problematisch an (Abb. 2), da sie ungerecht sei, zu Defiziten bei

der Interessenvertretung sowie einem Verlust von Ideen und Erfahrungen führe. Zudem könnte die Unterrepräsentation Ursache für das Gefühl Ostdeutscher sein, sich als Bürger zweiter Klasse zu fühlen.

Insgesamt bewerten ostdeutsche Eliten die Unterrepräsentation häufiger als Problem als westdeutsche Eliten. Besonders groß ist die Differenz bei der Aussage, dass „Ostdeutsche die Interessen der eigenen Gruppe am besten vertreten können“. Westdeutsche sehen es am häufigsten als Problem an (68,2 Prozent), dass sich Ostdeutsche als Bürger zweiter Klasse fühlen könnten, während dieser Aspekt bei den ostdeutschen Befragten mit 79 Prozent Zustimmung an dritter Stelle liegt – jedoch bei generell höherer Zustimmung.

Wahrgenommene Ursachen der Unterrepräsentation Ostdeutscher (Abb. 1)



Anteil der Personen, die der Aussage zustimmen. Signifikanzlevel des Hypothesentests: $p < 0,001 = ***$; $p < 0,01 = **$; $p < 0,05 = *$

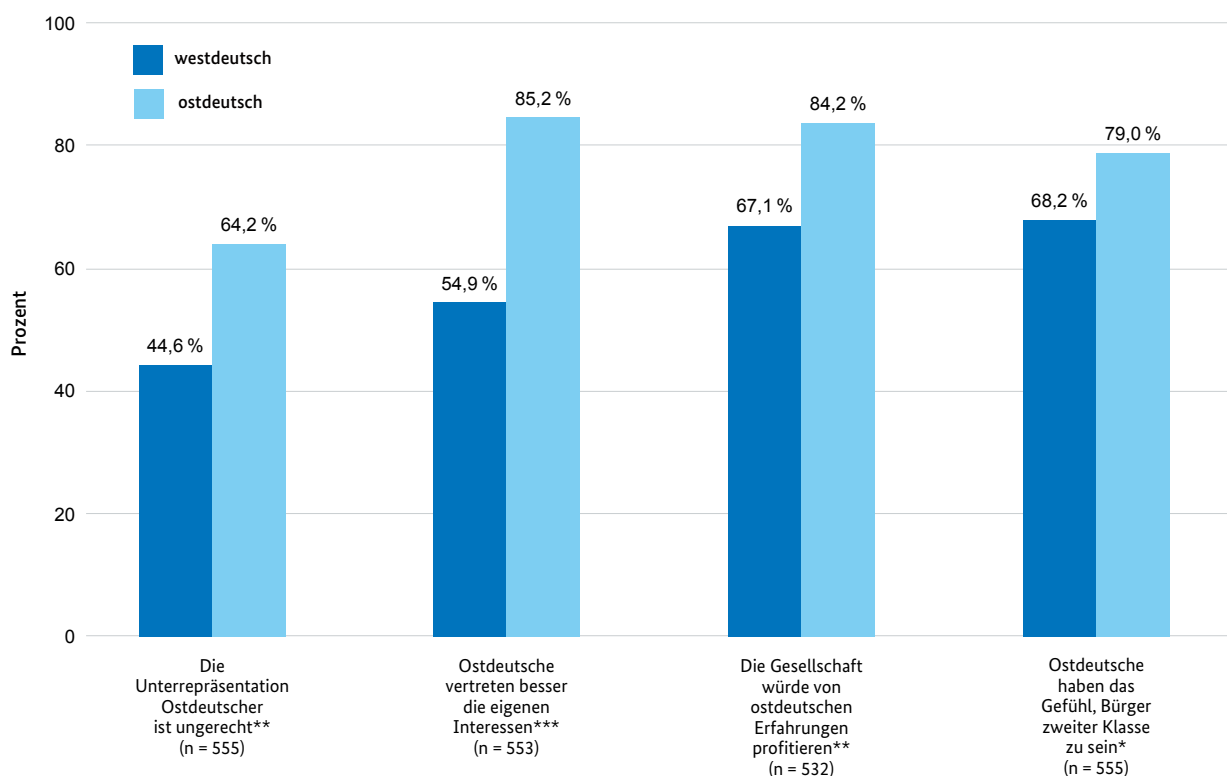
Quelle: „Elitensurvey 2023“.

Bewertung möglicher Maßnahmen

Vor dem Hintergrund der mit der Unterrepräsentation verbundenen Problemwahrnehmung stellt sich die Frage, ob die Eliten Maßnahmen zur Erhöhung der Repräsentation Ostdeutscher unterstützen. Der eher weichen Forderung, dass den Stimmen von Ostdeutschen in der öffentlichen Diskussion mehr Gehör geschenkt werden sollte, stimmen die Eliten in Ost und West mehrheitlich zu. Konkretere Maßnahmen erfahren hingegen nur eine geringe Unterstützung, wobei ostdeutsche Eliten diese stärker unterstützen (Abb. 3). So sprechen sich 12,3 Prozent der Ostdeutschen und 3,1 Prozent der Westdeutschen für eine Quote für Ostdeutsche in Führungspositionen aus. Der Aussage, dass sich das Problem

der Unterrepräsentation mit der Zeit von allein lösen wird und deshalb keine Maßnahmen erforderlich sind, stimmen 55,4 Prozent der westdeutschen und 28,6 Prozent der ostdeutschen Eliten zu. Ein Drittel (35,7 Prozent) der Westdeutschen sowie 10,4 Prozent der Ostdeutschen äußern zudem, dass keine Notwendigkeit besteht, den Anteil der Ostdeutschen in Führungspositionen zu erhöhen. Die Zustimmung zu diesen Maßnahmen entspricht tendenziell denen der allgemeinen Bevölkerung, die sich in vorhergehenden Umfragen gezeigt hat.⁷ Auch ist die zutage tretende Verteilung ähnlich bei Fragen zu Maßnahmen gegen die Unterrepräsentation anderer Gruppen wie z. B. Frauen.⁸

Bewertung der Unterrepräsentation als Problem (Abb. 2)



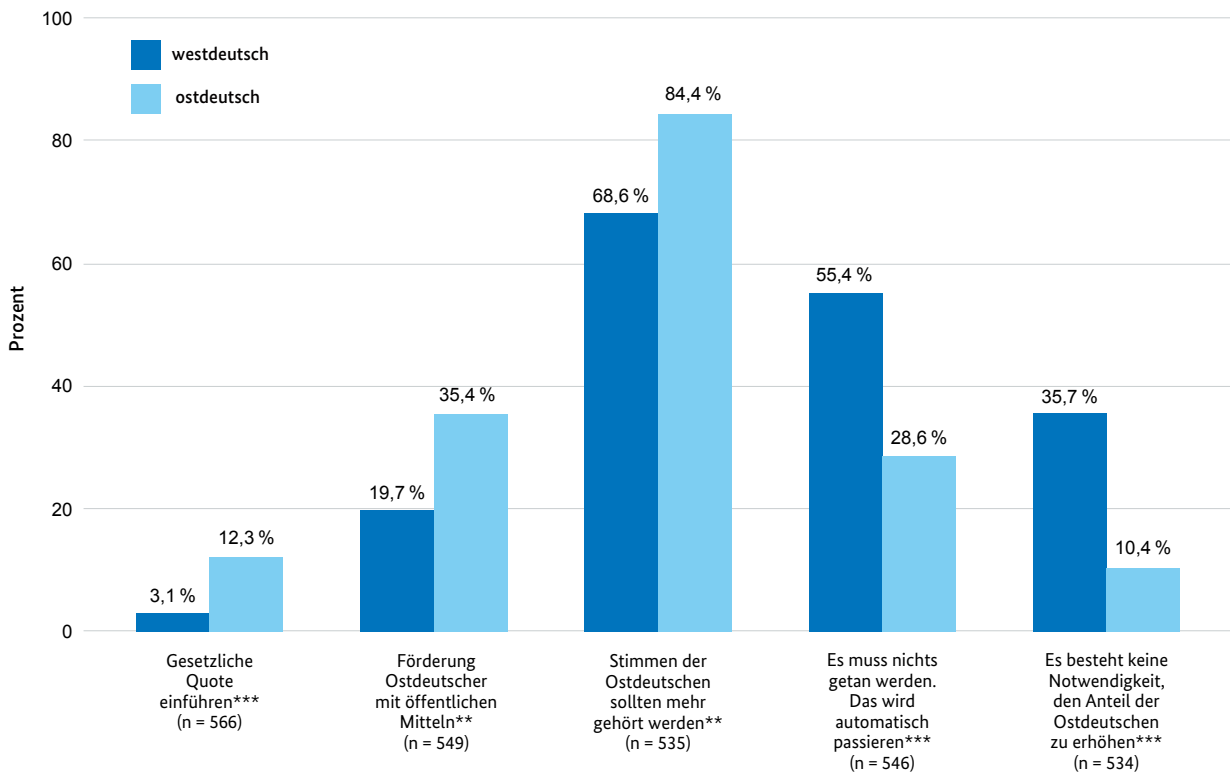
Anteil der Personen, die der Aussage zustimmen. Signifikanzlevel des Hypothesentests: $p < 0.001 = ***$; $p < 0.01 = **$; $p < 0.05 = *$

Quelle: „Elitensurvey 2023“.

⁷ Vogel, L.; Zajak, S. (2024). Eliten und personelle Unterrepräsentation aus Sicht der Bevölkerung – Wahrnehmung, Bewertung, Folgen. In: Ferne Eliten: Die Unterrepräsentation von Ostdeutschen und Menschen mit Migrationshintergrund, Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 299–337.

⁸ Coffé, H.; Reiser, M. (2020). Unterstützen die Bürger*innen die Einführung von Quoten und anderen Gleichstellungsmaßnahmen in Deutschland? Zeitschrift für Parteienwissenschaften (MIP), 26(2), S. 180–185.

Bewertung von Maßnahmen gegen Unterrepräsentation (Abb. 3)




Anteil der Personen, die der Aussage zustimmen. Signifikanzlevel des Hypothesentests: $p < 0.001 = ***$; $p < 0.01 = **$; $p < 0.05 = *$
 Quelle: „Elitensurvey 2023“.

Zentrale Ergebnisse

Die Unterrepräsentation Ostdeutscher in den Eliten wird von den Eliten selbst wahrgenommen und als Problem benannt. Die Eliten schätzen den Anteil Ostdeutscher auf 12,2 Prozent, was beinahe dem tatsächlichen Anteil von 12,3 Prozent entspricht – bei einem Bevölkerungsanteil von ca. 19 Prozent.

Es gibt große Zustimmung unter ost- und westdeutschen Eliten dazu, dass die Stimmen Ostdeutscher mehr gehört werden und in öffentlichen Diskussionen eine größere Rolle spielen

sollten. Härtere Maßnahmen (z. B. eine Quote) werden aber abgelehnt. In Bevölkerungsbefragungen war die Zustimmung zu solchen Maßnahmen für Ostdeutsche in der Tendenz ähnlich. Maßnahmen gegen die Unterrepräsentation von Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund erfahren ähnlich hohe Zustimmungswerte. Allerdings finden sich selbst unter den Eliten, die ja erfolgreich eine Elitepositionen erreicht haben, Wahrnehmungsunterschiede zwischen Ost und West. Ostdeutsche Eliten bewerten z. B.



die Unterrepräsentation Ostdeutscher problematischer und befürworteter Maßnahmen zu ihrer Reduzierung häufiger als westdeutsche Eliten.

Die eigene ostdeutsche Herkunft wird von 39,3 Prozent der ostdeutschen Eliten als Vorteil für ihre eigene Karriere angesehen. Während 42,9 Prozent angaben, dass die eigene ostdeutsche Herkunft keinen Einfluss auf ihre Karriere hatte, sehen 17,7 Prozent die eigene Herkunft hingegen als Nachteil für ihre Karriere an. Es ist wichtig an dieser Stelle

anzumerken, dass hier nur die erfolgreich aufgestiegenen Ostdeutschen befragt wurden. Weitere Studien müssten zeigen, wie es u. a. jene Ostdeutschen sehen, die erfolglos versucht haben, eine hohe Führungsposition zu erreichen.

**Teil D:
Deutschland-
Monitor 2024**

*Gesellschaftliche und
politische Einstellungen:
Kurzbericht „In welcher
Gesellschaft wollen
wir leben?“*

Deutschland-Monitor 2024

Gesellschaftliche und politische Einstellungen: Kurzbericht „In welcher Gesellschaft wollen wir leben?“

Jörg Hebenstreit, Everhard Holtmann, Tobias Jaeck, Lynn-Malou Lutz, Reinhard Pollak, Marion Reiser, Matthias Sand, Pierre Zissel

Berlin, Halle (Saale), Jena und Mannheim im Juli 2024

1. Einführung

Seit jeher machen sich die Menschen Gedanken, wie sie ihr Leben verbringen möchten. Dabei ist den allermeisten bewusst, dass sie ihre Vorstellungen vom „guten Leben“ nur zum Teil kraft eigener Fähigkeiten verwirklichen können.

Um Schutz gegen persönliche Lebensrisiken und äußere Gefahren zu finden, die teils absehbar sind, teils aber auch unvermutet auftreten, sind neben persönlichen Fähigkeiten und Leistungen auch Solidarität und Zuspruch seitens der Gesellschaft sowie staatliche Unterstützung und Vorsorge notwendig.

Ein Kennzeichen unserer freien und pluralistischen Gesellschaft ist, dass die Menschen unterschiedliche Vorstellungen und Wertorientierungen haben. Und gleichzeitig ist es wichtig, dass es in der Gesellschaft über zentrale Prinzipien und Werte einen Grundkonsens gibt. Die gegenwärtigen „multiplen Krisen“, die in Gestalt von Pandemie, Klimawandel, Kriegshandlungen in der Ukraine und in Nahost und weltweiter wirtschaftlicher Rezession aufgezogen sind,

haben in verstärktem Maße Unsicherheit, soziale Ängste und Abwehrreflexe ausgelöst. Fraglich ist, wie sich dies in den Vorstellungen der Menschen über die von ihnen gewünschte Gesellschaft widerspiegelt:

Welche Gesellschaft wünschen sich die Menschen in Deutschland? Welche tieferliegenden Grundhaltungen, Werte und Vorstellungen gibt es in der Gesellschaft? Welche Vorstellungen zum gesellschaftlichen Zusammenleben und zur Rolle des Staates werden konsensuell oder breit in der Gesellschaft geteilt? Und bei welchen Aspekten zeigen sich gegensätzliche Vorstellungen und konfligierende Wünsche? Wo gibt es Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland, wo Gemeinsamkeiten?

Auch das Jubiläum „75 Jahre Grundgesetz“ bietet einen Anlass, um die Akzeptanz und Relevanz von ausgewählten im Grundgesetz verankerten Grundrechten und die in der Bevölkerung wahrgenommene Verfassungsrealität zu untersuchen.

Vor diesem Hintergrund greift der Deutschland-Monitor 2024 das Schwerpunktthema „In welcher Gesellschaft wollen wir leben?“ auf und untersucht zentrale Vorstellungen, Werte und Einstellungen der Bevölkerung.

1. geht es um die Frage, in welcher Gesellschaft die Bürgerinnen und Bürger selbst leben wollen und welche Bedeutung entsprechend gesellschaftlich verbreitete Zielvorstellungen, Werte und gesellschaftliche Charakteristika haben.
2. wird untersucht, welchen Stellenwert die Bürgerinnen und Bürger einzelnen Freiheitsrechten als Grundlage für ein gutes gesellschaftliches Miteinander einräumen und wie gut sie diese Rechte aktuell in Deutschland in der Praxis als erfüllt ansehen.
3. sind die Vorstellungen zur Rolle des Staates eine wichtige Dimension einer gewünschten Gesellschaft. In diesem Kontext wurden die Bürgerinnen und Bürger befragt, inwiefern sie im Fall von Lebensrisiken eine staatliche Absicherung wünschen oder diesbezüglich auf Eigenvorsorge setzen.
4. ist die soziale Gemeinschaft ein zentraler Anker der gewünschten Gesellschaft. Um etwas über den aktuellen Zustand und die Bewertung des gesellschaftlichen Zusammenhalts zu erfahren, wurden die Bürgerinnen und Bürger zum aktuellen Zustand eines gesellschaftlichen „Wir-Gefühls“ befragt.
5. werden die Präferenzen für unterschiedliche Gesellschaftsentwürfe und Demokratiekonzepte analysiert, indem die Befragten gebeten wurden, die zentralen Werte Freiheit, Gleichheit und Sicherheit gegeneinander abzuwägen.

In diesem Zusammenhang interessiert zum einen, wo es einen breiten gesellschaftlichen Konsens oder aber einen Dissens in der Bevölkerung gibt. Zum anderen steht im Fokus, welchen Einfluss individuelle Merkmale – wie Alter, Geschlecht, Bildung, Einkommen –, regionale Herkunft und Sozialisationserfahrungen haben.

Die empirische Basis der Analyse ist eine repräsentative Befragung der deutschsprachigen Bevölkerung ab 16 Jahren mit Wohnsitz in Deutschland. Die Befragung von 3.986 Personen wurde vom 18. April 2024 bis 24. Mai 2024 mit Hilfe von computergestützten Telefoninterviews (CATI) durchgeführt.¹

¹ Das Ziel des Deutschland-Monitors ist es, politische und gesellschaftliche Einstellungen in der gesamtdeutschen Bevölkerung zu untersuchen. Dabei steht neben individuellen Einflussfaktoren die Frage im Zentrum, wie regionale Lebensumfelder („Kontexte“) diese gesellschaftlichen und politischen Einstellungen der dort lebenden Menschen beeinflussen. Daher kombiniert der Deutschland-Monitor 2024 zwei standardisierte Befragungen mit unterschiedlichen Stichproben: Zum einen eine repräsentative Stichprobe für die deutschsprachige Bevölkerung ab 16 Jahren mit Wohnsitz in Deutschland. Diese Interviews bilden die Datengrundlage für diesen Kurzbericht zum Schwerpunktthema „In welcher Gesellschaft wollen wir leben?“. Zum anderen eine Regionalstichprobe: Dafür werden in zufällig ausgewählten strukturstarken und strukturschwachen Kreisen in Ost- und Westdeutschland weitere ca. 4.000 Interviews durchgeführt. Dieses methodisch innovative Vorgehen ermöglicht es, Einstellungsdaten mit kreis- bzw. gemeindebezogenen Strukturdaten so zu verknüpfen, dass auf dieser Ebene die Bedeutung von Umfeldfaktoren für politische und soziale Einstellungen erkennbar wird. Diese Befragung wird durch qualitative Fokusgruppeninterviews in diesen Regionen ergänzt. Eine vertiefte Analyse wird im Rahmen des Hauptberichts des Deutschland-Monitors 2024 erfolgen, der zu einem späteren Zeitpunkt erscheinen wird. Vgl. für weitere Informationen zum Ziel, zum Forschungs- und Erhebungsdesign und zum Konsortium: www.deutschland-monitor.info/.

2. In welcher Gesellschaft wollen wir leben?

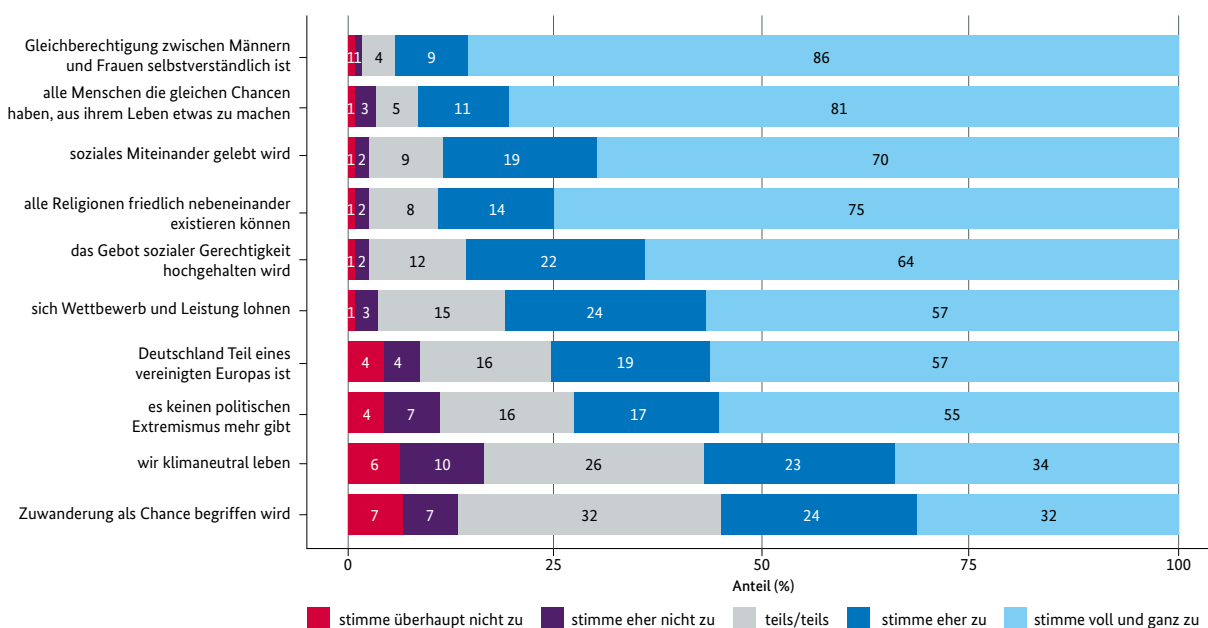
2.1 Vorstellungen von einer gewünschten Gesellschaft

Um zu erfassen, was für die Bürgerinnen und Bürger eine gute Gesellschaft ausmacht, wurden sie zunächst gefragt, in welcher Gesellschaft sie selbst leben wollen und welche Bedeutung hierfür bestimmte Zielvorstellungen, Werte und gesellschaftliche Charakteristika haben (vgl. Abb. 1). Die Antworten im Rahmen der Bevölkerungsbefragung zeigen diesbezüglich einen breit geteilten Konsens in Bezug auf zentrale Elemente: So sind für nahezu alle Bürgerinnen und Bürger das Gleichberechtigungsgebot zwischen den Geschlechtern und gleiche Chancen auf freie Entfaltung der Persönlichkeit wesentliche Grundlagen für das gesellschaftliche Zusammenleben. Die Zustimmung beträgt 95 bzw. 92 Prozent (Abb. 1). Auch das friedliche Zusammenleben

unterschiedlicher Religionen findet eine sehr hohe Zustimmung in der Bevölkerung (89 Prozent). Neben diesen kraft Verfassung verbürgten Grundrechten haben zentrale Normen sozialen Handelns und gesellschaftlicher Anerkennung große Bedeutung, wie ein gelebtes soziales Miteinander (89 Prozent) und die Gewähr sozialer Gerechtigkeit (86 Prozent). Auch das Leistungsprinzip wird von einem hohen Anteil der Bevölkerung als wesentliches Element einer gewünschten Gesellschaft genannt (81 Prozent).

Jenseits dieser weitgehend konsensuell geteilten Vorstellungen von einer gewünschten Gesellschaft zeigen sich jedoch bei Fragen, die gegenwärtig als globale Herausforderungen kontrovers diskutiert werden, erwartungsgemäß unterschiedliche Vorstellungen in der Bevölkerung: So äußern 57 Prozent, dass sie in einer klimaneutralen Gesellschaft leben wollen, 56 Prozent wünschen sich eine Gesellschaft, in der „Zuwanderung als Chance“ begriffen wird. Damit werden

„In was für einer Gesellschaft wollen Sie leben? In einer, in der ...“ (Angaben in Prozent) (Abb. 1)



Anmerkungen: Items absteigend sortiert nach kumulierter Zustimmung („stimme voll und ganz zu“ sowie „stimme eher zu“).
Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt.

diese Aspekte im Vergleich in deutlich geringerem Maße als wichtiges Element einer gewünschten Gesellschaft bejaht. Gleichzeitig werden sie jedoch mehrheitlich geteilt, und nur ein kleiner Anteil von 16 bzw. 14 Prozent lehnt sie entschieden ab.

Unterschiede in den Vorstellungen von einer wünschenswerten Gesellschaft zeigen sich in Bezug auf die Bildungsabschlüsse: So sprechen sich formal höher Gebildete häufiger für ein klimaneutrales Leben aus und begreifen Zuwanderung häufiger als Chance (66 bzw. 69 Prozent).

Zudem bestehen teils signifikante Ost-West-Differenzen: Der Wunsch nach Klimaneutralität und nach europäischer Integration sowie die Offenheit für Zuwanderung sind in Westdeutschland stärker ausgeprägt als in Ostdeutschland. Diese Ost-West-Unterschiede zeigen sich jedoch nur bei jenen Personen, die vor 1972 in der ehemaligen DDR bzw. in Westdeutschland geboren und sozialisiert wurden. Bei Menschen, die ab 1972 geboren sind und somit überwiegend im wiedervereinigten Deutschland sozialisiert wurden, gibt es hinsichtlich der bevorzugten Gesellschaft kaum Unterschiede zwischen Ost und West. Erwähnung verdient, dass das Leistungsprinzip bei jungen Menschen im Osten höher rangiert als bei den Gleichaltrigen im Westen.

Die stärksten Unterschiede bei den gesellschaftlichen Vorstellungen zeigen sich bei Betrachtung der Parteiidentifikation. So weichen insbesondere die Vorstellungen derjenigen, die eine Parteinähe zur AfD angeben, hinsichtlich der Themen Klima, Europäische Integration und Zuwanderung systematisch vom Gesamtdurchschnitt der Bevölkerung ab: Sie sehen signifikant und deutlich seltener ein klimaneutrales Leben (18 Prozent bei einem Gesamtdurchschnitt von 57 Prozent), Zuwanderung (8 gegenüber 55 Prozent) sowie Europäische Integration (39 Prozent gegenüber 75 Prozent) als wünschenswert an. Ähnliche

Vorstellungen wie die AfD-Anhängerschaft haben Befragte mit einer Nähe zum Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW).

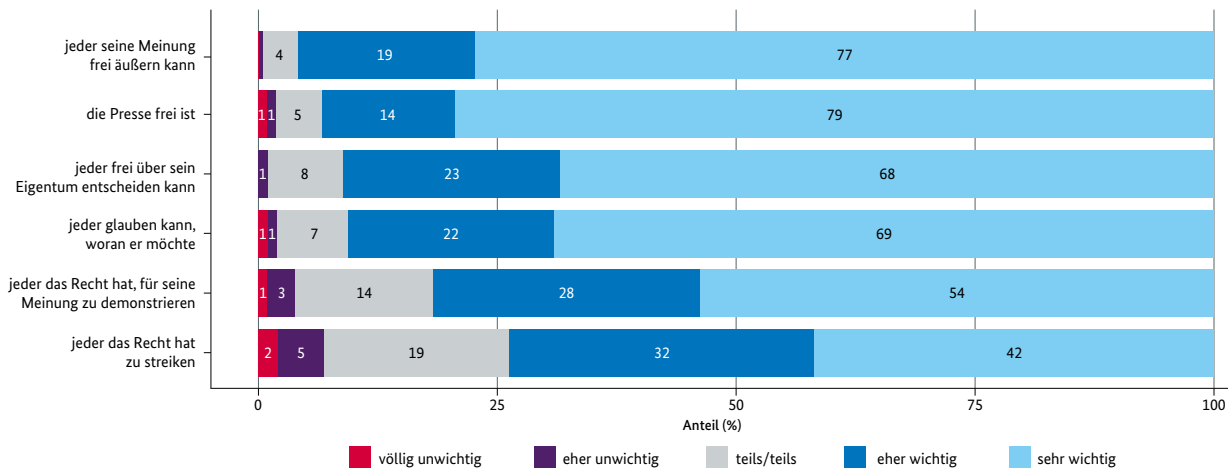
2.2 Freiheitsrechte als Grundlage für das gesellschaftliche Miteinander: Wichtigkeit und wahrgenommene Erfüllung

Aufbauend auf den Vorstellungen von einer gewünschten Gesellschaft wurde untersucht, welchen Stellenwert die Bürgerinnen und Bürger einzelnen ausgewählten Freiheitsrechten als Grundlage für ein gutes gesellschaftliches Miteinander einräumen und wie gut diese Rechte in ihrer Wahrnehmung aktuell in Deutschland in der Praxis erfüllt sind. Deutlich zeigt sich ein sehr breiter Konsens über die elementaren Grundwerte einer freiheitlichen Gesellschaft (Abb. 2). So wird allen abgefragten Freiheitsrechten in der Bevölkerung eine hohe bzw. sehr hohe Wichtigkeit beigemessen: Die wahrgenommene Wichtigkeit von Presse- und Meinungsfreiheit rangiert mit 93 bzw. 96 Prozent am höchsten, gefolgt von Glaubensfreiheit und Eigentumsrechten (jeweils 91 Prozent). Lediglich die Demonstrationsfreiheit (82 Prozent) und das Streikrecht (74 Prozent) werden etwas seltener als „eher wichtig“ bzw. „sehr wichtig“ eingestuft. Entsprechend liegt der Anteil derer, die die abgefragten Freiheitsrechte als unwichtig ansehen, mit Ausnahme des Streikrechts (7 Prozent), stets in einem marginalen Bereich von unter 5 Prozent.

Die Einschätzung, dass diese Rechte in Deutschland aktuell erfüllt sind, fällt bei allen Freiheitsrechten mehrheitlich positiv aus (Abb. 3). Die Erfüllung der Glaubensfreiheit und der Demonstrationsfreiheit wird von jeweils gut zwei Dritteln der Bevölkerung (69 Prozent) am besten beurteilt. Am niedrigsten sind die Werte bei der Eigentumsfreiheit und dem Streikrecht, die 60 bzw. 57 Prozent der Befragten als voll und ganz bzw. eher erfüllt ansehen. Dies bedeutet jedoch

Beurteilung der Wichtigkeit ausgewählter politischer und bürgerlicher Freiheitsrechte (Angaben in Prozent).

„Wie wichtig ist aus Ihrer Sicht, dass in Deutschland ...“ (Abb. 2)



*Anmerkungen: Items absteigend sortiert nach kumulierter Zustimmung („eher wichtig“ sowie „sehr wichtig“). Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt.

gleichzeitig, dass jeweils ein substanzieller Anteil von 31 bis 43 Prozent der Befragten die abgefragten Freiheitsrechte nur als teilweise oder sogar als nicht erfüllt beurteilt. Die stärksten Unterschiede in der Bewertung bestehen hinsichtlich der Erfüllung der Meinungs- und Pressefreiheit. Jeweils etwa 15 Prozent geben an, dass diese Freiheiten in der Praxis in Deutschland „nicht“ bzw. „eher nicht“ erfüllt sind.

Die Bewertung der Erfüllung der verschiedenen Freiheitsrechte hängt stark miteinander zusammen: Wer meint, ein Freiheitsrecht sei nicht erfüllt, ist eher der Meinung, dass auch die anderen Rechte weniger gut erfüllt sind.

Insgesamt zeigen sich hinsichtlich der Zufriedenheit bzw. Unzufriedenheit mit der Erfüllung der Freiheitsrechte Unterschiede in der Bevölkerung. So treten durchgehend signifikante Unterschiede zwischen den Altersgruppen auf, ausgenommen die Demonstrationsfreiheit. Ältere Personen bewerten die Erfüllung der Freiheitsrechte am positivsten. Personen mittleren Alters

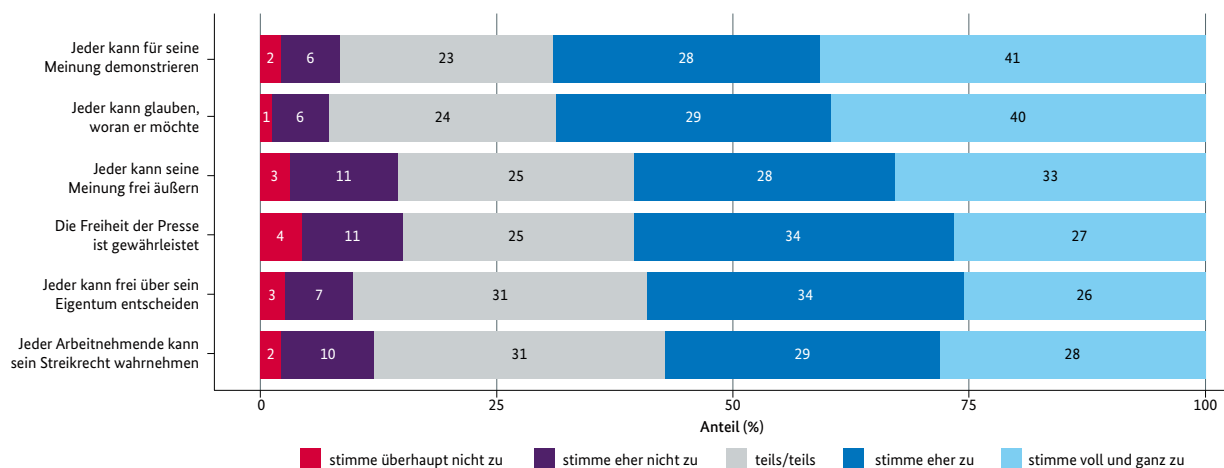
zeigen sich skeptischer als Personen über 65 und unter 30 Jahren, insbesondere bei der Presse-, Meinungs- und Eigentumsfreiheit.

Während kaum Unterschiede zwischen den Geschlechtern bestehen, variiert die Bewertung systematisch nach dem formalen Bildungsgrad: Personen mit mittlerer Schulbildung bewerten die Erfüllung der Freiheitsrechte – insbesondere der Presse-, Meinungs- und Demonstrationsfreiheit – in der Regel skeptischer als solche mit hoher oder niedriger Schulbildung. Formal höher Gebildete sehen die Freiheitsrechte durchweg am besten erfüllt.

Es bestehen zudem signifikante Ost-West-Unterschiede: Westdeutsche beurteilen die Erfüllung bürgerlicher und politischer Freiheiten stets signifikant besser als Ostdeutsche. Am geringsten sind die Differenzen beim Streikrecht, am höchsten bei der Presse- und Meinungsfreiheit. Erklärt werden kann dies auf Basis der Deutschland-Monitor-Daten unter anderem dadurch, dass populistische Einstellungen² in Ostdeutschland

² Zum Konzept und zur Operationalisierung populistischer Einstellungen im diesjährigen Deutschland-Monitor siehe: <https://deutschland-monitor.info/methoden/2024/populismus>.

Wahrgenommene Erfüllung politischer und bürgerlicher Freiheitsrechte (Angaben in Prozent) (Abb. 3)

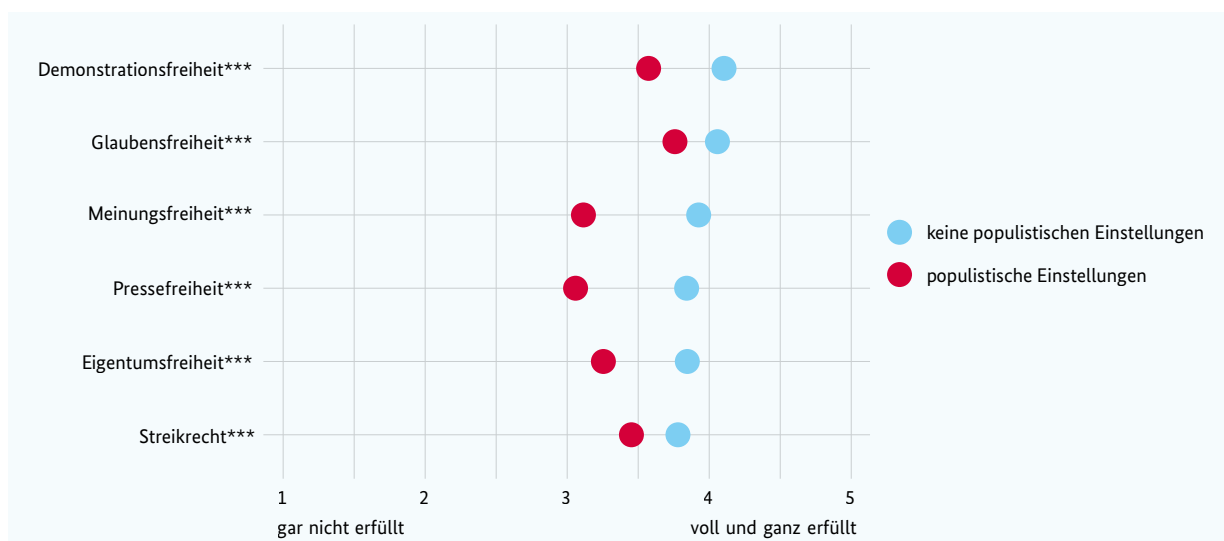


Anmerkungen: Items absteigend sortiert nach kumulierter Zustimmung („stimme voll und ganz zu“ sowie „stimme eher zu“). Abweichungen sind zu 100 Prozent rundungsbedingt.

(30 Prozent) weiter verbreitet sind als in Westdeutschland (20 Prozent bei einem Bundesdurchschnitt von 21 Prozent). Denn Personen, die populistische Einstellungen haben, sehen die Freiheitsrechte in Deutschland durchweg als deutlich weniger gut erfüllt an (Abb. 4). Auch hier gibt es hinsichtlich der Meinungs-

und Pressefreiheit die größten Unterschiede. Dieser Befund spiegelt den für populistische Einstellungen kennzeichnenden Vorwurf wider, etablierte Medien würden voreingenommen berichten, und der „Bereich des Sagbaren“ würde zunehmend eingeschränkt werden (vgl. dazu u. a. Mudde 2004).

Wahrgenommene Erfüllung der Freiheitsrechte in Deutschland nach populistischen Einstellungen (Abb. 4)



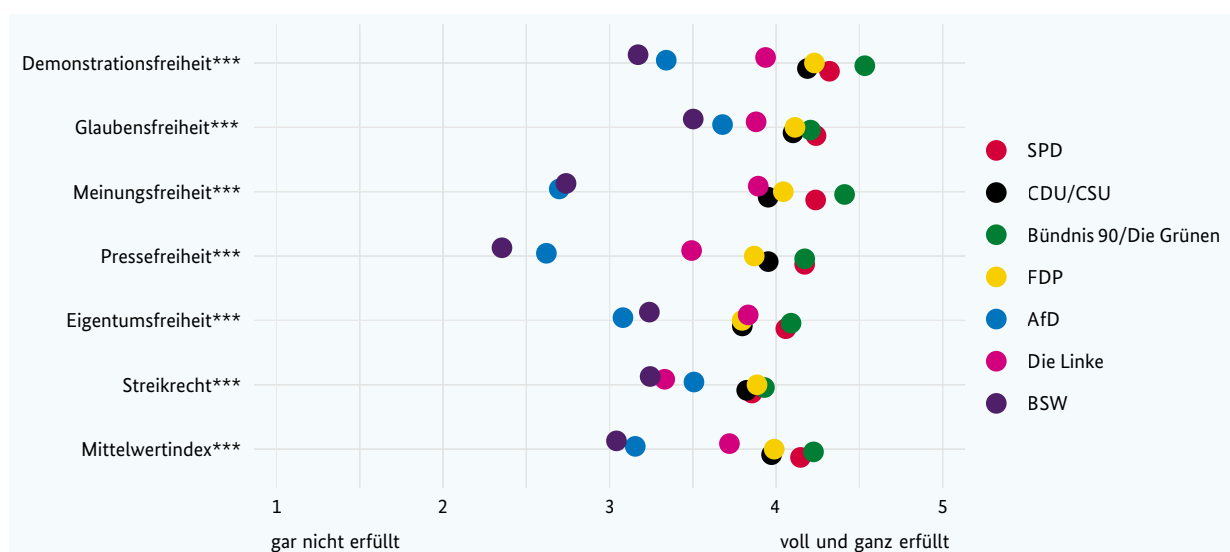
Anmerkung: Signifikanzniveaus: * $p < 0,05$; ** $p < 0,01$; *** $p < 0,001$.

² Zum Konzept und zur Operationalisierung populistischer Einstellungen im diesjährigen Deutschland-Monitor siehe: <https://deutschland-monitor.info/methoden/2024/populismus>.

Wie die Erfüllung der Freiheitsrechte wahrgenommen wird, unterscheidet sich zudem stark nach der Parteiidentifikation. Wie Abb. 5 zeigt, sehen Anhängerinnen und Anhänger von Bündnis 90/Die Grünen und SPD die abgefragten Freiheitsrechte am stärksten als erfüllt an. Danach folgen, mit einer etwas skeptischeren Beurteilung, die Anhängerschaften der Unionsparteien, der FDP und der Linkspartei. Die mit weitem Abstand negativste Einschätzung der Erfüllung politischer und bürgerlicher Freiheitsrechte haben Befragte, die eine Parteineigung zur AfD sowie zum BSW äußern. In dieses Bild fügt sich ein, dass in der Anhängerschaft dieser beiden Parteien populistische Einstellungen mit Abstand am weitesten verbreitet sind (AfD 63 Prozent, BSW 50 Prozent), was Ergebnissen anderer Studien entspricht (vgl. u. a. Thomeczek 2024). Besonders schlecht erfüllt sehen die Anhängerinnen und Anhänger von AfD und BSW die Presse- und Meinungsfreiheit. Die Daten des aktuellen Deutschland-Monitors bestätigen zudem ein unterdurchschnittliches Vertrauen in die öffentlich-rechtlichen Medien in den Anhängerschaften von AfD und BSW.

Die Analyse zeigt einen starken Zusammenhang zwischen dem wahrgenommenen Ausmaß der Erfüllung der Freiheitsrechte einerseits und der Demokratiezufriedenheit sowie dem Vertrauen in politische Kerninstitutionen andererseits.³ Aus theoretischer Sicht ist es plausibel, dass die Demokratiezufriedenheit und das Institutionenvertrauen stark von der wahrgenommenen Erfüllung der Freiheitsrechte abhängig sind: Vor dem Hintergrund der durchweg hohen Relevanzbewertung (Abb. 2) liegt es nahe, dass die Bürgerinnen und Bürger die politischen und bürgerlichen Freiheiten als gesellschaftliche Zielvorstellung so verinnerlicht haben, dass sie Defizite bei der Demokratieperformanz sehen, wenn die Erfüllung der Freiheiten als defizitär wahrgenommen wird. Es kann somit konstatiert werden, dass es einen breiten Konsens über die große Bedeutung der Freiheitsrechte in der Gesellschaft gibt, aber dass die Meinungen darüber, ob sie verwirklicht werden, deutlich auseinanderfallen (vgl. zu ähnlichen Ergebnissen Vorländer et al. 2024). Insofern stellt sich die Frage nach den Ursachen dieser unterschiedlichen Sichtweise

Wahrgenommene Erfüllung der Freiheitsrechte in Deutschland nach Parteiidentifikation (Abb. 5)

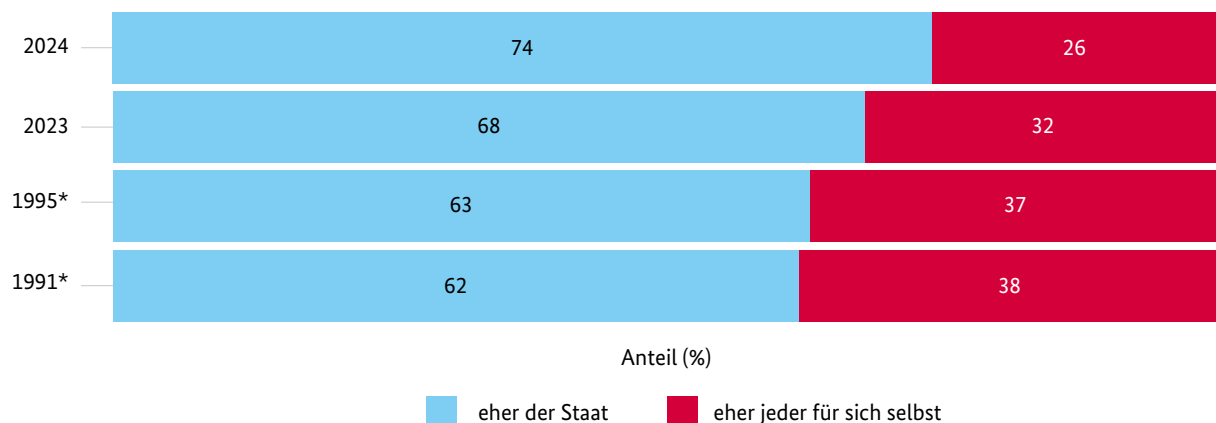


Anmerkungen: Zur besseren Lesbarkeit der Abbildung wurden die Punkte leicht vertikal verschoben, um Überlagerungen zu vermeiden. Signifikanzniveaus: * $p < 0,05$; ** $p < 0,01$; *** $p < 0,001$.

³ Pearsons $r = 0,51$; $p < 0,001$. Über weiterführende Analysen wird der Deutschland-Monitor 2024 berichten.

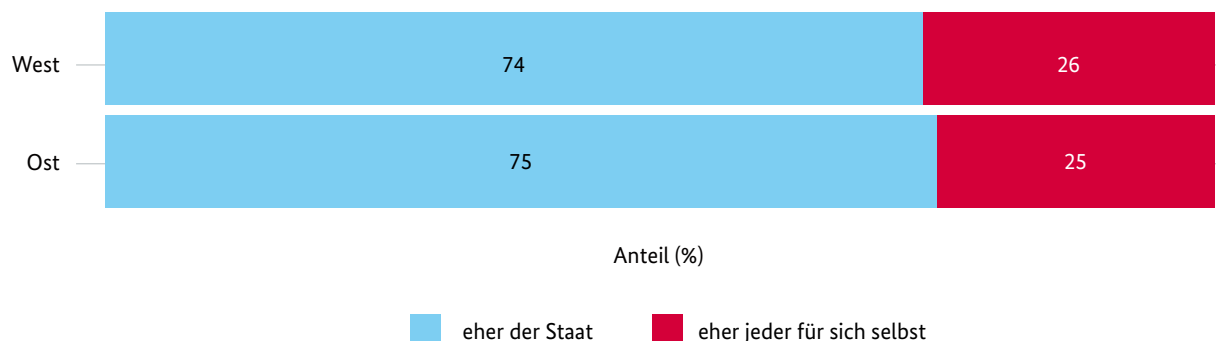
Wohlfahrtsstaatliche Erwartungen in Deutschland im Zeitvergleich 1991, 1995, 2023 und 2024: „Verantwortung für Lebensrisiken trägt ...“

(Angaben in Prozent) (Abb. 6)



Anmerkungen: Quelle: Deutschland-Monitor 2023/24; *Gabriel et al. 2015, S. 85.

Wohlfahrtsstaatliche Erwartungen in West und Ostdeutschland im Vergleich (2024): „Verantwortung für Lebensrisiken trägt ...“ (Angaben in Prozent) (Abb. 7)



auf die Erfüllung der Freiheitsrechte. Eine mögliche Erklärung ist, dass die Befragten unterschiedliche Vorstellungen davon haben, was ein spezifisches Freiheitsrecht, z. B. die Meinungsfreiheit, konkret umfassen sollte bzw. wo seine Grenzen liegen.⁴

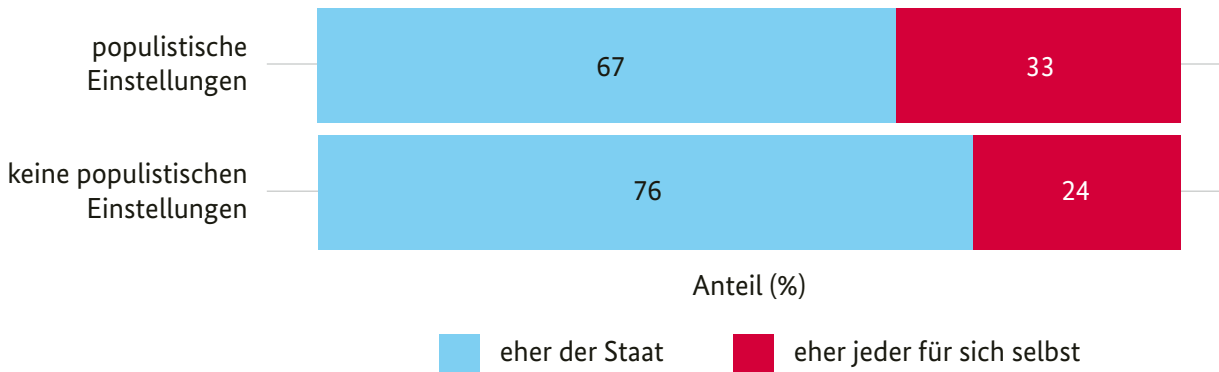
2.3 Staatshilfe oder Eigenvorsorge im Fall von Lebensrisiken?

Eine weitere wichtige Dimension einer gewünschten Gesellschaft bezieht sich auf die Vorstellungen zur Rolle des Staates und zum Sozialstaatsprinzip.

Inwiefern wünschen sich die Befragten im Fall von Lebensrisiken eine staatliche Absicherung, oder setzen sie diesbezüglich auf Eigenvorsorge? Die in Deutschland seit jeher allgemein hohe Erwartungshaltung an den Staat bei auftretenden Lebensrisiken wie Krankheit und Arbeitslosigkeit ist gegenüber 2023 deutlich von 68 auf 74 Prozent angestiegen (Abb. 6). Nachdem im Deutschland-Monitor 2023 die seit 1989/90 regelmäßig erhobenen Ost-West-Unterschiede noch festgestellt wurden (vgl. Hebenstreit et al. 2024, S. 182ff.), sind die Einstellungen nun in beiden Lan-

⁴ Da dies auch Implikationen dafür hätte, wie stark der Konsens über die Freiheitsrechte überhaupt ausgeprägt ist, wird dies in den Fokusgruppeninterviews, die im Rahmen des Deutschland-Monitors 2024 durchgeführt werden (vgl. dazu Fußnote 1), thematisiert werden.

Wohlfahrtsstaatliche Erwartungen nach populistischen Einstellungen (2024):
 „Verantwortung für Lebensrisiken trägt ...“ (Angaben in Prozent) (Abb. 8)

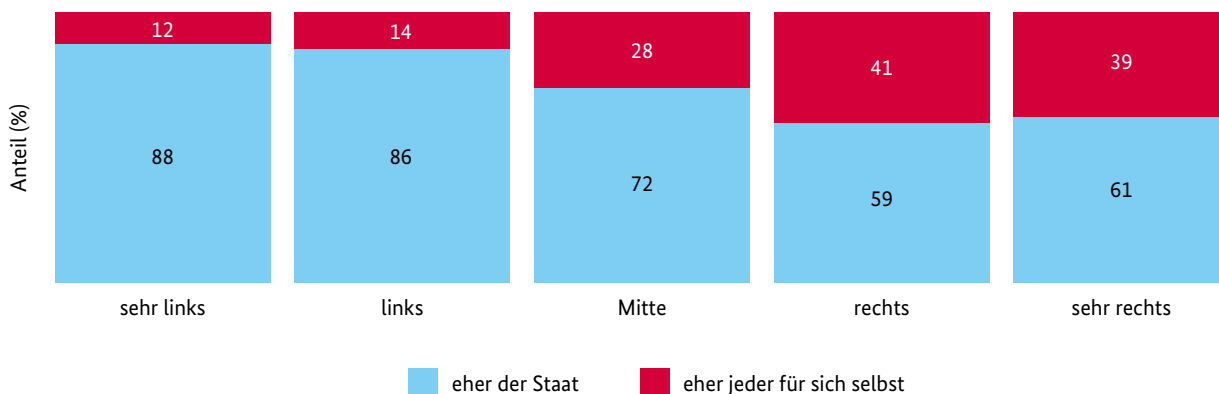


desteilen auf gleichem Niveau (Ost: 75 Prozent, West: 74 Prozent; Abb. 7). Die Bevölkerung Westdeutschlands hat sich demzufolge stärker den wohlfahrtsstaatlichen Erwartungen in Ostdeutschland angeglichen und wünscht sich nun ebenfalls eine Gesellschaft, die durch eine stärkere Staatstätigkeit auf diesen Gebieten gekennzeichnet ist.

Dabei zeigen sich signifikante Alterseffekte: Je jünger die Befragten sind, desto eher treten sie für eine starke Rolle des Wohlfahrtsstaates ein. Bei Befragten mit sehr hohem Einkommen ist

die Präferenz für Staatsverantwortung moderat niedriger ausgeprägt. Ähnlich ist der Befund für Personen, die populistische Einstellungen haben (Abb. 8): In dieser Bevölkerungsgruppe wird das Konzept des sorgenden Staates distanzierter bewertet. Damit korrespondiert, dass in der Anhängerschaft der AfD wohlfahrtsstaatliche Für- und Vorsorge vergleichsweise geringeren Zuspruch findet. Insgesamt hat die Selbstpositionierung auf der Links-Rechts-Skala dafür, ob Staatshilfe oder Eigenvorsorge vorgezogen wird, eine hohe Aussagekraft, was sich auch in der Verbindung mit Parteineigungen widerspiegelt (Abb. 9).

Wohlfahrtsstaatliche Erwartungen nach politischer Selbstverortung (2024):
 „Verantwortung für Lebensrisiken trägt ...“ (Angaben in Prozent) (Abb. 9)

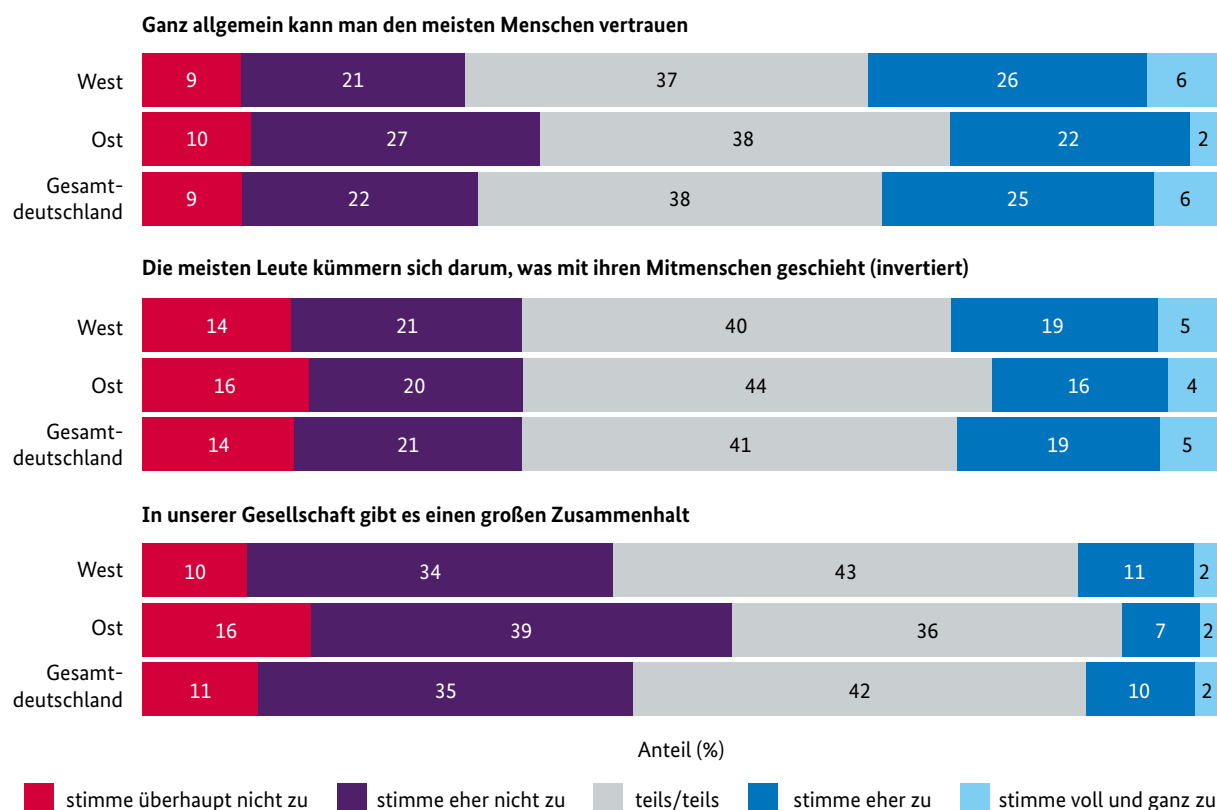


2.4 Soziale Gemeinschaft als Sicherheitsanker?

Ein weiterer wichtiger Aspekt der gewünschten Gesellschaft ist die Vorstellung und Bewertung der sozialen Gemeinschaft. Dieses gesellschaftliche „Wir-Gefühl“ gründet auf Vertrauen, Mitgefühl und sozialem Zusammenhalt. Schon auf den ersten Blick fällt auf, dass dieses gesellschaftliche „Wir-Gefühl“ in der Wahrnehmung der Befragten gegenwärtig gesamtgesellschaftlich gering ausgeprägt ist (Abb. 10). Lediglich ein Drittel der deutschen Bevölkerung bekundet ein stabiles Grundvertrauen in andere Menschen. Nur ein Viertel glaubt, dass sich die Menschen darum kümmern, was mit ihren Mitmenschen geschieht. Und nicht einmal jede bzw. jeder Achte schätzt den gesellschaftlichen Zusammenhalt positiv ein.

Dabei gibt es Ost-West-Unterschiede: In Ostdeutschland wird ein solches gesamtgesellschaftliches „Wir-Gefühl“ durchweg seltener wahrgenommen als in Westdeutschland. Zudem haben in beiden Teilen des Landes, je nach konkret gestellter Frage, zwischen 36 und 44 Prozent kein eindeutig vorteilhaftes oder nachteiliges Bild gelebter sozialer Nähe und Empathie vor Augen (vgl. Abb. 10, Kategorie „teils/teils“). Alterseffekte sind nachweisbar. Dabei stellen Angehörige mittlerer Jahrgänge (25 bis 54 Jahre) eine ambivalente Sozialdiagnose aus: Einerseits bejahen sie vergleichsweise häufig, dass den meisten Leuten das Schicksal ihrer Mitmenschen gleichgültig sei. Andererseits bewerten sie den sozialen Zusammenhalt – allerdings auf niedrigem Prozentpunkte-Niveau – besser als die Jüngeren und Älteren.

Dimensionen eines gesellschaftlichen „Wir-Gefühls“ (Vertrauen, Mitgefühl und Zusammenhalt; Angaben in Prozent) (Abb. 10)



Anmerkungen: Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt. Der originale Wortlaut des Items „Die meisten Leute kümmern sich überhaupt nicht darum, was mit ihren Mitmenschen geschieht“ wurde zur einfacheren Interpretation invertiert.

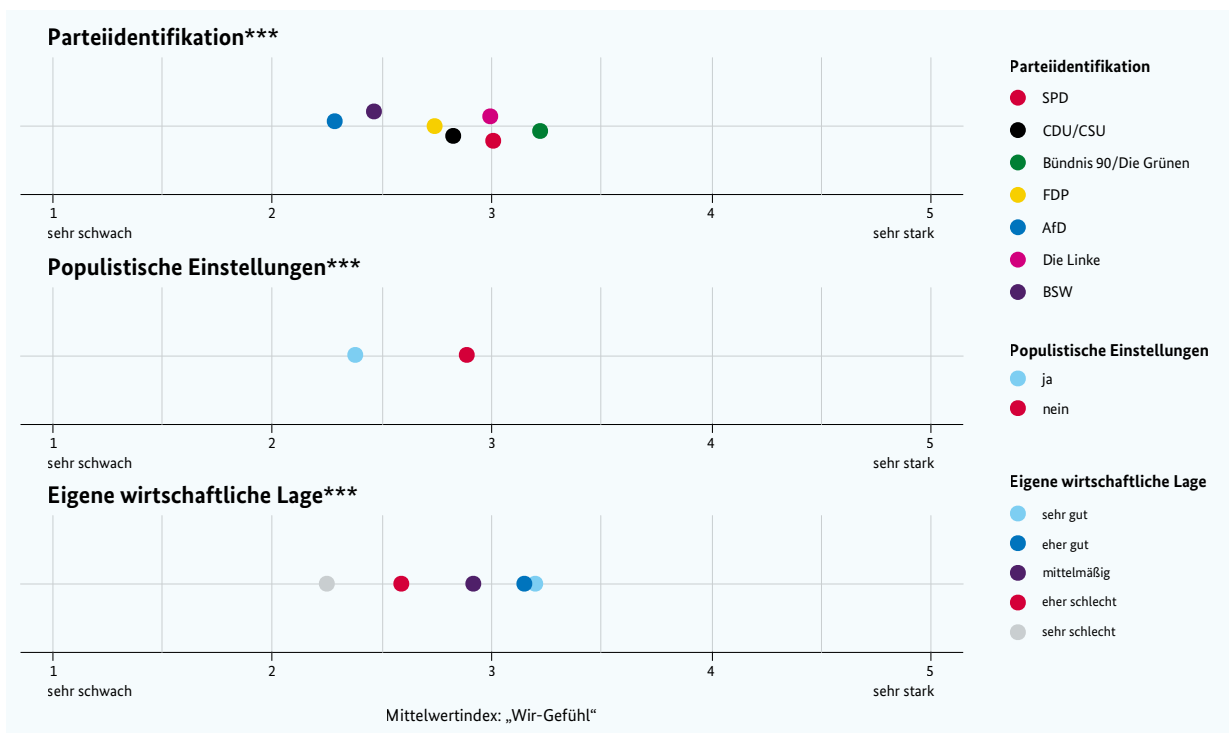
Bei zusätzlicher Aufschlüsselung der Variablen werden weitere Differenzierungen deutlich. Personen, die populistische Anschauungen, eine Parteinähe zur AfD oder zum BSW, niedrige bis mittlere Schulbildung, das Gefühl sozialer Deprivation (d. h. das Gefühl, nicht das zu erhalten, was ihnen gesellschaftlich zusteht) sowie eine schlechte eigene wirtschaftliche Lage haben, nehmen das „Wir-Gefühl“ seltener als gut wahr (Abb. 11).

Im Vergleich der Daten der Deutschland-Monitore 2023 und 2024 tritt ein bemerkenswerter Befund zutage: Für die Ebene der Gesamtgesellschaft – also einem abstrakten Bezug – wird der Grad sozialer Bindungen deutlich, ja teilweise dramatisch weniger positiv eingeschätzt als für die Ebene der örtlichen Gemeinschaft – also einem konkreten und erlebbaren Bezug. Dass man „den Menschen hier“, sprich vor Ort, vertrauen könne und dass „die Menschen hier“ sich gegen-

seitig helfen, bestätigten im vergangenen Jahr, bei etwa gleichbleibendem Ost-West-Unterschied, annähernd zwei Drittel aller Befragten (Abb. 12, vgl. Hebenstreit 2024, S. 95 f.). Wie der Vergleich mit einer Erhebung von 2014 zeigt, ist das lokal bezogene soziale Vertrauen und Zusammenhaltsgefühl im Laufe des letzten Jahrzehnts in Ost- wie Westdeutschland gewachsen (vgl. Gabriel, Holtmann u. a. 2015, S. 187).

Demzufolge wird eine soziale Trennlinie erkennbar: Deutschland bietet gegenwärtig das Erscheinungsbild einer vertikal gespaltenen Gesellschaft der besonderen Art: Die Erfahrungen und Wahrnehmungen, die die Menschen einerseits mit der lokalen und andererseits mit der überlokalen sozialen Welt machen, sind weitgehend entkoppelt. Dies erweitert und vertieft damit Befunde, die eine ebenenspezifisch sehr unterschiedliche Wahrnehmung von Gesellschaft und Politik, z. B.

Empfinden eines „Wir-Gefühls“ nach unterschiedlichen Faktoren (Mittelwerte von 1 „sehr schwach“ bis 5 „sehr stark“) (Abb. 11)



Anmerkungen: Zur besseren Lesbarkeit der Abbildung wurden die Punkte bei der Parteiidentifikation leicht vertikal verschoben, um Überlagerungen zu vermeiden. Signifikanzniveaus: * p < 0,05; ** p < 0,01; *** p < 0,001.

hinsichtlich der Responsivität und des Institutionenvertrauens (vgl. Hebenstreit et al. 2024, S. 131 f.), verdeutlichen.

2.5 Was zählt mehr:

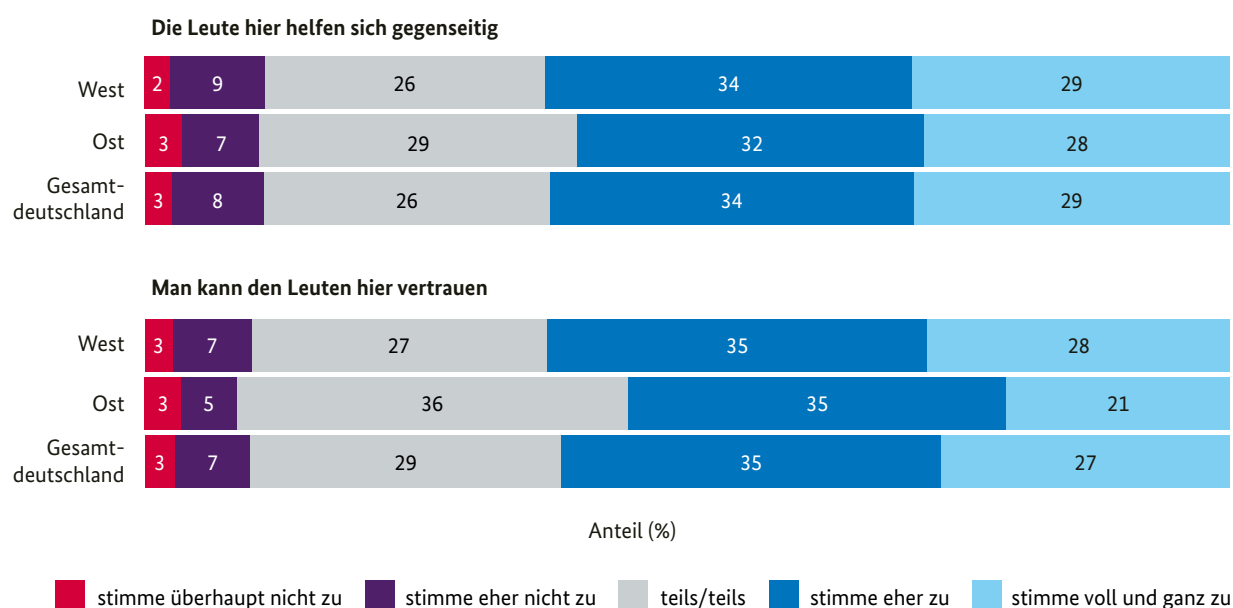
Freiheit, Gleichheit oder Sicherheit?

Die Trias „Freiheit“ – „Gleichheit“ – „Sicherheit“ bezeichnet in der Einstellungsforschung sogenannte „generelle Werte“. Diese sind zwar eng aufeinander bezogen, bringen jedoch für sich genommen jeweils Präferenzen für unterschiedliche Gesellschaftsentwürfe und auch Demokratiekonzepte zum Ausdruck. Auf einen kurzen Nenner gebracht, steht „Freiheit“ für Selbstverwirklichung und Partizipation, „Gleichheit“ für die gerechte Verteilung von Chancen und Gütern sowie „Sicherheit“ für den Schutz vor wirtschaftlichen und sozialen Lebensrisiken und gegen

Bedrohungen von Leib und Leben. Der Annahme folgend, dass die innerhalb der Bevölkerung bei einer Güterabwägung jeweils bevorzugten generellen Werte auch etwas über die gewünschte Gesellschaft aussagen, wurden die Befragten im Deutschland-Monitor 2024 nach ihrer subjektiven Abwägung zwischen Freiheit und Gleichheit sowie zwischen Freiheit und Sicherheit befragt (Abb. 13).

In der Abwägung zwischen Freiheit und Gleichheit überwiegt in der Bevölkerung eine Präferenz für Freiheit mit 73 Prozent. Weniger als ein Viertel der Befragten legt größeren Wert auf Gleichheit als auf Freiheit. Die eindeutige Tendenz zum Grundwert der Freiheit zulasten der Gleichheit folgt einem jüngeren Trend ansteigender Freiheitspräferenzen (vgl. u. a. Schatz et al. 2023, S. 68; Reiser et al. 2024, S. 64).

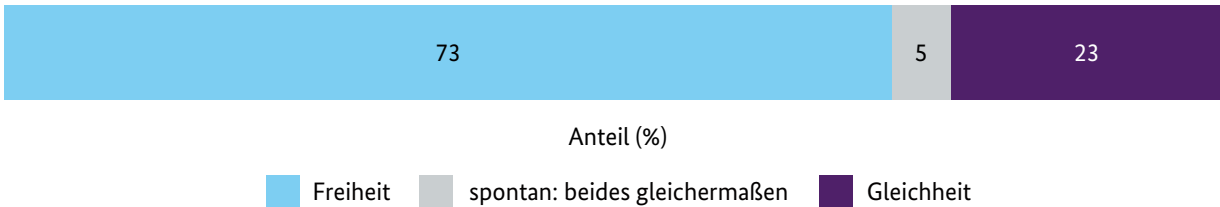
Zusammenhalt und Vertrauen auf lokaler Ebene/Deutschland-Monitor 2023 (Vertrauen in Mitmenschen und gegenseitige Hilfsbereitschaft vor Ort; Angaben in Prozent) (Abb. 12)



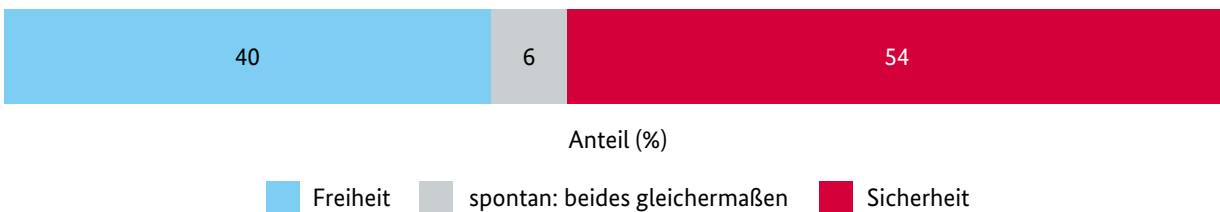
Anmerkung: Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt.

Abwägung der Grundwerte Freiheit vs. Gleichheit und Freiheit vs. Sicherheit (Angaben in Prozent) (Abb. 13)

Abwägung zwischen Freiheit und Gleichheit



Abwägung zwischen Freiheit und Sicherheit



Anmerkung: Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt.

In der Abwägung zwischen Freiheit und Sicherheit überwiegt hingegen Letztere, wenn auch weniger eindeutig als bei der Abwägung zwischen Freiheit und Gleichheit. Zwei von fünf Befragten legen mehr Wert auf Freiheit als auf Sicherheit. Mehr als die Hälfte bevorzugt hingegen Sicherheit. Bei beiden Abwägungen äußern jeweils 5 bzw. 6 Prozent spontan, dass beide generellen Werte gleichermaßen wichtig seien.

Vertiefende Analysen bestätigen die Annahme, dass diese Abwägungen sowohl von individuellen Werthaltungen als auch von biografischen und situativen Erfahrungen abhängen. So zeigt sich bei der Abwägung von Freiheit und Gleichheit ein Alterszusammenhang: Personen höheren Alters präferieren in Westdeutschland seltener als der Bevölkerungsdurchschnitt Gleichheit gegenüber Freiheit, junge Menschen hingegen überdurchschnittlich häufig Gleichheit (Abb. 14). In Ostdeutschland ist dieser Trend umgekehrt.

Dort sind es – übereinstimmend mit dem Thüringen-Monitor 2023 (vgl. Reiser et al. 2024) – eher die Jüngeren, die Freiheit gegenüber Gleichheit den Vorzug geben. Allgemein liegt der Anteil derer, die der Freiheit vor der Gleichheit Vorrang einräumen, in Ostdeutschland um 9 Prozentpunkte niedriger als in Westdeutschland.

Insgesamt sprechen diese Unterschiede für die sogenannte Sozialisationshypothese, wonach „in der Phase der politischen Sozialisation Werte in Übereinstimmung mit einem politischen System internalisiert wurden, die dauerhaft nachwirken“ (Furnberg 2022, S. 125). Auch im Geschlechtervergleich zeigen sich signifikante Unterschiede. Frauen haben eine um 7 Prozentpunkte höhere Präferenz für Gleichheit als Männer. Darüber hinaus ist ein genereller Zusammenhang mit dem Bildungsgrad nachweisbar. Mit formal höherem Bildungsgrad nimmt die Präferenz für Freiheit gegenüber Gleichheit zu.

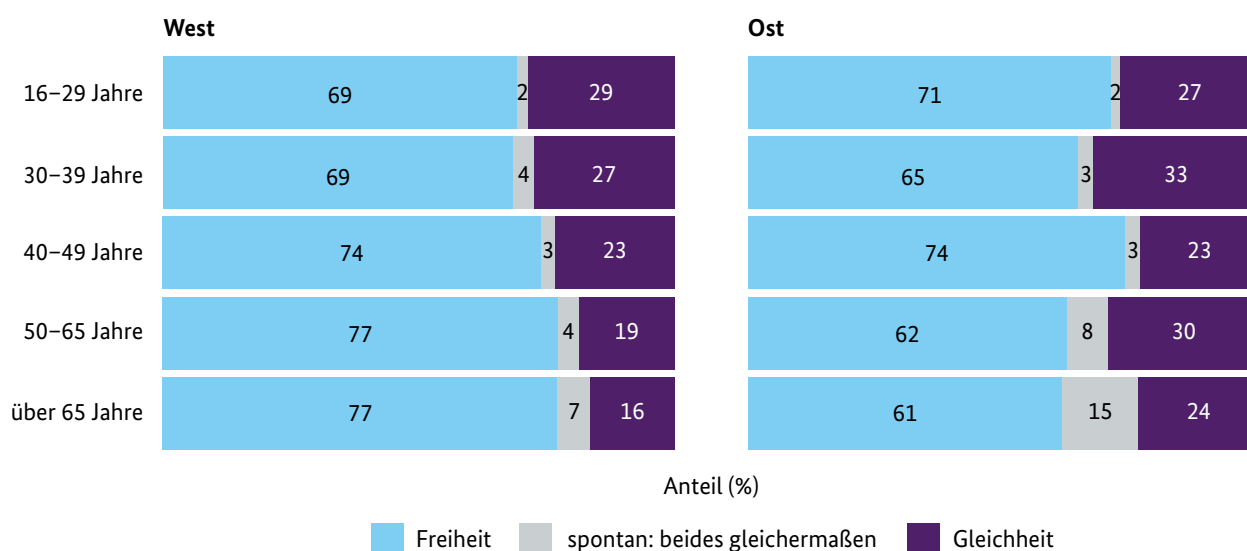
Zur Überprüfung der sogenannten Situationshypothese, d. h., dass auch die Wahrnehmung der eigenen Lebenslage auf Grundwerte-Abwägungen einwirkt, wurde der Einfluss des Haushaltseinkommens untersucht. Dabei ergab sich erwartungsgemäß, dass ein höheres Einkommen mit einer wahrscheinlicheren Präferenz für Freiheit gegenüber Gleichheit einhergeht. Unterschiede treten vor allem zwischen den Gruppen mit einem Haushaltsnettoeinkommen über bzw. unter 4.000 Euro zutage. Frauen, jüngere Menschen, formal niedriger Gebildete sowie Bezieher geringer Einkommen neigen also eher dazu, Gleichheit gegenüber Freiheit zu bevorzugen. Die genannten Gruppenunterschiede bleiben auch dann signifikant, wenn sie hinsichtlich der politischen Selbstverortung auf der Links-Rechts-Achse kontrolliert werden.

Erwartungsgemäß gibt es bei der Güterabwägung Freiheit versus Gleichheit große Unterschiede hinsichtlich der selbstverorteten Position auf der Links-Rechts-Achse (Abb. 15): Je weiter

links sich eine Person positioniert, desto eher misst sie der Gleichheit einen höheren Stellenwert bei als der Freiheit. Ausreißer stellen Personen dar, die sich politisch „sehr rechts“ verorten, d. h. auf der Skala von 0 („sehr links“) bis 10 („sehr rechts“) bei einer 9 oder 10. Bei dieser Personengruppe ist die Präferenz für Gleichheit etwa identisch zu Befragten, die sich „sehr links“ einordnen.⁵

Die Verteilung der normativen Güterabwägung nach Parteiidentifikation zeigt ebenfalls das erwartete Muster (Abb. 16). Die Abwägung von Freiheit versus Gleichheit in den Anhängerschaften der Parteien spiegelt die Verortung der Parteien auf der sozioökonomischen Konfliktachse wider (Wagner et al. 2023, S. 625). Die äußeren Pole besetzen einerseits Die Linke, deren Anhängerinnen und Anhänger sich (knapp) mehrheitlich für ein stärkeres Gewicht der Gleichheit aussprechen, und andererseits die FDP-Anhängerschaft mit einer erwartungsgemäß deutlichen Präferenz für die Freiheit (94 Prozent).

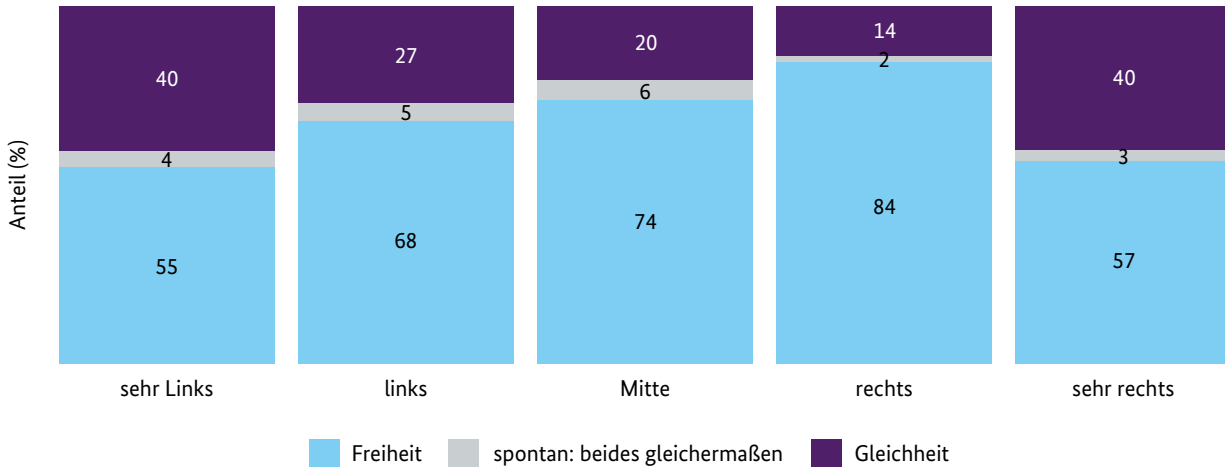
Abwägung zwischen Freiheit und Gleichheit nach Altersgruppen Ost und West (Angaben in Prozent) (Abb. 14)



Anmerkung: Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt.

⁵ Zu beachten ist jedoch die vergleichsweise kleine Fallzahl (N = 58), sodass die Ergebnisse mit einer gewissen Vorsicht zu interpretieren sind.

Abwägung zwischen Freiheit und Gleichheit nach politischer Selbstverortung (Angaben in Prozent)* (Abb. 15)



Anhängerinnen und Anhänger des BSW verorten sich ungefähr auf dem Mittelwert. Obwohl Teile des Gründungspersonals der Partei Die Linke entstammen, hat die BSW-Anhängerschaft somit keine ausnehmend starke Präferenz für die Gleichheit.

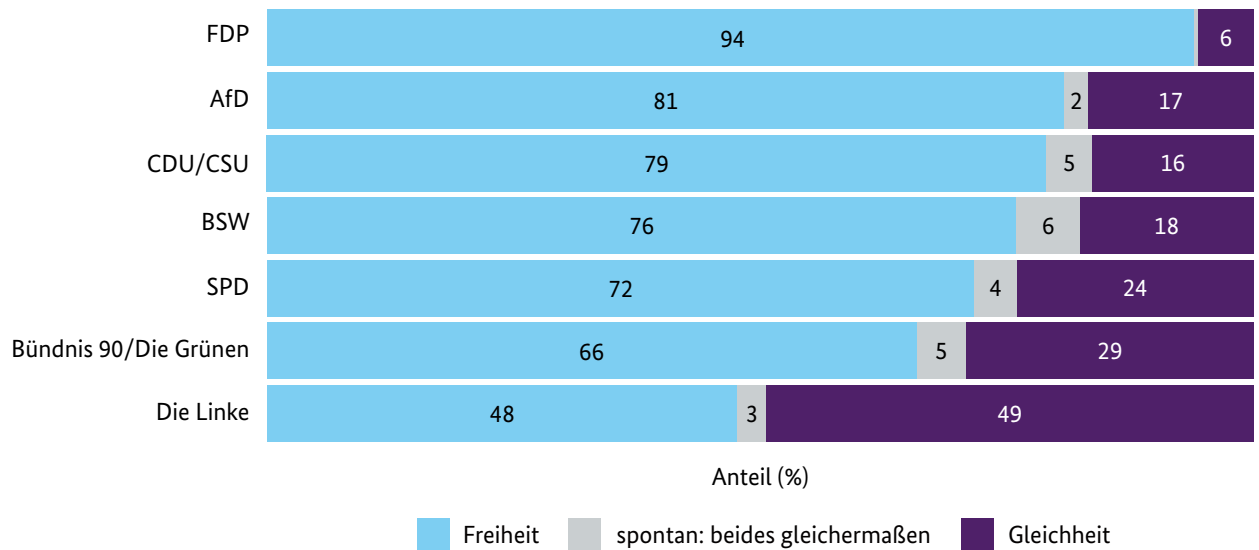
Wie fallen nun die Abwägungen zwischen Freiheit und Sicherheit aus? Auch hier sind unterschiedliche Alterszusammenhänge in Abhängigkeit vom Landesteil bemerkbar (Abb. 17). Während in Ostdeutschland mit zunehmendem Alter die Sicherheitspräferenz steigt, ist ein solcher Zusammenhang in Westdeutschland nur schwach erkennbar. Altersunabhängige Ost-West-Unterschiede bestehen zwar, sind jedoch vergleichsweise schwach: So liegt der Anteil derjenigen, die der Freiheit gegenüber der Sicherheit einen Vorrang einräumen, in Ostdeutschland nur knapp fünf Prozentpunkte niedriger als in Westdeutschland.

Bemerkenswert ist der Zusammenhang zwischen dem Bildungsniveau und der Abwägung zwischen Freiheit und Sicherheit (Abb. 18). Während formal höher Gebildete mehrheitlich der Freiheit größeres Gewicht beimessen, ist es bei Personen mit niedriger Schulbildung nur etwa jede bzw. jeder vierte Befragte. Mit dem Effekt formaler Bildung korreliert auch der Effekt des Einkommens. Der Grundwert Sicherheit findet in niedrigen Einkommensklassen größere Resonanz, während in höheren Einkommensklassen der Grundwert der Freiheit bevorzugt wird.

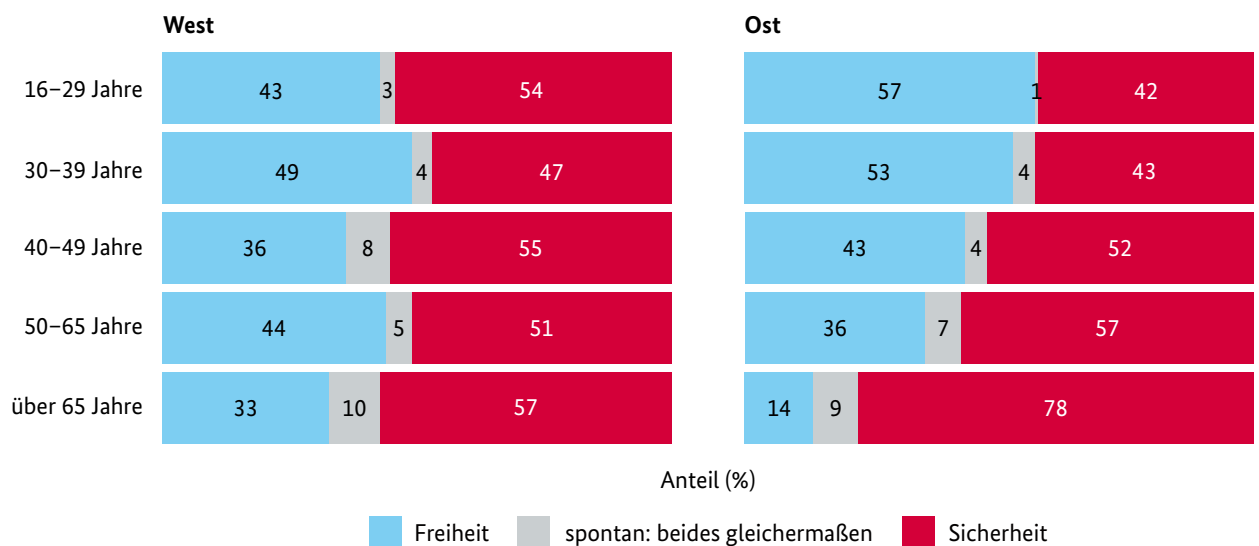
Getrennt nach Geschlecht zeigen die Daten ebenfalls signifikante Unterschiede: Während weibliche Befragte zu 60 Prozent für Sicherheit gegenüber Freiheit optieren, sind die Anteile der männlichen Befragten pro Freiheit und pro Sicherheit nahezu gleich verteilt (48 Prozent Sicherheit, 46 Prozent Freiheit). Nimmt man die

*Anmerkung: Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt.

Abwägung zwischen Freiheit und Gleichheit nach Parteiidentifikation (Angaben in Prozent)* (Abb. 16)

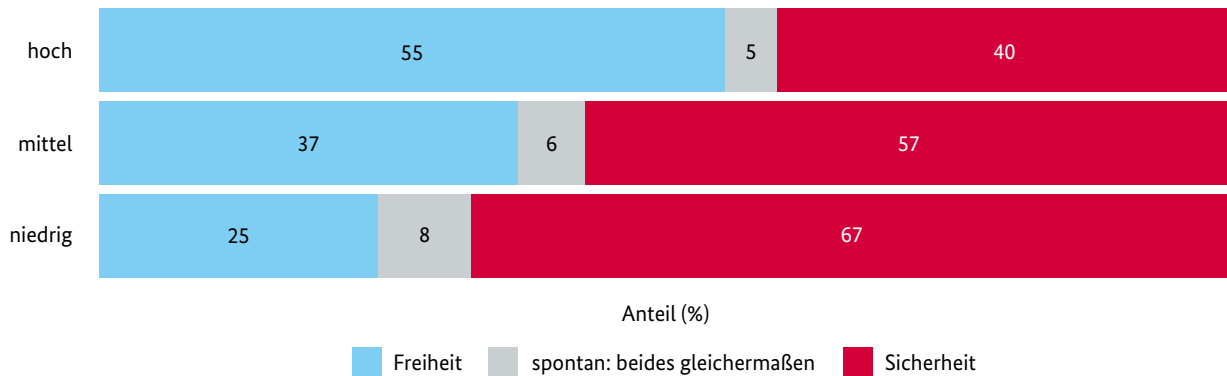


Abwägung zwischen Freiheit und Sicherheit nach Altersgruppen Ost und West (Angaben in Prozent)* (Abb. 17)



*Anmerkung: Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt.

Abwägung zwischen Freiheit und Sicherheit nach formalem Bildungsniveau (Angaben in Prozent)* (Abb. 18)



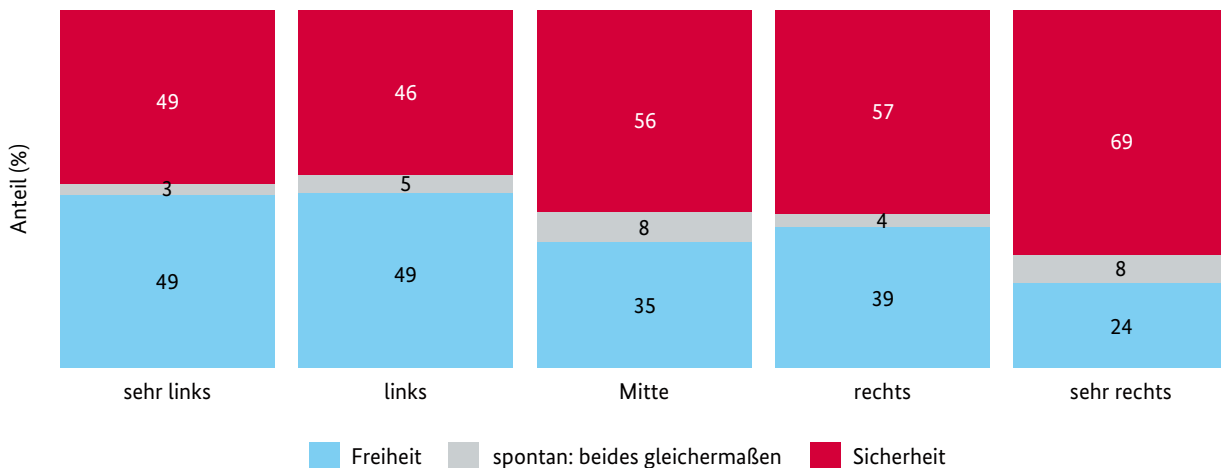
Positionierung der Befragten auf der Links-Rechts-Achse in den Blick (Abb. 19), ergibt sich: Je weiter links sich eine Person verortet, desto eher ist sie bereit, Freiheit einen höheren Stellenwert als Sicherheit zuzuweisen. Auch hier bestätigt sich die Sonderstellung derer, die sich „sehr rechts“ einordnen. Fast 70 Prozent von ihnen würden im Zweifel ebenfalls Sicherheit der Freiheit vorziehen.

von Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und FDP räumen der Freiheit ein größeres Gewicht ein, während die Anhängerschaften der anderen Parteien mehrheitlich der Sicherheit den Vorzug geben. Anhängerinnen und Anhänger der Unionsparteien CDU/CSU sprechen sich mit einem Anteil von 61 Prozent am häufigsten für ein stärkeres Gewicht von Sicherheit aus.

Aufgeschlüsselt nach Parteiidentifikation (Abb. 20), zieht sich ein deutlicher Bruch durch das Parteiensystem: Anhängerinnen und Anhänger

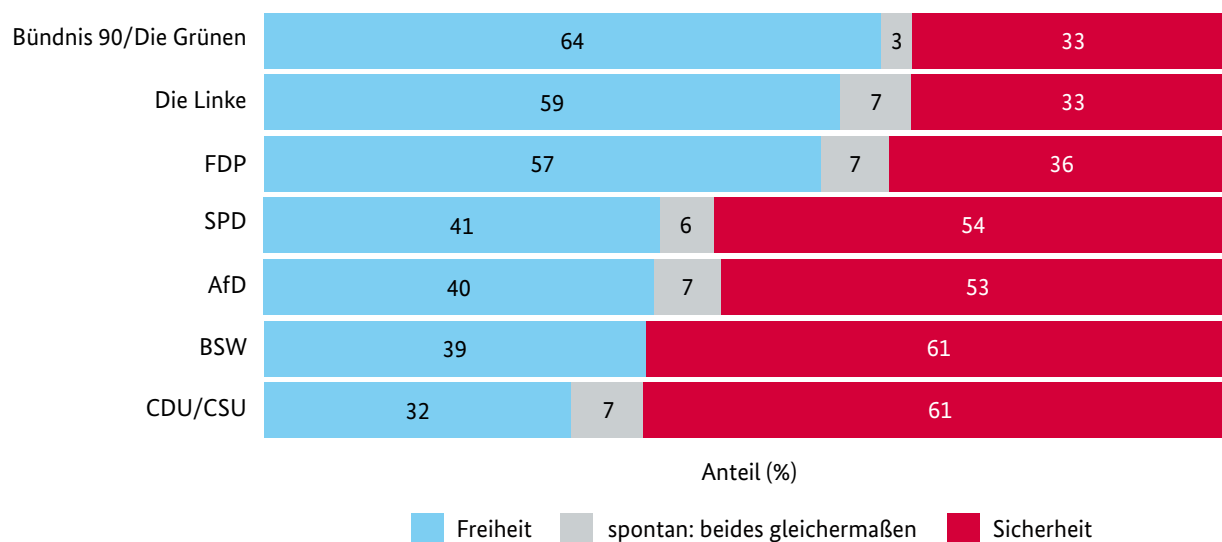
Bei beiden Abwägungsvarianten vertreten Personen mit populistischen Einstellungen überdurchschnittlich häufig den jeweiligen Gegenpol

Abwägung zwischen Freiheit und Sicherheit nach politischer Selbstverortung (Angaben in Prozent)* (Abb. 19)



*Anmerkung: Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt.

Abwägung zwischen Freiheit und Sicherheit nach Parteiidentifikation (Angaben in Prozent)* (Abb. 20)



zu „Freiheit“: Bei der Abwägung zwischen Freiheit und Gleichheit trennen Befragte mit und ohne populistische Einstellungen etwa 5 Prozentpunkte, bei der Abwägung zwischen Freiheit und Sicherheit sind es 8 Prozentpunkte. Eine mögliche Erklärung hierfür könnte das illiberale Element in populistischen Einstellungen sein.

3. Zentrale Ergebnisse

1. Breiter gesellschaftlicher Konsens über die gewünschte Gesellschaft

Für die große Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland gehören zentrale demokratische Grundrechte und freiheitliche Grundwerte zum Leitbild einer gewünschten Gesellschaft. So finden das Gleichheitsgebot, die Gleichberechtigung der Geschlechter, die Chancengleichheit für alle Menschen sowie das friedliche Zusammenleben der Religionen Zustimmung bei jeweils rund 90 Prozent der Bevölkerung. Auch ein gelebtes soziales Miteinander, die Gewährleistung sozialer Gerechtigkeit sowie die Anerkennung individueller

Leistung werden gegenwärtig von mehr als 80 Prozent der Bürgerinnen und Bürger geschätzt.

2. Uneinigkeit bei Klima, Migration und Europäischer Integration – aber keine Ost-West-Unterschiede bei jüngeren Menschen

Uneinigkeit besteht vor allem hinsichtlich der Frage, inwiefern eine klimaneutrale Lebensweise, ein vereintes Europa und eine Gesellschaft, die Zuwanderung als Chance begreift, wünschenswerte Zielvorstellungen sind. Etwa gut die Hälfte der Befragten steht diesen Vorstellungen positiv oder sogar sehr positiv gegenüber, während die anderen Befragten sich ablehnend oder ambivalent äußern. Skepsis und Ablehnung sind in Ostdeutschland weiter verbreitet als in Westdeutschland. Ost-West-Unterschiede zeigen sich bei älteren Personen, die in der ehemaligen DDR bzw. in Westdeutschland geboren und sozialisiert wurden. Hingegen teilen die jüngeren Menschen, die im wiedervereinigten Deutschland aufgewachsen sind, die gleichen Gesellschaftsbilder – in Ost wie West.

*Anmerkung: Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt.

3. Freiheitsrechte genießen sehr starken Rückhalt – Uneinigkeit, ob sie in Deutschland verwirklicht sind

Freiheitsrechte wie Presse- und Meinungsfreiheit, Glaubensfreiheit und die freie Entscheidung über das Eigentum sind für insgesamt über 90 Prozent der Bürgerinnen und Bürger von hoher Wichtigkeit. Eine Mehrheit von über 50 Prozent der Befragten sieht diese Freiheitsrechte aktuell in Deutschland erfüllt. Allerdings sieht jeweils ca. ein Drittel diese Freiheitsrechte nur als teilweise bzw. gar nicht erfüllt an. Besonders häufig werden Defizite bei der Presse- und Meinungsfreiheit geäußert, überdurchschnittlich oft in Ostdeutschland. Unterschiedlich fällt das Urteil über die Verwirklichung der Freiheitsrechte nach Parteiidentifikation aus. Die mit Abstand negativste Einschätzung äußern Befragte mit einer Neigung zur AfD sowie zum BSW. Eine mögliche Erklärung für die unterschiedlichen Sichtweisen auf die Erfüllung der Freiheitsrechte ist, dass die Befragten unterschiedliche Vorstellungen davon haben, was ein spezifisches Freiheitsrecht, z. B. die Meinungsfreiheit, konkret umfassen sollte bzw. wo seine Grenzen liegen.

4. Anforderungen an den Staat steigen – Westen gleicht sich an den Osten an

Die in Deutschland seit jeher hohen Erwartungen an wohlfahrtsstaatliche Für- und Vorsorge sind im Vergleich zum Vorjahr nochmals angestiegen. Rund drei Viertel aller Befragten äußern eine entsprechende Erwartung. Dabei ist die vormalige Ost-West-Differenz inzwischen ausgeglichen. Je weiter links sich die Befragten auf der Links-Rechts-Achse einordnen, desto stärker wünschen sie einen starken Sozialstaat. Hier passt sich der Westen tendenziell an den Osten an.

5. Negative Bewertung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und des sozialen Vertrauens

Die große Mehrheit ist der Auffassung, dass in Deutschland aktuell kein „Wir-Gefühl“ existiert. Lediglich etwa ein Drittel der Befragten hat Vertrauen in andere Menschen. Nur ein Viertel der Befragten glaubt, dass sich die Mitmenschen gegenseitig unterstützen. Nicht einmal jede bzw. jeder Achte bewertet den gesellschaftlichen Zusammenhalt positiv. Diese negative gesamtgesellschaftliche Bewertung steht im Kontrast zur Einschätzung des gesellschaftlichen Zusammenhalts am Wohnort, der in der Regel sehr positiv bewertet wird. Es gibt also einen großen Unterschied zwischen der Wahrnehmung des direkt erlebten Umfelds und der Beurteilung der Gesellschaft insgesamt. Ein gesamtgesellschaftliches „Wir-Gefühl“ wird von Ostdeutschen im Schnitt seltener als von Westdeutschen bejaht. Zudem gehen mittlere und niedrige Schulbildung, populistische Neigungen, Parteinähe zur AfD sowie dem BSW, das Empfinden sozialer Deprivation sowie eine als schlecht eingeschätzte persönliche wirtschaftliche Situation mit einem unterdurchschnittlich ausgeprägten „Wir-Gefühl“ einher.

6. Präferenz für Sicherheit, Freiheit und Gleichheit hängt stark mit Parteiideologie, Alter und Bildung zusammen

In der Abwägung zwischen Freiheit und Gleichheit überwiegt in der Bevölkerung die Bevorzugung der Freiheit mit 73 Prozent. Vor die Wahl zwischen Freiheit und Sicherheit gestellt, äußert mehr als die Hälfte eine Präferenz für Sicherheit. Welchem Leitwert dieser Trias der Vorzug gegeben wird, hängt von individuellen Werthaltungen wie auch von biografischen und situativen

Erfahrungen ab. Ein höherer Bildungsgrad geht mit einer stärkeren Präferenz für Freiheit gegenüber Gleichheit sowie Freiheit gegenüber Sicherheit einher. Zudem gilt: Je weiter links sich eine Person einordnet, desto stärker spricht sie sich für Gleichheit gegenüber Freiheit und für Freiheit gegenüber Sicherheit aus. Junge Menschen in Ostdeutschland optieren häufiger für die Freiheit als junge Menschen in Westdeutschland.

*7. Was macht eine lebenswerte Gesellschaft in der Vorstellung der Menschen aus? –
Schlussbemerkung*

Die übergroße Mehrheit der Menschen in Ost- und Westdeutschland möchte in einer Gesellschaft leben, in der zentrale Grundrechte und Grundwerte gewährleistet sind. Hierzu zählen unter anderem die Gleichberechtigung der Geschlechter, die gleichen Chancen auf freie Entfaltung der Persönlichkeit, eine friedliche Koexistenz der Religionen und ein gelebtes soziales Miteinander. Gleichwohl gibt es Differenzen zwischen Ost und West, aber auch zwischen den Generationen. Bei jüngeren Menschen in Ost und West haben sich die Wunschvorstellungen bezüglich der präferierten Gesellschaft nahezu angeglichen. Hingegen steht die ältere Generation in Ostdeutschland einer klimaneutralen Gesellschaft und stärkerer Zuwanderung skeptischer gegenüber. Die Befunde des Deutschland-Monitors zeigen: Es ist wichtig, die Debatte darüber, in welcher Gesellschaft wir leben wollen, unter Einbeziehung unterschiedlicher Sichtweisen und Standpunkte weiterzuführen.

Literatur

- Fürnberg, O. (2022): Ostalgie und Westalgie. Bewertung der Wiedervereinigung in Ost- und Westdeutschland. In: Elff, M.; Ackermann, K. und Giebler, H. (Hgg.): Wahlen und politische Einstellungen in Ost- und Westdeutschland. Wiesbaden: Springer VS, S. 117–140.
- Gabriel, O. W.; Holtmann, E.; Jaeck, T.; Leidecker-Sandmann, M.; Maier, J.; Maier, M. (2015): Deutschland 25: Gesellschaftliche Trends und politische Einstellungen. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung.
- Hebenstreit, J.; Holtmann, E.; Jaeck, T.; Lutz, L.; Pollak, R.; Reiser, M.; Sand, M.; Zissel, P. (2024): Deutschland-Monitor 2023. Jena, Halle (Saale), Mannheim, Berlin. Online verfügbar unter <https://deutschland-monitor.info/fileadmin/Reports/Deutschland-Monitor23.pdf>, zuletzt geprüft am 12.03.2024.
- Mudde, C. (2004): The Populist Zeitgeist. In: *Government and Opposition* 39 (4), S. 541–563.
- Reiser, M.; Küppers, A.; Hebenstreit, J.; Brandy, V.; Vogel, L. (2024): Thüringen-Monitor 2023: Politische Kultur und Arbeitswelt in Zeiten von Polykrise und Fachkräftemangel. Friedrich-Schiller-Universität Jena, Institut für Politikwissenschaft; KomRex – Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration. Online verfügbar unter https://thueringen.de/fileadmin/user_upload/Landesregierung/Landesregierung/Thueringenmonitor/Politische_Kultur_Thueringen_bf.pdf, zuletzt geprüft am 01.07.2024.
- Schatz, Roland; Petersen, Thomas; Schmidt, Ralph Erich (2023): Bricht die Mauer des Schweigens? Freiheitsindex 2023 – das Forschungsprojekt des Instituts für Demoskopie Allensbach und Media Tenor International, Zürich: InnoVatio Verlags AG.
- Schultz, T. (2023): Journalismus zwischen „Cancel Culture“ und „False Balance“? Ansprüche an die Medien in einer gereizten Öffentlichkeit. In: Hug, T. und Penz, J. (Hgg.): *Blinde Flecken im Mediensystem? Qualitätsjournalismus im Krisenmodus*, innsbruck university press, S. 33–46.
- Thomeczek, J. P. (2024): Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW): Left-Wing Authoritarian – and Populist? An Empirical Analysis. In: *Politische Vierteljahresschrift* DOI: 10.1007/s11615-024-00544-z.
- Vorländer, H.; Herold, M.; Hormig, F.; Joachim, J.; Otteni, C. (2024): 75 Jahre Grundgesetz. Einstellungen zu Verfassung und Demokratie in Deutschland. MIDEM Studie 2024-2. Mercator Forum Migration und Demokratie (MIDEM), Dresden.
- Wagner, S.; Wurthmann, L. C.; Thomeczek, J. P. (2023): Bridging Left and Right? How Sahra Wagenknecht Could Change the German Party Landscape. In: *Politische Vierteljahresschrift* 64 (3), S. 621–636. DOI: 10.1007/s11615-023-00481-3.

Impressum

Herausgeber

Der Beauftragte der Bundesregierung
für Ostdeutschland
11012 Berlin
www.ostbeauftragter.de

Stand

September 2024

Druck

Bonifatius GmbH
Druck – Buch – Verlag
Karl-Schurz-Straße 26
33100 Paderborn

Gestaltung

LIGALUX
Waterloohain 5
22769 Hamburg

Bestellmöglichkeit

Bitte senden Sie eine E-Mail mit Ihrem
Bestellwunsch an kontaktost@bk.bund.de

Weitere Publikationen der Bundesregierung zum Herunterladen und zum Bestellen finden

Sie ebenfalls unter:

www.bundesregierung.de/publikationen

Diese Publikation wird von der Bundesregierung im Rahmen ihrer Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Publikation wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.



Staatsminister Carsten Schneider,
Beauftragter der Bundesregierung für Ostdeutschland
www.ostbeauftragter.de
✕ x.com/Ostbeauftragter
© instagram.com/Ostbeauftragter.Schneider/